



4725-9542

(Beilage zu Nr. 98 der Braunschw. Anzeigen.)

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig**  
  
**im Jahre 1879.**

400/12378

---

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.



# Register.

## A. Nach der Zeitfolge.

Januar 9.

Öffentlich:

- |                     |          |
|---------------------|----------|
| 1. Wahlen . . . . . | Seite 1. |
|---------------------|----------|

Vertraulich:

- |  |    |
|--|----|
| 2. Mittheilungen des Stadtmagistrats . . . . . | 4. |
|--|----|

Januar 16.

Öffentlich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

- |  |    |
|--|----|
| 3. Die Wiederbesetzung der Oberbürgermeisterstelle betr. . . . . | 6. |
|--|----|

**Sitzung der Stadtverordneten.**

- |   |     |
|---|-----|
| 4. Eine für Terrainabtretung zur Verbreiterung der Kramerstraße zu leistende Entschädigung betr. . . . .  | 7.  |
| 5. Chauffirung der Kreuzstraße . . . . .  | 9.  |
| 6. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Nieß wegen Eisirung der provisorischen Canalisirung in der Verlängerung der Kreuzstraße (früher Pflegehausterrain) . . . . . | 12. |
| 7. Verwendung eingegangener Kaufgelder für Pflegehausterrain zum Neubau des städtischen Krankenhauses . . . . .   | 12. |
| 8. Etat des Gaswerks für 187 <sup>8</sup> / <sub>9</sub> . . . . .  | 13. |
| 9. Beschaffung des Materials zum Handarbeitsunterricht in den unteren Bürgerschulen . . . . .   | 14. |
| 10. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Winter wegen Umwandlung von Abendlaternen vor den Thoren in Nachlaternen und Aufstellung einiger neuer Laternen . . . . .   | 14. |



## IV

Seite

Vertraulich:

11. Steuerreclamationen . . . . . 15.

### Januar 30.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

12. Wahl eines Mitgliedes zur Ersatzcommission . . . . . 17.  
13. Reclamationen gegen den Ortsbauplan . . . . . 18.

Sitzung der Stadtverordneten.

14. Antrag des vormaligen Stadtverordneten Pini wegen Erwirkung eines Separationsgesetzes in Beziehung auf die Feststellung von Ortsbauplänen . . . . . 18.  
15. Aufstellung neuer Fragebogen behufs Reclamation gegen die Communalsteuer . . . . . 20.  
16. Pensionirung des Oberbürgermeisters Caspari . . . . . 21.

### Februar 20.

Öffentlich:

17. Verleihung eines Ehrenbürgerrechts . . . . . 24.  
18. Antrag des Stadtverordneten Wille auf Vervielfältigung der der Versammlung zu unterbreitenden Zeichnungen u. . . . . 25.  
19. Antrag des Stadtverordneten Winter wegen Aufstellung von Gaslaternen und Bestimmung solcher schon vorhandenen zu Nachlaternen . . . . . 26.  
20. Gehaltsverbesserung eines Lehrers . . . . . 27.  
21. Einrichtung von Vergleichsbehörden bei Klagen wegen Beleidigung . . . . . 27.  
22. Verwilligung von Reisekosten . . . . . 32.  
23. Gehaltsverbesserung eines Lehrers . . . . . 33.  
24. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betr. die Vertheuerung unentbehrlicher Nahrungsmittel durch Zölle . . . . . 34

Vertraulich:

25. Steuerreclamationen . . . . . 36.  
26. Mittheilungen des Magistrats bezüglich der Oberbürgermeisterwahl . . . . . 36.

### März 6.

Öffentlich:

27. Pensionirung des Stadtbauraths Tappe . . . . . 37.  
28. Einrichtung von Parallelklassen in drei mittleren und einer unteren Bürgerschule . . . . . 38.  
29. Einrichtung von 4 Schulklassen im ehemals Krutenberg'schen Hause . . . . . 38.  
30. Feststellung des Schulgeldes in den mittleren und unteren Bürgerschulen . . . . . 39.

31. Einrichtung von Vergleichsbehörden für Privatanlagen wegen Beleidi-  
gung . . . . . 40.

Vertraulich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten  
und  
Sitzung der Stadtverordneten.**

32. Steuerreclamationen . . . . . 43.

**März 20.**

Öffentlich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

33. Wahl des Vorsitzenden des Stadtmagistrats . . . . . 45.

**März 27.**

Öffentlich:

34. Eigentumsverhältnisse am Wilhelmöplage . . . . . 48.  
35. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betreffend den Erlaß eines Gesuches  
an die Staatsregierung bezüglich Nichtbesteuerung der nothwendigsten Lebens-  
bedürfnisse . . . . . 49.  
36. Voranschlag für den Betrieb des Wasserwerkes pro 1879 . . . . . 53.  
37. Vertretung einer erkrankten Lehrerin an der höheren Mädchenschule . . . . . 54.  
38. Verwendung von Okergrabenterrain hinter der höheren Mädchenschule . . . . . 54.  
39. Interpellation des Stadtverordneten Krampc, das neue Mädchenschul-  
gebäude betr. . . . . 55.  
40. Kostenbewilligung für Einrichtung provisorischer Schulklassen und einer  
Feldellenwohnung der 2. mittleren Bürgerschule . . . . . 56.  
41. Feststellung der Baulinie an der Friedrich-Wilhelm- und Bruchstraße . . . . . 56.  
42. Anfrage des Stadtverordneten Nieß wegen der Regulierungskosten der  
Carlsstraße . . . . . 57.  
43. Anderweite Verwendung der bisherigen Oberbürgermeisterwohnung im  
Stadthause . . . . . 57.

**Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.**

Vertraulich:

44. Erledigung einer Steuerreclamation . . . . . 58.

**April 17.**

Öffentlich:

45. Feststellung einer Baulinie und Vertauschung von Terrain an der Pflege-  
hausstraße . . . . . 60.

## VI

	Seite
46. Wiederbesetzung der Stelle des ersten städtischen Baubeamten . . . . .	60.
47. Weitere Regelung der Einschätzung städtischer Grundstücke behufs Festsetzung der Grundsteuer . . . . .	63.
48. Canalisation hinter der Friesen- und Ehrenbrechtstraße . . . . .	67.
49. Wasserprengung der Promenaden . . . . .	68.
50. Anlegung von Blitzableitern auf Schulen . . . . .	71.
51. Reparaturen am städtischen Feuerwehr-Übungsthorne auf dem Ruhfäntchen- plätze . . . . .	72.
52. Zeitweise Ueberlassung von Terrain an der Dbergstraße . . . . .	72.
53. Pensionirung eines Gemeindefchullehrers . . . . .	73.
54. Verwilligung eines Zuschusses zur Errichtung einer Frauen-Badeanstalt . . . . .	73.
55. Erhebung des Kostenbeitrags vom Braunschweiger Walzwerk zur Instand- setzung der Bahnhofstraße . . . . .	76.
Vertraulich:	
56. Gehaltsverhältnisse einiger Lehrer bezw. Schulinspectoren betr. . . . .	76.
<b>Mai 1.</b>	
Öeffentlich:	
Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.	
57. Einführung des bisherigen Polizeidirectors Pockels als Vorsteher des Stadtmagistrats . . . . .	77.
<b>Mai 8.</b>	
Öeffentlich:	
58. Canalisation der Pflegehausstraße . . . . .	82.
59. Nachverwilligung von Mehrkosten für Erhaltung städtischer Gebäude u. i. J. 1878 . . . . .	84.
60. Betriebsreglement der Pferdeeisenbahn . . . . .	84.
61. Anstellung von Lehrerinnen . . . . .	87.
62. Beschaffung von Schulfußstühlen . . . . .	87.
63. Terrainvertauschung bei dem Schulgrundstücke am Südklinte . . . . .	87.
64. Einrichtung neuer Schulklassen . . . . .	88.
Vertraulich:	
65. Steuerreclamationen . . . . .	88.
<b>Mai 29.</b>	
Öeffentlich:	
66. Zusatzbestimmungen zum Wasser-Regulative . . . . .	89.
67. Wahl von Vertrauensmännern behufs Geschworenen- und Schöffen-Wahl . . . . .	90.
68. Festsetzung der Baulinie am Ausgange der Friedrich-Wilhelmstraße . . . . .	90.

69. Canalisation der Gliesmaroder- u. Straße . . . . .	Seite 91.
70. Canalisirung der Wallstraße . . . . .	93.
71. Selbständiger Antrag des Herrn von Seckendorff betreffend Abänderungen der Bestimmungen bezüglich der Reclamationen gegen die Einkommensteuer . . . . .	94.
72. Zurückgabe verpfändeter Effecten gegen eine Hypothek . . . . .	95.
73. Wahl eines ersten Vertreters des Stadtbaumeisters . . . . .	96.
74. Benutzung des Altstadttrathhauses u. Seitens der Lehrerversammlung . . . . .	96.
75. Uebernahme der Schleinitzstraße . . . . .	97.

## Juni 19.

### Öffentlich:

#### Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

76. Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffen- und Geschworenenwahl . . . . .	99.
---	-----

#### Sitzung der Stadtverordneten.

77. Regulirung einer Feldmarksgrenze . . . . .	100.
78. Einrichtung einer 6. Parallellasse der 1. unteren Bürgerschule . . . . .	101.
79. Vertretung eines erkrankten Lehrers . . . . .	101.
80. Desgleichen . . . . .	102.
81. Gehaltserhöhung eines Magistratsmitgliedes . . . . .	102.
82. Verwilligung von Kosten behufs geologischer Aufnahme der Umgegend der Stadt . . . . .	102.
83. Nachverwilligungen zu den für den Bau einer 5. mittleren Bürgerschule bereits verwilligten Beträgen . . . . .	103.
84. Bauliche Veränderungen des Stadthauses und Neubau der Stadtcasse . . . . .	105.
85. Bauliche Einrichtungen der neuen mittleren Mädchenschule . . . . .	111.
86. Demissionsgesuch des Stadtraths Kamborh . . . . .	115.
87. Verwilligung einer Reisekostenvergütung für den Mühlenmeister Kade . . . . .	115.

## Juni 26.

### Öffentlich:

88. Erneuerung der Einfriedigung der Reitbahn bei den Husarenpferdeställen am Giersberge . . . . .	117.
89. Entschädigung für zur Kramerstraße abgetretenes Terrain . . . . .	118.
90. Einrichtung einer Schullasse für den Unterricht der Handarbeiten-Lehrerinnen . . . . .	124.

### Vertraulich:

91. Steuerreclamationen . . . . .	124.
-----------------------------------	------

## August 14.

## Öeffentlich:

92. Beschwerde des Delicateffenhändlers A. Beese wegen vorenthaltener Wasserlieferung . . . . .	126.
93. Bewilligung einer Dispositionssumme für Hilfsarbeiter des Stadtbau-meisters . . . . .	127.
94. Wahl von Commissionen behufs Ueberwachung der Verteilung der Flachseide . . . . .	128.
95. Ausbildung von Gemeinde-Schullehrern zu Taubstummenlehrern . . . . .	129.
96. Dienstentlassung des Executors Hoffmann . . . . .	130.
97. Statut behufs Verteilung des sog. Franzosentrauts . . . . .	131.
98. Reisekosten des Oberingenieurs Mitgau . . . . .	131.
99. Pensionirung einer Lehrerin . . . . .	132.
100. Antrag des Restaurateurs Wärtens, eine Schadenersatzklage betr. . . . .	132.
101. Grenzregulirung zwischen dem Justizgebäude und den städtischen Grundstücken . . . . .	133.
102. Verkauf des vormal's Kaulis'schen Hauses . . . . .	134.
103. Beiträge zur Sedanfeier . . . . .	134.
104. Canalisirung der Gliesmaroderstraße . . . . .	134.
105. Ankauf eines Fischereirechts in der Oker . . . . .	135.
106. Anstellung eines Executors . . . . .	136.

## September 11.

## Öeffentlich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

107. Wahl eines unbesoldeten Mitglieds des Stadtmagistrats . . . . .	137.
108. Wahl der Commission zur Verteilung der Seidenpflanze . . . . .	138.

**Sitzung der Stadtverordneten.**

109. Statut für die Verwaltung und Benutzung des öffentlichen Schlachthauses . . . . .	139.
110. Antrag der Herren Fritz Diekmann und Genossen wegen Canalisirung der Helmstedter Straße . . . . .	147.
111. Feststellung der Höhenlage des Ortsbauplans für das Terrain des Hagenbruchs . . . . .	147.
112. Okercanalanlage hinter der unteren Bürgerschule in der Leopoldstraße . . . . .	148.
113. Zahlung eines Honorars für Vertretung eines Lehrers . . . . .	148.
114. Aufhebung eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 3. Mai 1878 bezüglich der Anlage von Wasserfiltern in Schulen und Bewilligung einer Summe für Brunnentiefbohrung . . . . .	148.
115. Den mit dem neu anzustellenden Executor Kohl abgeschlossenen Vertrag betr. . . . .	149.
116. Bewilligung eines Zuschusses zur städtischen Armenkasse . . . . .	149.
117. Einrichtung des neuen Krankenhauses . . . . .	149.

## September 18.

## Deffentlich:

118. Canalisirung und Umpflasterung der Wallstraße . . . . .	152
119. Terrainregulirung behufs Wasserableitung von den Gräben des Broikemer Weges bei der Herberge zur Heimath . . . . .	153.
120. Uebertragung von Arbeiten und Zahlung einer fortlaufenden Remuneration an einen Unterbeamten . . . . .	154.
121. Zahlung einer Remuneration für Insinuirung von Arrestverfügungen . . . . .	154.
122. Rechnungsabschlüsse und Voranschläge über den Betrieb der Gas- und Wasserwerke, Anträge über Verwendung der Ueberschüsse etc. . . . .	154.
123. Abänderung einiger Bestimmungen des Regulativs, die Wasserabgabe vom Wasserwerke betr. . . . .	163.
124. Ordnung der Verwaltung des städtischen Bauwesens i. sp. Wahl eines Hilfsbeamten des Stadtbaumeisters . . . . .	163.
125. Erlaß der Zahlung von Canalisationskosten . . . . .	166.
126. Wahl des Directors der Schlachthaus-Verwaltung . . . . .	167.
127. Wahl von Mitgliedern zur Schlachthaus-Deputation . . . . .	168.
128. Interpellation des Herrn Winter, betr. die Anschaffung von Inventar für das neue städtische Krankenhaus . . . . .	168.
129. Selbständiger Antrag des Herrn Reuter, betr. die Untersuchung des raffinirten Petroleums in Beziehung auf seine Feuergefährlichkeit . . . . .	169.

## October 16.

## Deffentlich:

130. Wahl eines Vorsitzenden . . . . .	172
131. Wahl eines Mitgliedes der Statutencommission . . . . .	173
132. Wahl zweier Mitglieder der Deputation für Gas- und Wasserwerke . . . . .	173
133. Wahl einer Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs an den Oberbürgermeister a. D. Gaspari . . . . .	173.
134. Wahl von Mitgliedern zur Gewerbesteuer-Einschätzungs-Commission . . . . .	173.
135. Verkauf der Häuser Nris. ass. 244 und 245 am Rattreppeln auf den Abbruch . . . . .	173.
136. Selbständiger Antrag des Herrn Reuter, die Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Einführung des Petroleums betr. . . . .	173.
137. Verwilligung von Kosten für am Sedantage dargereichte Erfrischungen . . . . .	175.
138. Verwilligung von Kosten für bei Schulbauten verbrauchtes Wasser . . . . .	175.
139. Zahlung einer Remuneration für Vertretung einer erkrankten Lehrerin . . . . .	176.
140. Beschaffung ärztlicher Hilfe zur Nachtzeit . . . . .	176.
141. Canalisation des Okergrabens zwischen der Langenbrücke und dem Damme, sowie Umpflasterung der an Stelle der abzubrechenden Langenbrücke und der Brücke an der Leopoldstraße tretenden Straßen . . . . .	179.

# X

	Seite
142. Aenderung und Vervollständigung des Statuts über die Einrichtung und den Betrieb des städtischen Schlachthauscs . . . . .	180.
143. Ankauf der Häuser Nris. ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße . . . . .	180.
Vertraulich:	
144. Wahl eines Schlachthauschierarztes . . . . .	181.
145. Steuerreclamationen . . . . .	181.

## November 6.

### Deffentlich:

146. Verkauf von Häusern am kleinen Damme auf den Abbruch . . . . .	185.
147. Aenderungen am Schlachthausstatute . . . . .	185.
148. Statut über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung . . . . .	186.
149. Stadthaushaltsetat für das Jahr 1880 mit Nebencats . . . . .	188.
150. Ermächtigungen zu Proceßerhebungen . . . . .	191.
151. Vergleich wegen einer bei Regulirung der Carlsstraße zu gewährenden Entschädigung . . . . .	192.
152. Grenzregulirung in der Casernenstraße am Grundstücke des Finanzraths Hildebrand . . . . .	192.
153. Mandatsniederlegung eines Stadtverordneten . . . . .	194.
154. Antrag des Herrn Krampe, betr. die Ermächtigung des Magistrats zur Führung von Processen bei Objecten bis 100 M. . . . .	196.
155. Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden . . . . .	197.

## November 13.

### Deffentlich:

156. Statut, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betr. . . . .	199.
157. Stat des Schlachthauscs und Gebührentarif . . . . .	204.
158. Vorlage wegen der vom Schlachthausdirector zu bestellenden Cautio . . . . .	209.
159. Beschaffung von Aushülfe bei Einziehung der Schulgeldreste . . . . .	209.
160. Creditirung bezw. Erlaß von Beiträgen Pflichtiger zu den Kosten der Canalisirung der Gliesmaroderstraße . . . . .	210.
161. Feststellung einer Baulinie bei dem Gerichtsban an der Ruh- und Augusti-straßen-Ecke . . . . .	211.
162. Vereinbarung mit Herzoglicher Baudirection bezüglich der Canalisirung der Gliesmaroderstraße . . . . .	211.
163. Interpellation des Stadtverordneten Wille, die Pferde-Eisenbahn betr. . . . .	212.
164. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Munte, die Entwässerung der Friedrichstraße betr. . . . .	213.

## December 11.

### Deffentlich:

165. Regulativ über die Gehalts- und Dienstverhältnisse des Lehrpersonals an der städtischen höheren Mädchenschule . . . . .	216.
--	------

166. Organisation der mittleren Mädchenschule	Seite 221.
167. Statut, Einführung von Schlachtwaa ren in das städtische Gebiet und deren Untersuchung betr.	223.
168. Einrichtung 7 neuer Bürgerschulclassen	231.
169. Anschaffung eines Schulschranks für die dritte untere Bürgerschule	232.
170. Vermietung des vormals Kaulig'schen Hauses Hintern Brüdern an den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, und Bewilligung einer Beihilfe zur Errichtung einer Volksschule	232.

## December 18.

### Öeffentlich:

171. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betr. den Handel mit Petroleum	236.
172. Wahl zweier Mitglieder zur Einschätzungscommission bezüglich der außerordentlichen Wegebaubeiträge der gewerblichen Etablissements	236.
173. Lehrverfassung der städtischen Mädchenschule	236.
174. Proposition wegen einiger Aenderungen des Statuts über das Feuerhülfswesen	237.
175. Regulativ wegen Verwaltung des städtischen Schlachthauses	242.
176. Proposition wegen Aenderungen des Gebührentarifs des städtischen Schlachthauses	244.
177. Proposition wegen einiger Aenderungen in dem Entwurfe des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der städtischen Verwaltung betreffend	244.
178. Antrag der Herren Krampe und Gen., generelle Ermächtigung des Stadtmagistrats zur Erhebung bezw. Aufnahme von Processen über Gegenstände im Werthe von nicht mehr als 100 M.	245.
179. Antrag des Herrn Hasenbalg, wegen anderweiter Ordnung der Einzahlung der Steuern bei der Stadtcasse	246.
180. Bewilligung von Dienstkleidungsgelbern für die Magistratsdiener	247.
181. Anstellung des Magistratschreibers Brennecke	247.
182. Beantwortung der Interpellation des Herrn Witke bezüglich der Pferde-Eisenbahn	247.
183. Interpellation des Herrn Kieke bezüglich der bei der Verwaltung des Gaswerks vorgekommenen Unregelmäßigkeiten	249.
184. Anfrage des Herrn von Seckendorff bezüglich der Besteuerung der Wanderläger	250.

### Vertraulich:

185. Ankauf eines Grundstücks zu Schulzwecken	250.
186. Beamtenwahlen	250.



## B. Nach den Gegenständen.

**Anschlagsüberschreitungen** bei verschiedenen Bauten 84.

**Anstellung eines Executors** 136,  
eines Magistratschreibers 247.

**Anträge, selbständige, der Herren**

**Hasenbalg** auf anderweite Ordnung der Einzahlung der Steuern bei der Stadtcasse 246;

**Krampe** auf generelle Ermächtigung des Magistrats zur Führung von Processen bei Objecten bis 100 *M.* 196, 245;

**Munte** auf Entwässerung der Friedrichstraße 213;

**Nieß** auf Sistirung der provisorischen Canalisirung der verlängerten Kreuzstraße (Sidonienstraße) 12;

**Pini** auf Erwirkung eines Separationsgesetzes in Beziehung auf die Feststellung von Ortsbauplänen 18;

**Reuter** auf Ergreifung von Maßregeln behufs Abwehr einer Besteuerung unentbehrlicher Lebensmittel 34, 49;  
auf Stellung eines Antrags bei der Landesregierung bezüglich der Untersuchung des raffinierten Petroleums in Bezug auf seine Feuergefährlichkeit 169, 173;

**von Seckendorff** auf Abänderungen der Bestimmungen behuf der Einkommensteuer-Reclamationen 94;

**Wilke** auf Vervielfältigung der der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreitenden Zeichnungen 25;

**Winter** auf Umwandlung von Abendlaternen in Nachtlaternen 14, 26.

**Armenecasse, Zuschuß** 149.

**Arrestverfügungen, Bewilligung einer Remuneration für Anfuhrung derselben** 154.

**Arztliche Hilfe zur Nachtzeit** 176.

**Badeanstalten,**

**Errichtung einer Frauenbadeanstalt** 73.

**Bahnhofstraße, Beitrag des Braunschweiger Walzwerks zur Instandsetzung** 76.

**Bauverwaltung, städtische**

**Pensionirung des Stadtbaumeisters Tappe** 37;

**Ernennung eines ersten städtischen Baubeamten** 60;

**Wahl eines Stellvertreters desselben** 96;

**Bewilligung einer Dispositionssumme für Hilfsarbeiten** 127;

**Ordnung der Verwaltung des städtischen Bauwesens** 163.

**Beese, Delicateffenhändler, Beschwerde wegen vorenthaltener Wasserkieferung** 126.

**Beleuchtung,**

**Umwandlung von Abendlaternen in Nachtlaternen** 14, 26.

**Blitzableiter, Anlegung derselben auf Schulgebäuden** 71.

**Broigemer Weg, Entwässerung desselben bei der Herberge zur Heimath** 153.

**Bruchstraße, Feststellung der Baulinie** 56.

**Canalisirung**

**hinter der höheren Mädchenschule** 54;

hinter der Friesen- und Ehrenbrechtstraße 67;

der Pflegehausstraße 12, 82;

der Giesmaroderstraße 91, 134, 210, 211;

der Wallstraße 93, 152;

der Helmstedterstraße 147;

hinter der unteren Bürgerschule auf der Leopoldstraße 148;

zwischen der Langenbrücke und dem Damme 179.

Canalisationskosten, Erlaß derselben 166.

Carlsstraße, Vergleich wegen Entschädigungen 192.

Casernenstraße, Grenzregulierung am Hildebrand'schen Grundstück 192.

Communalsteuer, Aufstellung neuer Fragebogen 20.

Eingabe des Vorstandes der Herberge zur Heimath, betreffend den Jahresbericht dieser Anstalt 172.

Ehrenbrechtstraße, Canalisirung der Oker hinter derselben 67.

Etat

des Gaswerks pro 18<sup>78/79</sup> 12.

pro 18<sup>79/80</sup> 156;

des Wasserwerks pro 1879 53;

des Schlachthauses pro 1880 204;

Stadthaushaltsetat pro 1880 188.

Etatsüberschreitungen 84.

Feuerhilfswesen, Statuten-Änderungen 237.

Feuerwehrturm auf dem Ruhfäutchenplatze 72.

Fischereirecht s. Oker.

Flachsseide s. Klee-seide.

Franzosenkraut, Statut 131, 172.

Friedrichstraße, Entwässerung 213.

Friedrich-Wilhelmstraße, Feststellung der Baulinie 56, 90.

Friesenstraße, Canalisirung der Oker hinter derselben 67.

Gaswerk

Etat für 18<sup>78/79</sup> 12,

für 19<sup>79/80</sup> 156;

Jahresrechnung pro 1878 154;

Ermäßigung des Gaspreises 156;

Vorgekommene Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung 249.

Gemeinde-Steuern s. Steuern.

Geologische Aufnahme der Umgegend der Stadt 102.

Gerichtsorganisation, neue

Einrichtung von Vergleichsbehörden 27;

Wahl von Vertrauensmännern behufs der Geschworenen- und Schöffenvwahl 90, 99;

Giesmaroderstraße, Canalisirung 91, 134, 210, 211.

Grenzregulirungen

mit dem Rottfassen Rordes auf Kautheimer Feldmark 100;

zwischen dem Fußzüggebäude, dem Stadthause und dem mittleren Mädchenschulgebäude 133.

Grundsteuer, weitere Regelung der Einschätzung städtischer Grundstücke 63.

Hagenbruch, Feststellung der Höhenlage 147.

Helmstedterstraße, Canalisation 147.

Hufarenpferdeställe am Hiersberge, Erneuerung der Einfriedigung der Reithahn 117.

Interpellation des Magistrats

durch Herrn Krampe

wegen des neuen Mädchenschulgebäudes 55;

durch Herrn Nieß

wegen der Regulierungskosten der Carlsstraße 57;

durch Herrn Rieke

wegen der bei der Verwaltung des Gaswerks vorgekommenen Unregelmäßigkeiten 249;

durch Herrn von Sedendorff

wegen Besteuerung der Wanderlager 250;

durch Herrn Wilke

wegen der Pferdeeisenbahn 212, 247;

durch Herrn Winter

wegen Anschaffung des Inventars für das neue Krankenhaus 168.

## XIV

**Justizgebäude, Grenzregulirung mit dem Stadthause** 2c. 133.

**vormals Paulitz'sches Haus** Hintern Brüdern, Verkauf 134;

Vermietung an den Verein für das Wohl der arbeitenden Classen zur Einrichtung einer Volkstüche 232.

**Kleezeide, Wahl einer Commission zur Vertilgung derselben** 128, 138.

**Kramerstraße, Verbreiterung** 7, 118.

**Krankenhaus, städtisches,**

Neubau 12, 149;

Inventur 168.

**Kreuzstraße, Chauffirung** 9.

### **Magistrat**

Pensionirung des Oberbürgermeisters Caspari 2, 5, 21, 24;

Ernennung desselben zum Ehrenbürger 24, 173, 184;

Wahl eines Vorsitzenden 5, 36, 45. 59;

Einführung desselben 77;

Gehaltsverhöhung eines Magistratsmitgliedes 102;

Demission des Stadtraths Ramdohr 115;

Entlassung eines Executors 130;

Anstellung eines Executors 136, 149;

Wahl eines unbefoldeten Magistratsmitgliedes 137;

Uebertragung von Arbeiten und Zahlung einer fortlaufenden Remuneration an einen Unterbeamten 154;

Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung 186, 199;

Bewilligung von Dienstkleidungsgeldern für die Magistratsdiener 247;

Anstellung eines Magistratschreibers 247;

Wahl von Magistratsbeamten 250;

Wahlen von Baubeamten s. Bauverwaltung.

### **Neustadtmühle**

Reisefkostenentschädigung für den Mühlenmeister 115.

**Obergstraße, zeitweise Ueberlassung von Terrain an den Stadtrath Gebhard** 72.

**Ofer, Ankauf eines Fischereirechts** 135.  
**Ortsbauplan** 18, 18, 147.

**Petroleum, Untersuchung in Bezug auf Gefährlichkeit** 169, 173, 236.

**Pferdeisenbahn** 84, 212, 247.

**Pflegehaus**

Baulichkeiten 12.

**Pflegehausstraße**

Feststellung einer Baulinie und Vertauschung von Terrain 60;

Canalisation 82.

**Proceffe** 132, 191.

Ermächtigung des Magistrats zur Führung von Proceffen bei Objecten bis 100 *M.* 196, 245.

**Reglements s. Statute.**

**Regulative**

Wasserregulativ 89.

**Regulirung einer Feldmarksgrenze** 100.

### **Schulen:**

Anlegung von Blitzableitern auf Schulgebäuden 71;

**Bürgerschulen, mittlere und untere.**

Handarbeitsunterricht 14, 124;

Einrichtung neuer Schulklassen 38, 88, 101, 231;

Feststellung des Schulgeldes 39;

Pensionirung eines Lehrers 73;

Gehaltsverhältnisse von Lehrern 76;

Anstellung von Lehrerinnen 87;

Vertretung eines erkrankten Lehrers 101, 102, 148;

Ausbildung von Gemeindeschullehrern zu Taubstimmenehrern 129;

Pensionirung einer Industrielehrerin 132;

Verwilligung von Kosten für bei Schulbauten verbrauchtes Wasser 175;

Vertretung einer kranken Lehrerin 176;

Beschaffung von Aushülfe bei Einziehung der Schulgelder 209;

Ankauf eines Grundstücks zu Schulzwecken 250;

**Schule am Südklinte**

Einrichtung provisorischer Schul-  
klassen und einer Bettlerwohnung  
56;

Terrainaustausch 87;

Brunnenanlage 148;

**Schule an der Otmerstraße**

Beschaffung von Schulschellen 87.

**Schule an der Osterstraße (Krukenberg-  
sches Grundstück)**

Erbauung 103;

**Schule an der Leopoldstraße**

Ostercanalanlage 148;

**Schule an der Pflegehaus- (Sidonien-)  
straße**

Brunnenanlage 148;

**Schule am Sandwege**

Anschaffung eines Schulschranks 232.

**Höhere Mädchenschule**

Gehaltsverhöhung eines Lehrers 27;

Vertretung einer erkrankten Lehrerin  
54;

Verwendung von Osterterrain hinter  
der Schule 54;

Regulativ über die Gehalts- und  
Dienstverhältnisse des Lehrerperso-  
nals 216;

**Mittlere Mädchenschule**

Bauplan 55;

Bauliche Einrichtungen 111;

Grenzregulierung mit dem Justiz-  
gebäude 133;

Organisation 221;

Lehrverfassung 236;

**Katholische Schule**

Gehaltsverhöhung eines Lehrers 33.

**Schlachthaus**

Statut 139, 180, 185;

Wahl eines Directors 167;

Cautionsbestellung desselben 209;

Deputation 168;

Wahl eines Thierarztes 181;

Etat pro 1880 204;

Gebührentarif 204, 244;

Statut über die Einführung von Schlacht-  
waaren in das städtische Gebiet und  
deren Untersuchung 223;

Regulativ wegen der Verwaltung 242.

Schleinitzstraße, Uebnahme 97.

Sedanfeier 134, 175.

Seidenpflanze s. Kleeseide.

Städtereinigung, Verwilligung von Reisekosten  
32, 131.

**Stadtcasse**

Neubau eines Stadtcassengebäudes 105.

Anderweite Ordnung der Einzahlung der  
Steuern 246.

**Stadthaus**

Anderweite Verwendung der bisherigen  
Oberbürgermeisterwohnung 57.

Bauliche Veränderungen 105.

Grenzregulierung mit dem Justizgebäude  
133.

**Stadtverordnetenversammlung**

Wahl der Vorsitzenden 1, 172, 197.

Stadtverordnetenwahlen 152, 184.

Commissionenwahlen 3, 173, 183, 236.

Mandatsniederlegung eines Stadtverord-  
neten 194.

**Statute:**

Betriebsreglement der Pferdeisenbahn 84;

Statut über die Vertilgung des Franzosen-  
krautes 131;

Schlachthaus-Statut 139, 180, 185;

Statut über die Ordnung des Dienstes  
bei der Stadtverwaltung 186, 199;

Statut über das Feuerhilfswesen 237;

Statut über die Einführung von Schlacht-  
waaren in das städtische Gebiet 223.

**Straßen:**

Bahnhofstraße 76;

Bruchstraße 56;

Casernenstraße 192;

Ehrenbrechtstraße 67;

Friedrichstraße 213;

Friedrich-Wilhelmstraße 56, 90;

Friesenstraße 67;

Gliesmaroderstraße 91, 134, 210, 211;

Helmstedterstraße 147;

Kramersstraße 7, 118;

Kreuzstraße 9;

Obergstraße 72;

Pflegehausstraße 60, 82;

Schleinitzstraße 97;

Wallstraße 93, 152;  
 Wilhelmsplatz 48.  
 Verkauf von Häusern im Kattreppeln  
 auf den Abbruch 173.  
 Pflasterung verschiedener Straßen 179;  
 Ankauf von Häusern an der Leopoldstraße  
 zur Anlegung der Verbindungsstraße  
 zwischen Friedrich-Wilhelmstraße und  
 Damm 180;  
 Verkauf von Häusern am kleinen Damme  
 auf den Abbruch 185;  
 Feststellung einer Baulinie beim Gerichts-  
 gebäude an der Kuh- und August-  
 straßen-Ecke 211.  
 Steuerreclamationen 15, 36, 43, 58, 88,  
 124, 181.  
 Aufstellung neuer Fragebogen 20.  
 Vergleich wegen einer bei Regulirung der  
 Carlstraße zu gewährenden Entschädi-  
 gung 192.  
 Vergleichsbehörden, Einrichtung derselben 27.  
 Verkauf von Häusern auf den Abbruch 173,  
 185.  
 Volksküche, Beihülfe zur Errichtung derselben  
 232.  
 Voranschläge f. Etats.  
 Wahlen:  
 zur Stadtverordnetenversammlung 152,  
 184;  
 der Vorsitzenden derselben 1, 172, 197;  
 der Commissionen für deren regelmäßige  
 Geschäfte 3, 173, 183, 236;  
 Wahl eines Mitgliedes zur Ersatzcom-  
 mission 17;  
 des Vorsitzenden des Stadtmagistrats 45;

von Vertrauensmännern behufs der  
 Geschworenen- und Schöffenwahl 81,  
 90, 99;  
 eines ersten Vertreters des Stadtbau-  
 meisters 96;  
 einer Commission zur Ueberwachung der  
 Verteilung der Meesseide 126, 128,  
 138;  
 eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes  
 137;  
 eines städtischen Baumeisters 163;  
 eines Schlachthausdirectors 167;  
 von Mitgliedern zur Schlachthausdepu-  
 tation 168;  
 zweier Mitglieder in die Deputation zur  
 Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs  
 an den Oberbürgermeister a. D.  
 Caspari 173;  
 eines Schlachthausstierarztes 181;  
 von Magistratsbeamten 250.  
 Wallpromenaden, Bepflanzung derselben 68.  
 Wallstraße, Canalisirung etc. 93, 152.  
 Wanderläger, Bestenerung derselben 250.  
 Wasserabführung von den Gräben des Broitzemer  
 Weges bei der Herberge zur Heimath 153.  
 Wasserwerk:  
 Regulativ 89, 163;  
 Beschwerde des Delicateffenhändlers Beese  
 wegen vorenthaltener Wasserlieferung  
 126;  
 Jahresrechnung pro 1878 154;  
 Wasserlieferung bei Schulbauten 175.  
 Wilhelmsplatz, Eigenthumsverhältnisse 48.  
 Zucker-Industrie-Schule  
 Städtische Hypothek auf dem Schul-  
 gebäude 95.

1879.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 5 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 1.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. Januar 1879.

Öffentlich:

Wahlen.

Vertraulich:

Mittheilungen des Stadtmagistrats.

Entschuldigt Herr Ding. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Ramdohr, Götte, Haake und Gebhard.

Herr Oberbürgermeister Caspari, welcher interimistisch den durch Ablauf der letzten Geschäftsperiode erledigten Vorsitz einnimmt, eröffnet die Sitzung, indem er die Anwesenden willkommen heißt, und sodann ersucht, zur Wahl ihres Vorsitzenden für die nächsten zwei Jahre zu schreiten.

Von einem Vorschlage des Herrn Kunzen, den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Schöttler, welcher seinen Posten mit anzuerkennender Hingebung und besonderem Geschick ausgefüllt habe, durch Acclamation wiederzumählen,

glaubt die Versammlung absehen zu müssen, da derselbe eine Form der Wahl anstrebe, welche deren Unabhängigkeit beeinflusse und überdem mit den Bestimmungen der rev. St.-D. nicht zu vereinbaren stehe.

Es erfolgt somit die Wahl durch Stimmzettel. Von den 23 Stimmen, welche abgegeben werden, fallen 22 auf Herrn Schöttler, 1 auf Herrn Kunzen; 2 Zettel sind unbeschrieben.

Herr Schöttler übernimmt den Vorsitz mit dem Ausdrucke seines Dankes für das ihm wiederum zugewandte Vertrauen. Er sei sich sehr wohl bewußt, daß er nicht allen Anforderungen, welche man an einen Vorsitzenden machen könne, genüge; er selber fühle dieses. Er werde jedoch in seinen Bemühungen zur Aneignung der

erforderlichen Eigenschaften fortfahren, was ihm um so weniger schwer werden werde, als er sich dabei der Versammlung freundlicher Unterstützung und Rücksichtnahme bei etwaigen Fehlgriffen glaube vergewissert halten zu können.

Bei der alsdann folgenden Wahl des zweiten Vorsitzenden fallen von 25 Stimmen 23 auf Herrn Lucius, 1 auf Herrn Kybig und 1 auf Herrn Grote; 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Lucius nimmt die Wahl ebenfalls dankend an.

Der Herr Vorsitzende begrüßt darauf die neueingetretenen Kollegen, die Herren du Roi, Grote, Hasenbalg und Tellingmann und fügt hinzu: »Ich bin überzeugt, daß sämtliche Herren sich vollständig der Verantwortlichkeit und Pflicht bewußt sind, welche sie mit Annahme der Wahl als Stadtverordneten übernommen haben, und wenn wir, aus dem vorigen Jahre übergegangenen Stadtverordneten, den neuen Kollegen zum freundlichen Willkommen die Hand bieten, so geschieht es in dem festen Vertrauen, daß sie mit uns geeint, unangefochten von allen äußeren Einflüssen, die Interessen unserer guten Stadt Braunschweig wahrnehmen werden. Ich heiße Sie herzlich willkommen!«

Es liegt ein Schreiben des Magistrats vom 6. Januar c. nebst Anlagen vor, wonach der Oberbürgermeister Caspari (welcher inzwischen den Saal verlassen hat) um seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht hat. Der Magistrat bittet, den genannten Herrn mit Rücksicht auf die großen Verdienste, welche er sich um die Stadt erworben hat, unter Belassung seines vollen, gegenwärtigen Dienst Einkommens (12000 Mk.) zu pensioniren.

Der Herr Vorsitzende verliest beide Schriftstücke und fährt dann fort: »Wenn diese Nachricht auch nicht überraschend an uns herantritt, da über die Absicht des Herrn Oberbürgermeisters schon öffentlich geredet ist, so empfangen wir sie doch mit dem lebhaftesten Bedauern. Wenn wir auch einem Manne, welcher so lange Jahre in den schwierigsten Zeiten die Leitung der städtischen Angelegenheiten in der Hand gehabt hat, von ganzem Herzen die wohlverdiente Ruhe gönnen, indem wir uns sagen müssen, daß nur Wenige im Stande gewesen wären, eine so aufopfernde Thätigkeit auszuüben, wie der Herr Oberbürgermeister Caspari, so können wir uns doch des Bedauerns nicht erwehren, daß es ihm nicht beschieden ist, das Ruder noch ferner kräftig weiterzuführen. Ich bin überzeugt, daß die Herren Kollegen und Mitglieder des Magistrats vollkommen von den Gefühlen der aufrichtigsten Achtung und Anerkennung der ausgezeichneten Leistungen dieses Herrn durchdrungen sind, und um dieses zu betätigen, bitte ich die Herren, sich von ihren Plätzen zu erheben.«

(Sämmtliche Anwesende erheben sich.)

Das Schreiben wird alsdann der Statuten- und Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen

Die Protocolle vom 28. November, 12. und 30. December v. J. werden genehmigt.

Zu stellvertretenden Protocollführern werden sodann, auf Antrag des Herrn v. Seckendorff durch Acclamation, die Herren Heymann und Schwarzenberg bestellt, und hierauf

- in die Armendeputation Herr Kloss,
- in den Schulvorstand Herr von Seckendorff,
- in die Deputation für die städtische Realschule die Herren von Seckendorff und Schwarzenberg,
- in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Kunzen,
- in die Statutencommission die Herren Grote, Heymann, Lucius, Dito, Reuter, Schöttler und Schwarzenberg,
- in die Finanzcommission die Herren Bewig, Jasper, Kunzen, Rübik, von Seckendorff, Solmiz und Tellgmann,
- in die Baucommission und das Stadtbauamt die Herren Hasenbalg, Reuter und Winter,
- in die Schulcommission die Herren Grote, Bösekrug, Mühle, Schwarzenberg und Steinacker,
- in die Deputation für das Gas- und Wasserwerk die Herren Krampe, du Roi, Schöttler und Solmiz,
- in die Pflegehausdeputation die Herren Jasper und Kloss,
- in den Gesundheitsrath die Herren Krampe, Reuter und Steinacker,
- in die Quartierbehörde als ordentliche Mitglieder die Herren Nieß und Winter, als deren Stellvertreter die Herren Ding und Wille,
- in die Commission für die Schlachthausanlage die Herren Grote, Krampe, Lucius, Munte, Nieß, Reuter und Schöttler

gewählt.

Von einer Neuwahl der Commission für Wohnortsrechts- und Heimathssachen wird auf Antrag der Herren Munte, Lucius und Stadtrath Gebhard Abstand genommen, da dieselbe nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen doch kein Feld zur Thätigkeit bieten würde.

Gleichfalls wird auf Antrag des Herrn Munte, welchem sich Herr Stadtrath Gebhard anschließt, von der Neuwahl der Commission für Einschätzung zur Grundsteuer abgesehen, da die bisherigen Mitglieder derselben eine fernere Thätigkeit, bei welcher es sich eben nicht mehr um städtische, sondern um fisciatische Interessen handele, ohne entsprechende Entschädigung abgelehnt haben und eine Antwort auf einen dieserhalb an Herzogliches Staatsministerium Seitens des Magistrats gerichteten Antrag bislang nicht eingegangen ist.

Nachdem endlich noch die Bestellung der Steuereinschätzungs-Commissionen in der Weise erfolgt ist, daß

der für den August- und Steinthorbidistrict die Herren Heymann, Krampe,



Kybiß, Bösekrug, Lucius, Munte, Schöttler, Zellmann  
und Winter,

der für den Wendens- und Pettrithordistrict die Herren Bewig, Ding, Grote,  
Jasper, Reuter, Rieke, du Roi, Schwarzenberg und  
Steinacker,

der für den Hohe- und Wilhelmithordistrict die Herren Hasenbalg, Kloss,  
Kunzen, Mühe, Nieß, Otto, von Seckendorff, Solmiz und  
Wilke

zugetheilt sind,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen; ihr folgt noch

eine längere vertrauliche, zur Bestimmung der Vorstehenden der verschiedenen  
Commissionen und Berathung über Mittheilungen des Magistrats.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. Januar 1879.

Öffentlich:

### Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

Die Wiederbesetzung der Oberbürgermeisterstelle betr.

### Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Eine für Terrainabtretung zur Verbreiterung der Kramerstraße zu leistende Entschädigung betr.
- II. Die Chauffierung der Kreuzstraße betr.
- III. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten *Nies* wegen Sifirung der provisorischen Canalifirung in der Verlängerung der Kreuzstraße (früher Pflegehausterrain.)
- IV. Die Verwendung eingegangener Kaufgelder für Pflegehausterrain zu den Pflegehausbauten betr.
- V. Etat des Gaswerks für 1879.
- VI. Die Beschaffung des Materials zum Handarbeitsunterricht in den unteren Bürgerschulen betr.
- VII. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten *Winter* wegen Umwandlung von Abendlaternen vor den Thoren in Nachtlaternen und Aufstellung einiger neuer Laternen.

In der letzten vertraulichen Sitzung war beschloffen worden, daß wegen Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Oberbürgermeisters *Caspari* vacant gewordenen Stelle der Magistrat ein Ausschreiben entwerfen, solches von der Statutencommission prüfen lassen und sodann der gemeinschaftlichen Versammlung zur Berathung und Beschlußfassung unterbreiten sollte.

Der Entwurf liegt der Versammlung nunmehr zur Genehmigung vor und wird in der unter dem Vorsitz des Herrn Stadtraths *Bammel* stattfindenden gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten vom Herrn

Stadtrath Gebhard, unter Einschaltung der nöthigen Erläuterungen, verlesen wie folgt:

»Nachdem die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten hieselbst behuf Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Oberbürgermeisters Caspari erledigten Stelle eines Vorsitzenden des hiesigen Stadtmagistrats den Erlaß eines öffentlichen Ausschreibens beschlossen hat, fordern wir hierdurch Bewerber um diese Stelle auf, ihre Meldungen schriftlich und unter Beifügung ihrer Qualification bis zum 20. Februar d. J. bei der unterzeichneten Behörde einzureichen.

Wählbar sind Rechtsgelehrte, welche ein Staatsexamen bestanden haben und wenigstens 5 Jahre im Staats- oder städtischen Dienste angestellt gewesen sind oder ebensolange die advocatorische Praxis betrieben haben.

Der Inhaber der Stelle empfängt neben freier Wohnung im Stadthause, freier Gasbeleuchtung und freier Benutzung der Wasserleitung in dem zu seiner Wohnung dienenden Theile des Stadthauses (eventuell entsprechende Entschädigung) ein Gehalt von 7500—10500 M. und hat Pensionsberechtigung.

Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit und geschieht auf Wahl Seitens des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten in vereinigter Versammlung; die Wahl bedarf der Bestätigung des Landesfürsten.

Braunschweig, den 16. Januar 1879.

Der Stadtmagistrat.

gez. Bammel.«

Das Ausschreiben findet, nachdem es von Herrn Schöttler namens der Statutencommission zur Annahme empfohlen worden, einstimmig die Genehmigung der Versammlung.

Herr Lucius macht sodann auf eine Notiz im heutigen »Br Tageblatt« aufmerksam, nach welcher ein Schreiben, unterzeichnet von den Stadträthen mit Ausnahme des Stadtraths Altmeyer, an die Stadtverordneten gelangt sein soll, in welchem der Letztere zum Oberbürgermeister empfohlen wäre. Nun sei es wohl nicht Sache der Versammlung, sich um jeden Zeitungsartikel zu bekümmern, aber bei der Wichtigkeit und Tragweite dieser Angelegenheit und Angesichts der vielen Stimmen, welche im Publicum hierüber bereits laut geworden, wolle er als stellvertretender Vorsitzender constatiren, daß ihm von einem derartigen Schreiben nichts bekannt geworden sei.

Herr von Seckendorff bemerkt, daß auch die »Magdeburgische Zeitung« so lange es sich um eine Wiederbesetzung des Oberbürgermeisterpostens in Braunschweig handele, eine Anzahl von Artikeln gebracht habe, von denen die Redaction, wenn sie Leute von nur einigermaßen Geschäftskentniß um Rath angegangen wäre, wohl hätte einsehen müssen, daß sie vollständig unwahr seien. So sei z. B. Anfangs Januar über

eine vertrauliche Sitzung in dieser Zeitung eine Mittheilung gebracht, wonach von den Stadtverordneten die Ersatzwahl bereits vollständig abgemacht sei und es nur noch einer formellen Sitzung bedürfe, um die Sache zum Abschlusse zu bringen. Er wolle bemerken, daß allerdings eine Privatbesprechung unter einem großen Theile der Stadtverordneten Ende December stattgefunden habe, jede Personenfrage aber entschieden dabei zurückgewiesen sei.

Herr Stadtrath Götte. Er habe bei früheren Gelegenheiten Ursache gehabt, sich mit der Redaction des »Br. Tageblattes« in Verbindung zu setzen unter dem Ersuchen, nicht Nachrichten über Magistrat und städtische Angelegenheiten zu bringen, welche sinnentstellend und häufig nicht vollständig wahr seien. Da es damals an der nöthigen Zusicherung nicht gefehlt habe, so sei es den theilgenommenen fünf Stadträthen höchst unangenehm überraschend gewesen, im heutigen Blatte eine solche, sie geradezu bloßstellende Bemerkung zu finden. Es sei deshalb der Redaction unter dem Bemerkten, daß der betr. Artikel keineswegs der Wahrheit entspreche, von den Stadträthen eine Zuschrift mit dem Ersuchen übersandt worden, dieselbe an der nämlichen Stelle zum Abdruck zu bringen, an welcher heute die gedachte Notiz gestanden habe.

Herr Schöttler bestätigt die Ausführungen des Herrn von Seckendorff in Bezug auf die Privatbesprechung verschiedener Stadtverordneten, welche in seinem Hause auf Grund von Privatmittheilungen schon vor Eingang einer officiellen Benachrichtigung stattgefunden hatte, und constatirt, daß auch ihm, als Vorsitzenden der Stadtverordneten, nichts von einem Schreiben der Mitglieder des Magistrats, worin den Stadtverordneten die Wahl einer bestimmten Persönlichkeit empfohlen wäre, bekannt geworden sei. Welchen Werth man übrigens auf vertrauliche Verhandlungen zu legen habe, möge folgender Artikel der »Magdb. Ztg.« darthun. (Redner verliest denselben.)

Die gemeinschaftliche Sitzung wird damit geschlossen und

es eröffnet Herr Schöttler, den Vorsitz übernehmend, die Sitzung der Stadtverordneten, indem er zunächst Mittheilung von einem vorliegenden selbständigen Antrage des Herrn Winter macht, welcher sich auf Umwandlung von Abendlaternen vor den Thoren in Nachtlaternen und Aufstellung neuer Laternen bezieht; derselbe gelangt nach Schluß der Tagesordnung zur Motivirung.

Es folgt danach

I. von Herrn Kybik erstattet, der Bericht der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 14. October c. — Der Fabrikant Witke hat bei Erbauung einer Kesselschmiede im Jahre 1873 von seinem an der Kramerstraße belegenen Grundstücke auf Grund des Stadterweiterungsstatuts zur Verbreiterung dieser Straße ein Terrain von 1063,17 qm unbebaut liegen lassen müssen und beansprucht dafür den Selbstkostenpreis von 7,196 M. pro qm, zusammen 7650 M. Auf die aufgelaufenen Zinsen will Witke, sofern er der Beitragspflicht zur

Instandsetzung der fraglichen Straße überhoben werden würde, verzichten. Der Magistrat giebt anheim, die gedachte Entschädigung von 7650 *M.* sofort zu bewilligen, die Verbreiterung und Instandsetzung der Kramerstraße aber bis auf Weiteres auszusetzen.

Die vereinigte Commission hält es im städtischen Interesse für weit rathsamer, die Offerte des Wilke, wonach derselbe unter der Zusicherung, daß er zu den Straßenbaukosten nichts beizutragen nöthig habe, auf die Zinsen verzichten will, abzulehnen; sie hält es für zweckmäßiger, ein vollständig klares Geschäft zu machen und giebt anheim, mit Wilke einen Vergleich dahin abzuschließen, daß er die obengedachte Fläche gegen Zahlung des Kaufpreises und der aufgelaufenen 5 procentigen Zinsen (vom Tage der Inflation der Verfügung des Stadtbauamts an bis zum Zahlungstage) an die Stadt abtritt.

Herr Winter glaubt nicht, daß die Sache so in dieser Weise gleich abgethan werden könne; erst, wenn der Versammlung die Karte über den betreffenden Theil des Ortsbauplans vorgelegt sei, werde sie beurtheilen können, ob die Straße wichtig genug sei, die verlangte Summe dafür aufzuwenden. Nach seinem Dafürhalten habe die Kramerstraße vor der Hand gar keine Aussicht auf eine Zukunft und bei der jetzigen Finanzlage der Stadt halte er für geboten, den Knopf auf dem Stadtsackel ein bißchen festzuhalten, und Ausgaben, welche nicht dringend nöthig erscheinen, nach Möglichkeit zu vermeiden. Sollte Wilke sich zur Zurücknahme des fraglichen Terrains bereit erklären, so halte er dieses Abkommen jedenfalls für das beste.

Die Herren Solmiz, von Seckendorff, Lucius, Heymann und Stadtrath Rittmeyer sprechen sich für den Commissionsantrag aus, und Letzterer betont, daß, wenn man es zum Proceß kommen lasse, ihm der Ausgang desselben durchaus nicht zweifelhaft sei. Indem man Wilke verhindert habe, über sein Eigenthum zu verfügen, habe man einen Eingriff in sein Eigenthum gethan, der einer Enteignung gleich zu stellen sei. Um unangenehmen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, könne die Annahme des Commissionsantrages nur empfohlen werden, zumal Wilke sich bereits mit einer Vergleichung in dieser Weise einverstanden erklärt habe.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß es, selbst wenn die Stadt in der Lage wäre, die Entschädigungsansprüche im Wege Rechts mit Erfolg bestreiten zu können, mit der Reputation der Stadt nicht zu vereinbaren stehe, in solcher Weise vorzugehen, denn man würde das schreiendste Unrecht thun, was gegen einen Bürger denkbar sei, da Wilke das Terrain nicht zurücknehmen könne, weil es für ihn jetzt kaum einen Werth habe; für die Stadt sei aber dessen Besitz, wenn nicht jetzt, so doch später, absolut nothwendig. Wenn Wilke sich mit dem Commissionsbeschlusse einverstanden erklärt habe, so könne man das nur dankbar anerkennen, es würde die Stadt dadurch eines widerwärtigen Processes enthoben, bei dem sie doch den Kürzeren ziehen müsse.

Darauf wird dem Commissionsantrage gemäß beschlossen.

## Weiter

II. referirt Herr Kybik über einen Magistratsantrag vom 27. December vorigen Jahrs. — Die Anwohner der Kreuzstraße haben verschiedentlich um Chauffirung ihrer Straße petitionirt, es ist aber bisher nicht thunlich gewesen, darauf einzugehen, weil der Magistrat hinsichtlich der nöthigen Terrainabtretungen auf zu große Schwierigkeiten gestoßen ist. Die neuerdings mit der großen Mehrzahl der Anwohner gepflogenen Verhandlungen haben nun zu befriedigenden Resultaten geführt. Die eine Hälfte der Herstellungskosten, welche vom Wegebaucommissair Denecke zu 19500 *M.* veranschlagt sind, trägt die Stadt, die andere Hälfte die Anwohner nach Maßgabe der Frontlängen ihrer Grundstücke. Für Einfassung der Fußwege mit Sollinger Platten, deren Kosten in der veranschlagten Summe nicht mit inbegriffen, haben die Anwohner selbst aufzukommen. Da nun aber die Anlieger meistens nicht im Stande sind, ihre Beiträge sofort zu entrichten, so ist es nothwendig, daß die Stadt auch die andere Hälfte der Kosten zum großen Theile vorschießt. Der Magistrat beantragt daher: 1) zu genehmigen, daß die Stadt die Hälfte der Kosten für Chauffirung der Fahrbahn und Instandsetzung der Fußwege in der Kreuzstraße übernimmt, und 2) ihn zu ermächtigen, den Anliegern die von denselben zu zahlenden Beiträge auf deren Wunsch vorzuschießen, jedoch unter der Bedingung, daß dieselben sich verpflichten, diese Vorschüsse in jährlichen Raten, nicht über 6 Jahre hinaus, zurückzuzahlen, bis zur Rückzahlung mit 5% zu verzinsen und hypothekarisch sicher zu stellen und zwar letzteres auf ihre Kosten.

Auch die Finanzcommission ist der Meinung, daß die Anlieger meistens nicht im Stande sein werden, die zu zahlenden Beiträge sofort zu entrichten. Da aber auch anzunehmen ist, daß selbst hypothekarische Eintragungen wenig Sicherheit bieten, so hält es die Commission für erwünscht, das ganze Verhältniß genau zu regeln. Sie giebt anheim, die Hälfte der Kosten mit 9750 *M.* aus der Stadtkasse zu übernehmen und in notarieller Urkunde die Anlieger zu verpflichten, sämtliche weitere Kosten zu tragen, auch die erste Hälfte derselben vor Beginn des Ausbaues, die zweite aber bis 1881 zu erstatten.

Herr Munte kann sich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären. Die Stadt möge sich erst dann auf Herstellung der Straße einlassen, wenn sie das nöthige Geld in Händen habe. Es könnten ja die Hypothekgläubiger, welche das meiste Interesse dabei hätten, das Geld vorschießen. Man habe in den nächsten Jahren eine Menge ähnlicher Petitionen zu erwarten von Leuten vor den Thoren, denen es auch an den nöthigen Mitteln fehle. Er beantrage, »mit der Chauffirung der Kreuzstraße nicht eher zu beginnen, bis die Anwohner alle zu zahlenden Beiträge entrichtet haben.«

Herr Nieß glaubt nicht, daß sich die Sache auf anderem Wege besser regeln lasse, als durch Annahme der Commissionsvorschläge, auch weil das Interesse der Stadt

dadurch hinlänglich gesichert werde. Eine hypothekarische Eintragung allein, ohne gleichzeitige Einzahlung von Beiträgen, gewähre der Stadt keine genügende Sicherheit für die endgültige Einzahlung, weil von dem Tage an, wo der Ausbau der Straße begonnen werde, bis zum Tage der letzten Ratenzahlung solche Veränderungen im Besiz der Häuser vor sich gehen könnten, daß die Stadt schließlich nicht wüßte, an wen sie sich zu halten hätte.

Herr Heymann schließt sich der Ansicht Herrn Munte's an. Ob die Stadt Hypotheken bestellen lasse oder nicht, sei ziemlich gleichgültig, da bei Subhastationen jezt wenig geboten werde; es erwachse weder der einen noch der anderen Partei ein Vortheil daraus, indem die Stadt nicht an Sicherheit gewönne, den Leuten aber nur noch mehr Kosten aufgebürdet würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält den Vorschlag der Commission nicht für ausführbar; man werde in die Lage kommen, eine Menge von Grundstücken zum Verkauf bringen zu müssen, indem zwei Drittel der Anwohner den gestellten Bedingungen nicht würden nachkommen können. Dies wäre aber eine Maßregel, welche ihm für die städtischen Behörden den Bürgern gegenüber nicht angemessen erscheine. Wenn daher die Magistratsvorlage nicht zur Genehmigung komme, so bitte er, dem Antrage des Herrn Munte zuzustimmen.

Referent macht darauf aufmerksam, daß durch Annahme der Magistratspropositionen im Wesentlichen dasselbe eintreten werde, was Herr Oberbürgermeister Caspari bei Annahme des Commissionsantrags befürchte, indem gerade der Magistrat die zu creditirenden Beiträge hypothekarisch wolle eintragen lassen und also im schlimmsten Falle auch zum Verkauf von Grundstücken werde schreiten müssen; ob dabei die Beiträge auf einige Jahre mehr oder weniger vertheilt würden, sei für das Endresultat von geringer Bedeutung. Redner ist von den Verhältnissen der Anwohner der Kreuzstraße ziemlich genau unterrichtet; er kennt die hypothekarischen Belastungen einer großen Anzahl von Häusern und glaubt bestimmt, daß der augenblickliche Zustand, wonach zum großen Theil eine Ueberlastung der Gebäude mit Hypotheken vorhanden ist, wesentlich in der Entwerthung derselben seinen Grund hat, welche wiederum durch die schlechte Beschaffenheit der Straße veranlaßt ist. Wenn also die Straße chauffeemäßig ausgebaut und mit einem Fußwege versehen sei, würden die Häuser im Werthe steigen; es würden höhere Mietherträge erzielt werden und die Leute eher ihren Verpflichtungen nachkommen können. Sollten sich dennoch nach der gefetzten Frist einige Restanten zeigen, was nicht anzunehmen stehe, so brauche immer noch nicht gleich zum Aeupfersten geschritten zu werden.

Herr Solmitz schließt sich aus gleichen Gründen den Commissionsanträgen an.

Herr Lucius hält den Antrag des Herrn Munte nicht für practisch, weil durch dessen Annahme die Herstellung der Straße ad calendas graecas verschoben werden würde. Es werde den Anwohnern nicht möglich sein, weitere Hypotheken zu beschaffen was man schon daraus entnehmen könne, daß auch das Leihhaus jezt nur noch ein

Viertel des Werthes zu den Grundstücken an den entlegenen Straßen vor den Thoren hergebe.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt anheim, den endgültigen Entschluß über diese Frage noch bis dahin auszusetzen, daß man klar übersehen könne, wieviel die zu erwartenden Kosten für Jeden der Anlieger betragen. Jetzt schon eine Frist festzustellen, innerhalb welcher die Leute zu bezahlen hätten, ohne von deren finanzieller Leistungsfähigkeit einen Begriff zu haben, sei ohne jegliche Bedeutung. Der Magistrat habe den Landesöconomieconducteur Allers mit der Vermessung und den Wegebaucommissair Denecke mit der Kostenveranschlagung beauftragt; erst nach Erledigung dieser Arbeiten könne man die Angelegenheit genau übersehen.

Der Herr Vorsitzende schließt sich der Ansicht des Herrn Vorredners an und bittet, den Beschluß über die vorliegende Frage von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Referent Kybik. Dem Einwurfe des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, daß es zur Betreibung der Angelegenheit erst noch der näheren Eruirung der von den Anwohnern zu zahlenden Beiträge bedürfe, könne er insoweit entgegenreten, als er das Maximum dieser Beiträge zu 250 *M.*, das Minimum zu 150 *M.* anzugeben vermöge. Von den 40 Vernehmen habe nur ein einziger erklärt, er brauche 6 Jahr zur Abzahlung, die meisten hätten nur eine Frist von 2 Jahren beansprucht und sehr viele sich zur sofortigen Bezahlung bereit erklärt.

Herr Reuter giebt zu bedenken, daß an der Ausführung selbst in nächster Zeit nichts geschehen könne, man also mit einer kurzen Verzögerung nichts versäume, und stellt den Antrag, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Herr Nieß spricht sich gegen diesen Antrag aus. Wenn man bedenke, wie oft nun schon von dieser Sache die Rede gewesen sei, so müsse man wirklich das Verlangen tragen, sie endlich zum Abschlusse zu bringen. Er könne auch nicht finden, daß die Stadt sich bei Annahme des Commissionsantrags irgend welcher Gefahr aussetze.

Der Herr Referent hält die Angelegenheit für vollständig spruchreif und eine Beschleunigung derselben aus objectiven Rücksichten für nothwendig. Man habe die dringende Verpflichtung, für die Arbeiterwelt Beschäftigung zu schaffen; man könne mit den Erdarbeiten beginnen, es werde doch immerhin bis zum Sommer dauern, ehe der Wegeausbau in Angriff genommen werden könne.

Die Herren Lucius und Heymann sind für den Reuter'schen Antrag, letzterer aus dem Grunde, weil er glaubt, daß die Versammlung, wenn sie jetzt den Commissionsantrag annehme, nicht das Sachgemäße treffe. Er wolle nebenbei darauf aufmerksam machen, daß die Gebühren für die hypothekarische Eintragung kleinerer Beträge von vielleicht 100 *M.* nahezu die Höhe des Objectes selber erreichen; man würde also die Leute durch hypothekarische Eintragung der vorzustreckenden Beiträge nur unnöthig belassen.

Nachdem Herr Schwarzenberg noch bemerkt hatte, daß er für den Fall der



Vertagung dieser Angelegenheit wegen der Vermögensverhältnisse der Anlieger bei ferneren Commissionsverhandlungen die Zuziehung der Statutencommission für erforderlich erachte,

wird der Antrag Reuter mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Ferner

III. berichtet Herr Kybik namens der Finanz-Commission über den selbständigen Antrag des Herrn Nieß:

»den Magistrat um einstweilige Inhibirung von Canalisationsarbeiten in der Verlängerung der Kreuzstraße, welche neben der neuen Schule liegt, zu ersuchen und von demselben eine Vorlage zu erbitten, nach welcher der Bau eines provisorischen Canals in Fortfall kommt und an Stelle desselben das betreffende Stück des definitiven Canals mit Rothauslaß erbaut wird«.

Die Commission empfiehlt den Antrag als zweckmäßig zur Annahme umsomehr, als der Magistrat nach eingezogener Erkundigung sich damit einverstanden erklärt hat.

Herr von Seckendorff schließt sich dem Antrage an und ersucht dabei den Magistrat, ohne gerade einen Antrag stellen zu wollen, bei dieser Gelegenheit bei Herzoglicher Kreisdirection nochmals anzufragen, ob sie etwas dagegen habe, wenn auch zugleich die Kreuzstraße mit einem an das definitive Canalisationsproject sich anschließenden Canale unter Benützung des durch Ausführung des vorliegenden Antrags bedingten Rothauslasses versehen werde unter der Bedingung, daß durch letzteren nur Tagewasser (Himmelwasser) entfernt werde.

Nach einigen erläuternden Bemerkungen der Herren Wilke, Reuter und Nieß über die Niveauverhältnisse der Kreuzstraße wird dem Nieß'schen Antrage zugestimmt, auch zur Ausführung desselben statt der für den provisorischen Canal ausgesetzten Summe von 9500 *M.* der Betrag von 13500 *M.* bewilligt.

Darauf

IV. wird ein Antrag des Magistrats vom 11. vorigen Monats, die für verkaufte Parzellen des Pflegehausgrundstückes vom Stadtrath Götte und Gastwirth Bäte eingezahlten Kaufgelder von 6900 *M.* und resp. 9540 *M.* zum Neubau des städtischen Krankenhauses auf dem Pflegehausgarten zu verwenden, auf Empfehlung der Commission durch Herrn von Seckendorff, ohne Debatte angenommen.

V. Es liegt der Versammlung der mittels Magistratschreibens vom 14. vorigen Monats übersandte Voranschlag für die hiesige Gasanstalt auf das Betriebsjahr vom 1. Juli 1879 zur Genehmigung vor. Es werden danach etwa 2200000 cbm

Gas zu produciren sein, welche eine Ausgabe von 350 101 *M.* bedingen. Die Einnahmen sind angegeben auf 523 943 *M.* Es wird sich demnach ein Ueberschuß ergeben von 173 842 *M.* gegen 135 445 *M.* des Vorjahrs.

Die Finanzcommission, für welche Herr Kunken berichtet, hat den Anschlag geprüft und giebt dessen Genehmigung anheim. Dabei beantragt sie, den Magistrat zu ersuchen,

- 1) die Voranschläge für die Folge vor Beginn des Betriebsjahrs einzureichen,
- 2) die Ausloosung der Obligationen etwas früher erfolgen zu lassen, so daß wenigstens einige Monate zwischen Ausloosung und Auszahlung liegen.

Der letztere Antrag ist durch den Umstand veranlaßt, daß die jetzige Ausloosung der Obligationen so spät erfolgt, daß zwischen Bekanntmachung und Auszahlung der betreffenden Nummern zu kurze Zeit liegt, die Inhaber der Obligationen mithin nicht in der Lage sind, wegen anderweiter Unterbringung ihres Geldes rechtzeitig zu verfügen.

Herr Reuter hält die von der Finanzcommission ausgesprochenen Wünsche für vollständig berechtigt. Wenn der Voranschlag so spät erfolgt sei, habe das seinen Grund darin, daß es bei der Beschränktheit der Büreaulocalitäten bisher unmöglich gewesen sei, das noch erforderliche Personal anzustellen. Die Zahl der Consumenten sei jetzt auf über 3000 gestiegen und man verfüge immer noch nicht über mehr Personal als zu jener Zeit, wo nicht einmal 2000 Consumenten vorhanden gewesen seien. Die Ausloosung der Obligationen könne immer schon  $\frac{1}{4}$  Jahr vor der wirklichen Auszahlung erfolgen, wenn die Versammlung gestatte, daß die Ausloosung derjenigen Obligationen, welche die Stadt in minimo auszuloosen verpflichtet sei, ohne vorherige Einholung ihrer Genehmigung stattfinden dürfte, worauf er damit angetragen haben wolle.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Solmitz und von Seckendorff wird der Voranschlag genehmigt, auch beschlossen:

- 1) den Magistrat zu ersuchen, den Voranschlag künftig alljährlich vor Beginn des betreffenden Betriebsjahrs einzureichen,
- 2) denselben zu ermächtigen, die Ausloosung der Obligationen, welche in minimo ausgelost werden müssen, ohne vorherigen Beschluß der Versammlung vorzunehmen, die Ausloosung derjenigen Obligationen aber, welche über die contractlich festgesetzte Zahl der auszuloosenden Obligationen auf besondern Beschluß der städtischen Behörden auszuloosen seien, auf das nächstfolgende Jahr zu verschieben.

Der folgende Punkt der Tagesordnung, betreffend die anderweite Feststellung des Schulgelbes in den mittleren Bürgerschulen, wird auf Antrag des Commissionsreferenten, Herrn von Seckendorff, für heute von der Berathung ausgeschlossen, da in der Commission Verschiedenes zur Sprache gekommen ist, worüber der Schulvorstand noch Auskunft zu geben hat.

Es folgt demnach

VI. von Herrn M ü h e erstattet, der Bericht der Schulcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 6. dieses Monats. Der Handarbeitsunterricht in den unteren Bürgerschulen erfolgt nach der sogenannten Schallenfeld'schen Methode, wobei es nothwendig ist, daß alle Schülerinnen dasselbe Material verarbeiten. Dieses ist bisher dadurch zu erreichen gesucht, daß die Lehrerinnen das nöthige Material im Großen gekauft und den Kindern im Kleinen wieder abgelassen haben. Hierbei ist den Lehrerinnen im verflossenen Semester ein Ausfall von 150 *M.* erwachsen. Der Magistrat beantragt, den Lehrerinnen diese Summe aus dem 5. Ausgabecapitel der Armenkasse (Unterrichtsmittel für arme Kinder) zu ersetzen und künftig in dieses Capitel jährlich 400 *M.* aufzunehmen, damit allen Kindern in den unteren Bürgerschulen das nöthige Unterrichtsmaterial geliefert werden könne, wogegen dann die angefertigten Arbeiten der Armenverwaltung zur Verwendung zu übergeben sein würden.

Die Commission giebt die Genehmigung der Anträge anheim mit der Modification, daß den Kindern diejenigen von ihnen angefertigten Gegenstände, welche für die Armenverwaltung keinen Werth haben, z. B. Nähtuch, Strick- und Häkelfstreifen, belassen werden, selbst wenn sie von notorisch armen Eltern nicht bezahlt sein sollten, die Entscheidung hierüber aber der Discretion des betreffenden Schulvorstehers überlassen bleibe.

Die Versammlung beschließt den Anträgen der Commission gemäß, worauf

schließlich

VII. Herr Winter seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag motivirt. Derselbe lautet:

»Anlässlich des vorliegenden neuen Etats für das städtische Gaswerk und in Berücksichtigung der durchaus zufriedenstellenden Betriebsergebnisse des genannten Etablissements beschließt die Stadtverordnetenversammlung: die Umwandlung einer genügenden Anzahl vor den Thoren der Stadt befindlicher sogenannter Abendlaternen in Nachtlaternen, sowie die Errichtung einiger nothwendigen Laternen auf der Straße am Steinhore und an dem nach der Dörfer zu belegenen Theile des Monumentplatzes, und stellt zu dem Zwecke — nach vorausgegangener Prüfung resp. Gutheißung der betreffenden Commission — der Direction des städtischen Gaswerks schon jetzt aus dem Betriebsergebnisse des qu. Jahres die Summe von 3000 *M.* und 1500 *M.*, zusammen 4500 *M.* zur Verfügung.«

Der Ruf nach »mehr Licht« ist schon öfter in diesem Raume erschallt und Redner sieht sich veranlaßt, denselben zu erneuern. Es handelt sich dabei nicht nur um Beschaffung einer Annehmlichkeit, sondern um Befriedigung eines dringenden Bedürf-

nisse, um Beschaffung des nothwendigsten Requirits zur Sicherung der Person und des Eigenthums von 20000 Menschen, welche vor den Thoren wohnen und von denen jener Ruf nicht schweigen wird. Redner proponirt, 10 Abendlaternen vor jedem Thore in Nachtlaternen umzuwandeln, was ungefähr 2800 bis 3000 *M.* jährlich kosten und womit den Außenwohnern ein langgehegter, sehnlicher Wunsch erfüllt werden würde. Herr Referent Kungen hat soeben mitgetheilt, welch ein erfreulicher Ueberschuß (173842 *M.*) in dem Voranschlage der Gaswerke für das gegenwärtige Betriebsjahr in Aussicht genommen ist; die Versammlung braucht also bei Bewilligung der geforderten, verhältnißmäßig kleinen Summe nicht ängstlich zu sein, daß der Etat irgendwie dadurch alterirt werden wird. Auch kann man den Einwand nicht gelten lassen, daß zu dem für die Büreaux zu errichtenden Gebäude größere Summen erforderlich wären, da diese sich auf mehrere Jahre vertheilen und auch nicht von den Ersparnissen genommen werden können. — Außerdem ist die Errichtung einiger Laternen auf der Straße am Steinthore und auf dem Monumentplätze erforderlich. Die Straße am Steinthore hat sich seit 1876, wo einige Gaslaternen auf den Promenaden hinzugekommen sind, insofern wesentlich geändert, als die eine Seite derselben vollständig bebaut ist, während früher dort nur wenige Häuser standen. Auch der Verkehr des unteren Theils des Monumentplatzes hat sich durch die Ueberbrückung der Dfer und Anlegung der neuen Straßen bedeutend gehoben und ist es wünschenswerth, auch diesen Theil der Promenaden, welcher außerdem mit zu den schönsten Erholungsplätzen in der Umgebung der Stadt zählt, genügend zu erhellen. Redner bittet deshalb, auch zur Errichtung von 6 neuen Laternen 1500 *M.*, also zusammen 4500 *M.* in *maximo* zu bewilligen.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Finanzcommission überwiesen und damit die öffentliche Sitzung geschlossen;

ihr folgt noch eine längere vertrauliche zur Erledigung von Steuerreclamationen.



1879.

Fortsetzung der Beilage zu Nr. 32 des 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

Nr. 3.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Januar 1879.

Öffentlich:

### Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

- 1) Wahl eines Mitgliedes zur Ersatzcommission.
- 2) Reclamationen gegen den Ortsbauplan.

### Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Antrag des ehemaligen Stadtverordneten Pini wegen Erwirkung eines Separationsgesetzes in Beziehung auf die Feststellung von Ortsbauplänen.
- II. Die Aufstellung neuer Fragebogen behufs Reclamation gegen die Communalsteuer betreffend.
- III. Die Pensionirung des Oberbürgermeisters Caspari betreffend.

Unter Vorsitz des Herrn Stadtraths Bammel schreitet die Versammlung in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten

1) zur Wahl eines Mitgliedes zur Ersatzcommission. Es werden 26 Stimmzettel abgegeben, von denen 12 auf Herrn Kloss, 12 auf Herrn Telligmann und 2 auf Herrn Krampe entfallen.

Da Stimmgleichheit vorliegt, wird auf Antrag Herrn Reuter's die Wahl per Acclamation vorgenommen, durch welche Herr Kloss zum Mitgliede der Ersatzcommission und Herr Telligmann zu dessen Stellvertreter bestimmt werden.

### Danach

2) referirt Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Schreiben des Magistrats vom 17. d. M. In der Sitzung vom 28. November v. J. ist derjenige Theil des für die hiesige Stadt entworfenen Ortsbauplans, welcher im Norden von der Gliesmaroderstraße, im Süden von der Husarenstraße, im Westen von der Oker und im Osten von der Gliesmaroder und Riddagshäuser Feldmark begrenzt wird, genehmigt und hat der betreffende Plan 14 Tage lang im städtischen Bureau öffentlich ausgelegen. Gegen denselben haben Kaufmann G. W. Bierbaum, Bürgermeistermeister E. Woraß und Particulier C. Wotop hieselbst Einwendungen erhoben. Nach Anhörung des Stadtbauamts kann der Magistrat, so leid es ihm thut, die Reclamationen zur Berücksichtigung nicht empfehlen, da dieselben nicht geeignet erscheinen, die Feststellung von Ortsbauplänen, welche im Interesse der Stadt und einer rationellen Erweiterung derselben nothwendig oder zweckmäßig erscheinen, zu hindern; es würde sonst von der im §. 3 der Landesbauordnung den Gemeinden eingeräumten Befugniß, Ortsbaupläne festzustellen, nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht werden können.

Die Commission theilt die Ansicht des Magistrats und beantragt, die Reclamationen als unbegründet zurückzuweisen.

Nachdem Herr Lucius noch betont hat, daß die öffentliche Auslegung der Ortsbaupläne nicht in erster Linie im Interesse der Privatpersonen, sondern vorzugsweise im Interesse der ganzen Commune geschehe und Einwendungen der ersteren nur dann berücksichtigt werden könnten, wenn dabei die proponirten Aenderungen in erster Linie zum Wohle der Gesamtheit beitragen,

wird dem Commissionsantrage Folge gegeben.

### Alsdann

übernimmt Herr Schöttler den Vorsitz und eröffnet die Sitzung der Stadtverordneten.

Entschuldigt die Herren Mühe, von Seefeldorff und Winter. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Ramdohr, Götte, Haake und Gebhard.

### Es liegt zunächst

#### I. der Antrag des ehemaligen Stadtverordneten Pini

den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium den Erlaß eines Gesetzes für die Stadt Braunschweig, wenn irgend möglich noch während der Dauer des jetzigen Landtages, zu erwirken, welches die Verhältnisse des Grundeigenthümers an den neuanzulegenden Straßen in

Bezug auf Theilung desselben in ordnungsmäßig zu bebauende Grundstücke regulirt»

zur Berathung vor.

Nach Ansicht der Statuten-Commission, namens welcher Herr Heymann berichtet, ist die im Antrage angestrebte Bestimmung nicht nur wünschenswerth, sondern sogar im Interesse einer ordnungsmäßigen Bebauung der Stadt allem Anschein nach unentbehrlich. Es würde sich keiner der dadurch betroffenen Privateigenthümer über ungerechtfertigte Eingriffe in sein Eigenthum beschweren können, weil die Bestimmung offenbar im wohlverstandenen Interesse Aller läge. Hauptsächlich erscheint aber eine solche Bestimmung zweckmäßig, weil dadurch Fälle unmotivirten Eigensinns Einzelner, welcher sich zuweilen zum Schaden der Gesamtheit breit macht, gebrochen werden würden. Ueber die Fragen, wie das Verfahren Platz greifen, welche Grundsätze dabei zur Geltung kommen und ob die Entschädigungen in Grundfläche oder baarem Gelde bestehen sollen, glaubt die Commission bei dem jetzigen Stadium der Sache noch hinweggehen zu dürfen, indem sie sich vorläufig auf die Constatirung der Zweckmäßigkeit des Antrags im Allgemeinen beschränkt. Innerhalb der Commission ist auch die Frage aufgeworfen, ob man die gedachte Bestimmung nur für die im Ortsbauplane vorgesehenen aber noch nicht hergestellten, oder auch für die bereits vorhandenen Straßen, soweit sie noch unbebaut sind, zu erwirken suchen soll. Die Commission hat sich für die ausgedehntere Form entschieden und giebt anheim, folgendem eingebrachten Antrage zuzustimmen:

- »die Herzogl. Landesregierung durch den Magistrat ersuchen zu lassen, im Anschlusse an die Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 **AZ** 60 ein Gesetz zu erlassen, in welchem
- 1) bestimmt wird, daß, wenn bei vorhandenen noch unbebauten Straßen und Plätzen oder Theilen derselben, oder bei in Gemäßheit eines vorschriftsmäßig festgestellten Ortsbauplans oder eines Theiles desselben neu anzulegenden Straßen und Plätzen die angrenzenden Grundstücke wegen ihrer schiefwinkligen oder sonst unregelmäßigen Lage gegen die betreffenden Straßen oder Plätze sich zur Benutzung von Bauplätzen nicht eignen, die Eigenthümer solcher Grundstücke auf Verlangen der betr. Gemeindebehörden und nach vorgängiger Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums verpflichtet sein sollen, sich behuf Beschaffung zweckmäßiger Bauplätze eine Zusammenlegung und anderweite Eintheilung ihrer Grundstücke gefallen zu lassen und in welchem
  - 2) die dabei zur Anwendung zu bringenden Grundsätze und das dabei zu beobachtende Verfahren in ähnlicher Weise festzustellen sind, ein solches im §. 42 des Statuts vom 1. Juli 1870, die Erweiterung der Stadt Braunschweig betr., geschehen ist.«



Der Antrag findet nach einer kurzen empfehlenden Bemerkung des Herrn Schwarzenberg, welcher glaubt, daß die Ausführung des Antrags allerdings wohl mit Schwierigkeiten verknüpft sein würde, eine Regelung der Sache aber für höchst wünschenswerth hält, die Zustimmung der Versammlung.

### Weiter

II. berichtet Herr Heymann für die Statutencommission, daß es der Magistrat nach einem Schreiben vom 29. November v. J. für erforderlich hält, die Fragebogen behufs Reclamation gegen die Communalsteuer einer Umgestaltung zu unterziehen. Dem Schreiben liegt ein bezüglich Entwurf an, welchen die Commission geprüft und im großen Ganzen für zweckmäßig befunden hat; sie giebt dessen Genehmigung anheim, jedoch unter folgenden Modificationen:

Die am Schluß des Fragebogen-Entwurfs aufgeführte Anmerkung bildet als »allgemeine Bemerkungen« den Kopf des Bogens mit folgender Fassung:

#### »Allgemeine Bemerkungen.

- a) Wo im Nachstehenden die Declaration des Einkommens der Ehefrau des Reclamanten gefordert wird, bezieht sich solches nur auf den Fall, daß beide Ehegatten einen gemeinschaftlichen Haushalt führen.
- b) Wo im Nachstehenden die Declaration des Einkommens der Kinder des Reclamanten gefordert wird, bezieht sich solche nur auf den Fall, daß die Kinder in väterlicher Gewalt des Reclamanten stehen.
- c) Alles Einkommen, welches Reclamant oder dessen Ehefrau oder dessen Kinder zwar nicht aus eigenem Vermögen, jedoch kraft eines Nießbrauchsrechts (z. B. des Nießbrauchsrechts des Vaters am Muttergute) beziehen, ist selbstverständlich ebenfalls zu declariren.
- d) Es ist gleich, ob das Einkommen aus hiesigen Quellen oder von auswärts bezogen wird.
- e) Reclamant wird darauf aufmerksam gemacht, daß er seine Angaben streng der Wahrheit gemäß zu machen hat, so daß er die Richtigkeit derselben auf Erfordern eiblich zu erhärten im Stande ist.«

### Dann

- 1. ist im Eingange statt: »in untenstehender Anmerkung« zu setzen: »in obigen Bemerkungen,«
- 2. soll in der ersten Frage der erste Absatz lauten: »Wie hoch beläuft sich das jährliche Dienstlohn oder die Pension des Reclamanten, seiner Ehefrau und seiner Kinder?«

3. ist in der dritten Frage

- a) am Schlusse des ersten Absatzes statt: »Gärtnerei oder Ackerbau« zu setzen: »Gärtnerei, Ackerbau oder Handarbeit irgend welcher Art,«
- b) soll der zweite Absatz lauten: »Wie hoch beläuft sich das Einkommen aus diesem Geschäfte in jedem der letzten 5 Jahre, eventuell falls das Geschäft noch nicht so lange betrieben ist, in jedem Jahre seit dessen Beginn?«

4. ist in der siebenten Frage statt: »nach dem Durchschnitte der letzten 5 Jahre« zu setzen: »in jedem der letzten 5 Jahre.«

Die Commissionsanträge finden nach kurzer Debatte unter den Herren Stadtrath Götte und Reuter die Genehmigung der Versammlung.

III. Nach einem fernern Magistratschreiben vom 6. d. M. hat der Oberbürgermeister Caspari um Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. »So sehr wir es bedauern — führt dasselbe aus — einen Mann aus unserer Mitte scheiden zu sehen, der mit hervorragender geistiger Befähigung, seltener Arbeitskraft und unermüdlichem Fleiße seit länger denn 30 Jahren im Dienste der hiesigen Stadt gearbeitet und segensreich gewirkt hat, so können wir doch seinem, nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschlusse und seinem berechtigten Wunsche, den Abend seines thatenreichen Lebens in Ruhe zu genießen, nicht entgegenzutreten.« Der Oberbürgermeister Caspari ist am 2. Juni 1832 als Polizei-Commissair in hiesiger Stadt angestellt und am 29. April 1848 zum Vorsitzenden des Stadtmagistrats erwählt, und berechnet sich seine Pension auf Grund des Civilstaatsdienstgesetzes und der rev. St.-D. vom erstgedachten Tage an bis ulto. Januar c., also bei einer Dienstzeit von 46 Jahren 8 Monaten, auf 11500 M. Der Magistrat sieht sich indeß mit Rücksicht auf die großen Verdienste, welche der Oberbürgermeister Caspari sich um die Stadt erworben hat, zu dem Antrage veranlaßt, denselben unter Belassung seines vollen gegenwärtigen Dienst Einkommens (12000 M. incl. des Werths der freien Wohnung) in den Ruhestand zu versetzen.

Vor Eintritt in die Berathung über diesen Gegenstand

erklärt Herr Stadtrath Bammel im Auftrage des Herrn Oberbürgermeisters, daß dieser den Antrag des Magistrats, ihn mit vollem Gehalte zu pensioniren, dankbar anerkenne, aber bitte, demselben nicht Folge zu geben: er wünsche Angesichts der ungünstigen finanziellen Lage der Stadt nur mit dem ihm gesetzmäßig zukommenden Sage pensionirt zu werden und würde ein Mehreres unter keinen Umständen annehmen.

Wenngleich die Mitglieder des Magistrats — wie Herr Stadtrath Gebhard betont — nicht gewillt sind, von dem letzten Theile ihres Antrags zurückzutreten, so

wird derselbe doch, da er auf die bestimmte Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters hin gegenstandslos geworden ist, auf Vorschlag des Herrn Redners von der Debatte ausgeschlossen.

Herr Lucius hat als Commissionsreferent über die Angelegenheit zu berichten. Er theilt der Versammlung die oben näher bezeichneten Daten mit und giebt namens der Statuten- und Finanz-Commission anheim, die Pension des Oberbürgermeisters Caspari auf 11500 M. zu fixiren, auch demselben seine Dienstwohnung bis zum 1. April c., ohne dafür irgend welche Entschädigung zu beanspruchen, zu belassen.

Herr Finanzrath Rybik wendet ein, daß bei Pensionirung von Staatsdienern die überschießenden Monate als volles Jahr in Anrechnung gebracht würden und bei den städtischen Beamten in dieser Beziehung dieselben Grundsätze zur Geltung zu bringen seien. Im gegenwärtigen Pensionsfalle habe man daher nicht 46 Jahr 8 Monat sondern 47 Jahr zu Grunde zu legen.

Der Herr Vorsitzende ist von dem Gefühle geleitet, als sei es wünschenswerth, den vorliegenden Gegenstand so kurz wie möglich zu erledigen; er bittet deshalb, von einer weiteren Debatte abzusehen und die Commissionsanträge einfach zu genehmigen,

welchem Ersuchen die Versammlung nachkommt.

Da der letzte Punkt der Tagesordnung, die Nachverwilligung einer Lehrergehaltszulage betreffend, noch der Erörterung einiger präjudicieller Fragen bedarf, wird dessen Berathung für heute ausgesetzt

und somit die Sitzung geschlossen.

---





1879.

Fortsetzung der Beilage zu N. 33 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N. 4.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Februar 1879.

### Öffentlich:

- I. Eine Verleihung des Ehrenbürgerrechtes betr.
- II. Antrag des Stadtverordneten Wilke auf Vervielfältigung der der Versammlung zu unterbreitenden Zeichnungen zc.
- III. Antrag des Stadtverordneten Winter wegen Aufstellung von Gaslaternen und Bestimmung solcher schon vorhandenen zu Nachtlaternen.
- IV. Gehaltsverbesserung eines Lehrers betr.
- V. Die Einrichtung von Vergleichsbehörden bei Klagen wegen Beleidigung betr.
- VI. Bewilligung von Reisekosten betr.
- VII. Gehaltsverbesserung eines Lehrers betr.
- VIII. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betr. die Vertheuerung unentbehrlicher Nahrungsmittel durch Zölle.

### Vertraulich:

- Steuerreclamationen.  
Mittheilungen des Magistrats über die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl.

Die derzeitigen Mitglieder der Versammlung sind, nachdem auch später Herr Steinacker erschienen ist, vollzählig anwesend. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Randoehr, Götte, Haake und Gebhard.

Es liegen die Protokolle vom 16. und 30. Januar c. zur Genehmigung vor.

Zu dem ersteren ist zu bemerken, daß es S. 7 Z. 7 v. o. statt »Er (Herr Stadtrath Götte) habe bei früheren Gelegenheiten Ursache gehabt u. s. w.« heißen muß: »Der Magistrat habe bei früheren Gelegenheiten Ursache gehabt u. s. w.« und statt »Commission« S. 14 Z. 6 v. u. »Commissionen.« — Dann ist im zweiten Protokolle noch ein Druckfehler dahin zu berichtigen, daß S. 18 Z. 9 v. o. nicht »E. Wora« sondern »E. Wern« zu lesen ist. — Danach werden die Protokolle genehmigt.

Herr Reuter hat einen Antrag, betreffend die Abwehr einer Besteuerung unentbehrlicher Lebensmittel, eingebracht, welcher nach Schluß der Tagesordnung zur Motivirung gelangt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Herr Vorsitzende die Aufmerksamkeit der Versammlung nochmals für einen Gegenstand in Anspruch, über welchen in voriger Sitzung Beschluß gefaßt ist. Die Pension des Oberbürgermeisters Caspari ist nach einer Dienstzeit von 46 Jahr 8 Monat auf 11500 *M.* bemessen. Nach näherer Erkundigung hat sich herausgestellt, daß die Berechnung des Pensionsbetrages in dieser Weise auf einem Irrthume beruht, indem die überschießenden 8 Monate im Einklange mit den bei Pensionirung der Staatsdiener geltenden Grundsätzen als volles Jahr in Anrechnung zu bringen sind und danach der fragliche Ruhegehalt auf 11560 *M.* jährlich zu fixiren ist.

Ohne Debatte erklärt sich die Versammlung mit der Berichtigung des über diesen Punkt gefaßten Beschlusses einverstanden.

#### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Lucius namens der vereinigten Finanz- und Statuten-Commission über ein Schreiben des Magistrats vom 6. Februar c. — Nachdem der Oberbürgermeister Caspari in den Ruhestand getreten ist, hält der Magistrat für angemessen, demselben in würdigster Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung des Gemeinwesens hiesiger Stadt das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Die Commission hat sich mit diesem Antrage nicht nur allseitig einverstanden erklärt, sondern ihn auch mit Freuden begrüßt, indem dadurch nur einem allgemeinen Wunsche Rechnung getragen wird. Wenn nach §. 19 der rev. St. O. denjenigen das Ehrenbürgerrecht ertheilt werden soll, welche sich um das städtische Wohl verdient gemacht haben, so muß dem Oberbürgermeister Caspari diese Auszeichnung im vollsten Maße zu Theil werden. Ueber 30 Jahre, ein Menschenalter hindurch, hat er an der Spitze unseres Gemeinwesens gestanden; unter seiner Leitung ist Ordnung in allen Theilen unseres städtischen Haushalts eingeführt worden; eine große Anzahl von Organisationen und Instituten sind durch ihn geschaffen, welche zur Förderung und zur Bildung des städtischen Gemeinwesens beitragen. Mag sich ein mäkelnder Kopf nicht mit Allem einverstanden erklären, mag ihm dieses oder jenes nicht gefallen, mag er hier oder da eine andere Organisation wünschen, das muß jeder zugeben und darüber wird kein Zweifel obwalten, daß es sehr schwer fallen wird, einen Mann von gleicher Tüchtigkeit, gleicher Arbeitskraft, gleicher Liebe und gleicher Hingabe an das Wohl der Stadt wieder aufzufinden. »Deshalb, m. H., empfiehlt Ihnen die Commission sehr dringend, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen und giebt anheim, den Magistrat im Begleitschreiben unter Vorausbewilligung aller Kosten zu ersuchen,

den Ehrenbürgerbrief in würdigster und künstlerischster Weise anfertigen zu lassen, damit derselbe auch den fernsten Nachkommen der Familie Caspari ein Zeichen und eine Erinnerung ihres Ahnen, sowie der Anerkennung und Theilnahme seiner Mitbürger ist.« (Bravo!)

Der Commissariatsantrag wird einstimmig angenommen.

Danach

II. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über den selbständigen Antrag des Herrn Wille:

»Pläne und Zeichnungen, über welche die Versammlung Beschluß zu fassen habe, den einzelnen Mitgliedern derselben 8 Tage vor der Berathung durch Vervielfältigung zugänglich zu machen.«

Die Commission kann nach eingehender Prüfung des Antrags der Versammlung nur empfehlen, denselben abzulehnen, weil der aus der Vervielfältigung von Zeichnungen in zweckentsprechender Weise zu erhoffende Gewinn den großen Kosten, welche dadurch entstehen, nicht entsprechen würde. Es handelt sich bei derartigen Zeichnungen meistens um feine, sich kreuzende Linien, die am übersichtlichsten, namentlich bei Terrainabschnitten oder besonders zu kennzeichnenden Parcellen, durch andere Farben hergestellt werden müssen. Die Vervielfältigungen würden also, ob sie auf autographischem oder lithographischem Wege hergestellt werden, mit der größten Sorgfalt auszuführen sein und damit unverhältnißmäßig hohe Kosten verursachen. Die Commission hält es daher für genügend, wenn die zu besprechenden Zeichnungen den statutarischen Vorschriften gemäß vor und während der betreffenden Sitzung eingesehen werden.

Herr Nies bittet, den Antrag der Commission in dieser Form heute nicht zur Discussion zu bringen, sondern zur nochmaligen Berathung an die Commission zurückzugeben. Man habe in neuerer Zeit ein sog. Lichtpausverfahren zur Anwendung gebracht, wodurch die Herstellung von Vervielfältigungen fast auf die Kosten des Papiers und der Tusche beschränkt würden. Redner empfiehlt daher, den Antrag, dessen Motivirung man nur als vollständig richtig anerkennen könne, nach der von ihm angedeuteten Richtung hin einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und erbietet sich, event. über das neue Verfahren nähere Erkundigung einzuziehen und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten.

Herr Wille kann sich mit dem Vorschlage des Herrn Vorredners, den Antrag nochmals an die Commission zurückzuweisen, nicht einverstanden erklären. Wenn er vorher besser unterrichtet gewesen wäre, würde er überall seinen Antrag in anderer Weise gestellt haben; er würde sich einfach auf das Gesetz gestützt und die Ausführung der statutarischen Vorschriften vom 2. Januar 1874 verlangt haben, durch welche die Vorlegung von Zeichnungen u. in gewisser Frist vor der Beschlußfassung bestimmt sei. Die Anwendung von Farben bei Autographen oder Lithographien sei durchaus nicht



erforderlich, da man die hervorzuhebenden Linien und Flächen sehr wohl durch Punkte und Schraffirungen andeuten könne; er verweise dabei nur auf die »illustrierten Modeblätter« und den »Bazar«, aus deren Zeichnungen sich jede Frau vernehmen könne.

Der Herr Vorsitzende, welchem das von Herrn Nies bezeichnete Verfahren nicht unbekannt ist und die dadurch gebotene billige Anfertigung von Vervielfältigungen wichtigerer Zeichnungen in der That wünschenswerth erscheint, schlägt vor, den Magistrat zu ersuchen, diejenigen der Versammlung zu unterbreitenden Pläne und Zeichnungen u., welche ihrer Wichtigkeit wegen einer speciellen Prüfung abseits sämtlicher Herren Stadtverordneten bedürfen, einem jeden Mitgliede der Versammlung 8 Tage vor der Berathung über den betr. Gegenstand durch Vervielfältigung zugänglich zu machen.

Nachdem Herr Wille sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt, und der Herr Referent noch bemerkt hat, daß der Magistrat schon längere Zeit in Erwägung gezogen habe, Vorlagen von besonderer Bedeutung, wie der demnächst zu erwartende Ortsbauplan, vervielfältigen zu lassen.

wird der Wille'sche Antrag in der von dem Herrn Vorsitzenden vorgeschlagenen beschränkteren Form angenommen.

#### Weiter

#### III. berichtet Herr von Seckendorff über den Antrag des Herrn Winter:

»Anlässlich des neuen Stats für das städtische Gaswerk und in Berücksichtigung der durchaus zufrieden stellenden Betriebs-Resultate des genannten Etablissements beschließt die Stadtverordnetenversammlung: die Umwandlung einer genügenden Anzahl vor den Thoren der Stadt befindlichen sogenannten Abendlaternen in Nachtlaternen, sowie die Errichtung einiger nothwendigen Laternen auf der Straße am Steinhore und an dem nach der Dör zu belegenen Theile des Monumentsplatzes, und stellt zu dem Zwecke — nach vorausgegangener Prüfung resp. Guttheilung der betr. Commissionen — der Direction des städtischen Gaswerks schon jetzt aus dem Betriebssparnisse des qu. Jahres die Summe von 3000 M. und 1500 M., zusammen 4500 M. zur Verfügung.«

Der Eingang dieses Antrags ist nicht ganz richtig gewählt, indem die städtische Beleuchtung nicht aus den Einkünften des Gaswerks, sondern aus der Stadtcasse bezahlt wird; es würden also die Ausgaben aus der Stadtcasse zur Vermehrung der Straßenlaternen auf die Betriebsresultate des Gaswerks durchaus keinen Einfluß haben. Außerdem aber giebt der Antragsteller selbst zu, daß einem zu fassenden Beschlusse die Guttheilung der betreffenden Commissionen vorauszu gehen habe. Es würde also doch immer erst eines Antrages der Commission, welche speciell mit der Prüfung der Nothwendigkeit vermehrter Straßenbeleuchtung beauftragt ist, bedürfen, welcher

dann an die Deputation für die Gas- und Wasserwerke abgegeben werden müßte. Hält diese das Bedürfniß für erwiesen, so werden die Kosten ganz von selber auf den Etat gebracht werden. Die von der städtischen Verwaltung für Abend- resp. Nachtlaternen zu zahlenden Preise sind von der Versammlung festgestellt. Die Finanzcommission giebt hiernach anheim, den fraglichen Antrag dem Magistrate zur weiteren geschäftsmäßigen Behandlung zu überweisen. — So erfreulich auch die günstigen Resultate des Gaswerks sind, ist dasselbe doch nicht in der Lage, die Ueberschüsse im directen Interesse der Bürgerschaft zu verwenden, da nach Ansicht der Verwaltungs-Deputation des Gaswerks es durchaus erforderlich ist, die augenblicklich günstigen Conjunctionen zu benutzen, um die Schuldenlast, welche auf dem Gaswerke ruht, soweit zu reduciren, daß man, falls einmal eine andere, vielleicht zweckmäßigere Beleuchtungs-Methode sich Eingang verschaffen sollte, keine Capital-Verluste zu erleiden hat.

#### Ohne Debatte

wird der Commissionsantrag von der Versammlung angenommen.

#### Wie

IV. Herr Schwarzenberg referirt, hat der Magistrat mittels Schreibens vom 13. Januar c. darauf angetragen, dem Lehrer Henze an der höheren Mädchenschule eine Gehaltszulage, welche demselben in Aussicht gestellt, aber aus Versehen im Etat nicht aufgenommen ist, nachträglich zu bewilligen.

Die Schulcommission hat den Antrag in Gegenwart des Vertreters des Magistrats und des Schuldirectors Sommer berathen und es ist dabei vollkommen anerkannt, daß Henze seinen Leistungen nach wohl eine Gehaltsaufbesserung verdiene; er unterrichtet in den oberen Klassen in französischer und englischer Sprache, was von nicht academisch gebildeten Lehrern für gewöhnlich nicht gefordert wird. Da aber der Etat für die Lehrer der städtischen Töchterschulen bereits vollständig ausgearbeitet ist, und darin auch die Ansprüche des Lehrers Henze Berücksichtigung gefunden haben, so giebt die Commission anheim, den Magistratsantrag zur Vermeidung von Berufungen aus formellen Gründen abzulehnen,

welchem Ersuchen die Versammlung ohne Debatte nachkommt.

#### Sodann

V. berichtet Herr Grote namens der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission über ein Schreiben des Magistrats vom 31. Januar c. — Nach einem Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 14. Januar c. ist laut §. 420 der mit dem 1. October d. J. in Kraft tretenden Straf-Proceß-Ordnung für das Deutsche Reich die Erhebung der Klage erst zulässig, nachdem von einer durch die Landesjustizverwaltung zu bezeichnenden Vergleichsbehörde die Sühne erfolglos versucht

worden ist. Während man nun in den kleineren Städten des Herzogthums und den Landgemeinden unbedenklich die betreffenden Bürgermeister resp. Gemeindevorsteher oder Mitglieder des Magistrats resp. Gemeinderaths mit jenem Amte wird betrauen können, wird es in der hiesigen Stadt nicht zu vermeiden sein, besondere Vergleichsbehörden einzurichten und auch Bürger, welche weder dem Magistrate noch der Stadtverordnetenversammlung angehören, mit der Verwaltung jenes Ehrenamtes zu betrauen. Herzogliches Staatsministerium wünscht nun zu erfahren, in welcher Weise für die hiesige Stadt die Einrichtung am zweckmäßigsten zu reguliren ist, namentlich aber, ob es sich nicht empfiehlt, die Stadt in mäßig große Reviere zu theilen und für jedes Revier einen besondern Schiedsbeamten nebst einem Stellvertreter zu ernennen. — Nach Eingang dieses Rescripts hat sich der Magistrat an das Herzogliche Stadtgericht mit dem Ersuchen gewandt, ihm von der Anzahl von Privatanklagen, welche wegen Beleidigung durchschnittlich im Laufe eines Jahres zur Verhandlung zu kommen pflegen und darüber, in welchen Stadttheilen die meisten solcher Privatanklagen ihren Ursprung haben, Kenntniß zu geben. — Herzogliches Stadtgericht hat darauf erwiedert, daß in den Jahren 1876, 1877 und 1878 resp. 389, 372 und 393 Privatanklagen erhoben sind, deren Ursprung in den überwiegend meisten Fällen in denjenigen Stadttheilen zu suchen ist, welche fast ausschließlich von der unbemittelteren Volksklasse bewohnt werden.

Der Magistrat empfiehlt nun, für jeden Polizeidistrict der hiesigen Stadt einen oder mehrere geeignete Personen, sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern aus der Zahl der Stadtverordneten oder der übrigen hiesigen Bürger zu wählen, welche mit den fraglichen Sühneversuchen zu betrauen wären. Die Wahl würde zweckmäßig von der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten jedesmal auf ein oder zwei Jahre vorzunehmen sein. Sollten die zu wählen Personen nicht wünschen, die Sühneversuche, welche allerdings wohl mit einigen Inconvenienzen verbunden zu sein pflegen, in ihren Wohnungen vorzunehmen, so könnten nach Ansicht des Magistrats bestimmte Tage und Stunden vereinbart und öffentlich bekannt gemacht werden, an und zu welchem die Sühneversuche in einem geeigneten Locale des Herzoglichen Stadtgerichts oder des hiesigen Stadthauses vorzunehmen sind.

Die vereinigte Commission hat die ganzen Verhältnisse in längerer Debatte gründlich geprüft und ist in der Majorität zu der Ueberzeugung gekommen, daß die ganze Sache wiederum eine recht große Belastung der Bürger in Folge habe. Schon seit längerer Zeit wird die Bürgerschaft durch Ehrenämter der verschiedensten Art in Anspruch genommen. Die Strafproceßordnung für das Deutsche Reich bringt zu allem das Institut der Schöffen, wozu Bürger herangezogen werden müssen, kurz, von allen Seiten mehrten sich die Lasten, welche ehrenhalber auf den Schultern der Bürger ruhen. Die Commission hat daher in Erwägung gezogen, ob sich nicht auf eine andere Weise Rath schaffen lasse, wodurch diese neue Last von den Bürgern abgehalten würde,

und ist schließlich zu der Ansicht gekommen, daß man sich in der Angelegenheit einstweilen ablehnend verhalten und die Herzogliche Polizei-Direction, i. sp. die Polizeicommissaire, welche ja mit derartigen Sachen vertraut sind, als Vergleichsbehörde empfehlen möge. Andererseits hat sich aber auch die Commission nicht verhehlen können, daß vielleicht mit solcher negativen Behandlung des Gegenstandes nicht viel erreicht werden würde und in zweiter Linie beschlossen event. zu empfehlen, daß der Magistrat, falls Herzogliches Staatsministerium absolut gesonnen sein sollte, Communalorgane zu schaffen, seine Bereitwilligkeit zur Unterbreitung weiterer Vorschläge aussprechen möge.

Herr Stadtrath Rittmeyer bittet, den ersten Antrag der Commission abzulehnen. Aus dem Inhalte des Ministerialrescripts gehe unzweifelhaft hervor, daß die Landesregierung zur Vornahme dieser Sühneversuche durchaus keine Staatsbeamten verwenden wolle. Er habe Gelegenheit gehabt, mit dem Referenten des Herzoglichen Staatsministeriums über die Angelegenheit zu sprechen, und dieser habe seine Ansichten in vollem Maße bestätigt. Es liege gerade in der Absicht des betreffenden Gesetzes, Vertrauensmänner aus dem Volke heranzuziehen, weil man sich eben von ihnen den besten Erfolg verspreche. Diese Mittheilung sei ihm mit der ausdrücklichen Erklärung geworden, sie der Versammlung vorzutragen, um Weiterungen vorzubeugen. Wollte man im verneinenden Sinne an Herzogliches Staatsministerium berichten, so würden wieder 8 bis 14 Tage bis zur Rückantwort vergehen und man sei dann genöthigt, von Neuem in Verhandlungen zu treten. Da aber die Sache dringend und keine Aussicht vorhanden sei, daß die Landesregierung auf den ersten Commissionsantrag eingehen werde, sie vielmehr unter allen Umständen dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen beabsichtige, wonach die Bürger gezwungen seien, ein solches Amt zu übernehmen, so empfehle er, von dem ersten Antrage abzusehen und sofort in die Berathung der Sache selbst einzugehen.

Herr Lucius. Wenn das Reichsgesetz bestimme, es solle eine Vergleichsbehörde eingerichtet werden, so könne man zunächst nicht daran denken, daß diese Behörde von den Bürgern reiheum gebildet werden solle; man stelle sich vielmehr unter dem Worte »Vergleichsbehörde« ein feststehendes Organ vor. Er könne die Ansicht der Landesregierung bei Auslegung dieses Gesetzes nicht theilen und halte es für geboten, daß die Versammlung ihre Selbständigkeit wahre und nicht gleich »ja« sage, sondern ihre Meinung der Landesregierung gegenüber in entschiedener Weise ausspreche. Von diesem Gesichtspunkte aus scheine es zweckmäßig zu sein, sich die Frage vorzulegen, ob es angebracht sei, eine solche Vergleichsbehörde in der Weise zu schaffen, wie sie die Landesregierung und der Magistrat haben wollen, und da könne er in der That nur empfehlen, die Versammlung spreche ihre Ueberzeugung dahin aus, daß sie es für's Beste halte, die Herzogliche Polizeidirection mit diesem Geschäfte zu betrauen.

Zu derartigen Aemtern qualificire sich nicht Jeder und wer könne dafür garantiren, daß man die richtigen Männer finde? Es gehöre eine gewisse Gewandtheit dazu, Leute, besonders aus den niederen Ständen, bei Streitigkeiten zufrieden zu sprechen. Dazu bedürfe es Männer, die sich ausschließlich in dieser Branche beschäftigten, wie Polizeicommissaire. Außerdem sei die Bürgerschaft so sehr überlastet durch Vormundschaften, Armenpflege, später das neue Schöffengericht und sonstige Institutionen, daß man ihr nichts Neues mehr aufbürden dürfe. Er bitte deshalb, dem Majoritätsantrage der Commission zuzustimmen.

Herr Schwarzenberg, wenngleich mit dem Herrn Vorredner darin übereinstimmend, daß es nach dem Gesetze nicht unzulässig wäre, die Herzogliche Polizeidirection für die gedachten Geschäfte zu bestimmen, hält doch, da Herzogliches Staatsministerium nach der Erklärung des Herrn Stadtraths Rittmeyer nicht darauf eingehen wird, für zweckentsprechender, daß die Sache nochmals an die Commission zurückgegeben wird. Werde man sich entschieden ablehnend verhalten und keine bestimmten Vorschläge machen, so sei es sehr wohl möglich, daß das Herzogliche Staatsministerium die Angelegenheit zu Ende führen werde, ohne die städtischen Behörden um ihre Ansichten zu fragen. Er beantrage deshalb, die Angelegenheit nochmals an die Statutencommission zu verweisen und dieselbe zu detaillirten Vorschlägen zu veranlassen.

Herr Rybik hat sich in der Commissionsitzung dem Majoritätsbeschlusse nicht anschließen können. Im Geiste der Reichsgesetzgebung liege es, grade auf Organe aus der Bürgerschaft zu greifen und nicht auf Staatsbehörden. Es handle sich überhaupt nicht mehr um die Frage, ob Vergleichsbehörden aus Bürgern gebildet, sondern wie sie gebildet werden sollen. Wenn daher das Herzogliche Staatsministerium vor weiterm Vorgehen die Ansichten der städtischen Behörden zu erfahren suche, um danach die nöthigen Maßregeln zu treffen, so könne man solches nur dankbar erkennen und müsse sich nicht auf einen renitenten Standpunkt stellen. Was die Sache selbst anlange, so solle durch den Vertrauensmann erziehlich auf die Parteien eingewirkt werden, auch wolle man den Leuten die Kosten für Injurienklagen zu ersparen suchen. Zu dem Amte eines Vertrauensmannes gehöre Geduld und zwar im größeren Maße, als man von einem Beamten, bei dem sich die Sachen häufen würden und der diese deshalb mehr geschäftsmäßig abzuwickeln bestrebt sein müsse, für gewöhnlich voraussetzen könne. In dem Bestreben, durch persönliche Einwirkung seitens der Gebildeten auf die Sitten und den Geist der unteren Volksklassen Einfluß zu üben, gehe die englische Nation voran. Es komme darauf an, die Gelegenheit zu persönlicher Einwirkung insbesondere auf die sogenannten arbeitenden Classen zu vermehren. Von dieser Seite müsse man die Sache betrachten. Es empfehle sich daher, nicht dem Majoritätsantrage der Commission, sondern dem Schwarzenberg'schen Antrage zuzustimmen.

Herr Wilke schließt sich den Ausführungen des Herrn Vorredners an und bittet die Sache nochmals reiflich zu überlegen. Es würde keinen angenehmen Eindruck machen, wenn man in der Versammlung das Bestreben hätte, die Bürgerschaft von Ehrenämtern zu entlasten, zumal es seines Wissens vielseitig gewünscht werde, Institutionen, wie die in Rede stehende, ins Leben zu rufen. Er empfehle daher, sich wenigstens dem Antrage des Herrn Schwarzenberg anzuschließen.

Auch Herr Reuter ist der Meinung, daß das allein Richtige sei, über den Gegenstand heute nicht zu beschließen und ihn nochmals an die Commission zurückzuweisen, um einen anderweiten Vorschlag in nächster Sitzung entgegenzunehmen. Äußern müsse man sich aber auf alle Fälle, da man andernfalls hinterher mit dem zufrieden sein müsse, was geboten werde. Was die mehrfach hervorgehobene Arbeitsüberlastung anlange, so habe die nach seiner Ansicht ihren Grund hauptsächlich darin, daß die officiellen Geschäfte auf den Schultern einzelner Personen ruhen und den veränderten Verhältnissen in der Vertheilung der Arbeitskräfte nicht genügend Rechnung getragen werde. So wolle er z. B. hervorheben, daß die Stadtverordneten-Versammlung nur aus 27 Mitgliedern bestehe, während diese Zahl nach der preussischen Städteordnung in Städten von viel geringerer Einwohnerzahl eine bei Weitem größere sei, wodurch natürlich auch die Arbeit mehr vertheilt werde. Er wolle dann noch auf ein Bedenken aufmerksam machen, welches er in der Commissionsitzung schon hervorgehoben habe. Es könne nicht durch Landesgesetz bestimmt werden, daß allen Orten Polizeiaessoren mit dem Amte eines Friedenslisters betraut werden sollen, weil man in verschiedenen Städten keine habe und die Bürger dies Amt übernehmen müßten. Wenn man daher in Braunschweig das Amt der Polizei übertrage, welche vom Staate unterhalten werde, so gebe man Veranlassung zu Berufungen.

Herr Rieß kann sich gleichfalls der Vorlage gegenüber nicht auf einen rein ablehnenden Standpunkt stellen und schließt sich dem Antrage des Herrn Schwarzenberg an. Er könne sich nicht enthalten, bei dieser Gelegenheit auf den Ausspruch eines Professors der Rechtskunde, Dr. Otto Gierke in Breslau, aufmerksam zu machen, welcher sage, daß das Volk, welches seinen Rechtspruch lediglich in die Hand der Juristen übergehen lasse, auf dem Wege sei, sich selbst aufzugeben. Von diesem Gesichtspunkte aus könne er es nur mit Freuden begrüßen, wenn ein Theil des öffentlichen Rechtspruches der Bürgerschaft wieder übergeben werde. In einer Stadt wie Braunschweig von 70000 Einwohnern werde man auch immer noch Männer finden, welche sich zur Uebernahme solcher Vertrauensämter bereit erklären.

Nach einem kurzen Schlufworte des Herrn Referenten, in welchem sich derselbe mit dem Schwarzenberg'schen Antrage einverstanden erklärt,

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme dieses Antrags durch Majorität ergiebt.

VI. Der Vortrag des Ingenieur-Capitains Viernur aus Frankfurt a./M. über sein System der Städtereinigung hat einige Herren veranlaßt, eine Reise nach verschiedenen holländischen Städten zu unternehmen. Der Obergeringieur Mitgau hat sich ihnen angeschlossen und seine Erfahrungen in einem Berichte zusammengefaßt, welcher in 27 Exemplaren an die Mitglieder der Versammlung vertheilt ist. Mitgau hat an Transport- und Bekehrungskosten 246,13 *M.* aufgewandt, welche der Magistrat in seinem Schreiben vom 23. Januar c. nachträglich aus der Stadtcasse zu verwilligen beantragt.

Die Commission, für welche Herr von Seckendorff referirt, schließt sich dem Antrage an.

Der Herr Vorsitzende sieht sich veranlaßt, den vorliegenden Antrag noch in Etwas zu erweitern. Es sei nicht zu verkennen, daß das Resultat der Reise ein durchaus günstiges für die Stadt gewesen sei, da man einen klaren Einblick in ein Verfahren gewonnen habe, welches vielleicht in Zukunft noch eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sein werde. Es trete nun an Braunschweig die Nothwendigkeit so dringend heran, sich demnächst für ein bestimmtes System zu entscheiden, daß es gewiß zweckmäßig sei, auch die übrigen jetzt wesentlich angewandten Systeme durch eigene Anschauung Seitens eines Technikers gründlich kennen zu lernen, und er wolle sich deshalb den Antrag erlauben, schon jetzt unter Vorausbewilligung der Kosten zu genehmigen, daß der Magistrat, wenn er es für angemessen halten sollte, den Obergeringieur Mitgau beauftragen dürfe, auch eine Reise nach Berlin, Danzig und Heidelberg zum Studium der Systeme der Abführung durch Canalisation und Beriefelung resp. des Käßelsystems zu unternehmen. Er bitte, diese Kosten, welche sich nicht so erheblich gestalten würden, in blanco zu bewilligen; es sei möglich, daß die Reise schon in nächster Zeit vor sich gehe, da grade bei Frostwetter ein Studium der Beriefelungsfrage am lehrreichsten sei.

Da nach der Geschäftsordnung kein Zwang vorliegt, jeden Antrag einer Commission zur Vorprüfung zu überweisen, wird der Antrag des Herrn Vorsitzenden seiner Dringlichkeit wegen nach bestandener Unterstützungsfrage sofort zur Debatte gestellt. An derselben theilnehmen sich

Herr von Seckendorff, welcher für rathlich hält, daß zu derartigen Zwecken in Zukunft eine bestimmte Summe im Etat aufgenommen werde, und

Herr Schwarzenberg, welcher eine Reise nach Danzig, wo die Verhältnisse ganz anderer Art seien, wie in hiesiger Stadt, als überflüssig bezeichnet.

Nachdem der Herr Vorsitzende den Ausführungen des Herrn Schwarzenberg noch mit einigen Worten entgegengetreten ist,

werden die obgedachten 246,13 *M.* bewilligt und dem Antrage des Vorsitzenden gemäß beschloffen.

Es liegt

VII. ein Antrag des Magistrats vom 31. Januar c. wegen Bewilligung einer Gehaltszulage für den Lehrer Engelke an der katholischen Schule hieselbst vor. Engelke ist 68 Jahre alt und seit 44 Jahren in seiner jetzigen Stellung, bezieht aber nur einen Gehalt von 1260 *M.* Wenn nun auch der hiesigen Stadtgemeinde keine Verpflichtung obliegt, für einen auskömmlichen Gehalt der Lehrer an der katholischen Schule Sorge zu tragen, so dürfte doch in dem Unvermögen der katholischen Kirche und Gemeinde einerseits und der Persönlichkeit des p. Engelke, welcher sich als ein ebenso pflichttreuer und fleißiger als kenntnißreicher Lehrer bewährt hat, andererseits eine hinlängliche Veranlassung zu finden sein, die Gehaltsverhältnisse desselben aus städtischen Mitteln fernerweit zu verbessern, zumal die katholische Schule von 238 Schülern und Schülerinnen besucht wird und die hiesige Stadtgemeinde, falls eine besondere katholische Schule nicht existirte, auch für Unterbringung dieser Kinder in städtischen Schulen zu sorgen haben dürfte. Der Magistrat beantragt daher, die dem p. Engelke bereits im Jahre 1875 aus städtischen Mitteln bewilligte Gehaltszulage von 300 *M.* jährlich vom 1. Januar c. ab um 200 *M.* zu erhöhen; diese Zulage sei jedoch als eine rein persönliche anzusehen und komme nach dem Ableben des p. Engelke in Wegfall.

Herr Steinacker, welcher namens der Schulcommission berichtet, giebt anheim, dem Antrage zuzustimmen, hält sich jedoch für verpflichtet, einige in der Commissionssitzung zur Sprache gebrachte principielle Bedenken hier zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich nämlich wieder um die alte Frage, ob es überall wünschenswerth sei, daß in hiesiger Stadt eine besondere katholische Schule von ausgesprochen confessionellem Character bestehe. Die Versammlung hat schon mehrfach Gelegenheit gehabt, über diesen Punkt zu reden, und es ist auch seiner Zeit die Bestimmung getroffen, daß die Schule in jeder Hinsicht der Oberaufsicht des Magistrats, des Schulvorstandes und des jeweiligen Schuldirectors unterstellt werden solle. Das ist geschehen. Der Schuldirector Schaarschmidt hat sich mit der Inspection der Schule befaßt und ist namentlich die Aufstellung des Lehrplans gänzlich unter seine Controlle gestellt worden. Man kann also sagen, daß die katholische Schule gewissermaßen mit in den Kreis der städtischen Schulen hereingezogen und keineswegs als unabhängig zu bezeichnen ist. Würde allerdings jetzt eine katholische Schule von Grund auf eingerichtet werden, so würde man vorziehen, sie in den städtischen Gemeindeschulen aufgehen und den Religionsunterricht, wie bei anderen nicht protestantischen Glaubensgenossen, durch den eigenen Seelsorger ertheilen lassen. Das ist der Standpunkt, welchen Herzogliches Staatsministerium festgehalten hat. Alle diese Bedenken glaubt jedoch die Commission nicht in den Vordergrund stellen zu sollen und bittet aus den vom Magistrate vortragenen Gründen die beantragte Gehaltszulage für den Lehrer Engelke zu bewilligen.



Herr Stadtrath Rittmeyer. Die Frage, ob eine besondere katholische Schule in hiesiger Stadt nöthig sei, könne, da letztere thatsächlich seit langen Jahren nun einmal bestehe, nicht weiter in Betracht gezogen werden. Die Frage aber, ob es wünschenswerth, diese Schule durch Unterstützung aus städtischen Mitteln auf die Höhe zu bringen, wie man es für die Kinder für nothwendig halte, sei von den städtischen Behörden stets bejahet worden. Dabei wolle er noch hervorheben, daß auch in andern protestantischen Städten dergleichen Unterstützungen geleistet und in katholischen Ländern auch die protestantischen Schulen subventionirt würden. Er bitte deshalb in Ansehung der außerordentlichen Thätigkeit und besondern Berufstreue des Lehrers Engelke dem Magistratsantrage Folge zu geben.

Es wird darauf dem Commissions- resp. Magistratsantrage gemäß beschloffen.

### Schließlich

VIII. ist über einen von Herrn Reuter eingebrachten Antrag zu berathen; derselbe lautet:

- 1) die Versammlung wolle beschließen, an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen zu richten, im Bundesrathe sich gegen jeden Antrag ablehnend zu verhalten, welcher bezweckt, Reichseinnahmen dadurch herbeizuführen, daß unentbehrliche Nahrungsmittel des Volks durch Zölle verteuert werden,
- 2) diesen Beschluß dem Magistrate mitzutheilen mit dem Ersuchen, sich demselben anzuschließen und das Herzogliche Staatsministerium von demselben in Kenntniß zu setzen.

Herr Reuter motivirt den Antrag folgendermaßen: Es stehen sehr wichtige Veränderungen in Bezug auf unsere Steuer- und Zollverhältnisse bevor. Im großen Ganzen kann man es nur mit Freuden begrüßen, wenn das Reich sich endlich so stellt, daß es seine Ausgaben aus bestimmten eigenen Einnahmen bestreiten kann und die Matricularbeiträge in Wegfall kommen, damit hinterher auch die Landessteuern neu geregelt werden können und endlich die Gemeinden für ihre stetig und rasch steigenden Bedürfnisse entsprechende Steuerobjecte zu einer zweckmäßigen Vertheilung der Steuerlast übrig behalten. Wie schwer es hält, trotz möglichster Sparsamkeit, die Bedürfnisse der Stadt lediglich aus der Einkommensteuer zu decken, ist allgemein bekannt. Wenn man daher darauf Bedacht nimmt, für das Reich Finanzzölle in zweckmäßiger Weise, d. h. für entbehrliche Gegenstände einzuführen, auch denjenigen Zweigen der deutschen Industrie, welche naturgemäß eben noch nicht genügend erstarkt sind und sich in einer besondern Nothlage befinden, einen entsprechenden, mäßigen Schutz Zoll angeheihen zu lassen, so ist dagegen nichts zu erinnern; wenn man aber soweit geht, die nothwendigsten Lebensbedürfnisse als Korn und Vieh, von denen Deutschland große Mengen aus anderen Ländern zu beziehen genöthigt ist, mit Zoll belegen zu

wollen, also zu vertheuern, so dürfen diejenigen, welche anderer Meinung sind, sich dazu nicht passiv verhalten. Die Grundsteuer in der Stadt Braunschweig — welche mit der im Lande von den fruchttragenden Grundstücken erhobenen Steuer durchaus nicht im Einklange steht, da bei den Letzteren der Werth des Ertrages ganz außerordentlich gering, kaum zum vierten Theile des jetzigen durchschnittlichen Werthes angenommen ist, während für die Stadt Braunschweig die Hälfte des Mietwerthes der Wohnungen und zwar in einer Periode, wo dieser die höchste Stufe erreicht hatte, eingeschätzt wurde — ist lediglich deshalb ohne Widerspruch übernommen, damit die geringe Mehl- und Schlachtaccise beseitigt werden konnte. Bei der Errichtung des städtischen Schlachtehauses ist als erster Grundsatz festgehalten, Alles so einzurichten, daß durch die zu üübende sorgfältigste Fleisch-Controle der Preis desselben möglichst wenig vertheuert werde. In so lange die Salzsteuer noch als Landessteuer erhoben wurde, hat man sich stets für deren Beseitigung ausgesprochen. Alles dieses in dem wohlmeinenden Bestreben, die unentbehrlichen Nahrungsmittel des Volkes nicht zu vertheuern, aus ihnen indirecte Einnahmequellen nicht herzuleiten. Antragsteller sei nicht etwa durch das Vorgehen der Vertretungen anderer Städte zu seinem Antrage veranlaßt und würde die Entscheidung dieser wichtigen Frage vertrauensvoll den dazu berufenen Organen überlassen haben, wenn nicht in der Stadt ein Dankschreiben an den Fürsten Reichskanzler und eine Petition an das Herzogliche Staatsministerium unter der Hand in Circulation gesetzt wären, welche geradezu die Einführung von Korn- und Viehzöllen erstreben und daher geeignet seien, eine unrichtige Ansicht von dem Wunsche der Einwohnerschaft der Stadt zu erwecken. Redner beantragt schließlich, auch über diesen Antrag in sofortige Berathung zu treten.

Herr Schwarzenberg hält es für bedenklich, den Antrag heute schon zur Beschlufsfassung zu bringen, da derselbe Einrichtungen bespreche, welche für das ganze deutsche Volk in Frage kommen und der betreffende Paragraph der Geschäftsordnung, durch welchen die sofortige Besprechung eines eingebrachten Antrags gestattet werde, sich nur auf städtische Angelegenheiten beziehe. Ueberhaupt sei er gegen eine Verhandlung über diesen Gegenstand, da er die Versammlung nicht für competent dazu erachte.

Herr Lucius bittet den Antrag einer Commission zu überweisen, da die Versammlung heute zu unvorbereitet sei, über denselben sprechen zu können. Es komme hauptsächlich darauf an, von diesem Plaze aus einen Dispens gegen die vom Herrn Antragsteller erwähnte Petition auszusprechen.

Herr Kybik ist gleichfalls der Meinung, daß der Antrag einer sorgfältigen Prüfung durch die Commission bedürfe. Die von Herrn Reuter über die Steuergesgebung mitgetheilten Details könne er nach verschiedenen Richtungen hin nicht als zutreffend anerkennen, und man müsse sich vor der Gefahr hüten, unrichtige Meinungen zu verbreiten.

Nachdem Herr du Roi sich noch den Ausführungen des Herrn Vorredners angeschlossen hat,

zieht Herr Reuter den Antrag auf sofortige Berathung zurück unter dem Vorbehalt, den Hauptantrag, event. der eintretenden Verzögerung entsprechend, zu modificiren.

Der Antrag wird der Finanz-Commission überwiesen und

damit die öffentliche Sitzung geschlossen; ihr folgt noch

eine längere vertrauliche zur Erledigung von Steuerreclamationen und Entgegennahme von Mittheilungen des Magistrats über die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl.

---





## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 6. März 1879.

---

Öffentlich:

- I. Pensionirung des Stadtbauraths Tappe betr.
- II. Einrichtung von Parallelklassen in drei mittleren und einer unteren Bürgerschule betr.
- III. Einrichtung von 4 Schulklassen im ehemals Krusenbergschen Hause betr.
- IV. Die Feststellung des Schulgeldes in den mittleren und unteren Bürgerschulen betr.
- V. Die Einrichtung von Vergleichsbehörden für Privatanklagen wegen Beleidigung betr.

Vertraulich:

**Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten**  
und

**Sitzung der Stadtverordneten.**

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren von Seelendorff, Kunzen und Grote. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Rittmeyer, Randoehr und Gebhard.

I. Herr Kybik berichtet zunächst namens der Finanzcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 7. Februar c. — Der Stadtbaurath Tappe hat unterm 26. Januar c. darauf angetragen, ihn wegen andauernder Krankheit in den Ruhestand zu versetzen. Da es nach dem beigebrachten Zeugnisse des Dr. med. Noßmann keinem Zweifel unterliegt, daß Tappe durch sein körperliches Leiden behindert ist, seinem schwierigen Dienste als oberster städtischer Baubeamter fernerweit vorzuziehen und demselben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen mit Rücksicht auf seinen

Gesundheitszustand das Recht der Pensionirung zusteht, so giebt der Magistrat anheim, dem Antrage zu willfahren. Tappe ist am 31. August 1847 als Staatsdiener angestellt und bezieht zur Zeit ein Dienstgehalt von 5400 *M.*; es berechnet sich danach seine Pension von 32 Dienstjahren auf 3987 *M.*

Auf Empfehlung der Commission wird dem Magistratsantrage, den Stadtbaurath Tappe vom 1. März d. J. ab mit einer Pension von jährlich 3987 *M.* in den Ruhestand zu versetzen, ohne Debatte Folge gegeben.

#### Danach

II. berichtet Herr Steinacker über einen Antrag des Magistrats vom 27. Februar c., zu Oftern d. J. in drei mittleren und einer unteren Bürgerschule je eine Parallelflosse für die untersten Klassen einzurichten und die durch Neuanschaffung resp. Reparatur des dazu erforderlichen Mobiliars auslaufenden Kosten von 1350 *M.* zu verwilligen, auch zu genehmigen, daß das dadurch etwa entstehende Deficit in dem Etat der hiesigen Gemeindeschulen aus dem Extraordinarium des Stadtcassenetats gedeckt werde.

Die vereinigte Schul- und Finanzcommission schließt sich diesem Antrage an und wird derselbe Seitens der Versammlung ohne Weiteres genehmigt.

#### Ferner

III. berichtet Herr Steinacker über ein Magistrats Schreiben vom 28. Februar c. — In der Sitzung vom 28. November v. J. hat die Versammlung beschlossen, daß das Krukenberg'sche Vorderhaus einstweilen nicht verkauft, vielmehr in demselben 4 geeignete Zimmer auf Kosten der Stadt in einfachster Weise zu Schulzwecken eingerichtet und mit den nöthigen Utensilien versehen werden und zwar in der Weise, daß diese Utensilien in der neu zu erbauenden Bürgerschule benutzt werden können. Der Stadtbaumeister Winter hat diese Einrichtung zu 2200 *M.* veranschlagt, welche der Magistrat zu verwilligen ersucht. Außerdem wird auf einen Vorschlag des Schuldirectors Schaarschmidt Seitens des Schulvorstandes die Verlegung der in einem Zimmer über der Sacristei der St. Ulrichi-Kirche befindlichen Knabenklasse in eins der Zimmer, welche im Krukenberg'schen Hause hergerichtet werden sollen, für zweckmäßig erachtet, auch empfohlen, den Büreauboten Hüllmann gegen freie Wohnung und Heizung in dem gedachten Hause, an Stelle einer jährlichen Remuneration von 200 *M.*, mit der Heizung und Reinigung der vier einzurichtenden Klassen zu beauftragen. Der Magistrat kann diese Vorschläge nur billigen und giebt anheim, dieselben zu genehmigen, auch zu bestimmen, daß das dadurch etwa entstehende Deficit in dem Etat der hiesigen Gemeindeschulen aus dem Extraordinarium des Stadtcassenetats gedeckt werde.

Die vereinigte Schul- und Finanzcommission hat die Anträge geprüft und giebt deren Genehmigung anheim,  
welchem Ersuchen die Versammlung ohne Debatte Folge giebt.

IV. Der Stadtmagistrat hat an die Versammlung unterm 26. December v. J. ein Schreiben gerichtet, in welchem derselbe nach Anhörung des Schulvorstandes einen Vorschlag des Schuldirectors Schaaschmidt, ein gleichmäßiges Schulgeld von 20 M. jährlich in sämmtlichen Klassen der mittleren Bürgerschulen von Ostern dieses Jahr ab einzuführen, befürwortet. Die Belästigung der Eltern durch die ihnen hieraus erwachsenden geringen Mehrausgaben dürfte in Anbetracht, daß die Schüler der Stadt jetzt weit mehr Kosten verursachen als früher, auch das Schulgeld für die entsprechenden Schulanstalten in anderen Städten nicht unbedeutend höher ist, als solches künftig hier sein würde, hinlänglich gerechtfertigt sein. Dazu kommt noch Folgendes: Die Erhöhung des Schulgeldes wird wesentlich in den unteren Klassen (7 und 6. Klasse) fühlbar, da später keine Erhöhung, in den oberen Klassen sogar eine Ermäßigung der jetzigen Schulgeldsätze eintritt. Die unteren Klassen werden nun aber von vielen Kindern besucht, welche, sobald sie einen gewissen Grad der Bildung erreicht haben, die Schulen verlassen und in dem Gymnasium, den Realschulen, den höheren Mädchenklassen ihre Bildung suchen, wo das Schulgeld sich weit höher beläuft, während die Kinder, welche die mittleren Bürgerschulen bis zu Ende besuchen, den weniger bemittelten Ständen angehören, für welche die Ermäßigung des Schulgeldes in den oberen Klassen um so mehr wünschenswerth ist, als dort die Ausgaben für die Schulkinder durch Anschaffung neuer Bücher und dergleichen immer mehr steigen.

Innerhalb der Commission ist längere Zeit über dieses Schreiben berathen worden und sind Gründe für und gegen eingehend zur Sprache gebracht. Es ist dabei hervorgehoben, ob es, wenn einmal bei den mittleren Bürgerschulen ein Einheitsatz erhoben würde, nicht zweckmäßig sei, auch für die unteren Bürgerschulen einen solchen einzuführen, weil andernfalls principiell eine gewisse Ungleichheit in der Behandlung beider Schulen eintreten würde. Wenn nun zwar die Gründe in Bezug auf das Verlassen der Schule Seitens derjenigen Kinder, welche sich eine höhere Bildung aneignen sollen, weniger bei den unteren Bürgerschulen zutreffen würden, so ist andererseits zu erwägen, daß gerade durch das Verbleiben der Kinder bis zur obersten Klasse eine größere Last den Eltern durch Einführung eines gleichmäßigen mittleren Schulgeldsatzes nicht erwachsen wird. Die Commission hat aus diesen Gründen den Magistratsantrag mit dem Ersuchen zurückgegeben, zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, auch für die unteren Bürgerschulen einen einheitlichen Schulgeldsatz, auch zwar statt des bisher steigenden Satzes von 4 bis 6 M. die arithmetische Mitte, 5 M., anzunehmen.

Der Magistrat hat diesen Vorschlag durch den Schulvorstand prüfen lassen und



danach unterm 28. Februar c. ferner beantragt, dem Wunsche der Commission gemäß zu beschließen.

Herr Steinacker, welcher für die vereinigte Schul- und Finanzcommission referirt, giebt denn auch anheim, den Magistratsanträgen, von Oskern ab durch alle Klassen der mittleren Bürgerschulen ein Schulgeld von 20 M. jährlich und der unteren Bürgerschulen ein solches von 5 M. jährlich zu erheben, zuzustimmen.

#### Dhne Debatte

erklärt sich die Versammlung auch mit diesen Anträgen einverstanden.

Der nächstfolgende Punkt der Tagesordnung, die Eigenthumsverhältnisse am Wilhelmsplage betreffend, kann nicht zur Berathung gelangen, weil Herr Heymann an der Commissions-sitzung theilzunehmen behindert gewesen ist und diese daher nicht hat stattfinden können.

Ein Vorschlag des Herrn Kybiz, an Stelle des ausfallenden Punktes den selbständigen Antrag des Herrn Reuter wegen Abwehr einer Besteuerung unentbehrlicher Lebensmittel in Berathung zu ziehen, wird nach kurzen Erörterungen unter den Herren Otto, du Roi und Reuter nicht acceptirt, sondern ein Antrag des Herrn Lucius, diesen Gegenstand auf die nächste Tagesordnung zu bringen, angenommen.

#### Sodann

V. berichtet Herr Kybiz an Stelle des erkrankten Referenten, Herrn Groie, namens der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission über die Einrichtung von Vergleichsbehörden für Privatanlagen wegen Beleidigung. Der Gegenstand hat schon in voriger Sitzung zu einer längeren Debatte Veranlassung gegeben und ist schließlich nochmals an die Commission zur Unterbreitung specieller Vorschläge zurückgewiesen.

Die Commission hat die Angelegenheit nochmals geprüft und giebt anheim, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Herzoglichem Staatsministerium folgende Punkte zur Berücksichtigung zu empfehlen:

1. Uebertragung der Functionen der Vergleichsbehörden auf Vertrauensmänner, welche von den städtischen Behörden auf je 2 Jahre gewählt werden.
2. Theilung der Stadt in 36 Bezirke, nämlich jeden der 6 Thorbezirke in 6, unter Bestimmung von 36 Vertrauensmännern. Das Vergleichsamt wird in jedem einzelnen Falle von einem Vertrauensmanne geübt.
3. Einrichtung eines Locals für die Thätigkeit der Vergleichsbehörden im Stadtgerichtsgebäude oder Stadthause. Daneben die Befugniß der Ver-

trauensmänner, die Parteien in ihre Wohnung zu citiren und dort ihres Amtes zu walten.

4. Zuständig ist der Vertrauensmann des Districts, in welchem der Angeklagte wohnt. Wollen beide Parteien Anklage erheben, so entscheidet die Prävention.
5. Die Vertretung eines Vertrauensmannes durch den anderen ist entweder Sache der Uebereinkunft oder bestimmte Unterdistricte werden von vornherein einander substituirt.
6. Daß oder die Locale der Vergleichsbehörden werden für jeden der Thordistricte an einem Wochentage zur Verfügung gestellt. Die Termine der Unterdistricte sind auf diesen Tag entsprechend zu vertheilen.
7. Für die Ladung des Angeklagten ist vom Ankläger ein Botengeld von 25 R zu erheben.

Die Punkte kommen einzeln zur Abstimmung und werden sämmtlich ohne Weiteres genehmigt.

Herr Krampe ist der festen Ueberzeugung, daß, sollten die Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung vom Herzoglichen Staatsministerium angenommen werden, die zu ernennenden Schiedsrichter von dem Rechte, sich die Parteien in ihre Privatwohnung zu laden, wohl nur in ganz ausnahmsweisen Fällen Gebrauch machen werden, denn es sei nichts Erreuliches, im Streit begriffene Leute in seiner Wohnung zu haben ohne Schutz und äußere Gewaltmittel, um eventuellen Ausschreitungen sofort die Spitze bieten zu können. Er wolle dann noch auf eine recht bedenkliche Seite aufmerksam machen, nämlich die Art und Weise der Anmeldung von Klagen. Darüber, wie diese vor sich gehen solle, sei in den Vorschlägen der Commission nichts vorgesehen und er beantrage, nach dieser Richtung hin noch specielle Winke zu geben. Es könne recht gut vorkommen, daß die gegnerischen Parteien in ihrer ersten Wuth gleichzeitig in die Wohnung des Schiedsmanns stürzen, um ihre Klagen anzumelden. Wenn im Hinblick auf solche Scenen dem Schiedsmanne nicht besondere Instructionen zur Seite stehen, werde ein Jeder nach ein paar Wochen für solches Ehrenamt höchstens danken.

Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine längere Debatte.

Die Herren Solmiz und Stadtrath Rittmeyer sind der Ansicht, daß Herr Krampe in diesem Falle zu schwarz sehe; wollte man aber die geschilderten unangenehmen Scenen, wenn sie wirklich einmal vorkommen sollten, vermeiden und,

wie Herr Rieß für richtig hält, die Annahme von Anträgen auf Begleichung Streitender nur in dem betreffenden öffentlichen Locale, nicht aber in der Wohnung des Schiedsmannes, gestatten,

so wäre zu diesem Zwecke eine besondere Persönlichkeit fest zu engagiren, welcher Einrichtung nach Herrn Rybiz Ansicht große Bedenken entgegenstehen. Wenn man

auch wirklich die Provocationen auf die Thätigkeit des Schiedsmannes an den Vergleichsstellen abgeben ließe, so schließt diese Einrichtung doch nicht aus, daß der Schiedsman jederzeit zur Verfügung stehen muß; er kann die Leute vorläufig zurückweisen, darf ihnen aber als öffentlicher Functionär nicht das Haus verschließen. Der Schiedsman wird sehr häufig, ehe eine formale Frage an ihn kommt, auch in vertraulicher Weise um seinen Rath gebeten werden. Sollte es nun wirklich einmal vorkommen, daß die Leute auch bei der Anmeldung sich noch in ungewöhnlicher Aufregung befinden, so läßt sich gegen derartige Eventualitäten für den Augenblick kein bestimmtes Mittel ausfindig machen.

Herr Lucius hält die Lage eines Vertrauensmannes in solchem Falle gar nicht für so schwierig; ein einsichtsvoller Vertrauensmann werde sich immer zu helfen wissen, zumal es ihm frei stehe, die Leute einfach zu einer bestimmten Zeit nach dem öffentlichen Vergleichslocale hinzubestellen.

Herr Munte theilt die Bedenken des Herrn Krampe. Es sei immer eine sehr precäre Sache, sich zankenden Parteien ohne irgend welche Zwangsmittel gegenüberzubefinden; man könne nicht gut dafür sagen, ob nicht der Schiedsman, welcher sich als Dritter dazwischen mische, schließlich »Peitsche« statt des Dankes bekomme.

Vorsitzender theilt aus seiner Erfahrung mit, daß man in Preußen, wo die hier angestrebte Einrichtung schon länger existire, sehr gut damit fahre. Er habe bei seinem öfteren Aufenthalte in Magdeburg noch von keinem einzigen Schiedsman Klage führen hören nach der Richtung hin, wie sie Herr Krampe befürchte. Grade dadurch, daß die Leute den Schiedsman vorher in seinem Hause aufsuchen und um seinen Rath fragen, werde schon sehr häufig erreicht, daß eine Menge von Klagen gar nicht bei demselben anhängig gemacht werden; der Schiedsman sucht dem Kläger von vornherein Klar zu machen, daß er zu klagen keine Ursache habe, und letzterer geht zufriedengesprochen und ruhig nach Hause. Sollten aber dennoch Fälle vorkommen, wie sie Herr Krampe befürchtet, so könne man ja einfach von seinem Hause Rechte Gebrauch machen.

Herr Lösekrug hält es für vollständig unnöthig, daß der Schiedsman in seiner Wohnung behelligt werde; auch die Anmeldungen von Klagen können immer im öffentlichen Lokale stattfinden, indem die Leute damit recht gut bis zu dem Tage warten können, an welchem der betreffende Thordistrict seine Functionen im Vergleichslocale ausübt.

Diese Ansicht hält Herr Reuter nicht für die richtige. Es können sich nicht alle sechs Vertrauensmänner an dem für sie bestimmten Wochentage im Vergleichslocale aufhalten und auf etwa einlaufende Klagen warten; sie gehen nur hin, wenn Fälle für sie vorliegen. Uebrigens sei auch die ganze Sache nicht so arg, wie sie sich Herr Krampe vorstelle; schlimmsten Falls könne man ja den Leuten die Thür weisen und sie wegen Hausfriedensbruchs zur Anzeige bringen. Im neuen Gerichtsgebäude sollen

zwei Zimmer zu Zwecken der Vergleichsbehörden disponibel gehalten werden, ob aber ein besonderer Beamter dazu werde angestellt werden, hält Redner für sehr zweifelhaft.

Nachdem noch Herr Stadtrath Gebhard sich den Ausführungen des Herrn Rybiz angeschlossen hat,

wird ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht, welcher die Zustimmung der Versammlung findet.

Der Antrag des Herrn Krampe wird darauf mit Majorität abgelehnt und damit die öffentliche Sitzung geschlossen;

ihr folgt noch eine vertrauliche gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten und

eine vertrauliche Sitzung der Stadtverordneten,  
beide zur Erledigung von Steuerreclamationen.

---



1879.

Fortsetzung der Beilage zu Nr. 66 der 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

Nr. 6.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. März 1879.

---

#### Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten. Öffentlich:

Wahl des Vorsitzenden des Stadtmagistrats.

Die derzeitigen Mitglieder des Stadtverordneten-Collegiums sind vollständig anwesend.

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Rittmeyer, Kamdehr, Götte, Haake und Gebhard.

Herr Stadtrath Bammel, welcher als ältestes Magistratsmitglied den Vorsitz führt, eröffnet die Sitzung, indem er die Anwesenden ersucht, zur Erledigung des alleinigen Gegenstandes der heutigen Tagesordnung, Wahl eines Vorsitzenden des Stadtmagistrats, den Namen desjenigen, welchem sie ihre Stimme geben wollen, auf einen zu verschließenden Zettel zu schreiben.

Vor Eintritt in den Wahlact erbittet sich Herr Schöttler das Wort zur Geschäftsordnung. Er hält, da unter sämtlichen Wahlcandidaten sich keine gleichlautenden Namen befinden, die Anführung der Titel, Ehren und Würden sowie des Wohnortes des zu Wählenden bei Ausfüllung der Stimmzettel nicht für erforderlich und ersucht den Vorsitzenden, zur Vermeidung etwaiger späterer Differenzen zu constatiren, daß in Stimmzettel, welcher einfach den Namen eines Wahlcandidaten führt, als gültig angesehen werde,

welchem Ersuchen der Herr Vorsitzende nach eingeholter Zustimmung der Versammlung entspricht.

Gemäß des §. 70. der rev. St. O., welcher das zu beobachtende Wahlverfahren vorschreibt, sammelt der Protokollführer in der Wahlurne die Zettel, versteht dieselben mit Nummern und übergibt sie dem Vorsitzenden.

Nachdem constatirt ist, daß sämtliche 33 Anwesende ihre Stimme abgegeben haben und die Herren Reuter und Lucius mit Aufzeichnung der Wahlergebnisse beauftragt sind, verfährt der Vorsitzende mit Eröffnung der Wahlzettel, wobei er dieselben laut vorliest.

Aus der Wahlurne gehen hervor:

13 Stimmen für den Polizeidirector Pockels hieselbst,

11 Stimmen für den Stadtrath Rittmeyer hieselbst und

9 Stimmen für den Bürgermeister Baur Schmidt zu Osterode.

Da durch diesen Wahlgang keine absolute Majorität erreicht ist, wird, nachdem auf Antrag des Herrn Winter der bereits oben allegirte Paragraph der rev. St. O. Seitens des Herrn Vorsitzenden verlesen ist, zur erneuerten Wahl geschritten, welche als Resultat ergibt:

17 Stimmen für den Polizeidirector Pockels hieselbst,

13 Stimmen für den Stadtrath Rittmeyer hieselbst und

3 Stimmen für den Bürgermeister Baur Schmidt zu Osterode.

Der Herr Vorsitzende proklamirt hierauf den Polizeidirector Pockels als Vorsitzenden des Stadtmagistrats

und schließt damit die Sitzung.

1879.

Fortsetzung der Beilage zu № 71 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

№ 7.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. März 1879.

### Öffentlich:

- I. Die Eigentumsverhältnisse am Wilhelmsplatze betr.
- II. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betreffend den Erlaß eines Gesuches an die Staatsregierung bezüglich Nichtbesteuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse.
- III. Voranschlag für den Betrieb des Wasserwerkes pro 1879.
- IV. Die Vertretung einer erkrankten Lehrerin an der höheren Mädchenschule betr.
- V. Die Verwendung von Ofengrabenterrain hinter der höheren Mädchenschule betr.
- VI. Interpellation des Stadtverordneten Krampe, das neue Mädchenschulgebäude betr.
- VII. Kostenbewilligung für Einrichtung provisorischer Schulklassen und einer Pedellenwohnung der 2. mittleren Bürgerschule.
- VIII. Feststellung der Baulinie an der Friedrich-Wilhelms- und Bruchstraße.
- IX. Anfrage des Stadtverordneten Rieß wegen der Regulierungskosten der Carlsstraße.
- X. Anderweite Verwendung der bisherigen Oberbürgermeisterwohnung im Stadthause betr.

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

### Vertraulich:

Erledigung einer Steuerreclamation.

Entschuldigt die Herren Mühe, Steinacker, Kloss, Ding, Kunken und Grote. Die Herren Rieß, Rieke und Lucius erschienen, nachdem die Sitzung bereits eröffnet war.

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Götte, Haake und Gebhard.

Die Sitzung eröffnend,

theilt der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß er nach Erledigung der Tagesordnung



noch einen Gegenstand, die anderweite Verwendung der bisherigen Oberbürgermeisterwohnung im Stadthause, zur Sprache bringen werde.

Die zur Genehmigung vorliegenden Protokolle vom 20. Februar, 6. März und 20. März c. geben Veranlassung zur Monirung einiger Druckfehler, indem es Seite 34 Z. 5 v. u. statt »eben« — »aber«, Seite 39 Z. 17 v. o. statt »Mädchenklassen« — »Mädchenschulen« und Seite 45 Z. 2 v. u. statt »in« — »ein« heißen muß. — Danach werden die Protokolle unter Vorbehalt der nöthigen Berichtigungen genehmigt.

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann über ein Magistratschreiben vom 26. Januar c. — Die städtischen Behörden haben seiner Zeit die von Herzoglicher Baudirection vorgeschlagene Baulinie für das neue Justizgebäude am Wilhelmsplatze und folgeweise die Bebauung eines Theils des Wilhelmsplatzes unter dem Vorbehalt genehmigt, daß dadurch dem zur Zeit bestehenden Eigenthums- und Besitzverhältnisse bezüglich des zu bebauenden Theils des Platzes nicht zu Ungunsten der Stadt präjudicirt und letztere für die ihr etwa an dem fraglichen Terrain zustehenden Rechte in angemessener Weise entschädigt werde. Die Herzogliche Cammer hat nun nachgewiesen, daß der Wilhelmsplatz in seiner ganzen Ausdehnung Eigenthum des Staates ist; die bis zum Jahre 1832 auf demselben befindlich gewesenen Kreuzgänge des Domes, die St. Annencapelle und der Kornspeicher haben zum Stifte St. Blasii gehört. Wenn nun auch der Platz nach Abbruch der gedachten Baulichkeiten dem Publikum ohne Vorbehalt zur Benützung freigegeben ist und derselbe dadurch die Eigenschaft einer res publica, einer res extra commercium angenommen hat, so wird dadurch das Eigenthumsrecht der Herzoglichen Cammer an dem fraglichen Place nicht alterirt. Ein Eigenthumsübergang an die hiesige Stadt scheint in keinerlei Weise indicirt, denn abgesehen davon, daß Rechtsgeschäfte, bei welchen der fragliche Platz als Kauf- oder Handelsobject erscheinen würde, z. B. Tausch, Kauf, wegen der Eigenschaft des Platzes als einer res extra commercium von vornherein ausgeschlossen sein würden, sind dergleichen Rechtsgeschäfte auch überall nicht vorgekommen und ebensowenig erscheint nach den bisherigen Rechtsanschauungen die ordentliche oder außerordentliche Erfindung einer res extra commercium zulässig.

Anders liegt die Frage in Betreff des Nuzungsrechtes. Aus dem Umstande, daß der Wilhelmsplatz seit länger denn 40 Jahren nec vi, nec clam, nec precario von den hiesigen Gemeindegemeinschaften als öffentlicher Platz benützt ist, dürfte sich allerdings wohl das Recht auf den ferneren Gebrauch desselben ableiten. Da nun aber an diesem Benützungsrechte im Wesentlichen nichts geändert werden soll und der Platz durch den Bau des Justizgebäudes an Schönheit nur gewinnen kann, so ersucht der Magistrat die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die hiesige

Stadtgemeinde der Herzoglichen Landesregierung gegenüber wegen der Benutzung des in Rede stehenden Theils des Wilhelmsplatzes zum Bau des Justizgebäudes unter der Bedingung auf Entschädigung verzichtet, daß der Wilhelmsplatz nach Beendigung des fraglichen Baues auf Kosten der Herzoglichen Landesregierung (nicht des allgemeinen Pflasterfonds) neu gepflastert und mit Trottoirs und Bordquadern versehen werde. Diese Bedingung der Neupflasterung wird unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß der fragliche Platz durch den Bau resp. die An- und Abfahren des Baumaterials erheblich leiden wird.

Die Statutencommission empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme und findet derselbe ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung.

Danach

II. berichtet Herr Kybik namens der Finanz-Commission über den selbständigen Antrag des Herrn Reuter:

- 1) die Versammlung wolle beschließen, an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen zu richten, im Bundesrathe sich gegen jeden Antrag ablehnend zu verhalten, welcher bezweckt, Reichseinnahmen dadurch herbeizuführen, daß unentbehrliche Nahrungsmittel des Volks durch Zölle vertheuert werden,
- 2) diesen Beschluß dem Magistrate mitzutheilen mit dem Ersuchen, sich demselben anzuschließen und das Herzogliche Staatsministerium von demselben in Kenntniß zu setzen.

Die Commission hat den Gegenstand thunlichst sorgfältig erörtert, ihre Ansichten sind aber sowohl in formeller wie in materieller Beziehung auseinander gegangen. Die Mehrheit aber, in deren Sinne dieser Bericht erstattet wird, hat sich doch gegen den Antrag erklärt. Nach der rev. St. O. §. 52 Nr. 1 haben die Stadtverordneten allerdings das Recht des Antrags, wo es sich darum handelt, die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern sowie dem etwa entgegenstehende Hindernisse zu beseitigen. Es könnte danach scheinen, als sei die Versammlung zuständig, als solche auch in der bewegten Angelegenheit das hiesige Nahrungs- und Erwerbsinteresse wahrzunehmen. Indessen ist es doch nicht unzweifelhaft, ob sich §. 52 Nr. 1 nicht auf rein städtische Verhältnisse, die überhaupt allein die Versammlung angehen, beschränkt. Hier aber handelt es sich um eine Frage, welche die Bürger der Stadt nur als Reichsangehörige angeht. Es mag also von den Bürgern in Vertretung ihrer etwaigen Interessen petitionirt werden. Man kann aber nicht wohl die Versammlung als competent ansehen, in solcher Angelegenheit die Vertretung der Bürger zu übernehmen, und dieses auch in anderem Sinne um so weniger, als es sich um eine Angelegenheit handelt, die im Schoße der Versammlung keineswegs ausgiebig dürfte erörtert und beurtheilt werden können. Es kommt hinzu, daß schon früher Anträge aus gleichen formellen Gründen abgelehnt sind, z. B. der die Kirchhofsfraße betreffende. Es ist um so

gewagter, in einem Falle von diesem Grundsatz abzuweichen, als eine gleiche Willfähigkeit anderen Antragstellern ohne Unbilligkeit nicht zu versagen sein würde, dadurch aber Debatten über Gegenstände in die Versammlung hineingetragen werden könnten, welche die Majorität vermieden zu sehen wünschen muß. Hiernach giebt die Commission anheim, aus den angedeuteten formellen Gründen den Antrag Reuter abzulehnen.

Auf das Materielle des Antrages geht Referent sodann nur soweit ein, um die Schwierigkeiten der Frage in's Licht zu stellen. Ueber die Zolltarifbestrebungen des Reichskanzlers, welche in der Schaffung eines sogenannten autonomen, d. h. eines die speciellen eigenen wirthschaftlichen Interessen voll und in stärkerem Maße, als es bei den bisherigen Handelsverträgen möglich war, berücksichtigenden Tarifes gipfeln, könne man allerdings je nach dem Standpunkte der Beurtheilung verschiedener Meinung sein: die Nothwendigkeit derselben als Finanzmaßregel sei aber nicht zu bestreiten, und bezüglich der Getreidezölle handle es sich bis jetzt nur um Finanzzölle. Referent giebt hier die aus der Reichsstatistik resultirenden Ziffern der Production an Weizen und Roggen im Jahre 1878, sowie des In- und Exports beider Getreidesorten in demselben Jahre, unter Hinweis auf die Preisbildung in einem großen und selbstständigen Productions- und Wirthschaftsgebiete, wie das deutsche Reich. Sei es nun auch richtig, daß die projectirten Getreidezölle beim Herabgehen des Preises auf ein bestimmtes Minimum als Schutzzölle wirken werden, so folgere doch daraus nicht, wie der Herr Antragsteller in seiner Motivirung gethan, eine schlechtere Lage der sogenannten arbeitenden Classen bezüglich des Getreideconsums, da ständig influirende Vertheuerungsurrsachen, wie Steuern, auf die Lohnnormirung zurückwirkten. Der Effect sei also schließlich nur theurere Arbeit. Die Steuerlast müsse aber so wie so von der gesammten Production getragen werden, und es komme nur darauf an, ob dieselbe die entsprechenden Leistungen (in den staatlichen Functionen) dafür erhalte. Daß die Frage hier im Lande auch wesentlich anders beurtheilt werde, wie von Herrn Reuter, gehe daraus hervor, daß kürzlich eine Petition mit 800 Unterschriften namhafter Landwirthe und Industrieller für die Zolltarifbestrebungen des Reichskanzlers ins Werk gesetzt und abgesandt sei. Da die betreffenden Bittsteller, die theilweise zur hiesigen Bürgerschaft gehören, wahrscheinlich zu wissen meinen, was sie wollen, so sei es um so bedenklicher, der Versammlung die Zuständigkeit der Vertretung der hiesigen Bürgerschaft, noch dazu in einer so wenig zu übersehenden Angelegenheit zu vindiciren, wo jedem Einzelnen seine Anschauungen und Wünsche im Petitionswege geltend zu machen unbenommen bleibe.

Herr Reuter. Wenn der Commissionsantrag, aus formellen Gründen überall nicht auf den vorliegenden Gegenstand einzugehen, zur Annahme gelange, falle selbstverständlich auch die Debatte darüber hinweg. Da der Herr Referent sich aber einmal auf das Sachliche der Frage eingelassen, glaubt Redner solches auch seinerseits thun zu müssen und entwickelt in längerer Rede diejenigen Anschauungen, welche ihn zur

Stellung seines Antrags veranlaßt haben. Es lasse sich, wie man fast in jeder Zeitung finden könne, für und gegen die neuen Zoll-Projecte sprechen. Er könne nur aus langjähriger Erfahrung sagen, daß man bisher in Braunschweig mit allen Kräften bestrebt gewesen sei, die jetzigen Handelsverträge ins Leben zu rufen und dadurch einen allgemeinen Austausch der Producte und Fabrikate mit den Nachbarländern herbeizuführen. Er sei Anfang der 60er Jahre als Deputirter von der Handelskammer nach verschiedenen Versammlungen geschickt, um in diesem Sinne zu sprechen. Daß er beauftragt gewesen, nach dieser Richtung hin zu wirken, sei ganz erklärlich, denn damals seien die übeln Erfahrungen noch nicht vergessen gewesen, welche namentlich die Stadt Braunschweig in Folge fortwährender Aenderungen der Zollverhältnisse und der Zolltarife innerhalb des deutschen Reiches gemacht hatte und daher sei der Wunsch ganz natürlich gewesen, gleiche Unzuträglichkeiten auch im Verkehre mit den Nachbarländern vermieden zu sehen, thuntlichst dauernde Zustände, namentlich in Bezug auf die Höhe der Zölle, herbeizuführen. Früher seien die größten Autoritäten auf diesem Gebiete der Ansicht gewesen, daß es das Beste sei, wenn die Länder sich nicht gegenseitig abschließen oder sog. Zolkämpfe gegeneinander führten, sondern vielmehr durch Handelsverträge dafür gesorgt werde, daß Handel und Industrie in die Lage kämen, in naturgemäßer und vernünftiger Weise ihren Waarenaustausch zu vollziehen und weiter zu entwickeln. Jetzt werde die Sache von oben herunter ganz anders aufgefaßt, es sei aber höchst fraglich, ob die neuen Autoritäten das Richtige treffen. Wenn gesagt wäre, der einzuführende Zoll sei nicht bedeutend, so müsse man bedenken, daß es dabei nicht bewenden bleibe und daß die Schutzzöllner immer höhere Zölle zu erreichen bestrebt sein würden, daß diese auch in Folge gegenseitiger Retorsionsmaßregeln nicht ausbleiben würden. Klar sei nur, daß wenn einmal ein Product mit Zoll bei der Einfuhr belastet sei, nicht nur die eingeführte, sondern auch die einheimische Waare im Preise steigen werde. Dieses werde denn auch gerade von den Landwirthen angestrebt, welche durch die Einführung der Zölle mehr Geld für ihre Producte herauszuschlagen gedächten. Wenn nun der Herr Referent meine, daß eine Steuer, welche die Preise der Nahrungsmittel erhöhe, die Arbeiter nicht drücke, indem die Arbeitgeber mit Lohnerhöhungen folgen müßten, so könne er diese Ansicht nicht theilen. Die Lohnerhöhungen würden nicht im Handumdrehen folgen und der Arbeiter müsse nothwendig seine Bedürfnisse sofort theurer bezahlen, ohne einen Entgelt in höherem Lohne zu finden; dagegen werde die exportirende Industrie bei zu hoch gestiegenen Arbeitslöhnen — die in diesem Falle den Arbeitern kein Segen seien — concurrenzunfähig. Nach Redners Ansicht hätte die Reichsregierung auf andere Weise zum Ziele kommen können. Die Beseitigung der Matricularbeiträge hätte sich durch Einführung einer Anzahl von Finanzzöllen wohl beschaffen lassen, die nicht etwa Retorsionsmaßregeln anderer Länder hervorgerufen hätten, was die neuen Steuerverhältnisse unter allen Umständen thun werden. Daß man über diese Angelegenheit verschiedener Meinung sein könne, siehe

nicht zu bezweifeln. Willigen könne man aber das Vorgehen derjenigen Personen, welche die vom Herrn Referenten erwähnte Petition veranlaßt hätten, insofern nicht, als diese Petition gegen den bisher üblichen Gebrauch, ganz unter der Hand ins Leben gerufen, nicht einmal von allen Unterzeichnern gelesen sei und mancher erst hinterher erfahren habe, daß er sehr gegen seinen Willen für Getreide- und Vieh-Zölle petitionirt habe; erst nach Absendung derselben habe man von ihrem Dasein durch die Presse Kunde erhalten. Hiernach werde man mit dem von dem Herrn Referenten empfohlenen Mittel einer Gegenpetition jedenfalls zu spät kommen. Am Besten wäre es gewesen, wenn von vornherein gar keine Einmischung stattgefunden hätte; da sie aber einmal vor sich gegangen sei, so halte er die Stadtverordnetenversammlung sehr wohl für befugt, ihre Ansicht über diese wichtige Frage auszusprechen, möge sie nun gehen, wohin sie wolle. Es handle sich allerdings zunächst um Reichszölle, man müsse aber bedenken, daß eine Besteuerung nach dieser Richtung hin von wesentlichem Einfluß auf die Steuerefähigkeit im allgemeinen, also auch auf die Beschaffung der Steuern für die Gemeinde sei, und insofern sei die Sache auch städtischer Natur. Braunschweig habe aber schon eine bedeutende Steuerlast zu tragen, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach steigern werde, da noch bedeutende Ausgaben bevorstehen. Er bitte daher, das formelle Bedenken des Herrn Referenten, welches weder von dem Herrn Vorsitzenden, der den Antrag zugelassen habe, noch von den bei den Commissions-Beratungen anwesend gewesenem Magistratsmitgliedern getheilt werde, unberücksichtigt zu lassen, dagegen in die Berathung selbst einzutreten und seinen Antrag demnächst anzunehmen.

Herr Solmig beantragt zur Geschäftsordnung, zuvörderst darüber abstimmen zu lassen, ob die Versammlung eine Ablehnung des Reuter'schen Antrag aus formellen Gründen für geboten erachte; im Falle der Zustimmung würde eine weitere Besprechung nach der materiellen Richtung hin unnöthig werden.

Herr Otto bemerkt hierzu, daß er sich schon bei verschiedenen Gelegenheiten dahin ausgesprochen habe, die Versammlung möge sich bei ihren Verhandlungen möglichst an der Grenze ihrer Competenz halten. Es gebe allerdings eine Menge von Angelegenheiten, welche das Interesse der städtischen Bevölkerung nicht in directer Weise berühren, dabei aber doch von großer Wichtigkeit für die Stadt sein können. Ein solcher Fall scheine hier vorzuliegen. Nun existire zwar kein absolutes Verbot für die Versammlung, sich mit solchen Angelegenheiten zu beschäftigen, es entscheide aber immer die Zweckmäßigkeitsfrage, und in dieser Beziehung dürfe man nach seiner Ansicht nur mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Es handele sich hier um eine äußerst schwierige Frage, welche er, wenn er zu deren Beantwortung veranlaßt werde, nur aus seinem eigenen persönlichen Gefühle heraus beantworten könne. Als Privatperson könne er sich sehr wohl ein Urtheil bilden, das Bewußtsein aber, daß er als Vertreter der Stadt hier stehe, mache ihn sehr bedenklich und er gestehe offen, daß er keine Lust verspüre, eine Verantwortung für die Folgen der Entscheidung über die

vorliegende Frage von dieser Stelle aus zu übernehmen. Man werde auch, da die Bedenken gegen den Reuter'schen Antrag sich theilweise nicht würden beseitigen lassen, stets ein verkehrtes Bild von den Ansichten der Versammlung bekommen. Sollte aber der Antrag dennoch zur Abstimmung gelangen, so werde er demselben nicht zustimmen und das immer nur aus formellen Gründen.

Herr Nieß bittet, auf den Antrag des Herrn Solmiz nicht einzugehen; er hält es nicht für gerechtfertigt, eine Sache mundtot zu machen, ehe sie an sich todt sei.

Herr Schwarzenberg schließt sich im Wesentlichen den Ansichten des Herrn Otto an.

Herr Lucius. Der Begriff der Competenz sei durch die Herren Vorredner nicht ganz klar gelegt. Wenn Herr Otto der Meinung sei, daß die Stadtverordnetenversammlung über Fragen vorliegender Art nicht zu sprechen, sich gar nicht um dieselben zu bekümmern habe, so könne er dessen Anschauungsweise nicht theilen; er möchte nicht, daß die Versammlung ihre Competenz in zu enge Grenzen banne und sage: »was nicht direct mit der Stadt in Verbindung steht, geht uns gar nichts an«. Die vorliegende Frage sei für sämtliche Mitbürger von so großer Bedeutung, daß man unmöglich sagen könne, sie sei keine städtische. Eine Sache, bei der es sich um Besteuerung oder Nichtbesteuerung der nothwendigsten Lebensmittel handele, sei nach seiner Ansicht erst recht eine städtische. Anders liege aber die Frage, ob die Versammlung competent sei, in dieser so schwierigen Angelegenheit überall ein richtiges Urtheil abgeben zu können; und da müsse er offen gestehen, daß er sich dazu nicht competent fühle, und diese Competenz auch der Versammlung, bei aller Hochachtung vor derselben, nicht zusprechen könne. Aus diesem letzteren Grunde wolle er bitten, die Sache nicht zur Entscheidung zu bringen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn du Roi, daß eine Ansichtsäußerung der Versammlung nur dann von irgendwelchem Gewicht sein könne, wenn sie einstimmig erfolge, diese Einstimmigkeit aber nicht zu erwarten stehe,

kommt der Antrag des Herrn Solmiz zur Abstimmung und wird mit 11 gegen 9 Stimmen entschieden, in eine materielle Behandlung des vorliegenden Gegenstandes nicht einzugehen.

Der Antrag Reuter ist damit dem Commissionsantrage gemäß aus formellen Gründen abgelehnt.

III. Der Voranschlag für das Wasserwerk auf das Jahr 1879, welcher mittels Magistratschreibens vom 3. März c. überreicht ist und bei einer Einnahme von 149 600 *M.* und einer Ausgabe von 94 800 *M.* einen zu erwartenden Ueberschuß von 54 800 *M.* ergibt,

wird vom Commissionsreferenten Herrn von Seckendorff mit dem Bemerkten zur Genehmigung empfohlen, daß hoffentlich recht bald von Seiten der betreffenden

Organe mit Vorschlägen wegen der nothwendigen Verbesserung des Wasserwerks werde vorgegangen werden und sonach die durch den Betrieb erübrigten Mittel zweckentsprechende Verwendung finden würden,  
worauf der Voranschlag genehmigt wird.

IV. Nach einem fernerem Schreiben des Magistrats vom 8. März c. hat der Schuldirector Sommer angezeigt, daß die Krankheit der Lehrerin Haars an der höheren Mädchenschule noch fortbauere; er beantragt daher, die für die Monate Januar und Februar c. verwilligten Vertretungskosten zu 34 *M.* pro Woche auch noch für den Monat März d. J. zu bewilligen.

Der Antrag, vom Schulvorstande und Magistrate befürwortet,  
wird auf Empfehlung der Commission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, ohne Anstand genehmigt.

#### Weiter

V. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Statuten- und Schulcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 7. März c. — Der Tischlermeister Ebert *N. ass.* 210 am Damme und der Schuhmachermeister Bartels *N. ass.* 212 am Damme haben auf die an sie gerichtete Aufforderung, ihre Beiträge zur Canalisirung des Okergrabens von der Hutfilternbrücke bis zur Münzstraße zu entrichten, die Erklärung abgegeben, daß sie das ganze hinter ihren Grundstücken gewonnene Terrain bis zum jenseitigen Ufer gegen Zahlung des doppelten auf sie entfallenden Anthells an den Canalisationskosten eigenthümlich zu erhalten oder aber die von der Stadt in Anspruch genommene Hälfte des fraglichen Terrains auf 25 Jahre zu pachten wünschten. Der Magistrat kann diese Vorschläge nicht befürworten, schlägt vielmehr in erster Linie vor, das ganze hinter der neuerbauten Töchter Schule gewonnene Okerterrain von 1 a 27 qm, wosern die genannten Anlieger damit einverstanden sein sollten, zur Vergrößerung des Schulhofes ankaufen zu lassen, was einen Kostenaufwand von 724 *M.* verursachen würde. Für den Fall, daß die Versammlung hierauf einzugehen Bedenken tragen sollte, schlägt der Magistrat in zweiter Linie vor, das Terrain den beiden gedachten Anliegern gegen Zahlung der doppelten Canalisationskosten und Bestellung des Servituts, daß die Stadt das Terrain bei Bauten und Reparaturen am Schulgebäude benutzen darf, zu überlassen.

Die Commission hält es im Interesse der neuen Schule für gerathen, wenn dem erstgedachten Magistratsantrage Folge gegeben wird,

warauf die Versammlung beschließt, das fragliche Terrain gegen Erstattung der auf die Grundstücke der Anlieger Ebert und Bartels entfallenden Canalisationskosten von 724 *M.*, unter Voraussetzung der Zustimmung der genannten Anlieger, Seitens

der Stadt zu übernehmen und die Anlieger mit ihren Vorschlägen wegen Ankaufs resp. pachtweiser Ueberlassung des fraglichen Terrains zurückzuweisen.

VI. Herr Krampe fühlt sich veranlaßt, nach Erledigung dieses Punktes an den Magistrat folgende Interpellation zu richten:

»Ist es wahr, daß bei dem Baue der sogenannten mittleren Mädchenschule durch ein mir nicht näher bezeichnetes Versehen ein unrichtiger Plan herausgegeben und der Bau nach diesem ausgeführt worden ist?«

Ich bin überzeugt, daß ich dem Magistrate mit meiner Anfrage nur eine willkommene Gelegenheit biete, das über diesen Gegenstand im Publikum verbreitete Gerücht entweder als ein durchaus irriges bezeichnen zu können, oder aber dasselbe auf sein gehöriges Maaß zurückzuführen. Es würde mir angenehm sein, wenn der Magistrat in der Lage und geneigt wäre, gleich hier über diesen Gegenstand Auskunft zu ertheilen.

Herr Stadtrath Rittmeyer ist nicht in der Lage, diese Interpellation nach der einen oder anderen Richtung hin heute hier positiv beantworten zu können. Seines Wissens sei derjenige Plan, welchen der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und letztere genehmigt habe, vollkommen richtig ausgeführt. Nachher seien von verschiedenen Personen Zweifel darüber laut geworden und das habe dem Magistrate Veranlassung gegeben, die Sache näher zu untersuchen. Die Untersuchung sei noch im Gange und werde der Magistrat nach deren Beendigung weitere Mittheilung über die Sache machen.

Der Herr Vorsitzende kann über diese Angelegenheit Folgendes mittheilen: Auch ihm sei das Gerücht, daß das neue Mädchenschulgebäude nach einem unrichtigen Plane ausgeführt worden, zu Ohren gekommen; er habe es anfänglich nicht beachtet, dann aber, nachdem es immer wieder von Neuem aufgetreten, den Stadtbaurath Winter um Auskunft gebeten, die ihm mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit geworden sei. Es sind über den gedachten Schulbau im Ganzen drei Pläne angefertigt. Der erste ist wegen seiner unverhältnißmäßig hohen Kostenanforderung gar nicht an den Schulvorstand gelangt. Der zweite, schon bei weitem billigere, schien nach Prüfung mit dem Schulvorstande auch noch zu weit gehend und zu kostspielig; er enthielt 12 Klassenzimmer, eine Aula, einen Zeichensaal, ein Zimmer für den Director, ein Reservelassenzimmer und zwei Lehrerzimmer. Der dritte Plan, welcher von dem eben beschriebenen darin abweicht, daß das Reservelassenzimmer, das Directorzimmer und der Zeichensaal fehlen, ist derjenige, für welchen die Versammlung das Geld bewilligt hat. Das Directorzimmer war fortgelassen, weil man damals der Meinung war, die Schule sollte nur ein Anner zur höheren Mädchenschule werden. Man hielt sich aber bei der Beschlußfassung vor, welchen Zwecken die zu erbauende Schule dienen solle; die Entscheidung darüber ist erst viel später getroffen. Dieser



letzte, billigste Plan ist der Ausführung zu Grunde gelegt und genügt auch bei Lage der Dinge den Anforderungen vollständig.

Diese Auseinandersetzungen können nach Herrn Rybiß Ansicht die Versammlung nicht beruhigen. Es handle sich hier nur um die Frage, ob der von der Versammlung genehmigte Plan oder ein anderer ausgeführt sei.

Nachdem Herr von Seckendorff noch bemerkt hat, daß der Schulvorstand sich in seiner Majorität für den Fall der Einrichtung einer mittleren Mädchenschule für den größeren Plan entschieden und die Versammlung den kleineren Plan genehmigt habe, es aber schwer zu ermitteln stehe, wem die Schuld dieser Verwechselung beizumessen sei,

wird auf Vorschlag des Herrn Schwarzenberg von einer weiteren Besprechung dieses Gegenstandes, in der Erwartung, daß der Magistrat demnächst genügende Aufklärung geben werde, Abstand genommen.

Ferner

VII. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission, daß es erforderlich gewesen ist, während des Umbaues in der 2. mittleren Bürgerschule am Südklente einige Hilfsklassen einzurichten und eine Wohnung für den Schulpedellen zu beschaffen, was 586 M. 75 A Kosten verursacht hat. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 13. März c., diese Ausgabe zu verwilligen, auch zu genehmigen, daß das dadurch entstehende Deficit in dem Etat der städtischen Bürgerschulen pro 1879 aus dem Extraordinarium des Stadtcassenetats für das laufende Jahr gedeckt werde —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung findet.

Wie

VIII. Herr Heymann namens der Statutencommission berichtet, beabsichtigen die Bauunternehmer Wilkens, Möbe und Severit auf ihren an der Bruchstraße belegenen Grundstücken neue Wohnhäuser aufzuführen und haben zu dem Ende gebeten, die Fluchtlinie für diese Gebäude festzustellen. Wilkens würde zur Ausführung seines Projectes Okerterrain mit benutzen müssen, wogegen unter der Voraussetzung nichts einzuwenden ist, daß derselbe die Kosten der Canalisirung auf der von ihm in Anspruch genommenen Strecke übernimmt. Außerdem bittet Wilkens, ihm das zu seinem Baue noch erforderliche Straßenterrain von 26 qm gegen eine 18,3 qm große Fläche seines Grundstücks zu überlassen. Da das an Wilkens zu überlassende Terrain ziemlich werthlos, das von demselben abzutretende Terrain zur Verbreiterung der Bruchstraße aber von Werth ist, der beabsichtigte Neubau auch unzweifelhaft zur Verschönerung der Straße beitragen wird, so ersucht der Magistrat in seinem Schreiben vom

10. d. Mts., den Tausch zu genehmigen, auch für die Bruchstraße die Baulinie d' g des betreffenden Situationsplans, welche für die vorgedachten Neubauten und die zwischen denselben belegenen Baldamus'schen Häuser maßgebend sein würde, festzustellen. Die Feststellung der Baulinie l m n' empfiehlt dagegen der Magistrat so lange hinauszuschieben, bis Neubauten für diesen Theil der Bruchstraße angemeldet sind.

Die Commission ist mit der aus Anlaß des Wilkens'schen Wohnhausbaues in Vorschlag gebrachten Terrainregulirung sowie mit Feststellung der Baulinie d' g einverstanden und beantragt, diese Punkte zu genehmigen; hinsichtlich der Feststellung der Baulinie l m n' giebt sie jedoch anheim, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Frage, ob nicht an Stelle dieser Baulinie eine weniger kostspielige, etwa die im Situationsplane mit Blei eingezeichnete Linie, angenommen werden könne, einer nochmaligen genauen Prüfung zu unterziehen und danach der Versammlung definitive Vorschläge zu unterbreiten.

Ohne Debatte erklärt sich die Versammlung mit den Commissionsvorschlägen einverstanden.

#### IX. Auf eine Anfrage des Herrn Nieß an den Stadtmagistrat:

»Ist es richtig, daß die Regulirungskosten der Carlsstraße noch nicht auf die Anlieger repartirt sind?«

antwortet Herr Stadtrath Rittmeyer, daß die Kosten bereits repartirt seien; der Begebaucommissair Deneke habe vor Kurzem einen Bericht erstattet, wonach die Berechnungen aufgestellt seien. Eingezogen habe man die Kosten allerdings noch nicht; die Verzögerung habe in einer Geschäftsüberbürdung des genannten Begebaucommissairs ihren Grund.

Herr Nieß. Er habe mit der Sache selbst nichts zu schaffen, auch nicht darum gewußt, wie dieselbe liege, es sei ihm nur von einem Bürger der Stadt die Mittheilung zugegangen, daß die Kosten noch nicht eingezogen wären, wodurch möglicherweise, da die Häuser theilweise bereits in die vierte Hand übergegangen seien, ein Ausfall für die Stadtcasse entstehen könnte. Es sei deshalb zu empfehlen, daß die baldige Einziehung der Kosten vor sich gehe.

#### Zum Schluß

X. lenkt der Herr Vorsitzende die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die bereits eingangs erwähnte Angelegenheit, die anderweite Verwendung der bisherigen Oberbürgermeisterwohnung betreffend. Er weist zunächst darauf hin, daß das Stadthaus lange nicht genügend Raum biete, um die verschiedenen Geschäfte dort prompt erledigen zu können und spricht sich in detaillirter Weise darüber aus, welches Arrangement in baulicher Hinsicht zu treffen sei, um diesem Uebelstande durch Mitverwendung der bisherigen Oberbürgermeisterwohnung zu Geschäftsräumen für eine lange Reihe von

Fahren abzuheffen. Der Magistrat wünscht zu wissen, ob dies in seinem Sinne von Vorstehenden empfohlene Arrangement, bei dessen Ausführung die jetzt sehr beschränkten Räumlichkeiten für die Commissionsitzungen der Stadtverordneten, für die Magistrats-sitzungen, für das Stadtbauamt, das Standesamt und die Armendirection den Bedürfnissen entsprechend hergerichtet werden würden, die Zustimmung der Versammlung finde, um danach die betreffende Vorlage ausarbeiten zu können. Der zukünftige Oberbürgermeister hat sich für eine derartige Umänderung des Stadthauses erklärt und wünscht in die bisherige Oberbürgermeisterwohnung nur für den Fall auf  $\frac{1}{2}$  Jahr einzuziehen, daß er absolut keine geeignete Wohnung sollte finden können.

Herr Krampe bemerkt, es könne für den Augenblick nur darauf ankommen, zu erfahren, ob die Versammlung gleich dem Magistrate von der Nothwendigkeit überzeugt sei, daß die Räume, welche bisher zur Wohnung des Oberbürgermeisters gedient haben, zu Geschäftsräumen des Stadthauses umgewandelt werden müssen. Falls diese Frage eine Bejahung erfahren sollte, woran er kaum zweifle, würde eine detaillirte ordnungsmäßige Vorlage vom Magistrate zu erbitten sein.

Herr Nieß hält die in Vorschlag gebrachten Aenderungen für dringend nöthig; er erinnert an den Uebelstand, daß die Steuereinschätzungs-Commission wegen Raum-mangels nicht miteinander sondern nacheinander verhandeln müsse. Auch sei bei diesen Aenderungen zu erwägen, ob man nicht dem Pöbellen eine andere Wohnung geben könne; die jetzige enthalte eine Schlafkammer, deren Benutzung man einem Menschen vorrechtswegen nicht zumuthen dürfe.

Herr Solmig hält es bei eventueller Ausführung der gedachten Umänderungen für wünschenswerth, daß auch auf Einrichtung eines passenden Locales Bedacht genommen werde, in welchem die vorgeladenen Parteien sich so lange aufhalten könnten, bis sie vorgelassen würden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß der Magistrat aus diesen Mittheilungen Veranlassung nehmen werde, mit detaillirten Vorschlägen in dieser Angelegenheit baldigst hervortreten. Er schließt sodann die öffentliche Sitzung, indem er das Ersuchen an die Versammlung richtet,

noch zu einer kurzen vertraulichen

**gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten**  
behufs Erledigung einer Steuerreclamation beisammen zu bleiben.

**1879.**

Fortsetzung der Beilage zu № 88 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

**№ 8.**

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. April 1879.

### Öffentlich:

- I. Feststellung einer Baulinie und Vertauschung von Terrain an der Pflegehausstraße.
- II. Wiederbesetzung der Stelle des ersten städtischen Baubeamten.
- III. Weitere Regelung der Einschätzung städtischer Grundstücke behufs Festsetzung der Grundsteuer.
- IV. Canalisation hinter der Friesen- und Ehrenbrechtstraße.
- V. Wassersprengung der Promenaden.
- VI. Anlegung von Blitzableitern auf Schulen.
- VII. Reparaturen am städtischen Feuerwehr-Übungsthurme auf dem Ratsfäutchenplage.
- VIII. Zeitweise Ueberlassung von Terrain an der Dbergstraße.
- IX. Pensionirung eines Gemeindefchullehrers.
- X. Bewilligung eines Zuschusses zur Errichtung einer Frauen-Badeanstalt.
- XI. Erhebung des Kostenbeitrags vom Braunschweiger Walzwerk zur Instandsetzung der Bahnhofstraße.

### Vertraulich:

Gehaltsverhältnisse einiger Lehrer bezw. Schulinspectoren betr.

Entschuldigt die Herren Kybik, du Roi und Otto.

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Rambohr, Götze, Haake und Gebhard.

Die Sitzung eröffnend,

verliest der Herr Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. d. M., nach welchem Se. Hoheit der Herzog die Wahl des Polizeidirectors Pockels zum Vor-

scheher des Stadtmagistrats bestätigt und demselben den Titel »Oberbürgermeister« verliehen hat. Die Verabschiedung aus dem Staatsdienste ist dem Polizeidirector Pockels mit der Maßgabe ertheilt, daß er seine bisherigen Functionen noch bis zum 1. Mai c. wahrzunehmen habe; zugleich ist demselben aber gestattet, schon vorher, soweit es mit der Verwaltung des Staatsamts vereinbar ist, zur Vorbereitung der Uebernahme des Amts als Magistratsvorsitzer den städtischen Angelegenheiten die ihm übrig bleibende Zeit zu widmen.

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 16. März c. — Der Fabrikant Ernst beabsichtigt, auf seinem an der Pflegehausstraße und Goslarischenstraße sub N. 3015 belegenen Grundstücke ein Fabrikgebäude zu errichten, und hat zu dem Ende gebeten, die Fluchtlinie des fraglichen Gebäudes festzustellen. Das Stadtbauamt hat die Regulirung der Pflegehausstraße an dieser Stelle in der Weise vorgeschlagen, daß Ernst einen Theil von seinem Grundstücke nach Norden zu in einer Größe von 65 qm gegen Ueberweisung von 92 qm haltendem Straßenterrain an der andern Seite abtritt. Ernst hat sich mit diesem Tausche einverstanden und sich bereit erklärt, das ihm zu überlassende Terrain bis zum 1. October 1880 mit einer Latteneinfriedigung zu versehen, ist aber nicht geneigt, für das ihm zu gewährende Mehr eine Entschädigung zu leisten. Der Magistrat giebt anheim, diesen Terrainaustausch zu genehmigen und die Baulinie für die Pflegehausstraße und zugleich auch den Königsstieg festzustellen, auch zur Regulirung der erstgedachten Straße Terrain in Form eines Dreiecks vom Pflegehausgarten abtreten zu lassen. Wegen Instandsetzung der Pflegehausstraße an der beregten Stelle, wozu der Magistrat gleichfalls die Genehmigung beantragt, wird ein specieller Kostenanschlag demnächst vorgelegt werden.

Die Commission hat die Anträge geprüft und giebt deren Genehmigung anheim, welche nach einigen kurzen Erörterungen zwischen den Herren Nieß, Hasenbalg und dem Herrn Vorsitzenden erfolgt.

### Danach

II. berichtet der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission über die Wiederbesetzung der durch Pensionirung des Stadtbauraths Tappe vacant gewordenen Stelle eines ersten städtischen Baubeamten. Nach §. 122 der rev. St. O. ist es erforderlich, drei taugliche Personen in Vorschlag zu bringen. Da dieses dem Magistrate indeß einerseits schwer wird, andererseits aber der Stadtbaumeister Winter, welcher seit December 1869 als Gehülfe des Stadtbauraths Tappe angestellt ist, sich als ein ebenso fleißiger und gewissenhafter als geschickter Baubeamter bewährt hat, auch den

Stadtbaurath Tappe während der vielfachen und langwierigen Krankheiten desselben unter den schwierigsten Verhältnissen zur vollsten Zufriedenheit vertreten hat, so giebt der Magistrat in seinem Schreiben vom 18. v. M. anheim, von der Beobachtung der gesetzlichen Vorschrift abzusehen und die Präsentation nur eines Candidaten und zwar des Stadtbaumeisters Winter für die Stelle zu gestatten. Bei einstimmiger Annahme dieses Vorschlags glaubt der Magistrat die Dispensation von der Vorschrift des §. 122 bei Herzoglichem Staatsministerio erwirken zu können; er beantragt, sich mit der Anstellung des Stadtbaumeisters Winter als ersten städtischen Baubeamten mit einem Jahresgehälte von 4200 M. einverstanden zu erklären.

Die Commission hat über diese Angelegenheit berathen und ist zu der Ansicht gekommen, daß es allerdings nicht als Regel eingeführt werden dürfte, von den Bestimmungen des §. 122 abzusehen, und sie betont deshalb ausdrücklich, daß, wenn sie im vorliegenden Falle eine Ausnahme empfiehlt, daraus kein Präjudiz für die Zukunft erwachsen soll. Die Zustimmung zu dieser Abweichung von der gesetzlichen Bestimmung kann aber nur von Geltung sein, wenn sie einstimmig erfolgt, andernfalls würden weitere Vorschläge des Magistrats zu erwarten sein. Die Commission anerkennt ferner, daß es nothwendig ist, dem Stadtbaumeister Winter, dessen Thätigkeit überaus stark in Anspruch genommen ist und noch lange Zeit sein wird, Hülfe zu verschaffen, indem man noch weitere Arbeitskräfte in die städtische Baubehörde hineinzieht. Es würde in dem Falle eine weitere Organisation der städtischen Baubehörde getroffen werden müssen und von dem Magistrate beantragt werden. Dabei würde zum Beispiel, wie die Commission namentlich betont, auch in Erwägung zu ziehen sein, ob der erste städtische Baubeamte, welchen Titel er auch haben möge, als Referent gewissermaßen gleich Mitglied des Magistrats werden solle, oder aber, ob der Magistrat es für angemessener hält, ihn förmlich zum Magistratsmitgliede zu machen, ferner ob der erste städtische Baubeamte als solcher die Direction in allen Dingen haben soll und die weiteren städtischen Baubeamten ihm untergeordnet sein sollen, oder aber ob in der Hoch- und Wegebauverwaltung eine Trennung herbeigeführt werden soll, welche eine coordinirte Stellung von zwei oder vielleicht auch drei Beamten schafft. Alle diese Fragen hat die Commission jetzt zu erörtern nicht für angemessen gehalten, weil es noch einer Vorlage des Magistrats bedarf, welche die ganze Organisationsfrage umfassend behandelt. Sie hat aber im Hinblick darauf, daß der Stadtbaumeister Winter entschieden der Hülfe bedarf, beschlossen, die Annahme der Magistratsvorschläge zu empfehlen. Die Leistungen des Stadtbaumeisters Winter sind in der That so verdienstvoll und derselbe genießt als Architect einen so guten Ruf, daß die Commission auch hierin einen Grund zu erblicken glaubte, den Magistratsantrag zur Annahme empfehlen zu müssen, um dadurch dem p. Winter eine Anerkennung für seine bisherigen Leistungen auszusprechen.

Herr Munte kann, so leid es ihm thut, nicht umhin, sich aus principiellen Bedenken gegen den Commissionsvorschlag auszusprechen. Es sei ja bereits ein Stadtbaumeister vorhanden. Das Amt eines Stadtbaumeisters schließe aber soviel Autorität in sich den Hülfbeamten gegenüber, daß es nicht nöthig sein werde, den jetzigen Stadtbaumeister ausdrücklich noch zum obersten städtischen Baubeamten zu ernennen. Er halte die ganze Magistratsvorlage nicht für ein abgeschlossenes Ganzes und glaube als Stadtverordneter verpflichtet zu sein, seine Meinung dahin zu äußern, daß man vor Weiterem die Vorlage einer Neugestaltung des städtischen Bauwesens abwarten müsse. Grade, weil er in der Person des Stadtbaumeisters Winter einen Mann von besonderer Befähigung erblicke, wünsche er, daß derselbe nicht seiner praktischen Thätigkeit entrißen und nur als beratendes Mitglied ins Magistratscollegium eingeführt werde. Gegen die proponirte Gehaltserhöhung habe er durchaus nichts einzuwenden.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Der Herr Vorredner scheine die Sache nicht ganz richtig aufgefaßt zu haben, wenn derselbe meine, daß ein Stadtbaumeister als erster städtischer Baubeamter bereits vorhanden sei. Es gebe nach der bisherigen Organisation nur einen Stadtbaumeister und einen Gehülfen. Stadtbaumeister war der ausgeschiedene Stadtbaurath Tappe. Der Titel »Stadtbaurath« sei demselben nur seiner besondern Verdienste wegen verliehen worden, was keinen Einfluß auf seine Verhältnisse zur Stadt gehabt habe. Die Stelle eines Stadtbaumeisters sei in der That vacant und müsse, da sehr viel im städtischen Bauwesen zu schaffen sei, so schnell als möglich wieder besetzt werden. Die Organisation des Stadtbauamtes habe mit dieser Stelle nichts zu thun.

Herr Reuter bittet Herrn Munte, seine Bedenken fallen zu lassen. Winter habe nur den Titel eines Stadtbaumeisters, er sei aber noch nicht Stadtbaumeister im Sinne der Städteordnung und der Statuten; das solle er durch das heutige Votum erst werden. Damit solle aber einer weiteren Organisation des städtischen Bauwesens durchaus nicht vorgegriffen werden. Es sei dringend nöthig, daß die vacante Stelle eiligst wieder besetzt werde, da Tappe schon seit sechs Wochen abgegangen sei und Winter nicht wisse, wie er verfahren solle.

Vorsitzender. Es sei schon lange die Rede von der Schaffung verschiedener neuer Organisationen gewesen, man habe aber geglaubt, damit so lange warten zu sollen, bis der neue Oberbürgermeister in sein Amt eingeführt sei. Es sei indeß nicht rathsam, die Wiederbesetzung der vacanten Stelle eines obersten städtischen Baubeamten bis zu diesem Zeitpunkte hinauszuschieben. Ein Interimisticum habe in vielen Beziehungen seine Bedenken und namentlich auch häufig eine Autoritätschwächung im Gefolge. Es sei auch nicht möglich, dem Stadtbaumeister Winter eine Gehaltszulage zu bewilligen, bevor er nicht die Stelle eines ersten städtischen Baubeamten inne habe.

Herr Nieß bittet gleichfalls Herrn Munte, seine Bedenken fallen zu lassen; er werde diesmal mit Vergnügen davon absehen, daß mehrere Candidaten vorgeschlagen werden, da über die besondere Befähigung des Stadtbaumeisters Winter kein Zweifel herrsche. Der berühmte Baumeister Orth in Berlin habe sich in anerkanntester Weise über die Leistungen Winter's ausgesprochen und sei derselbe von Wien aus auf eine desfallsige Anfrage für eine Professur am hiesigen Polytechnikum empfohlen worden.

Nachdem noch Herr Stadtrath Götte den Bedenken des Herrn Munte entgegengetreten ist und

Herr Reuter präcisirt hat, daß der Magistratsantrag nichts weiter bezwecke, als den bisherigen Titular-Stadtbaumeister zum wirklichen Stadtbaumeister zu ernennen,

wird der Magistratsantrag einstimmig angenommen

Sodann

III. referirt Herr Kunze über ein Schreiben des Magistrats vom 17. März c. — Die mit Abschätzung neuer Wohnhäuser zur Grundsteuer beauftragte Commission hat im Jahre 1877, wo 147 neue Wohnhäuser abgeschätzt werden mußten, einen so großen Aufwand an Zeit und Mühe gehabt, daß es dem Magistrate nicht gerechtfertigt erschienen hat, die fraglichen Leistungen, namentlich von Werkmeistern, welche auf ihren Privatverdienst angewiesen sind, unentgeltlich zu beanspruchen. Da die fraglichen Abschätzungen lediglich im staatlichen Interesse vorgenommen waren, so hat sich der Magistrat an Herzogliches Steuer-Collegium gewandt, den drei Werkmeistern eine Remuneration von je 100 *M.* aus Staatsmitteln zu erwirken. Dieses Gesuch ist indeß abgelehnt worden. Der Magistrat hat sich danach an Herzogliches Staatsministerium gewandt, eine Resolution aber bislang nicht erhalten. Es ist jetzt mit der Abschätzung der im Jahre 1878 erbauten 150 Wohnhäuser vorzugehen, und trägt der Magistrat Bedenken, die gedachte Commission ohne Weiteres mit der fragl. Abschätzung zu beauftragen, ohne wenigstens für die Werkmeister eine angemessene Remuneration in Aussicht stellen zu können. Da sich aber inzwischen herausgestellt hat, daß zu dem in Rede stehenden Geschäfte eine Commission von drei Personen, bestehend aus einem städtischen höheren Baubeamten und zwei hiesigen Werkmeistern genügen dürfte, hierdurch auch eine Kostenersparniß herbeigeführt werden wird, so ersucht der Magistrat, sich mit dieser Einrichtung einverstanden zu erklären, beantragt auch zugleich, zu genehmigen, daß den betr. Werkmeistern neben Erstattung der Auslagen für Droschken, für ihre Mühwaltung eine Remuneration von je 0.7 *M.* für jedes zur Grundsteuer abgeschätzte Haus gezahlt werde.

Die Commission kann die Ansicht des Magistrats nicht theilen, sie giebt vielmehr nach Prüfung der relevanten Paragraphen des Gesetzes über die Erhebung einer



allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849 (welche Referent verliest) anheim, den Magistrat zu ermächtigen, den zuzuziehenden Sachverständigen eine angemessene Entschädigung in Aussicht zu stellen, zugleich aber denselben zu ersuchen, daß er nochmals bei Herzoglichem Staatsministerium Vorstellung erhebe und darauf antrage, daß die Kosten der Abschätzung vom Staate übernommen werden, da die Rechtsfrage jedenfalls zweifelhaft sei.

Herr Stadtrath Rittmeyer kann der Commission nur darin beistimmen, daß es billig erscheine, daß die durch die Taxation entstehenden Kosten von der Regierung übernommen würden, eine gesetzliche Verpflichtung der Regierung hierzu könne indeß nicht anerkannt werden. Das Gesetz über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vom Jahre 1849 unterscheide zwischen dem Verfahren bei der ersten Veranlagung und dem Verfahren bei Veranlagungen, welche nach der Vollendung der ersten Veranlagung erforderlich werden. Während die Abschätzung des Miethwerthes der Wohnhäuser in den Städten und Flecken bei der ersten Veranlagung unter der Leitung der Herzoglichen Baudirection durch von dieser Behörde zu wählende Sachverständige, auf Staatskosten vorzunehmen seien, werde die Veranlagung neuer Wohnhäuser, welche erst nach Vollendung der ersten Veranlagung entstanden, durch das Herzogliche Steuer-Collegium auf Grund eines Gutachtens der Localbehörde vorgenommen. Die Letztere, also in hiesiger Stadt der Stadtmagistrat, habe mithin ein Gutachten über den Miethwerth der neueren Häuser abzugeben und wenn hierdurch Kosten erwachsen, rechtlich solche zu tragen.

Anfangs habe der Magistrat dieses Gutachten auf Grund der polizeilichen Ermittlungen und Werthschätzungen abgegeben, welche keine Kosten verursacht hätten; da sich indeß herausstellte, daß dieses Verfahren keine befriedigenden Resultate ergab, so hätten die städtischen Behörden beschlossen, die fraglichen Abschätzungen durch eine Commission von Sachverständigen vornehmen zu lassen. Man glaubte zunächst dieser Commission keine Remuneration zahlen zu brauchen, indem man annahm, daß die fraglichen Abschätzungen keine große Mühe verursachen würden. In dieser Voraussetzung habe man sich indeß geirrt. Die Zahl der im vorigen Jahre abzuschätzenden Wohnhäuser betrug 147; dieselben sind zum Theil weit vor den Thoren belegen; die Taxatoren hätten auf die fragliche Schätzung 12 Tage, täglich 5 bis 6 Stunden, verwandt und man könne eine solche Arbeit, namentlich von Gewerbetreibenden, nicht umsonst verlangen. Der Magistrat habe sich nun zunächst an Herzogliches Steuer-Collegium wegen Verwilligung einer Remuneration für die Schätzer gewandt, sei aber mit dem Bemerkn zurückgewiesen, daß die Stadt 5 Procent von der Grundsteuer als Entschädigung erhalte, von welcher die fragliche Remuneration gezahlt werden könne. Dieser Anschauung habe der Magistrat nicht beitreten können, weil die fraglichen 5 Procent nicht für die Taxation, sondern lediglich als Gebühr für die

Erhebung der Steuer gezahlt werden. Derselbe habe sich vielmehr mit einem gleichen Gesuche an das Herzogliche Staatsministerium gewandt, in welchem besonders hervorgehoben wurde, daß, da die fraglichen Nachschätzungen lediglich im Interesse des Staates vorgenommen würden, es auch billig sei, die durch ein zweckmäßiges und gründliches Schätzungsverfahren entstehenden Kosten auf die Staatscasse zu übernehmen. Eine Entscheidung auf dieses Gesuch sei noch nicht erfolgt. Der vorliegende Antrag des Magistrats sei aber von dieser Entscheidung unabhängig, da nach Ansicht des Magistrats die fraglichen Schätzungen nur von einer Commission Sachverständiger vorgenommen werden könnten, die Letzteren aber nothwendig eine Remuneration erhalten müßten. — Uebrigens werde der Magistrat diese Angelegenheit nochmals bei Herzoglichem Staatsministerium in Erinnerung bringen.

Herr Nieß empfiehlt, den Magistratsantrag abzulehnen. Er kann nicht finden, daß die vom Herzoglichen Steuer-Collegium neuerdings beantragte Abschätzung für die Stadt irgend Interesse oder Eile habe, und giebt anheim, damit so lange zu warten, bis eine Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums, ob dasselbe die verauslagten Unkosten ersehen wolle oder nicht, eingelaufen sei. Redner beantragt sodann, die Beschlussfassung über die vorliegende Angelegenheit so lange auszusetzen, bis Erkundigung darüber eingezogen, wie man anderorten in dieser Beziehung verfare. Falls derartige Kosten von anderen Städten nicht getragen würden, sei es nach seiner Meinung auch in Braunschweig nicht erforderlich.

Zur Einschlagung des vom Herrn Vorredner angedeuteten Weges, man möge passiven Widerstand leisten und der vom Herzoglichen Steuercollegium gestellten Forderung zur Abgabe eines ferneren Gutachtens nicht nachkommen, kann Herr Stadtrath Rittmeyer nicht rathen. Der Magistrat sei gesetzlich verpflichtet, dieses Gutachten abzugeben und wenn dies über die Gebühr verzögert werde, so schade man dadurch nur seinen Mitbürgern. Erhoben würden die Steuern doch werden, und es sei dem Steuerzahler um so unangenehmer, wenn das nachher für zwei Jahre in Eins geschehe. Es liege im Interesse der Hausbesitzer, die Angelegenheit so schnell wie möglich abzuwickeln; es handele sich dabei nicht allein um allgemeines städtisches Interesse. Was den Vorschlag des Herrn Nieß betreffe, erst anderorten anzufragen, wie man dort diese Sachen betreibe, so müsse man doch zugeben, daß die Verhältnisse Braunschweigs mit denen der übrigen Städte, wo vielleicht 3—4 neue Häuser jährlich gebaut würden, gar nicht zu vergleichen seien.

Die Herren Solmig und Lucius sprechen sich für den Commissionsantrag aus. — Es handele sich um Staatssteuern und es sei also ganz selbstverständlich, daß auch der Staat die Kosten zur Eruirung dieser Steuern tragen müsse.

Herr Schwarzenberg spricht sich gleichfalls für den Commissionsantrag aus.

Herr Stadtrath Gebhard. Es könne darüber, daß es unbillig sei, wenn die

Stadt die Kosten dieser Abschätzungen tragen solle, kein Zweifel obwalten; der Magistrat sei darin mit der Versammlung vollständig einverstanden. Daß es aber rechtlich zweifelhaft sei, davon könne er sich trotz der Ausführungen der Herren Kunken und Lucius nicht überzeugen. Ihm sei es ganz zweifellos, daß die Regierung auf Grund des Gesetzes von 1849 nicht verpflichtet sei, die Kosten eines Gutachtens der Localbehörde zu zahlen; mehr als ein solches Gutachten, auf Grund dessen seitens des Steuer-Collegiums die Veranlagung geschehe, werde im Gesetze nicht verlangt. Dieses Gutachten könne aber von der Regierung verlangt werden. Eine Zuziehung von Sachverständigen sei nicht vorgeschrieben. Daß Kosten durch Herbeischaffung dieses Gutachtens entstehen, habe einfach seinen Grund darin, daß die hiesige Localbehörde nicht im Stande sei, ein solches Gutachten ohne Zuziehung anderer Kräfte abzugeben. Wenn also Herzogliches Staatsministerium sich auf Bewilligung einer Entschädigung einlasse, so könne das nur aus Billigkeitsrücksichten geschehen.

Ein Antrag des Herrn Heymann, die Versammlung wolle beschließen, über die Anträge des Stadtmagistrats heute die weiteren Verhandlungen und die Abstimmung aussetzen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, dem Herzoglichen Staatsministerium unter Erinnerung an die ausstehende Antwort mitzutheilen, was die Stadtverordneten-Versammlung heute als gegensätzliche Ansicht des Magistrats ausgesprochen habe,

welchem Antrage sich Herr Stadtrath Rittmeyer namens des Magistrats anschließt,

wird abgelehnt.

In fortgesetzter Debatte hebt Herr Lucius hervor, man könne ein Gutachten im Sinne des §. 74 des betreffenden Gesetzes auch dahin auffassen, daß der Magistrat dem Herzoglichen Steuercollegium mittheile, wie viel und an welchen Straßen neue Häuser entstanden seien. Wie die Veranlagung geschehen solle und wer die Kosten zu tragen habe, gehe aus dem gedachten Paragraphen nicht hervor.

Herr Stadtrath Rittmeyer hält die Auffassung des Herrn Vorredners über §. 74 nicht für richtig. Wovon derselbe eben gesprochen habe, sei kein Gutachten, sondern eine Mittheilung.

Der Herr Vorsitzende bemerkt noch, daß die Abschätzung der Häuser, welche innerhalb der zwischen den Haupterschätzungen liegenden Zeitintervallen nachgebaut sind, eigentlich eine provisorische sei. Die gesetzliche allgemeine Einschätzung der Häuser werde wieder Sache der Herzoglichen Baudirection sein und von der Regierung bezahlt werden müssen. Diese provisorische Schätzung sei nach dem Wortlaute des Gesetzes Sache des Herzoglichen Steuer-Collegiums auf Grund der Gutachten der Local-

behörden und es handele sich bei der ganzen Frage nur darum, ob man die jetzt verlangten Abschätzungen im Sinne des Gesetzes zu den Hauptabschätzungen oder zu den provisorischen rechnen könne und wer danach die Kosten zu tragen habe.

Es wird, nachdem noch Herr Nieß sich diesen Ausführungen angeschlossen hat, ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht, welcher die Zustimmung der Versammlung findet.

Die darauf folgende Abstimmung ergibt die Annahme der Commissionärsvorschläge.

Wie sodann

IV. Herr Heymann berichtet, haben die Anwohner der Friesen- und Ehrenbrechtstraße schon zu wiederholten Malen um Canalisirung des Dkergrabens hinter der Friesenstraße gebeten. Der Zustand des fraglichen Dkergrabens ist in der That ein sehr schlechter, ja selbst gesundheitsnachtheiliger, und glaubt der Magistrat nach seinem Schreiben vom 22. März c. dem fraglichen Canalisationsprojecte näher treten zu sollen. Die Canalisirung kostet nach einem Anschlage des Kreisbaumeisters Liefß 33 600 *M.*, wozu die Hofstaatscasse 9000 *M.* beitragen will; es wären also noch 24 600 *M.* zu decken. Es haben sich nun die Anwohner der Friesen- und Ehrenbrechtstraße bereit erklärt, 18000 *M.* aus eigenen Mitteln aufzubringen, wosern ihnen das durch die Canalisirung zu gewinnende Terrain zu Eigenthum überlassen werde, die hiesige Stadt den Rest der Kosten zu 6600 *M.* übernimmt und für einen Theil der Anwohner die auf sie entfallenden Kosten unter den näher zu verabredenden Bedingungen vorstreckt. Da die Ausführung des fraglichen Projectes einerseits im hohen Grade wünschenswerth erscheint, andererseits aber die Anwohner der benannten Straße zum Theil nicht in der Lage sind, die gesammten Kosten auf einmal zu bezahlen, so bringt der Magistrat folgendes Uebereinkommen in Vorschlag: Denjenigen Hauseigenthümern, welche die Kosten nicht sofort entrichten können, werden die nöthigen Gelder gegen 5% Zinsen pro anno unter der Bedingung vorgestreckt, daß die Gelder in gleichmäßigen Raten innerhalb 10 Jahren zurückgezahlt werden. Diejenigen Anwohner, welche sofort zahlen, erhalten das hinter ihrem Grundstücke zu gewinnende Dkerrain gleich nach der Canalanlage zu Eigenthum überwiesen, die übrigen erst nach Zahlung der Beiträge und Zinsen. Von dem zu gewinnenden Dkerrain hinter dem Schloßgarten ist längs der dort vorgerichteten Planke ein 5 Fuß breiter Streifen der Herzoglichen Generalhofintendantur zur Vornahme etwaiger Reparaturen an dieser Planke als Eigenthum zu überlassen.

Der Magistrat beantragt:

- »1) die Versammlung möge sich mit der projectirten Canalisirung der Dker hinter der Friesen- und Ehrenbrechtstraße einverstanden erklären,

- 2) als Beitrag zu den Kosten der fraglichen Canalisation die Summe von 6600 *M.* aus der Stadtcasse zu verwilligen, und
- 3) in Ansehung der den Bewohnern der Friesen- und Ehrenbrechtstraße bei der fraglichen Canalisation zu gewährenden Rechte und der von denselben zu übernehmenden Verbindlichkeiten, insbesondere wegen der zum Zwecke der Befreiung der Canalisationskosten Seitens der Stadt zu leistenden Vorschüsse die im Magistratschreiben enthaltenen Vorschläge zu genehmigen.«

Die vereinigte Finanz- und Statuten-Commission hat die Anträge geprüft und empfiehlt sie zur Annahme. Es ist in der Commissionsitzung hervorgehoben worden, daß diese Canalisation offenbar dringend im öffentlichen Interesse liege. Es handelt sich um Beseitigung eines bedeutenden Uebelstandes, so daß eine Ausgabe von 6600 *M.* nicht als unverhältnißmäßig hohes Opfer der Stadt angesehen werden darf. Daß die 18000 *M.* von den Anwohnern nicht ganz sofort gezahlt werden können, ist allerdings unangenehm und bedauerlich, es wird aber bei der Lage der Sache eben nichts anderes übrig bleiben, als in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise zu verfahren.

#### Dyne Debatte

werden darauf die Magistratsanträge genehmigt.

V. Einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß ist die Direction der städtischen Gas- und Wasserverke zum gutachtlichen Berichte darüber aufgefordert, ob das Sprengen der Wallpromenaden mittelst Wassers aus der städtischen Wasserleitung an Sonn- und Festtagen wünschenswerth erscheine oder ob eine regelmäßige Sprengung der Promenaden vorzuziehen sei. Die Direction der Gas- und Wasserverke hält das regelmäßige Besprengen der Wallpromenaden, ausschließlich jedoch der Fußwege, an allen Tagen, wo solches überhaupt erforderlich erscheint, für wünschenswerth. Die Kosten würden betragen: für Anschaffung von zwei neuen Sprengwagen 1900 *M.*, für das Besprengen an durchschnittlich 66 Tagen 4000 *M.*, außerdem Localmiete für Unterbringung der Sprengwagen. Der Magistrat ist ebenfalls der Ansicht, daß das Besprengen der Promenaden nur an Sonn- und Festtagen eine unzureichende und unzweckmäßige Maßregel, dagegen das Sprengen an allen Tagen, an welchen dasselbe geboten erscheint, in hohem Grade wünschenswerth sein würde. Es würde diese Maßregel der gesammten Einwohnerschaft, besonders aber den Anwohnern der Promenaden, nicht allein eine große Annehmlichkeit gewähren, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung zum Nutzen gereichen. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 26. März c. zu beschließen anheim,

- 1) daß in der Zeit von Mitte März bis Ende September jeden Jahres an allen Tagen, an welchen das Besprengen überhaupt nöthig erscheint, die Fahrwege der Wallpromenaden und Thoravenüen gesprengt werden;
- 2) daß die Anwohner der Wallpromenaden angehalten werden, die Kosten des Besprengens der Hälfte der Fahrbahn längs ihrer Grundstücke nach dem Tarispreise (pro  $\square$  Meter 5  $\mathcal{A}$ ) zu bezahlen;
- 3) daß die Kosten des Besprengens derjenigen Strecken der Promenaden u., für welche die Anwohner nicht aufzukommen haben, insoweit dieselben nicht von der Herzoglichen Bauverwaltung übernommen werden, von der Stadt zu tragen sind.

Die Finanz-Commission, namens welcher Herr Kunzen referirt, hat die Anträge geprüft und giebt deren Genehmigung mit der Modification anheim, an Stelle des Wortes »Anwohner« im Antrage ad 2 die Worte »Eigenthümer der Grundstücke« zu setzen. Zu bemerken ist noch, daß die vom Magistrate in Ansaß gebrachten 4000  $\mathcal{M}$ . den Tarispreis bilden, welcher um 1720  $\mathcal{M}$ . niedriger ist als der Selbstkostenpreis. Diese Differenz zwischen Tarispreis und Selbstkostenpreis sowie die Kosten für Anschaffung der Sprengwagen werden nicht von der Stadtcasse, sondern von der Cassé des Wasserwerks übernommen.

Herr Munte erklärt sich dagegen, daß die Kosten von Seiten der Grundbesitzer an den Promenaden allein getragen werden, da die angestrebte Einrichtung nicht diesen allein, sondern hauptsächlich den im Innern der Stadt Wohnenden zu Gute komme, welche die Promenaden zu Spaziergängen benutzen. Es sei am Gerathensten, die Kosten aus der Cassé des Wasserwerks bestreiten zu lassen, schon deshalb, weil dasselbe bisher glänzende Geschäfte gemacht habe.

Herr Hasenbalg glaubt an die Direction der Wasserwerke die Bitte richten zu müssen, bei Anschaffung der neuen Sprengwagen darauf zu sehen, daß die Sprengvorrichtungen breit genug gemacht werden, um durch ein zweimaliges Befahren der Fahrwege (also je die halbe Breite) den gewünschten Erfolg erzielen zu können, was jetzt nicht der Fall sei; es bleibe bei der jetzigen Art des Besprengens auf jeder Seite mindestens 1 Meter Terrain unbenezt liegen.

Die Breite der Sprengvorrichtung hinter den Sprengwagen muß, wie Herr Reuter erläuternd bemerkt, so vorgesehen werden, daß bei der Begegnung mit anderen Fuhrwerken eine Garambolage vermieden wird. Der neueste Wagen ist ganz nach dem Muster der in Berlin, Dresden und anderen größeren Städten vorhandenen Wagen hergestellt. Man thut gut, die Sprengvorrichtung nicht zu breit zu nehmen und lieber öfter zu fahren. Was die glänzenden Geschäfte des Wasserwerks anlangt, worauf Herr Munte hinwies, so haben sich die Resultate allerdings günstiger gestaltet, als man anfangs glaubte. Es muß aber auch berücksichtigt werden, daß alle

erzielten Ueberschüsse stets höchst zweckmäßige Verwendung gefunden haben, welche die Stadtverordnetenversammlung gutgeheißen und beschlossen hat. Von den Ueberschüssen ist z. B. im vergangenen Sommer das neue Röhrennetz auf den Promenaden um die Stadt angefertigt. Diese Ueberschüsse sind erst dann dauernd, wenn Verwendungen auf das Wasserwerk selbst nicht mehr nöthig sind. Es sind aus den Ersparnissen des Wasserwerks viel Kosten getragen, die eigentlich von rechtswegen auf den Bau hätten kommen müssen. Es hätten besondere Anleihen gemacht werden müssen, um das Wasserwerk so herstellen zu können, daß es nach allen Richtungen hin entsprechend functioniren konnte. Wenn erst alles das ausgeführt ist, was noch ausgeführt werden muß, wird die Situation des Wasserwerks in finanzieller Beziehung durchaus nicht so glänzend sein; es werden vielleicht die Preise des Wassers noch erhöht werden müssen, wenn man nicht in ein Deficit gerathen will. Hierauf hinzuweisen hat Redner für nöthig erachtet, um event. irrigen Meinungen vorzubeugen.

Nach Herrn Rieke's Meinung sollte man überall in der Stadt, auch in den engsten Straßen sprengen; grade in letzteren ist es sehr nothwendig. Man sollte die ganzen Kosten auf die Stadtcasse übernehmen und die Wohlthat einer Wassersprengung der gesammten Einwohnerschaft zu Gute kommen lassen. Es geschehe jetzt, wie nicht zu verkennen sei, auf sanitärem Gebiete so mancherlei, z. B. durch Errichtung von Badeanstalten, Ermittlung schlechter Wohnungen etc., daß man auch durch eine Sprengung der Straßen in heißen Sommertagen zur Förderung des Gesundheitszustandes der Stadt, wenn es die finanziellen Verhältnisse irgend erlauben, beizutragen verpflichtet sei.

Eine allgemeine Sprengung in der Stadt würde nach den angestellten Erhebungen 30 000 M. kosten. Ob diese Summe durch Erhebung von mehr Steuern oder durch Beiträge der einzelnen Hauseigenthümer gedeckt werde, komme, nach Herrn v. Seckendorff's Ansicht, auf Eins heraus.

Diese Ansicht kann Herr Stadtrath Götte nicht theilen. Bei einer Deckung der Kosten durch die Communalsteuer falle die Sache den Hauseigenthümern nicht allein zur Last; es würden dann auch die Inquilinen zur Kostentragung mit herangezogen werden, was nicht mehr wie in der Ordnung sei.

Diesen Ausführungen kann Herr Bösekrug nur beitreten; auch er hält es für ungerechtfertigt, wenn die Hauseigenthümer allein bezahlen sollen und die ganze Bevölkerung genießt die Wohlthat. Im Uebrigen empfiehlt Redner doch, sich für den Commissionsantrag zu entscheiden.

Herr Stadtrath Götte glaubt, um durch seine frühere Aeußerung nicht mißverstanden zu werden, noch hervorheben zu müssen, wie er sehr wohl einsehe, daß mit Uebnahme der benötigten Kosten auf die Stadtcasse auch sofort von allen Seiten die Forderung einer allgemeinen Sprengung an die städtischen Behörden herantreten

werde. Es komme aber dabei noch etwas anderes in Frage, nämlich, ob überall Wasser genug vorhanden sei, eine durchgängige Sprengung einzuführen. Er füge sich deshalb gern der Majorität, weil er einsehe, daß sein Wunsch auf eine allgemeine Sprengung nicht berücksichtigt werden könne.

Herr v. Seckendorff hält es allerdings für wünschenswerth, wenn auch die Inquilinen zu solchen Lasten mit herangezogen würden. Die Direction des Wasserwerks könne die Gelder aber immer nur von den Hauswirthten einzufassiren. Wenn diese sich nun auch bei den jetzigen Conjunctionen nicht würden schadlos halten können, so würden sich ja letztere auch einmal wieder ändern.

Nachdem Herr Referent noch bemerkt hat, daß durch eine sorgfältige Sprengung der Promenaden auch der Staub innerhalb der Stadt schon wesentlich werde gemindert werden,

kommen die Commissionsanträge zur Abstimmung und finden die Genehmigung der Versammlung.

VI. Die Versammlung hat unterm 9. Mai v. J. auf einen Antrag des Stadtverordneten Mühe beschlossen, die städtischen Schulgebäude mit Blitzableitern versehen zu lassen und dazu 8500 *M.* verwilligt. Nach einem Berichte des Stadtbauraths Tappe, welcher sich auf die Gutachten des Professors Weber und des Dr. Steinacker stützt, belaufen sich die Kosten auf 11080 *M.* Der Magistrat bittet daher in seinem Schreiben vom 1. d. M., den Mehrbetrag von 2580 *M.* annoch zu bewilligen.

In der Finanz-Commission, namens welcher Herr v. Seckendorff berichtet, hat es gerechte Bedenken erregt, daß man, wie die beregten Gutachten aussagen, trotz aller kostspieligen Revisionen und Reparaturen, eine Garantie gegen etwaige Blitzschäden durch Anlegung von Blitzableitern nicht erhält. Sie hält daher in Rücksicht darauf, daß in den wenigen Stunden, welche die Kinder in der Schule versammelt sind, nur 1—2 mal im Jahre ein Gewitter in Braunschweig zum Ausbruch kommt und in solchen Fällen der dirigirende Lehrer meistens noch in der Lage sein wird, die Kinder zeitig genug nach Hause zu schicken, für angemessen, die Versammlung zu ersuchen, von der Anlegung von Blitzableitern auf Schulgebäuden überall Abstand zu nehmen.

Herr Mühe hat bei Stellung seines Antrags geglaubt, daß die Stadt eine gewisse Verpflichtung habe, alles zu thun, was die Wissenschaft an die Hand giebt, um eine möglichste Sicherung gegen Blitzschäden gedachter Art, welche doch sehr schmerzhaft in der ganzen Stadt empfunden werden würden, zu schaffen. Die von der Commission vorgebrachten Gründe könne er nicht als stichhaltig anerkennen. Was die Revision der Blitzableiter anlange, so lasse sich dieselbe sehr wohl durch die städtische Bauverwaltung besorgen, wodurch die Aufwendung von Kosten vermieden werden würde. Die Kinder



aber gerade bei einem drohenden Unwetter aus den schützenden Schulräumen auf die Straße zu schicken, lasse sich mit der Sorge eines gewissenhaften Lehrers um die Gesundheit der ihm anvertrauten Kinder nicht vereinbaren. Wer solle auch schließlich darüber entscheiden, ob und wann die Kinder zu entlassen seien? Der Vorsteher der Schule werde sich wohl hüten, die Initiative zu ergreifen, denn das drohende Gewitter könnte sich innerhalb der nächsten halben Stunde wieder verzogen haben und es wäre alsdann event. eine unnöthige Verkürzung der Schulzeit herbeigeführt worden. Andererseits könnte auch dem Lehrer beim Entlassen der Kinder der Vorwurf erwachsen, daß er sich eine Freistunde hätte verschaffen wollen. Redner bedauert sehr, daß die Commission einen derartigen Antrag gestellt habe, da der Unterschied zwischen der bereits verwilligten und der jetzt noch zu einer guten Ausführung erforderlichen Summe in der That so groß nicht sei, und bittet, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Nach einigen Bemerkungen der Herren v. Seckendorff und Solmiz, sowie des Herrn Vorstehenden, welche sich sämmtlich für den Commissionsantrag aussprechen, und des Herrn Stadtrath Rittmeyer, welcher ausführt, daß der Magistrat dem Rührschen Antrage nicht habe entgegenzutreten wollen, um nicht eine schwere Verantwortung auf sich zu laden, wenn wirklich ein Unglück durch Blitzschlag entstanden wäre, der Magistrat aber ebenfalls die Anlegung von Blitzableitern auf Schulgebäuden für überflüssig halte, auch gegen alle möglichen Unglücksfälle, welche eintreten können, sich nicht immer Vorkehrungen menschlicherseits treffen lassen, wird der Commissionsantrag angenommen.

VII. Nach einem Berichte des Stadtbaumeisters Winter sind zur Hinhaltung des auf dem Ruhfäutenplatze befindlichen provisorischen Gebäudes, für die ständige Feuerwehr bis zur Vollendung der projectirten definitiven Bauten, dringende Reparaturen erforderlich gewesen, welche einen Kostenaufwand von 269 M. 61 J. verursacht haben. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 4. April c., diese Kosten zu bewilligen —

ein Antrag, welchem sich Herr v. Seckendorff namens der Finanz-Commission anschließt und die Versammlung ohne Debatte zustimmt.

Danach

VIII. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission über ein Schreiben des Magistrats vom 3. d. M. — Der Stadtrath Gebhard hat gebeten, ihm, falls die Stadt, das ihm zugehörige, an der Dbergstraße, zwischen seinem Grundstücke M 3 und dem Nachbargarten M 2 beliegende, zur künftigen Anlage einer Straße bestimmte, gegenwärtig aber unbebaute Terrain einzufriedigen nicht geneigt sei, zu ge-

statten, daß er dasselbe auf seine Kosten einfriedige, und ihm alsdann das fragl. Terrain zur Benutzung zu überlassen. Derselbe hat dieses Gesuch dadurch motivirt, daß das fragliche Terrain gegenwärtig zum Versteck für Gefindel und somit zum Vergerniß der Anwohner gereiche. Der Magistrat giebt anheim, zu genehmigen, daß dem Stadtrath Gebhard das fragliche Terrain auf beliebigen Widerruf zur Benutzung unter der Bedingung überlassen werde, daß derselbe ein jährliches Recognitionsgeld von 1 *M.* zahlt, das Terrain in einer vom Stadtbaumeister Winter vorgeschlagenen Weise einfriedigen läßt und diese Einfriedigung auf seine Kosten im Stande erhält.

Die Commission giebt anheim, die Zustimmung zum Magistratsantrage unter der Voraussetzung zu ertheilen, daß Gebhard allen Ansprüchen auf Erstattung aufgewardter Verwendungen und Meliorationen des Terrains bei Rückgabe desselben entsezt; auch die Stadt gegen etwaige Ansprüche der Besitzerin des Hauses N. 2 der Dbergstraße das fragliche Terrain als Zugang zu ihrem Grundstücke zu benutzen, zu vertreten sich verpflichtet.

Dhne Debatte

wird der Commissionsantrag angenommen.

IX. Der Gemeindefchullehrer H. Schwanenberg hat um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten; derselbe ist 70 Jahre alt und leidet an Schwerhörigkeit. Herzogliches Staatsministerium hat genehmigt, daß Schwanenberg mit einer unter Berücksichtigung seiner 42 Dienstjahre zu berechnenden Pension, nach seinem Gehalte von 2800 *M.*, also 2487 *M.* 34 *S.* jährlich, in den Ruhestand versetzt werde. Der Magistrat ersucht in seinem Schreiben vom 4. d. M., zur Zahlung dieses Ruhegehalts vom 1. April o. an die Genehmigung zu ertheilen,

welche auf Empfehlung des Commissionsreferenten, Herrn Kunze, ohne Anstand erfolgt.

X. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege im Herzogthume Braunschweig hat um einen Zuschuß zu den Kosten einer zu erbauenden Bade- und Schwimmanstalt für das weibliche Geschlecht gebeten. Dem Magistrate erscheint es nach seinem Schreiben vom 10. d. M. angemessen, das Unternehmen, soweit thunlich, auch mit städtischen Mitteln zu fördern; er giebt anheim, 3000 *M.* zur Einrichtung der fraglichen Badeanstalt aus der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hände und zwar in der Weise zu bewilligen, daß 1500 *M.* von dem vorhandenen Kapitalfonds (33650 *M.*) und 1500 *M.* von den Einnahmen des laufenden Jahrs entnommen werden. Hinsichtlich der Form, in welcher der Zuschuß zu leisten ist, schlägt der Magistrat vor, Antheilscheine dafür zu erwerben, indem damit die Möglichkeit einer Rückzahlung des Zuschusses gegeben ist.

Die Finanzcommission hat, wie Herr Kunzen als Referent vorträgt, die Gelegenheit sehr eingehend geprüft, sich aber nicht entschließen können, den Antrag zur Annahme zu empfehlen. Sie hat sich sagen müssen, daß in unserm Klima, wo es im Ganzen nur wenig warme Tage giebt, das Bedürfniß zum Baden, namentlich für das weibliche Geschlecht, nicht grade vorherrschend ist. Das Baden liegt nicht in den Lebensgewohnheiten der Frauen, namentlich nicht der aus den unbemittelten Klassen, für welche doch die Einrichtung hauptsächlich berechnet ist; für die Frauen der bemittelten Stände bieten ja die Anstalten von Haase und Puhst genügend Gelegenheit zum Baden. Die Commission hat sich ferner gesagt, daß die älteren, verheiratheten Frauen in den weniger bemittelten Klassen gar nicht einmal die Zeit aufbringen können, die das Baden erfordert; sie sind durch die häusliche Arbeit, durch die Sorge für Mann und Kind, daran behindert. Die noch unverheiratheten, erwachsenen Mädchen der unbemittelten Klassen sind entweder in dienenden Verhältnissen oder sie müssen auf andere Weise ihr Brod verdienen; auch ihnen fehlt es an Zeit. Es bleiben also eigentlich nur die Schulkinder übrig. Wollte man diese aber in großer Anzahl ins Bad führen, so wäre dazu ein sehr großes Bassin nöthig, wie es schwerlich wird hergestellt werden können. Auch ist noch sehr die Frage, ob die Eltern sich damit einverstanden erklären würden, daß ihre Mädchen in solche öffentliche Badeanstalten geschickt werden. Es könnte also schließlich noch der Umstand in Betracht kommen, — und darauf legt der Verein für öffentliche Gesundheitspflege allerdings Gewicht — daß den Frauen und Mädchen das Baden oft ärztlicherseits empfohlen wird. Was diesen Punkt anlangt, so haben sich die Inhaber der jetzigen Badeanstalten bereit erklärt, denjenigen Leuten, welche ein ärztliches Attest beibringen und die Mittel zum Baden nicht haben, unentgeltlich Bäder zu verabreichen. Die Finanzcommission ist nun der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, zu diesem Zwecke eine gewisse Summe, deren Höhe dem Ermessen des Magistrats zu überlassen wäre, zu verwilligen, also mit den Inhabern der Badeanstalten ein Uebereinkommen dahin zu treffen, daß sie den Frauen und Mädchen, welche den Nachweis ihrer Unbemitteltheit und ein ärztliches Attest, wonach ihnen das Baden verordnet ist, liefern, gegen eine mit dem Magistrate zu vereinbarende Entschädigung zu mäßigen Preisen Bäder verabreichen. Die Commission empfiehlt daher, den Magistratsantrag abzulehnen, dagegen den Magistrat zu autorisiren, mit den Badbesitzern ein Uebereinkommen in gedachter Weise abzuschließen.

Herr Stadtrath Gebhard. Die Commission sei davon ausgegangen, daß das Baden für das weibliche Geschlecht hier deshalb nicht in weiteren Kreisen nothwendig sei, weil es bislang nicht zu dessen Lebensgewohnheiten gehört habe. Dem könne man allerdings nicht widersprechen. Der Grund dafür sei jedoch darin zu suchen, daß man hier bislang überall keine recht passenden Badeanstalten für das weibliche Geschlecht gehabt habe. Daß die Lust zum Baden aber vorhanden sei, könne man aus der im

vorigen Sommer stattgehabten Frequenz der Haaseschen Badeanstalt entnehmen. Diese Anstalt genüge wohl allen zu stellenden Ansprüchen, doch halte sie für die Unbemittelteren zu hohe Preise. Die meisten Frauen können allerdings nicht jeden Tag abkommen, wie die Commission richtig hervorgehoben habe, wenn sich aber erst einmal Gelegenheit biete, so werden auch die Frauen aus den ärmsten Classen darauf Bedacht sein, der Feierabendzeit eine Stunde zum Baden, wenn auch nicht jeden Tag, so doch von Zeit zu Zeit, abringen zu können. In anderen, z. B. sächsischen Städten habe sich gezeigt, daß die auf Kosten der Gemeinde eingerichteten Badeanstalten von Frauen und Mädchen aus den höheren sowohl wie aus den unbemittelteren Classen stark frequentirt werden. Auch unter den Töchtern der hiesigen Bürgerschaft gebe es eine große Anzahl, die sehr wohl Zeit und Lust haben würden, ein frisches Bad zu nehmen. Wenn es nun auch wirklich hauptsächlich nur den schulbesuchenden Mädchen möglich wäre, die Badeanstalt zu besuchen, so würde damit schon Außerordentliches erreicht werden, falls man nicht etwa der Ansicht sei, daß das Baden überall etwas Ueberflüssiges sei. Bisher sei man von dieser Idee nicht ausgegangen, man habe im Gegentheil das Baden nach Möglichkeit gefördert und die Badeanstalten für die männliche Bevölkerung dementsprechend unterstützt. Wenn in dem Gesuche des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege darauf hingewiesen sei, daß das Baden ärztlicherseits empfohlen würde, so sei dabei keineswegs daran gedacht, daß es einem Mädchen in einem einzelnen Falle bei dieser oder jener Krankheit verordnet werden könne, ein Bad zu nehmen und daß man für derartige Fälle Fürsorge zu treffen habe, sondern man sei davon ausgegangen, daß nach überwiegender Ansicht der Aerzte das Baden an und für sich, auch ohne specifischen Krankheitszustand, für die Gesundheit heilsam sei und deshalb von den städtischen Behörden gefördert zu werden verdiene. Der Magistrat habe dies um so mehr für seine Aufgabe und für Sache der städtischen Behörden überhaupt gehalten, als ja die Mittel dazu in der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bereit lägen. Es sei dieser Fonds statutarischer Bestimmung gemäß ausdrücklich für Schaffung gemeinnütziger Anstalten bestimmt, deren Vortheile den minder bemittelten Bevölkerungsklassen zu Gute kämen; und daß die städtischen Behörden unter die hierher gehörigen Anstalten auch die Badeanstalt gerechnet hätten, gehe daraus hervor, daß die Kosten der Herstellung der Freibadeanstalt für Männer aus der fragl. Casse ganz und gar bestritten seien und zu ihrer Unterhaltung fortwährend ein jährlicher Zuschuß von 750 M. geleistet werde. Bei dieser Sachlage, so bittet Redner, möge man für die weibliche Bevölkerung in gleicher Weise sorgen und dieser durch Bewilligung der beantragten Summe eine Gelegenheit zur Pflege ihrer Gesundheit gewähren.

Nach fortgesetzter Debatte, in welcher

Herr v. Seckendorff sich für Ablehnung des Magistratsantrags ausspricht,

indem er hervorhebt, daß die Freibadeanstalt für die männliche Bevölkerung sehr schwach besucht werde und man schon daraus auf eine demnächstige Frequenz der projectirten Frauen-Badeanstalt schließen könne,

Herr Winter betont, daß seines Wissens die Freibadeanstalt oberhalb der Stadt sehr fleißig besucht werde eine Parallele jedoch hinsichtlich des Besuchs einer Badeanstalt für die männliche und einer solchen für die weibliche Bevölkerung nicht gezogen werden könne, da die Frauen und Mädchen in unserem Klima sich zum Baden sehr wenig geneigt zeigen und die Stadt danach für eine Sache Opfer bringen werde, welche sich voraussichtlich nicht bewähren werde.

Herr Stadtrath Gebhard hervorhebt, daß die Behauptung wegen der angeblich sehr schwachen Benutzung der Freibadeanstalt nicht zutreffend und gegenüber den amtlichen Erhebungen nicht haltbar sei, im Uebrigen aber den Ansichten des Stadtmagistrats nochmals Geltung zu verschaffen sucht,

Herr Stadtrath Götze sich für und

Herr Neuter gegen den Magistratsantrag aussprechen, letzterer unter dem Bemerken, daß bei unseren klimatischen Verhältnissen das Publikum zum Baden gewissermaßen erst herangezogen werden müsse, man auch besser thue, mit der ganzen Angelegenheit noch ein Jahr zu warten, weil dann wahrscheinlich noch etwas Besseres werde geschaffen werden können,

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Magistratsantrags ergibt.

#### Schließlich

XI. berichtet Herr Heymann der Dringlichkeit wegen noch über einen außerhalb der Tagesordnung stehenden Gegenstand. — Bei Instandsetzung der Bahnhofstraße ist auf das Braunschweiger Walzwerk ein Kostenbeitrag von 2547 *M.* entfallen. Das genannte Etablissement hat inzwischen fallirt und es ist ein Accord mit 12½ % erreicht worden. Hiernach sind 318 *M.* ins gerichtliche Depositum gezahlt und beantragt Redner, diesen Vergleich definitiv anzunehmen und ihn zur Erhebung dieser Summe als bestellter Vertreter zu autorisiren. Da die Anstrengung eines Processus zu nichts führen, dadurch im Gegentheil noch ziemlich bedeutende Processunkosten entstehen würden, so giebt Redner anheim, diese 318 *M.* zu acceptiren.

Der Antrag wird, nachdem Herr Stadtrath Rittmeyer erklärt hat, daß der Magistrat mit diesem Vorschlage vollständig einverstanden sei, ohne Debatte angenommen.

#### Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung.

In einer kurzen vertraulichen Sitzung wird über einen Magistratsantrag auf Gehaltsverhöhung einiger Lehrer bzw. Schulinspectoren Beschluß gefaßt.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. Mai 1879.

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten  
Öffentlich:

Die Einführung des bisherigen Polizeidirectors Pockels als Vorsteher des Stadtmagistrats betr.

Entschuldigt die Herren Grote, Kunze und von Seckendorff.

Am Magistratstische die Herren Stadträthe Rittmeyer, Ramdohr, Götte, Haake und Gebhard.

Nachdem die Herren Ministerialrath Meyer und Oberbürgermeister Pockels in Begleitung des ältesten Magistratsmitgliedes, Herrn Stadtraths Bammel, und des Vorsitzenden der Stadtverordneten, Herrn Schöttler, den Saal betreten und am Magistratstische Platz genommen haben,

eröffnet Herr Stadtrath Bammel als Vorsitzender die  
**gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten**,  
indem er zunächst

Herrn Ministerialrath Meyer das Wort ertheilte, welcher die Versammlung folgendermaßen anredete: »Meine hochgeehrten Herren! Nachdem der hier gegenwärtige bisherige Polizeidirector Pockels zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt und in dieser Eigenschaft Höchsten Orts bestätigt ist; habe ich den ehrenvollen Auftrag erhalten, denselben heute in der gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten in sein Amt einzuführen und eidlich zu verpflichten. — Die Rechte und Pflichten Ihres Amtes sind Ihnen, Herr Oberbürgermeister, aus den Gesetzen und Ihren früheren Dienststellungen bereits genau bekannt. ich brauche daher

an dieser Stelle und bei der heutigen Gelegenheit nicht im Speciellen darauf einzugehen, sondern kann mich darauf beschränken, Ihnen den Wortlaut des Dienstfeides mitzutheilen, welchen Sie der gesetzlichen Vorschrift gemäß abzuleisten haben werden.«

Es erfolgt die Beeidigung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels. —

Herr Ministerialrath Meyer fährt sodann fort: »Ich habe die Freude gehabt, mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, acht Jahre an einer Behörde gemeinschaftlich zu arbeiten. Ich kenne Sie als einen treuen und gewissenhaften Beamten, der dasjenige, was er übernimmt, auch auszuführen weiß. Ich zweifle daher keinen Augenblick, daß Sie auch dem heute übernommenen neuen Amte Ihre volle und ganze Kraft widmen werden und daß es Ihnen gelingen wird, sich denjenigen Männern, die vor Ihnen an derselben Stelle gestanden und sich so große Verdienste um die Stadt Braunschweig erworben haben, würdig an die Seite zu stellen. Möge Gott Ihnen dabei seinen Beistand verleihen! — Und Sie, meine Herren Stadträthe und Stadtverordneten, nehmen Sie Ihren neuen, nunmehr mit allen amtlichen Befugnissen ausgestatteten Oberbürgermeister freudig in Ihre Mitte auf und tragen Sie ihm Ihr volles, ganzes Vertrauen ungetheilt entgegen. Dann können wir von dieser Stätte heute mit der festen Zuversicht scheiden, daß das daselbst geknüpfte Band für unsere geliebte Vaterstadt von dauerndem Nutzen sein und zu deren Wohle beitragen wird.«

Vorsitzender Stadtrath Bammel: »Hochgeehrtester Herr Oberbürgermeister! Im Namen meiner Collegen vom Stadtmagistrat erlaube ich mir, Sie in diesen alten ehrwürdigen Räumen aufs Herzlichste zu begrüßen. Wir wünschen und hoffen, daß Ihre Wirksamkeit in Ihrem so wichtigen und einflußreichen Amte unserer geliebten Vaterstadt zum dauernden Segen gereichen möge. Auch Ihnen selbst möge dieses Amt Freude und Befriedigung gewähren und möge es Ihnen vergönnt sein, dasselbe ebensolange zu bekleiden, als Ihr unvergeßlicher Vorgänger, der Herr Oberbürgermeister Caspari. Ich darf wohl die Versicherung hinzufügen, daß wir Alle bestrebt sein werden, wo es irgend möglich ist, Ihnen Ihre Sorgen und Mühen zu erleichtern. Wir rufen Ihnen nochmals ein aufrichtiges Willkommen zu und ich bitte Sie, nunmehr den Vorsitz zu übernehmen.«

Herr Schöttler. »Auch ich begrüße Sie namens der Stadtverordneten als unsern Oberbürgermeister aufs Herzlichste. Ich füge den Wunsch hinzu, daß es Ihnen vergönnt sein möge, im Vereine mit Ihren Collegen des Magistrats recht lange zum Segen unserer guten alten Stadt Braunschweig zu wirken. Wir Stadtverordneten werden nach besten Kräften dazu beitragen, daß diese Wirksamkeit stets eine erfolgreiche und segensreiche sei. Ich schließe mit dem Wunsche, daß das bisherige gute collegialische Verhältniß, in welchem beide städtischen Behörden friedlich zusammen gewirkt haben, auch ferner aufrecht erhalten bleibe, da nur im friedlichen Zusammenwirken

der Behörden die Stadt segensreich weiter gedeihen kann. Sie sind auch uns Allen herzlich willkommen.«

Herr Oberbürgermeister Poßels übernimmt den Vorsitz und ergreift in Folgendem das Wort: »Hochgeehrte Herren! Durch Ihre Wahl an die Spitze unseres großen Gemeinwesens berufen, sage ich Ihnen für das mir geschenkte hohe Vertrauen meinen lebhaften Dank. Ich folge im Amte einem Manne, dessen langjähriges und unermüdeliches Wirken der Stadt zu hohem Segen gereichte. Ich will, wenngleich ich meinen Vorgänger nicht ersetzen kann, in gewissenhafter Fortbildung seiner Verwaltung ihm nachstreben. In Treue zu unserem Herzog und treu dem Gelübniß, welches ich soeben vor Ihnen abgelegt habe, will ich mit voller Hingebung wachsam und fest eintreten für die Wohlfahrt der Stadt, will unparteiisch und durch keine Nebenrücksichten beirrt in allen meinen Handlungen mich leiten lassen lediglich von den Gefühlen der Ehre und der Pflicht. (Bravo!) Durchbrungen von der Erkenntniß, daß die städtische Verwaltung stark nur dann sein kann, wenn sie einig ist, will ich eifrig bemüht sein, das collegialische Verhältniß unter den Magistratsmitgliedern, sowie die Eintracht zwischen den städtischen Organen zu erhalten und will, wenn hier und da unsere Wege auseinandergehen sollten, stets das Ziel im Auge behalten, welches uns Alle wieder zusammen führen wird, die Wahrung und Förderung des Gemeinwohls. Von diesem Geiste befeelt, meine Herren, hoffe ich, daß wir allesammt uns gegenseitig helfend die Hände reichen werden, wo es gilt, an dem gemeinsamen lieben Werke zu arbeiten. Ich bitte Sie danach um freundliche Aufnahme in Ihre Mitte. Unsere hohe Landesregierung aber darf ich ersuchen, das mir bisher stets so reichlich erwiesene Wohlwollen mir auch in meinem neuen Amte zu Nutz und Frommen der Stadt bewahren zu wollen. — Ich ergreife nunmehr hiermit Besitz von dem mir anvertrauten hohen Posten und frage, ob einer der Herren noch das Wort zu nehmen wünscht. (Es meldet sich Niemand zum Wort.) Alsdann darf die Tagesordnung als erledigt betrachtet werden und ich habe die Ehre, die V.

schließen.«

Schluß der Sitzung.





# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Mai 1879.

Öffentlich:

- I. Canalisation der Pflegehausstraße.
- II. Nachverwilligung von Mehrkosten für Erhaltung städtischer Gebäude zc. i. J. 1878.
- III. Betriebsreglement der Pferdeeisenbahn.
- IV. Anstellung von Lehrerinnen.
- V. Beschaffung von Schulsubsellien.
- VI. Terrainvertauschung bei dem Schulgrundstücke am Südklintz.
- VII. Einrichtung neuer Schulklassen.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Bewig, Grote, Krampe, Kunken, du Roi und Schwarzenberg. — Herr Nieß erschien nach 5 Uhr.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Randsdorf, Haake und Gebhard.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er zunächst das Protokoll vom 27. März c. zur Genehmigung vorstellt.

Herr Heymann bemerkt zu demselben, es könne aus dem auf Seite 49 Z. 6 v. o. beginnenden Schlusssatz seines Referats über Feststellung der Baulinie für das neue Justizgebäude gefolgert werden, als sei man darüber, daß das Pflaster des Wilhelmshofs durch den fraglichen Bau zerstört werden würde, zweifelhaft gewesen, was nicht der Fall gewesen sei. Der Sinn dieses Satzes sei so aufzufassen, daß der Magistrat die Bedingung der Neupflasterung deshalb ausgesprochen habe, weil der fragliche Platz unzweifelhaft durch den Bau, resp. die An- und Abfuhr des Baumaterials, erheblich leiden würde.

Nachdem die Versammlung diese Reclamation als begründet anerkannt, wird, da weitere Einwendungen nicht gemacht werden, das Protokoll genehmigt.

Der Herr Vorsitzende verliest alsdann ein Schreiben des Magistrats vom 3. d. M., in welchem derselbe mittheilt, daß demnächst eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten zur Wahl von 7 Vertrauensmännern

stattfinden werde, welche wegen der mit dem 1. October d. J. ins Leben tretenden neuen Gerichtsorganisation in Gemeinschaft mit den übrigen gesetzlich hierzu berufenen Männern die Wahlen der zum Amte von Geschworenen und Schöffen qualificirten Personen vorzunehmen haben. Zur Erleichterung dieser Wahl schlägt der Magistrat nachstehende 7 Personen vor: Obergerichtsadvocat und Notar Hermann Horst, Professor Conrad Koch, Oberbaurath Dr. Hermann Scheffler, Stadtrath Wilhelm Götte, Schneidermeister Otto Schrader, Commerzienrath Wilhelm Schöttler und Hofammacher Provisor Heinrich Ahrens.

Der Herr Vorsitzende hält es nicht für erforderlich, das Schreiben einer Commission zu überweisen; er werde den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung bringen und die Versammlung möge bis dahin in Erwägung ziehen, ob und welche Aenderungen zu den Vorschlägen des Magistrats wünschenswerth erscheinen.

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission aus Veranlassung eines Magistratschreibens vom 3. April c. -- Die Angelegenheit über Instandsetzung der Pflegehausstraße ic. hat die Versammlung schon zum Festern beschäftigt. In der Sitzung vom 4. October 1877 wurden der Versammlung Projecte zur Herstellung einer Brücke von der Hohethorpromenade nach der Pflegehausstraße, sowie zur Herstellung eines Fahrweges und einer Stacketerie am Pflegehausgarten vorgelegt. Der Magistrat wurde ermächtigt, Weg und Stacketerie sofort in Angriff nehmen zu lassen. Gleichzeitig wurde dem Magistrate anheingegeben, die Construction der Brücke, gegen welche in der Versammlung Bedenken erhoben wurden, durch das Stadtbauamt nochmals prüfen zu lassen. Die Angelegenheit kam dann am 24. April v. J. wieder zur Sprache. Es wurden verwilligt zur Brücke . . . . . 2800 M.  
zur Straße mit einem Fußwege . . . . . 3850 «  
zu einem provisorischen Straßencanal . . . . . 1900 «  
zur Stacketerie dießseits des Pflegehausgartens . . . . . 1050 «  
zu einer Bretterplanke . . . . . 190 «

zusammen 9790 M.

Brücke, Stacketerie und Bretterplanke zu insgesammt . . . . . 4040 «  
sind ausgeführt, so daß noch . . . . . 5750 M.  
disponibel blieben.

Am 16. Januar d. J. ist auf Antrag des Herrn Nieß beschlossen, statt des projectirten provisorischen Canals in der Strecke der Pflegehausstraße von der Goslarischen Straße bis zum Dkergraben, den definitiven Nothauslaß nach dem Mitgau'schen Projecte herstellen zu lassen, und sind die nach Angabe des Herrn Nieß dafür erforderlichen Mehrkosten mit 4000 M. verwilligt, so daß unter Hinzurechnung der obigen 5750 M. nunmehr 9750 M. disponibel sind.

Die Kosten jenes Nothauslasses in der Pflegehausstraße von der Goslarischen Straße bis zum Dkergraben betragen nun aber nicht, wie bei dem lehterwähnten

Beschlüsse angenommen ist, 1900 + 4000, also 5900 *M.*, sondern nach einem Vorschlage des Oberingenieurs Mitgau bei ungünstigen Bodenverhältnissen 14160 *M.*, bei günstigen Bodenverhältnissen, wenn die Herstellung von Spuntwänden nicht erforderlich ist, 12000 *M.* Zur Instandsetzung der in Frage kommenden Wegestrecken der Pflegehausstraße sind 4534 *M.* 60 *S.* und resp. 3850 *M.* und zur Herstellung eines Lattenstaketes am Pflegehausgarten 785 *M.* 40 *S.*, also zusammen 9170 *M.* erforderlich, so daß die Gesamtkosten der Canalisation und Wegeinstandsetzung 23330 *M.* resp. 21170 *M.* betragen würden.

Disponibel seien noch, wie oben nachgewiesen, 9750 *M.*, es bleiben also bei ungünstigen Bodenverhältnissen noch 13580 *M.* zu decken. Von diesen Kosten würden nach §§. 8 und 11 des Stadterweiterungsstatuts die Hälfte der Canalkosten und die Kosten der Fußwege von den Anwohnern der Straße, der Rest von der Stadt zu tragen sein.

Der Magistrat ersucht nun in seinem Schreiben vom 3. April c., die Summe 13580 *M.* vorbehältlich der von den Anwohnern wiederinzuziehenden Beiträge zu verwilligen. Die verwilligten Gelder würden zunächst aus der städtischen Wegebau-casse und insoweit dieselbe nicht ausreicht, aus dem Extraordinarium der Stadtcasse zu zahlen sein; die Canalisationskosten könnten aus demjenigen Fonds zurückerstattet werden, welcher zum Zwecke der Ausführung des größeren Canalprojectes anzuleihen sein wird.

Bei dem Projecte, wie dasselbe jetzt vorliegt, sei nun aber die Herstellung desjenigen Canales noch nicht vorgesehen, welcher erforderlich ist, das Hauswasser von diesem Straßentractus demnächst bis in die Lange-Tiefe zu führen. Diesen vor der Instandsetzung und Befestigung dieser Straßentheile sofort mit zu verlegen, ist erforderlich, wenn nicht demnächst die Straße nochmals aufgebrochen werden soll. Die Kosten dafür belaufen sich auf 2328 *M.*, so daß statt der angeforderten 13580 *M.* im Ganzen 15908 *M.* zu verwilligen sind. An dieser Summe werden event. bei guter Bodenbeschaffenheit 2160 *M.* erspart. Rechnet man dazu die von den Eichorien-fabrikanten Bartels und Söhne zu ersinkende Summe von 1276 *M.* 10 *S.* und die noch nicht festgestellten Beiträge von dem Stadtrath Götte und dem Gastwirth Bäse für die vom Pflegehausgarten erstandenen Baupläge ab, dann würde sich die jetzt noch auf die Stadtcasse zu übernehmende Ausgabe auf 12000 *M.* vermindern. Selbst unter diesen Voraussetzungen habe dann die Instandsetzung und Canalisation dieser Straßentheile incl. der hölzernen Fußgängerbrücke 25790 *M.* gekostet, wobei noch ein Theil des städtischen Pflegehausgartens unentgeltlich zur Straße abgetreten sei.

Die Commission habe in Rücksicht darauf, daß den Anwohnern der Kreuzstraße, welche hinsichtlich der Abführung der Hauswässer schon seit Jahren auf dieses oder jenes ausführbare Project vertrustet sind, augenblicklich nur auf diese Weise zu helfen stehe, geglaubt, die Magistratsvorschläge zur Annahme empfehlen zu müssen, jedoch mit der Modification, daß statt der beantragten 13580 *M.* = 15908 *M.* verwilligt werden. Im Uebrigen, fügt Referent hinzu, sei in der Commissionsitzung ohne Widerspruch die Ansicht geäußert, daß auf die baldthunlichste Herbeiführung eines

Beschlusses wegen des großen Canalisationsprojectes hingewirkt werden müsse. Die Statutencommission hat auch, ohne Beirath der Finanzcommission, die Ueberzeugung gewonnen, daß es für die Dauer nicht ausführbar sei, die Canalisationskosten aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten; sie hält dazu eine Anleihe für unbedingt nothwendig. Aber auch aus technischen Gründen sei es absolut erforderlich, daß das Canalisationsproject, vor weiterer Ausführung einzelner kostspieliger Theile desselben, in seiner Gesamtheit festgestellt und genehmigt werde.

Die Magistrats- resp. Commissionsanträge werden danach ohne Debatte genehmigt.

II. Unvorhergesehene Umstände haben die Ueberschreitung verschiedener Etatspositionen aus dem Jahre 1878 veranlaßt. Die entstandenen Mehrausgaben sind in 10 der Versammlung vorliegenden Hauptrechnungen nachgewiesen und betragen

1) für Unterhaltung der Gebäude des Stadthauses	363 M. 71 A
2) „ „ „ „ der Stadtcasse	81 „ 39 „
3) „ Anschaffung eines Sturmлаufbrettes nebst Untergerüst und Matratze für den Turnsaal der höheren Mädchenschule . . . . .	70 „ — „
4) „ Unterhaltung der Gebäude der höheren Mädchenschule . . . . .	281 „ 39 „
5) „ Unterhaltung der Gebäude der ersten mittleren Bürgerschule . . . . .	259 „ 78 „
6) „ Unterhaltung der Gebäude der dritten mittleren Bürgerschule . . . . .	161 „ 94 „
7) „ Unterhaltung der Gebäude der vierten mittleren Bürgerschule . . . . .	72 „ 51 „
8) „ Unterhaltung der Gebäude der dritten unteren Bürgerschule . . . . .	265 „ 46 „
9) „ Unterhaltung der städtischen Communicationswege . . . . .	89 „ 68 „
10) „ Herstellung neuer Koch- und Wascheinrichtungen, sowie Instandsetzung des Pflasters in dem städtischen Pflegehause . . . . .	541 „ 77 „

insgesamt 2187 M. 63 A,

um deren Nachverwilligung der Magistrat ersucht.

Die Commission hat die Ueberschreitungen geprüft und deren Unvermeidlichkeit anerkennen müssen; sie befürwortet deshalb den Magistratsantrag,

worauf die Nachverwilligung der obigen 2187 M. 63 A ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Wie

III. Herr Otto namens der Statutencommission berichtet, hat die Herzogliche

Polizeidirection dem Stadtmagistrate auf Ersuchen den Entwurf eines Polizeireglements für den Betrieb einer Pferdeisenbahn in der Stadt Braunschweig übersandt; derselbe ist der Versammlung unterm 10. April c. zur Genehmigung unterbreitet.

Die Commission hat das Reglement einer eingehenden Berathung unterzogen und empfiehlt dasselbe mit einigen Modificationen zur Annahme.

Das vorliegende Reglement erstreckt sich zunächst nur auf den Personenverkehr, da der Unternehmer Walker noch nicht in der Lage gewesen ist, die nöthigen factischen Unterlagen für die den Güterverkehr regelnden Vorschriften zu geben. Das Reglement enthält zweierlei Arten von Bestimmungen, einmal solche in Bezug auf den Betrieb (Abth. I. bis IV.), dann allgemeine (Abth. V.),

Als der mit dem Unternehmer abgeschlossene Contract der Versammlung seiner Zeit zur Genehmigung vorgelegt wurde, ging der Magistrat im Einverständnisse mit den Stadtverordneten von der Ansicht aus, daß zwei verschiedene Erlasse erforderlich seien. Nach §. 15 des Vertrages waren denn auch zwei Erlasse vorgeschrieben, einmal ein auf statutarischem Wege zu erlassendes Reglement, durch welches einerseits die ungehinderte Benützung der Bahngleise durch die Fuhrwerke des Unternehmers während der bestimmten Fahrzeiten, andererseits aber die öffentliche Sicherheit und der allgemeine Verkehr auf den von der Eisenbahn berührten Straßen gewährleistet wird, außerdem aber auch ein polizeiliches Reglement, durch welches Bestimmungen in Ansehung der Fahrzeiten und Fahrpreise, Beschaffenheit der Wagen ic. getroffen werden sollten. Das Herzogliche Staatsministerium hat nun nach Prüfung dieses Vertrages im Hinblick auf §. 37 der Gewerbeordnung, nach welchem die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Orte durch Pferdeisenbahnen der Regelung durch die Ortspolizeibehörde vorbehalten ist, bestimmt, daß diese beiden Erlasse in einem, und zwar von Herzoglicher Polizeidirection zu erlassenden Reglement zu vereinigen seien. Der Magistrat ist, nachdem der Contract dem betreffenden Rescripte des Herzoglichen Staatsministeriums gemäß geändert war, bei letzterem nochmals vorstellig geworden und hat die Ansicht vertreten, daß zweierlei Erlasse, einmal ein Statut, dann ein Betriebsreglement, nöthig wären. Der Magistrat hat dabei besonders hervorgehoben, daß seiner Meinung nach §. 37 der Gewerbeordnung sich nur auf die den Betrieb selbst betreffenden Bestimmungen beziehen könne und hat zugleich die Befürchtung ausgesprochen, daß ein Polizeireglement, welches nur allgemeine Bestimmungen enthalte, möglicherweise Widerstand bei den Gerichten finden könne. Herzogliches Staatsministerium ist jedoch bei seiner Ansicht stehen geblieben. Nachdem sich derselben nun auch Herzogliche Polizeidirection angeschlossen hat, hält es die Statutencommission für geboten, daß die Versammlung ein Gleiches thut. Es würde auch unpractisch sein, der Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums entgegenzutreten, nachdem dasselbe zweimal Entscheidung getroffen hat, zumal thatsächlich alle in Frage kommenden Behörden, die Herzogliche Polizeidirection, der Stadtmagistrat, die Stadtverordneten und Herzogliches Staatsministerium bei dem Erlasse mitgewirkt haben.

Referent glaubt dann noch einen Punkt berühren zu müssen, welcher innerhalb der Commission nicht zur Sprache gekommen ist. Nach seiner Meinung ist es zweckmäßig, wenn bei der Publikation des vorliegenden Reglements in derselben Weise verfahren wird, wie bei der Publikation von Statuten; es würde also nach Maßgabe des Statuts vom 24. November 1851, die Veröffentlichung der Statuten der Stadt Braunschweig betreffend, erforderlich sein, das fragliche Reglement den Braunschweigischen Anzeigen als Anlage beizugeben. Man würde auf diese Weise jedenfalls einem etwaigen Einwande der Gerichte begegnen, daß dieses, allgemeine Vorschriften enthaltende, Reglement nicht auf dem statutarisch vorgeschriebenen Wege zur Kenntniß der Bürger gelangt wäre.

Referent geht dann in seiner Berichterstattung zum Reglement selbst über, indem er die einzelnen Paragraphen verliest und dabei die von der Commission für wünschenswerth erachteten Modificationen unter entsprechender Motivirung einfügt.

Das Reglement, welches sich im Wesentlichen den bezüglichlichen Reglements in Magdeburg, Hannover und Frankfurt a. M. anschließt, zerfällt in 32 Paragraphen. Diese sind unter folgende 6 Abtheilungen gebracht: 1) allgemeine Bestimmungen; 2) Pflichten des Unternehmers, a. hinsichtlich des Fahrpersonals, b. hinsichtlich des Betriebmaterials, c. hinsichtlich des Betriebes; 3) Pflichten des Fahrpersonals; 4) Bestimmungen für die Fahrgäste; 5) Bestimmungen für das Publikum; 6) Bestimmungen für Aufrechterhaltung dieses Reglements.

Die §§. 3, 8, 19, 28 und 32 geben Anlaß zu kurzen Debatten, an welchen sich außer dem Referenten die Herren Lucius, Reuter, Kybik, Oberbürgermeister Pockels, von Seckendorff, Zellgmann, Winter, Steinacker, Lösekrug, Wilke, Nieß, Solmick und der Herr Vorsichtige betheiligen.

Schließlich wird das Reglement mit folgenden, größtentheils den Vorschlägen der Commission entsprechenden Modificationen genehmigt:

1) §. 3 ist in nachstehender Weise zu fassen:

»Der Unternehmer hat für die Leitung des Betriebes einen am hiesigen Orte wohnhaften Betriebsdirigenten anzustellen und einen Stellvertreter desselben zu benennen.

Der Betriebsdirigent, bei zeitweiligem Nichtvorhandensein dessen Stellvertreter, ist für die Erfüllung aller durch die nachfolgenden Bestimmungen des Reglements dem Unternehmer auferlegten Verpflichtungen an des letzteren Stelle verantwortlich.«

2) In §. 4 und zwar in Absatz 3 sind die Worte »durch sein Verhalten« zu streichen, ferner ist an Stelle der Schlußworte »durch einen andern zu ersetzen« zu sagen »zu entlassen«.

3) In §. 9 sind hinter den Worten »deren Zustand« die Worte »nach dem Ermessen Herzoglicher Polizei-Direction« einzufügen.

4) In §. 23 ist im ersten Absätze hinter »bemerkt worden« einzufügen »imgleichen nach jedem Halt, wenn der Wagen wieder in Bewegung gesetzt wird«.

- 5) In §. 28 Absatz 1 ist am Schlusse vor »verboten« einzufügen: »während der Stunden des Bahnbetriebes«.
- 6) Der Eingang des §. 30 ist folgendermaßen zu fassen:  
»Zu widerhandlungen gegen dieses Reglement werden, soweit sie nicht nach allgemeinen Gesetzen mit schwereren Strafen bedroht sind, auf Grund des §. 15 (unter 1c.)« (ic. wie im Entwurfe).
- 7) §. 31 ist zu streichen.

Der hiernächst folgende Punkt der Tagesordnung »Antrag des Stadtmagistrats auf Zusatzbestimmungen zum Wasserregulativ« kann nicht zur Berathung gelangen, indem die Statutencommission noch nicht darüber hat schlüssig werden können.

An Stelle dieses Punktes berichtet

IV. Herr Steinacker, daß der Schuldirektor Schaarschmidt darauf angetragen hat, die provisorisch angestellten Lehrerinnen Antonie Perche, Anna Lohmann und Sophie Meyer, welche sich während des verflossenen Schuljahrs zur vollsten Zufriedenheit des Directors geführt und sich als tüchtige Lehrerinnen bewiesen haben vom 1. Mai d. J. an mit einem reglementsmäßigen Minimalgehalte von 1200 M. p. a. fest anzustellen. Der Schulvorstand erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden und der Magistrat ersucht in seinem Schreiben vom 25. April c., die Anstellung der genannten drei Lehrerinnen zu genehmigen, indem er bemerkt, daß die dadurch erwachsende Ausgabe in dem Schuletat pro 1879 bereits vorgesehen ist.

Auf Befürwortung der Commission wird der Magistratsantrag genehmigt.

Danach

V. berichtet Herr von Seckendorff, daß auf Ostern d. J. in der 4. mittlere Bürgerschule an der Ottmerstraße 3 neue Klassen, und zwar eine 2. Knaben-, eine 1. Mädchen- und eine Parallelklasse zur 6. Klasse haben errichtet werden müssen und es erforderlich gewesen ist, die dazu nöthigen Subsellien sofort herbeizuschaffen. Die dadurch entstandenen Kosten belaufen sich auf 1905 M. 50 J. und sind von der Stadtcasse vorschußweise bezahlt worden. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 18. April c. im Einvernehmen mit dem Schulvorstande anheim, diese Ausgabe nachträglich zu genehmigen.

Nachdem Referent diesen Antrag zur Annahme empfohlen hat, wird die obgedachte Summe verwilligt.

VI. Zum Zwecke des Neubaus von Seiten- und Hintergebäuden bei der 2. mittleren Bürgerschule am Südklinte war der Erwerb einer zum Grundstücke der Erben des Seilermeisters Seeliger gehörigen, 15 qm haltenden Parcellen erforderlich. Der Magistrat hat zu dem Ende mit den Seeliger'schen Erben unterm 20. Juli 1878 einen notariellen Tausch- resp. Kaufvertrag abgeschlossen, laut dessen die Seeliger'schen Erben die gedachte Parcellen an die Stadt abtreten, dagegen aber zwei zu dem städtischen Schulgrundstück am Südklinte gehörige, 4,5 qm und 3,5 qm haltende Par-



cellen zu Eigenthum überwiesen und außerdem 450 *M.* baar ausgezahlt erhalten. Bei Bewilligung der Kosten für den Umbau der gedachten Schule ist eine ausdrückliche Genehmigung dieses Vertrages Seitens der Versammlung nicht erfolgt; der Magistrat beantragt daher in seinem Schreiben vom 24. April c. unter dem Bemerken, daß mehrfache Bemühungen ungeachtet ein für die Stadt günstigeres Arrangement sich nicht hat erreichen lassen, die abzutretenden Parzellen aber auch für das städtische Schulgrundstück ziemlich werthlos sind, dagegen die Erwerbung der Seeliger'schen Parzelle für den Umbau nahezu unentbehrlich war, nunmehr die Genehmigung des gedachten Vertrages auszusprechen

Auf Befürwortung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Kybik, wird dem Magistratsantrage Folge gegeben.

### Zum Schluß

VII. berichtet Herr Steinacker namens der Schulcommission über ein Magistrats Schreiben vom 25. April c. — Es sind zu Ostern d. J. wiederum sovielen schulpflichtige Kinder zur Aufnahme in die unteren und mittleren Bürgerschulen angemeldet, daß die vorhandenen Schulräume nicht ausreichen, vielmehr für Aushilfsräume und neue Lehrkräfte Sorge getragen werden muß. Der Schuldirector Schaar Schmidt hat zu dem Ende vorgeschlagen, daß

- 1) in der 4. unteren Bürgerschule an der Pflegehausstraße eine neue sechste Klasse für Knaben und Mädchen eingerichtet werde,
- 2) für die mittleren Bürgerschulen noch eine Hilfsklasse zu den 7. Klassen und zwar in dem vormals Krufenberg'schen Hause im Erdgeschoße links straßenwärts hergestellt werde,
- 3) für die an der 4. unteren Bürgerschule erforderliche Hilfsklasse eine Lehrerin in der Person des Fräulein Emma Mosel, welche durchaus qualificirt erscheint, provisorisch gegen eine Remuneration von 900 *M.* jährlich, und zwar vom 1. Juni d. J. an angestellt werde, und
- 4) behuf des in der sub 2 erwähnten Hilfsklasse zu ertheilenden Unterrichts der Cantor an der Andreaskirche Böhleke mit 18 wöchentlichen Unterrichtsstunden gegen eine Remuneration von jährlich 972 *M.* (also den üblichen Satz von 54 *M.* pro Stunde) vom 1. April d. J. herangezogen werde.

Da der Schulvorstand sich von der Zweckmäßigkeit dieser Maßregeln überzeugt hat, so giebt der Magistrat die Genehmigung der Schaar Schmidt'schen Vorschläge anheim.

Die Commission ersucht die Versammlung, dem Magistratsantrage zuzustimmen, was ohne Debatte geschieht.

Die öffentliche Sitzung wird damit geschlossen;

ihr folgt noch eine längere vertrauliche zur Erledigung von Steuerreclamationen.

1879.

Fortsetzung der Beilage zu N. 121 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N. 11.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. Mai 1879.

Öffentlich:

- I. Zusatzbestimmungen zum Wasser-Regulative.
- II. Wahl von Vertrauensmännern behufs Geschworenen- und Schöffen-Wahl
- III. Festsetzung der Baulinie am Ausgange der Friedrich-Wilhelmsstraße.
- IV. Canalisation der Giesmaroder- u. Straße.
- V. Canalisation der Wallstraße.
- VI. Selbstständiger Antrag des Herrn von Seckendorf betreffend Abänderungen der Bestimmungen bezügl. der Reclamationen gegen die Einkommensteuer.
- VII. Zurückgabe verpfändeter Effekten gegen eine Hypothek.
- VIII. Wahl eines ersten Vertreters des Stadtbaumeisters.
- IX. Benutzung des Altstadtrathhauses u. Seitens der Lehrerversammlung.
- X. Uebernahme der Schleinitzstraße.

Entschuldigt die Herren Bewig, Jasper, Munte, Schwarzenberg, von Seckendorf und Witke; desgl. Herr Steinacker bis 5½ Uhr.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Rittmeyer, Randoehr und Haake.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Schöttler, wird zunächst das Protokoll N. 9 zur Genehmigung gestellt. Da Niemand Einwendungen dagegen zu erheben hat, wird dasselbe genehmigt.

Zur Tagesordnung selbst übergehend

I. beantragt Herr Dtto, im Auftrage der Statutencommission, über den ersten Gegenstand -- Antrag des Stadtmagistrats, Zusatzbestimmungen zum Wasser-

Regulative betr. — noch nicht in Berathung zu treten, weil die Statutencommission diese Sache noch einmal einer eingehenden Prüfung unterziehen werde, sobald ihr vom Stadtmagistrate einiges, bereits zugesagte, hierauf bezügliche Material zugegangen sei.

Der Gegenstand wird daher von der Tagesordnung abgesetzt.

II. Dasselbe geschieht mit dem folgenden Punkte, nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hat, daß die Wahl von Vertrauensmännern, behuf Geschworenen- und Schöffen-Wahl, in einer vereinigten Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten vorgenommen werden müsse.

Dem Magistrat wird daher Seitens des Herrn Vorsiehenden anheim gegeben, den Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu bringen.

Sodann referirt

III. Herr Heymann über den Antrag des Stadtmagistrats auf Festsetzung der Baulinie am Ausgange der Friedrich-Wilhelmsstraße. Der Stadtmagistrat habe, um vielfach laut gewordenen Wünschen auf Verbreiterung des Places vor der Friedrich-Wilhelmsstraße Rechnung zu tragen, das Stadtbauamt aufgefodert, in Betreff der Feststellung der Baulinie vor den Grundstücken des Tapezierers Behrens und des Möbelschändlers Lühr anderweite Vorschläge zu machen. Nach dem darauf vom Stadtbauamte vorgelegten Plane müsse ein Theil des Behrensschen Grundstückes zur Verbreiterung des Places verwendet werden, wogegen vor dem Lührschen Grundstück ein Theil des jetzigen Hergrabens und des vor demselben belegenen Places disponibel werden würde und dem p. Lühr als Bauplatz überlassen werden könnte. Die dieserhalb mit den beiden betr. Eigenthümern stattgehabten Verhandlungen haben indeß zu einem günstigen Resultate nicht geführt, indem Behrens für die Abtretung eines 72 □m großen Terrains die Summe von 24000 *M.* fordere, und dagegen Lühr einen namhaften Preis für das von ihm zu erwerbende Terrain nicht zu bieten vermochte. Aus diesem Grunde sehe der Stadtmagistrat von der Ausführung des vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Projectes ab und ersuche die Versammlung nun, eine neue, die beiden Grundstücke nicht berührende Baulinie zu genehmigen und behuf Ausführung derselben bei Herzoglicher Kreisdirection den Antrag stellen zu dürfen, die Canalisirung des Hertractus vor dem Behrensschen und Lührschen Grundstück auf alleinige Kosten der Stadt zu gestatten, das durch die Canalisirung zu gewinnende Terrain aber der Stadt zum Eigenthume zu überweisen. Die Kosten der fraglichen Canalisirung würden nach dem Anschlage des Kreisbaumeisters Löff für einen Plattencanal 3120 *M.*, für einen massiven und gewölbten Canal aber 8190 *M.* betragen. Da an der betr. Stelle für die städtischen Zwecke ein Plattencanal genügen dürfte, ersuche der Magistrat ferner um Verwilligung der Canalisirungskosten im Betrage von 3120 *M.*

Die Commission schließt sich dem Ersuchen des Stadtmagistrats an, worauf die letztgenannte Summe von der Versammlung ohne Debatte genehmigt wird.

IV. In Betreff der Anträge des Stadtmagistrats bezüglich der Canalisation der Gliesmaroder- und der anschließenden Straßen bemerkt der Commissionsreferent, Herr Lucius, daß diese Angelegenheit schon seit längerer Zeit spiele und die Anwohner der Straßen seit 1874 wegen Anlegung eines Canals petitionirten. Im Jahre 1876 habe in Folge dessen der Stadtmagistrat die Begebau-Commissäre Denecke und Ober-Ingenieur Mitgau beauftragt, einen Kostenanschlag zu entwerfen. Der Anschlag des Denecke belief sich damals auf 6300 *M.*, indem derselbe vorschlug, den Canal mit Sollinger Platten herstellen zu lassen, während nach Mitgau 4500 *M.* bei Verwendung von Thonröhren genügten.

Durch Beschluß der Stadtverordneten vom 23. März 1876 sei darauf der Magistrat ersucht, einen Canal aus Thonröhren herrichten zu lassen, seit welcher Zeit dann die Sache geruht habe.

In Folge der vielfach eingelaufenen neuen Beschwerden habe der Magistrat jetzt die Direction der Gas- und Wasserwerke beauftragt, sich über diese Angelegenheit nochmals gutachtlich zu äußern. Von dieser sei nun vorgeschlagen, einen Platten-canal von der Bindestraße bis zum Gausplatze zum Preise von 5366 *M.* aufzuführen zu lassen; darauf habe sich die hiesige Garnison-Verwaltung an den Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, das jenseits der Bindestraße liegende neue Militär-lazareth mit in das Canaleinzie hineinzuziehen und die Garnison-Verwaltung mit zu den auf 9172 *M.* veranschlagten Kosten beitragen zu lassen. Hierauf sei von der Direction der Gas- und Wasserwerke empfohlen, einen Canal gleich in der Weise herzustellen, daß derselbe nicht allein die Abwässer der ganzen Gliesmaroderstraße, sondern auch die der projectirten Straßen im Hagenbruche aufzunehmen im Stande sei und veranschlagte die Kosten desselben auf 21 926 *M.*

Netzt nun trete der Magistrat mit einem neuen Antrage vor die Versammlung, welcher laute:

- 1) Auf der Gliesmaroderstraße vom Militär-lazareth bis zum Gausplatze einen Röhrencanal nach dem von der Direction der Gas- und Wasserwerke aufgestellten Plane herzurichten, welcher sowohl die Abwässer von der Gliesmaroderstraße bis zur Grenze des Stadtgebiets, als auch die Abwässer von den im Hagenbruche belegenen und projectirten Straßen aufzunehmen im Stande ist.
- 2) Die Kosten dieses Canals betreffend, hat
  - a. die hiesige Stadt zunächst diejenigen Mehrkosten zu übernehmen, welche dadurch entstehen, daß auf die spätere Aufnahme der Ab-

wässer von den Straßen im Hagenbruche schon jetzt Bedacht genommen wird; sodann sind

- b. diejenigen Kosten zu ermitteln und für den laufenden Meter festzustellen, welche der fragliche Canal auf der Gliesmaroderstraße von der Grenze des Stadtgebietes bis zum Gausplatze verursachen würde,
  - c. zu den Kosten, welche der gegenwärtige vom Militär Lazareth bis zum Gausplatze auszuführende Canal verursachen wird, haben die Eigenthümer der an der fraglichen Straße belegenen, bebauten Grundstücke nach Verhältniß der Frontlänge ihrer Grundstücke zur Straße die Hälfte der für den laufenden Meter Canal berechneten Kosten zu tragen, wogegen die Stadt die andere Hälfte dieser Kosten übernimmt.
- 3) Die dem Vorstehenden nach noch aufzustellende Berechnung ist vor dem Beginn der fraglichen Canalisirungsarbeiten von der vereinigten Statuten- und Finanzcommission zu prüfen und zu genehmigen.
  - 4) Die betr. Eigenthümer der anliegenden Grundstücke haben die auf sie entfallenden Kosten vor Beginn der fraglichen Canalisationsarbeiten an die städtische Wegebaukasse einzuzahlen.

Gegen die Anlage eines Canals in der vom Magistrat zuletzt vorgeschlagenen Weise seien Bedenken von Seiten der betr. Commissionen nicht vorzubringen, ebenso habe sich die Majorität, wenn auch erst nach längerer Debatte, mit dem Vorschlage des Magistrats in Betreff der Kostenvertheilung einverstanden erklärt, weshalb die Vorlage der Versammlung zur Genehmigung empfohlen werden könne.

Der Herr Vorsitzende schlägt vor, sich bei Besprechung dieses Gegenstandes auf den letzten Antrag des Magistrats zu beschränken, da die früheren Anträge durch diesen ja sämmtlich hinfällig geworden seien.

Herr Reuter empfiehlt sodann der Versammlung, den Magistrats-Antrag anzunehmen, da dieses der einzige Weg sei, einen Canal rationell anzulegen, und der Vertheilung der Kosten in der vorgeschlagenen Weise gleichfalls zuzustimmen. Außerdem sei es rathsam, dem Magistrat sofort die nothwendigen Geider zur Verfügung zu stellen, weil eine Herabminderung des auf 21926 M. veranschlagten Betrages bei Aufführung eines zweckentsprechenden Canals nicht möglich sei und in diesem Falle mit den Arbeiten bald begonnen werden könne. Letzteres erschien schon aus Sparkeitsrücksichten geboten, denn es liege die Absicht vor, die Fahrbahn der Gliesmaroderstraße in nächster Zeit zu verbreitern, und es würden, wenn man die fraglichen Arbeiten vorher ausführe, erhebliche Pflasterungskosten gespart werden.

Herr Stadtrath Rittmeyer bemerkt zunächst, daß in den Worten des Herrn Lucius in Bezug auf die Verzögerung der vorliegenden Angelegenheit ein Vorwurf für den Magistrat gefunden werden könne, welcher den Magistrat aber unschuldig treffe, denn es seien nach Genehmigung des ersten provisorischen Canals verschiedene neue Projecte und darunter ein allgemeiner Canalisationsplan aufgetaucht, von denen namentlich letzterer einer eingehenden Prüfung hätte unterworfen werden müssen, weil durch etwaige Ausführung desselben hier ein Sammel-Canal für die Abwässer der sämtlichen angrenzenden Straßen geschaffen werden sollte und die ganze Anlage des damals projectirten Canals dadurch zwecklos geworden wäre.

Zur Ausführung des großen Canalisationsprojectes sei dagegen die Genehmigung verschiedener vorgesetzter Behörden erforderlich gewesen, von denen die Herzogliche Kreisdirection ihre Genehmigung vorläufig versagt habe; es seien also eine Menge Schwierigkeiten, zu welchen auch noch der erhebliche Kostenpunkt komme, zu überwinden gewesen, ehe der Magistrat mit einem zweckdienlichen Antrage hervortreten könne. Gegenwärtig liege die Sache so, daß allseitig die Nothwendigkeit der Durchführung des Mitgau'schen Canalisationsprojectes anerkannt werde und die Herstellung des Canals in der vorgeschlagenen Weise schon deshalb anzurathen sei, weil derselbe mit dem Mitgau'schen Projecte übereinstimmt.

Er empfehle daher der Versammlung, sowohl die Anlegung des fraglichen Canals, als auch die vom Magistrate in Bezug auf die Kostenvertheilung gemachten Vorschläge zu genehmigen, da ein richtigerer Modus der Vertheilung kaum zu finden sei.

Nachdem sich hierauf noch Herr Otto vom practischen Standpunkte aus, unter ausführlicher Darlegung der Gründe, für einen andern Modus der Kostenvertheilung ausgesprochen und sich die Herren Reuter, Hasenbalg und Stadtrath Rittmeyer sowohl über diese als über die Ansicht des Stadtmagistrats geäußert, wurde die Debatte geschlossen.

Die Anträge des Stadtmagistrats wurden darauf unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

V. Ueber den folgenden Gegenstand, die Canalisierung der Wallstraße betr., referirt Herr Zellgmann für die Finanz-Commission.

Der Wilhelmthor-Districtsverein habe die Canalisierung der Wallstraße beantragt und der Kreisbaumeister Lieff wie auch die Herzogliche Polizeidirection haben die Dringlichkeit dieser Anlage anerkannt. Der Stadtmagistrat gebe nun in seinem Schreiben vom 6. Mai anheim, die auf 2700 *M.* veranschlagten Kosten zu verwilligen, mit dem Bemerken, daß diese Ausgabe aus den für Straßenpflasterungen und Canalisierungen etatsmäßig bestimmten Mitteln des Kreisfonds zu bestreiten sein würden.

Die Finanz-Commission beantrage dagegen, nicht allein diese 2700 *M.*, sondern noch weitere 600 *M.* für eine Umlegung des Pflasters auf der fraglichen Straße zu

verwilligen, da sich dasselbe in einem sehr traurigen Zustande befinde. Hauptsächlich durch Anlegung der Gas- und Wasserleitungsröhren seien nach Aussage des zuständigen Bausachverständigen auf jener Straße circa 25 Versackungen entstanden, welcher Schaden von Seiten der betr. Werke, also aus den Mitteln der Stadt, nicht aber von Seiten der Regierung vergütet werden müßte. Die Ausführung der Arbeiten könne wegen der in diesem Jahre bereits in großer Menge beschlossenen Neupflasterungen bis zum nächsten Jahre ausgesetzt werden.

Herr Stadtrath Rittmeyer erklärte, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, sich sofort über den neuen Antrag der Commission schlüssig zu machen und er daher bitten müsse, den Gegenstand an den Magistrat zurückzugeben, welchem Antrage auch von der Majorität der Versammlung zugestimmt wurde, nachdem noch die Herren Otto und Schöttler für eine Theilung der beiden Anträge und die Herren Reuter und Mühe für die Rückgabe des ganzen Gegenstandes an den Stadtmagistrat gesprochen hatten.

Sodann kam

VI. der Antrag des Stadtverordneten von Seckendorf zur Berathung. Derselbe lautet:

»Die Statuten-Commission zu ersuchen, baldigst in Berathung zu nehmen, ob es nicht zweckmäßig sei, den §. 13 des Reglements vom 31. December 1870 — das Verfahren bei Veranlagung der Steuerpflichtigen in der Stadt Braunschweig zc. betr. — dahin zu ändern, daß nur solche Reclamationen vor das Plenum der Versammlung zu bringen sind, welche den Betrag eines Einkommens von 6000 M. und darüber betreffen, oder welche die betr. Einschätzungs-Commission vor das Plenum zu bringen beschließt.«

Namens der Statuten-Commission erklärt Herr Otto, daß in der Commission einstimmig die Ansicht geherrscht, eine Abänderung des Verfahrens treffen zu müssen, weil bei Befolgung der bisherigen Praxis die ganze Berathung auf eine leere Form hinauslaufe, denn durch das bloße Vorlesen der einzelnen Namen würden die Zuhörer nur ermüdet, und von einer sachlichen Entscheidung könne dabei kaum die Rede sein.

Die Commission beantrage daher, daß entweder

- a. »an Stelle der bisherigen mündlichen Berichterstattung der Einschätzungs-Commissionen im Plenum der Stadtverordneten eine schriftliche, in tabellarischer Form gehaltene, jedem Stadtverordneten mitzutheilende, soweit erforderlich, durch mündliche Ausführungen zu ergänzende, trete,«

oder

- b. »der Magistrat ersucht werde, eine Vorlage wegen Abänderung des betr.

Reglements zu machen, durch welche die Erledigung der ersten Reclamationen den Einschätzungs-Commissionen nach den für die Einschätzungen selbst maßgebenden Grundsätzen übertragen wird,

endlich

»wolle die Versammlung die Statuten-Commission beauftragen, die Frage zu prüfen, welchem von beiden Wegen der Vorzug zu geben sei und darüber demnächst behuf endgiltiger Beschlußfassung zu referiren.«

Einen Unterschied zwischen den Reclamationen der Steuerzahler für über 6000 *M.* Einkommen und solchen, welche darunter bleiben, zu machen, halte die Commission nicht für opportun, weil jeder Steuerzahler mit demselben Rechte verlangen könne, daß seine Reclamation ebenso behandelt würde, wie die des Mitreclamanten.

Nachdem sich noch Herr Solmiz für eine Abänderung der Verfahrens ausgesprochen, wurde der letzte Antrag der Commission, die Statuten-Commission zu beauftragen, der Versammlung über den besten Weg Bericht zu erstatten, angenommen.

Der Stadt-Magistrat hat

VII. einen Antrag auf Zurückgabe verpfändeter Effecten gegen eine Hypothek eingebracht.

Wie Herr Telligmann für die Finanz-Commission berichtet, ist dem Curatorium der Schule für Zucker-Industrie im Jahre 1876 zum Bau eines Schulgebäudes die Summe von 9000 *M.* gegen 3% Zinsen und 1% jährlicher Amortisation vorgeliehen. Zur Sicherung dieses Capitals sind von dem Dr. Seyferth 12000 *M.* Actien der hiesigen Chininfabrik als Caution deponirt, welche derselbe nun zurückzuerhalten wünscht, wogegen das Curatorium der Schule bereit ist, mit dem von ihm für den Preis von 33000 *M.* käuflich erworbenen Schulgebäude eine zweite Hypothek zu bestellen.

Der Magistrat glaubt im Schreiben vom 9. Mai cr. bei der Höhe des materiellen und Kauf- und Ruhwerthes des zum Pfande eingesehten Schulgebäudes eine Gefährdung der Sicherheit der städtischen Forderung nicht erblicken zu können und gebe anheim, dem Antrage des p. Seyferth zu entsprechen.

Auch die Commission glaube der Versammlung empfehlen zu sollen, dem Antrage gemäß zu beschließen, zumal die erste Hypothek nur 9000 *M.* beträgt und dem Curatorium sogar noch eine dritte Hypothek, welche hinter der städtischen rangiren wird, im Betrage von 6300 *M.* Seitens des Vereins für Rübenzucker-Industrie fest zugesichert sei.

Herr Kybik dagegen giebt zu bedenken, daß das betr. Gebäude eigentlich nicht die genügende Sicherheit biete, da dasselbe bei dem Mangel eines Kellers nur zu diesem Zwecke zu verwenden sei, er beantrage deshalb, wenn man überhaupt die Schule



unterstützen wolle, die Hypothek zu acceptiren, aber dem Dr. Seyferth nur 6000 *M.* von den Actien zurückzugeben.

Nach einer dem Commissionsantrage zustimmenden Erklärung des Herrn Solmiz und einigen Erörterungen in Bezug auf den Werth des Schulgebäudes von Seiten der Herren Bösekrug, Tellgmann und Nieß, bittet auch der Herr Vorsitzende um Genehmigung des Magistratsantrages, indem er ausführt, daß die Behörde stets vorsichtig bei derartigen Zubilligungen vorgehe, in diesem speciellen Falle auch seiner Ueberzeugung nach nicht die mindeste Gefahr vorliege, um so weniger, als das Curatorium sogar noch eine dritte Hypothek empfangen.

Herr Kybiz empfiehlt sodann seinen Antrag nochmals zur Annahme, da das Haus wirklich schlecht gebaut und der Kaufwerth der Gebäude überhaupt jetzt wesentlich gesunken sei. Man möge eine in den Händen befindliche Sicherheit festhalten und nicht ohne Weiteres aufgeben.

Herr Stadtrath Rittmeyer erwidert, daß der Magistrat im Gegentheil Gewicht darauf gelegt habe, statt der schwankenden Actien der Chininfabrik eine feste Hypothek zu nehmen, das Gebäude biete genügende Sicherheit.

Nachdem ferner vom Herrn Stadtrath Rittmeyer auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Hasenbalg erklärt ist, daß es bei der bisherigen Amortisation sein Verwenden habe, wird der Antrag Kybiz mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt und der Commissions- resp. Magistratsantrag angenommen.

VIII. Der Stadtmagistrat hat ferner beantragt, für den zum ersten städtischen Baubeamten ernannten Stadtbaumeister Winter einen Stellvertreter zu wählen und hat zu diesem Zwecke drei Candidaten vorgeschlagen, nämlich 1) den schon seit 1874 zur größten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten bei dem städtischen Bauwesen beschäftigten Baumeister Max Osterloh, 2) den Baumeister Friedrich Meyer aus Schöningen und 3) den Baumeister Franz Gittermann in Wolfenbüttel.

Das Jahrgehalt des Betreffenden wird 2400 *M.*, vom 1. Juni an gerechnet, betragen und muß sich der Gewählte einer dreijährigen Probefristzeit unterwerfen.

Die Statuten-Commission hat, wie Herr Lucius bemerkt, gegen diesen Antrag nichts einzuwenden und giebt anheim, die Wahl vorzunehmen.

Nachdem sich hierauf die Herren Nieß und Hasenbalg für die Wahl des Baumeister Osterloh ausgesprochen, wird derselbe mit 19 von 20 Stimmen gewählt.

IX. Nach einem weiteren Schreiben des Stadtmagistrats ist vom Schuldirector Schaarschmidt beantragt, bei Gelegenheit der in der Pfingstwoche hier zusammentretenden Lehrerversammlung die Benützung des Altstadt-Rathhauses zu einer am 3. Juni

Abends stattfindenden geselligen Zusammenkunft zu gestatten, das Altstadt-Mathhaus und den Altstadtmarkt festlich erleuchten zu lassen und die Kosten für ein daseibst concertirendes Musikcorps zu bewilligen. Für die Stadt wird hierdurch ein Gesamtkostenaufwand von 500 Mk. entstehen, welchen der Magistrat zu bewilligen anheim giebt.

Herr Zellgmann als Referent der Finanz-Commission hat gegen diesen Antrag nichts einzuwenden und bittet, die Genehmigung auszusprechen zu wollen.

Herr Kleke glaubt jedoch, sich dagegen aussprechen zu müssen, weil die Braunschweigischen Lehrer im Verhältniß zu den Lehrern in anderen Ländern, z. B. in Preußen, jest so gut gestellt seien, daß sie dergleichen Kosten selbst übernehmen könnten.

Der Antrag der Finanz-Commission wird darauf genehmigt.

Bei dieser Gelegenheit bemerkt der Herr Vorsitzende, daß an den Herrn Oberbürgermeister Pockels Seitens des Comitées für die Lehrerversammlung das Ersuchen gerichtet sei, die Versammlung im Namen der Stadt zu begrüßen. Der Herr Oberbürgermeister sei der Ansicht, daß er hierzu auch der Zustimmung der Stadtverordneten bedürfe und wolle diese einholen. Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hat, richtet der Herr Vorsitzende an den Herrn Oberbürgermeister das Ersuchen, die Begrüßung der Lehrerversammlung Namens der Stadt zu übernehmen.

## Ueber den

X. und letzten Gegenstand der Tagesordnung, die Uebernahme der Schleinitzstraße betreffend, berichtet Herr Heymann.

Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 9. d. Mts. habe die Braunschweig-Hannoversche Hypothekbank gebeten, die von ihr erbaute Schleinitzstraße Seitens der Stadt zu übernehmen und ihr die zugesicherte städtische Beihilfe von 7500 Mk. auszahlen zu lassen.

Da nach einem Berichte des Stadtbaumeisters Winter die Hypothekbank ihren contractlich übernommenen Verbindlichkeiten in Ansehung der Schleinitzstraße in jeder Hinsicht nachgekommen ist und nur die Ausführung zweier Straßen von sehr untergeordneter Bedeutung unterlassen hat, so gebe der Magistrat anheim, die versprochene Summe zu bewilligen.

Die Commission könne sich diesem Antrage des Magistrats nur anschließen und bitte, die ausgesetzte Summe der Hypothekbank voll zu überweisen, weil die nicht ausgeführten Straßen für die Stadt überhaupt keine Bedeutung haben und die Kosten

des ganzen Projectes unverhältnißmäßig höher seien, als die Kosten der nicht ausgeführten beiden kleinen Straßen.

Außerdem sei nicht außer Acht zu lassen, daß die Hypothekenbank im städtischen Interesse große Opfer gebracht habe, auf welche bisher noch keine Rücksicht genommen worden.

Der Antrag wird darauf ohne weitere Debatte genehmigt

und damit die Versammlung 6 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends geschlossen.

---

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Juni 1879.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.  
Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenz- und Geschworenenwahl.

#### Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Regulirung einer Feldmarksgrenze.
- II. Einrichtung einer 6. Parallellasse der 1. unteren Bürgerschule.
- III. Vertretung eines erkrankten Lehrers.
- IV. Desgleichen.
- V. Gehaltserhöhung eines Magistratsmitgliedes.
- VI. Verwilligung von Kosten behufs geologischer Aufnahme der Umgegend der Stadt.
- VII. Nachverwilligungen zu den für den Bau einer 5. mittleren Bürgerschule bereits verwilligten Beträgen.
- VIII. Bauliche Veränderungen des Stadthauses und Neubau der Stadtcasse.
- IX. Bauliche Einrichtungen der neuen mittleren Mädchenschule.
- X. Demissionsgesuch des Stadtraths Ramdohr.
- XI. Verwilligung einer Reisekostenvergütung für den Mühlmeister Rade.

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pockels schreitet die Versammlung

#### in gemeinschaftlicher Sitzung

zur Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenz- und Geschworenenwahl.

Auf einen Vorschlag des Herra Lucius, die Wahl per Acclamation vorzunehmen, wird nicht eingegangen, vielmehr zur Wahl durch Stimmzettel geschritten.

Als Wahlresultat gehen aus der Urne hervor die Namen folgender Herren: Obergerichtsadvocat Horst, Professor Koch, Oberbaurath Scheffler, Stadtrath Götze, Particulier Schröder, Commerzienrath Schöttler und Kammachermeister und Provisor Ahrens — sämmtlich Namen, welche magistratsseitig in Vorschlag gebracht waren.

Nach Publicirung des Wahlresultats seitens des Herrn Vorsitzenden wird die gemeinschaftliche Sitzung geschlossen, und es eröffnet,

den Vorsitz übernehmend,

Herr Schöttler die **Sitzung der Stadtverordneten.**

Entschuldigt die Herren Grote, Jasper, Kloss, Kunzen und Otto.

Am Magistratsische Herr Oerbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Götze, Haake und Gebhard.

Nach Genehmigung der Protokolle Nr 8 und 10 (Nr 9 ist schon in voriger Sitzung genehmigt worden)

trägt der Herr Vorsitzende zunächst vor, daß es erforderlich erscheine, auch in diesem Jahre eine Ferienzeit für die Stadtverordneten-Versammlung, und zwar dem bisher beobachteten Brauch gemäß, im Juli und in der ersten Hälfte des August eintreten zu lassen, da verschiedene der Herren eine Kur- oder Erholungsreise zu unternehmen beabsichtigten. Sollte daher die vorliegende Tagesordnung heute zur Erledigung gebracht werden, was anzunehmen stehe, und sollten Sachen von besonderer Dringlichkeit in dieser Zeit nicht zur Vorlage gelangen, so werde er — wenn sonst kein Widerspruch erfolge — zur Erledigung der noch eingegangenen wenigen Magistratsanträge und der vorliegenden Steuerreclamationen auf nächsten Donnerstag die letzte Sitzung vor den Ferien anberaumen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden und geht dann zur Tagesordnung über.

Ueber den

I. Punkt hat Herr Lucius namens der Statutencommission zu berichten.

Derselbe bemerkt vorweg, daß, da bei der betreffenden commissionsseitigen Berathung über diesen und den 10. Punkt der Tagesordnung nur zwei Commissionsmitglieder zugegen gewesen wären, statutengemäß aber mindestens drei erforderlich seien, um eine Sache für das Plenum vorzubereiten, die Versammlung zunächst zu bestimmen hätte, ob beide gedachten Punkte, welche allerdings sehr einfacher Natur seien, als spruchreif angesehen werden dürften.

Die Versammlung erklärt sich auf eine Anfrage des Herrn Vorsitzenden zur Besprechung der beregten Punkte bereit,

worauf Herr Lucius zur Berichterstattung übergeht. — Bei Gelegenheit der Separation von Rautheim ist eine auf der hiesigen städtischen Feldmark belegene

Ackerfläche von 4 M. 17 □Rth., dem Kothsassen Cordes zu Mascherode gehörig, in den demselben zugetheilten Ackerplane 215 im Wolfskampe, Rautheimer Feldmark, zu 21 M. 10 □Rth., mit hineingezogen. Nach einem Schreiben der Herzoglichen Kreisdirection an den Stadtmagistrat ist die fragliche Ackerfläche durch die Recessbestätigung nicht ohne Weiteres zu Rautheimer Feldmark übergegangen, vielmehr kann solches nur im Wege der Verordnung geschehen, worauf der Kothsasse Cordes angetragen hat. Da die Hinzulegung der fraglichen Ackerfläche zu Rautheimer Feldmark behuf Herstellung einer auch äußerlich erkennbaren Feldmarksgrenze wünschenswerth erscheint, nach §. 7 der rev. St. O. aber hierzu die Zustimmung der betreffenden Gemeinden, Seitens der Stadt Braunschweig mithin der städtischen Behörden daselbst, erforderlich ist, so giebt der Magistrat in seinem Schreiben vom 20. v. M. anheim, zu der erwähnten Maßregel die Zustimmung zu ertheilen, und bemerkt, daß die Deputation der Altewieker Feldmarksinteressentschaft sich mit der beabsichtigten Grenzregulirung einverstanden erklärt hat.

Referent empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme und wird derselbe nach kurzer Debatte zwischen den Herren Schwarzenberg, Stadtrath Götte und Stadtrath Rittmeyer genehmigt.

II. Zur Verhütung einer Uebersfüllung der untersten Klassen der unteren Bürgerschulen hat in der 1. unteren Bürgerschule noch eine nach den Geschlechtern vereinigte 6. Parallelklasse eingerichtet werden müssen. Die Unterrichtsstunden in dieser Klasse werden bis auf deren fünf durch die vorhandenen Lehrkräfte ertheilt; die nicht gedeckten fünf Stunden sind dem Lehrer Bartels übertragen worden. Der Schulvorstand beantragt, diese Einrichtung zu genehmigen, auch dem Lehrer Bartels vom 1. Mai c. an eine monatliche Remuneration von 22,5 M. aus der Schulkasse zu gewähren. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage in seinem Schreiben vom 23. v. Mts. an.

Vom Referenten der Schulcommission, Herrn Dr. Schwarzenberg, empfohlen, gelangt der Magistratsantrag ohne Debatte zur Annahme.

### Weiter

III. berichtet derselbe Referent über die Vertretung erkrankter Lehrer.

Der Lehrer Rögglan an der 5. mittleren Bürgerschule ist seit längerer Zeit leidend und ist die Klasse desselben der geprüften Lehrerin Johanne Müller interimistisch übertragen worden. Der Schulvorstand hat dieses Arrangement genehm gehalten und den Antrag gestellt, der Lehrerin Müller ein der üblichen Jahresremuneration für provisorisch angestellte Lehrer entsprechendes Honorar von 150 M. für die Monate Mai und Juni d. J. aus der Schulkasse zu bewilligen. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 23. Maj c. anheim, diesem Antrage zu entsprechen.

### Im Anschluß hieran

IV. berichtet Herr Schwarzenberg über einen 2. Vertretungsfall. — Der Zeichenlehrer Kappe an der höheren Mädchenschule ist seines leidenden Zustandes wegen seit Beginn des laufenden Schulhalbjahrs außer Stande, seine Functionen zu versehen. Der Schuldirector Sommer hat deshalb, um eine fernere Vernachlässigung des der weiblichen Jugend so unentbehrlichen Zeichenunterrichts zu verhindern, den als Zeichenlehrer geprüften Maler H. Herse für die Dauer der Verhinderung des Lehrers Kappe und zwar vom 1. Mai c. an, zu dem gedachten Zeichenunterrichte gewonnen. Im Einverständnisse mit dem Schulvorstande trägt der Magistrat unterm 23. Mai c. darauf an, zu genehmigen, daß dem Aushülfslehrer Herse eine Remuneration von 1,50 *M.* pro Stunde aus der Schulkasse bis auf Weiteres gezahlt werde.

Beiden vorgedachten Magistratsanträgen schließt sich die Commission an; sie werden vereint zur Debatte gestellt, gelangen jedoch ohne Weiteres zur Annahme.

### Danach

V. berichtet Herr Kybik über ein Schreiben des Magistrats vom 16. Mai c., in welchem derselbe für den Stadtrath Gebhard eine Gehaltszulage von 300 *M.* beantragt. Nach §. 4 des Statuts vom 19. November 1876 erhalten die beiden besoldeten Magistratsmitglieder nach Ablauf von drei Jahren, die Zustimmung der städtischen Behörden vorausgesetzt, regelmäßig eine Gehaltsverbesserung von 300 *M.* bis zum Maximum des Gehaltsfuges. Da Stadtrath Gebhard seit dem 1. Juli 1876 besoldetes Magistratsmitglied mit dem Minimalgehalte von 4200 *M.* ist, hat die Commission gegen den Antrag nichts einzuwenden. Derselbe wird dann auch ohne Anstand genehmigt.

### Wie ferner

VI. Herr Kybik berichtet, hat der Magistrat bei Herzoglichem Staatsministerium die geologische Aufnahme der Umgebung der Stadt Braunschweig beantragt und zur Motivirung dieser Maßregel darauf hingewiesen, daß dieselbe sowohl für die Zwecke der Herzoglichen polytechnischen Hochschule als auch für die hiesige Stadt von Wichtigkeit sei, um zu ermitteln, ob durch Bohrung von artesischen Brunnen ein gesundes Trinkwasser sich werde beschaffen lassen. Das Herzogliche Staatsministerium hat die Wichtigkeit dieses Gegenstandes anerkannt, sich auch bereit erklärt, den Professor Ottmer hieselbst mit der gedachten geologischen Aufnahme zu beauftragen, dabei jedoch zur Bedingung gestellt, daß von den aus dieser Arbeit erwachsenden Kosten zu 2000 *M.* die Stadt 500 *M.* übernehme. Der Magistrat hält dieses Opfer gegenüber dem dadurch möglicherweise zu erreichenden großen Vortheile der Herbeischaffung guten Trinkwassers, welche im Hinblick auf die vielen schlechten Brunnen in hiesiger Stadt

sehr wünschenswerth wäre, nicht für zu hoch und giebt in seinem Schreiben vom 26. Mai c. anheim, die verlangten 500 *M.*, welche überdem in drei Jahresraten gezahlt werden können, aus der Stadtcasse zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Commission wird auch dieser Antrag ohne Debatte genehmigt.

#### Ueber den

VII. Punkt der Tagesordnung, den Bau der 5. mittleren Bürgerschule betreffend, berichtet namens der Schul- und Finanz-Commission Herr Steinacker. — Die Versammlung hat in der Sitzung vom 9. Juni 1878 genehmigt, daß zu dem fraglichen Schulhausbau das Krukenberg'sche Grundstück am neuen Petritthore für 110 000 *M.* angekauft werde und auf Grund eines vorläufigen Ueberschlages des Stadtbauraths Tappe zu dem Baue bis zu 230 500 *M.* bewilligt. Späterhin ist die Stadtbauverwaltung aufgefordert, das Project auszuarbeiten und einen speciellen Kostenanschlag einzureichen. Dieser Aufforderung ist der Stadtbaumeister Winter nunmehr durch Vorlegung eines zuvor vom Stadtbauamte approbirten Bauplanes nachgekommen, welcher in verschiedenen Blättern im Sitzungssaale aushängt. Dieser letztere Bauplan verlangt eine Summe von 247 190 *M.* 95 *S.*, so daß über die Kosten hinaus, welche der Tappe'sche generelle Entwurf soweit genau zu berechnen, beanspruchen würde, noch 19 790 *M.* 95 *S.* nachzuverwilligen sind.

Die gesammten Baukosten repartiren sich auf die einzelnen Gebäudetheile folgendermaßen:

Das Schulgebäude . . . . .	198 000 <i>M.</i> — <i>S.</i>
Die beiden Abortgebäude . . . . .	11 600 „ — „
Instandsetzung der Hof- und Spielplätze u. . . . .	17 000 „ — „
Gasleitung . . . . .	657 „ 65 „
Wasserleitung . . . . .	933 „ 30 „
Mobiliar . . . . .	19 000 „ — „
Summa	247 190 <i>M.</i> 95 <i>S.</i>

Die allerdings ziemlich erhebliche Nachforderung hat hauptsächlich ihren Grund darin, daß der bessern Feuersicherheit wegen durchaus massive statt der früher beabsichtigten Holztreppe gewählt, auch gewölbte Corridore im 2. und 3. Stockwerke und diese, gleichfalls um einer Feuersgefahr thumlichst vorzubeugen, mit Steinpflaster statt einer Holzdielung projectirt sind. Nach dem im Entwurfe vorliegenden neuen Baustatute sollen eben in solchen Gebäuden, in denen großer Verkehr herrscht, steinerne Treppen und gewölbte Corridore eingerichtet werden. Wenn nun auch für die Stadt noch keine Verpflichtung dazu vorliegt, so hat doch die Commission geglaubt, durch das Eingehen auf den Entwurf des Stadtbaumeisters Winter mit gutem Beispiele



vorangehen zu müssen. Man gewinnt dadurch größere Corridore, größere Lichthallen und eine bessere Benutzbarkeit der Corridore im 2. und 3. Stock; auf dem Boden wird ein wesentlich schönerer architectonischer Anblick erzielt und es werden ein paar Räume gewonnen, die sich vorzüglich zur Aufbewahrung von Geräthen und Utensilien eignen. Die Commission hat gegen diese Abweichungen vom Tappe'schen Plane nichts einzuwenden. Anders verhält es sich mit der Pflasterung der Corridore; diese hat die Mehrheit der Commission aus verschiedenen Gründen nicht befürworten zu sollen geglaubt, besonders aber weil sie theurer ist als eine Holzdielung, dann auch weil sie kälter ist als diese. Was die Dielung der Klassenräume selber anlangt, so ist eine Aenderung im Tappe'schen Entwürfe insofern eingetreten, als statt der einfachen tannenen Fußböden dergleichen aus dauerhafterem, allerdings etwas theuererem, Kienholze vorgesehen sind.

Die übrigen Abweichungen vom Tappe'schen Bauplane, Verlegung der einen Abtheilung der Aborte, geringe Verschiebung der Seitenflügel nach der Straße zu behuf Vergrößerung des Spielplatzes u. s. sind von untergeordneter Bedeutung und weniger eingreifend auf den Kostenpunkt. Der Spielplatz ist, wie bei allen neueren Schulen, wieder in der Weise herzustellen, daß die nach den Nebengebäuden und der Turnhalle führenden Fußwege von Pflastersteinen hergestellt werden, die übrige Hoffläche chauffirt und grandirt wird.

Aus dem bezüglichlichen interessanten Begleitberichte des Stadtbaumeisters Winter hebt Referent noch hervor, daß nach eingezogenen Erkundigungen hier in Braunschweig im Allgemeinen die billigsten Schulhäuser gebaut werden, ohne dabei die Solidität und Würde derselben in irgend welcher Weise zu vernachlässigen. So berechnet sich die Ausführung des vorliegenden Bauplans mit 228 *M.* pro qm bebauter Grundfläche, die Schule an der Dttmerstraße mit nur 206,7 *M.* pro qm, während beispielsweise das qm der 6. Bürgerschule in Hannover 271 *M.*, der Volksschule in Bremen 261,6 *M.*, der dortigen Realschule sogar 348,1 *M.*, des Gymnasiums in Dresden 301,8 *M.* gekostet hat.

Der Schulhausbau erfordert die Anlegung eines Schulweges zur Erzielung einer bequemen Zugänglichkeit der Schule, und um auch das der letzteren gegenüber nach der Dfer zu belegene Terrain als Bauplätze verwerthen zu können, empfiehlt sich der Ausbau des Schulweges als einer Verbindungsstraße zwischen dem Petritthore und dem Wollmarke in der Weise, daß vom neuen Petritthore ab bis an die bereits vom Maurermeister Bewig angelegte Dferstraße gebaut wird. Die Kosten der Herstellung der Straße einschließlich der Kanalanlage sind zu 16750 *M.* veranschlagt.

Der Magistrat beantragt nun in seinem Schreiben vom 28. Mai c.

1) nachträglich die anschlagmäßige Fehlsomme zum Schulhausbau mit 19790 *M.* 95 *S.* zu bewilligen,

2) das gedachte Straßenbauproject zu genehmigen und die mit dessen Aus-

führung verbundenen Kosten zu 16750 *M.* auf die Wegebaucaſſe pro 1880 mit der Maßnahme anzuweiſen, daß davon 5222 *M.* 8 *S.* (nach Verhältniß der Frontlänge des Schulgebäudes) aus dem Schulbauſonds und der Reſt mit 11527 *M.* 92 *S.* demnächſt von den Käufern der an der Südſeite der Straße befindlichen Bauplätze nach dem Verhältniſſe ihrer Frontlängen erſtattet werden.

Die vereinigten Commiſſionen erklären ſich im großen Ganzen mit dieſen Anträgen einverſtanden und geben deren Genehmigung mit der Maßnahme anheim, die Frage, ob der projectirten Steinpflaſterung in den Corridoren nicht eine Holzdielung vorzuziehen ſei, magiſtratsſeitig nochmals in Erwägung ziehen zu laſſen.

Herr Nieß hält die Anbringung von ſteinernen Treppen in Schulgebäuden für unzuweckmäßig, indem dieſelben bei eventuellem Ausgleiten der Kinder leicht unangenehme Folgen für dieſelben herbeiführen könnten; wenigſtens möge man im vorliegenden Falle der Vorſicht halber die ſteinernen Stufen mit Eichenbohlen belegen. Gegen die Anträge ſelbſt habe er nichts einzuwenden; die angeforderten Koſten halte er für ſehr mäßig.

Nach einer Entgegnung des Herrn Referenten, daß auch in der hieſigen Realschule I. Ordnung, dem Gymnaſium und der höheren Mädchenschule ſteinerne Treppen aufgeführt ſeien, er aber noch nicht gehört habe, daß dieſelben irgend welche Uebelſtände verursacht hätten,

und einigen Bemerkungen der Herren Tellingmann und Oberbürgermeiſter Poſſels

werden die Magiſtratsanträge mit der von der Commiſſion empfohlenen Maßnahme angenommen.

Der nächſtfolgende Gegenſtand der Tagesordnung, Geſuch von Friſ Diekmann und Genossen um Canaliſirung eines Theils der Helmſtedterſtraße, kann nach Angabe des Commiſſionsreferenten, Herrn Rybiß, heute noch nicht zur Verhandlung kommen, da das Geſuch der Commiſſion ohne Voracten zugegangen, und ohne dieſe eine Berathung unmöglich geweſen ſei.

Es folgt danach

VIII. von Herrn Reuter erſtattet, der Bericht der vereinigten Statuten- und Finanz-Commiſſion über das Magiſtratsſchreiben vom 3. Juni c., betreffend den inneren Umbau des Stadthauses und Neubau eines Stadtcassen- und Magiſtratsregistratur-Gebäudes. Die zugehörigen Zeichnungen und Pläne ſind im Sitzungsſaale ausgehängt.

Vorweg bemerkt Referent, daß über dieſen Gegenſtand eine commiſſariſche Vorprüfung nicht ſtatgefunden habe, indem die Commiſſionsmitglieder, welche zugleich

Mitglieder des Landtages seien, an dem betreffenden Nachmittage im Landschaftlichen Hause zu thun gehabt hätten. Da aber die Sache Eile habe, so sei der Wunsch ausgesprochen, sie heute zur Erledigung zu bringen, was um so eher thunlich sei, als die Vorlage von einer Commission, deren Mitglieder dem Stadtbauamte angehören, geprüft sei.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung zum Eintritt in die Verhandlung bereit.

In dem gedachten Magistratschreiben (welches Referent verliest) werden Vorschläge über die Einrichtung der bislang dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats eingeräumt gewesenen Localitäten zu Bureaux gemacht und damit — auf Anregung des Stadtbauamtes — der Antrag verbunden, ein neues Stadtcassenlocal in unmittelbarer Nachbarschaft des Stadthauses zu erbauen. Die ungünstige Lage der Stadtcasse, deren schlechte bauliche Beschaffenheit und ihre mangelhafte innere Einrichtung haben schon verschiedentlich Anlaß zu Klagen gegeben, auch ist bekannt, daß die Stadtcassencasse den durch die starke Bevölkerungszunahme gesteigerten Raumanforderungen nicht mehr genügen. Die große Grundfläche des Stadthausgrundstücks bietet nach Niederlegung der ohnehin abbruchreifen Seiten- und Hintergebäude einen ausgiebigen Bauplatz für ein neues Stadtcassenlocal. Durch einen derartigen Neubau würde auch einem andern längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen — es könnte dabei auf Räume zur Unterbringung älterer reponirter Acten Bedacht genommen werden. Die Kosten dieses Neubaus würden nach einem Ueberschlage des Stadtbaumeisters Winter circa 43 200 Mk. betragen.

Hinsichtlich des Planes des inneren Umbaus des Stadthauses schlägt der Magistrat Folgendes vor:

1) Veränderung resp. Verlegung der Dienstwohnung des Pedellen,  
 2) Verlegung des Standesamtes in das 1. Stock und Erweiterung desselben durch Einräumung eines Wartezimmers und einer Registraturstube. — Die gegenwärtigen Bureaux des Standesamtes sind nach Lage und Einrichtung unbefriedigend, namentlich erscheint es dringend geboten, zur Vornahme der Geschließungen ein der Feierlichkeit und Wichtigkeit solcher Acte würdiges Local zu schaffen.

3) Räumliche Erweiterung der Registratur und Canzlei in einer Weise, wodurch dem sehr fühlbar gewordenen Mangel an einem Zimmer zur öffentlichen Auslegung von Wählerlisten, zur Entgegennahme von Anmeldungen für die Militair-Stammrolle, zur Auszahlung von Einquartierungsgeldern u. s. w. abgeholfen würde. Die Bureaux für Gemeindesteuer, Personalsteuer und Gewerbesteuer sollen zur Bequemlichkeit für das Publicum thunlichst zusammengelegt werden; auch sollen in denselben Räumen diejenigen Hilfsbeamten untergebracht werden, welchen eine Geschäftsthätigkeit obliegt, die dieselben in stetige Berührung mit dem Publicum bringt. Außerdem würde dadurch ein Arbeitszimmer für einen noch erforderlich werdenden Secretair geschaffen werden.

4) Vermehrung der Arbeitszimmer der städtischen Bauverwaltung durch Zuthellung der jetzt vom Standesamte benutzten Locale.

5) Herstellung geeigneter Geschäftsräume für die Magistratsmitglieder, sowie Einrichtung von Sitzungszimmern für den Magistrat und die Commissionen. — In der seitherigen Dienstwohnung des Magistratsvorstehers sind die Arbeitszimmer der besoldeten Magistratsmitglieder nebst einem Empfangszimmer für den Oebürgermeister, ein Bureau für den Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation, sodann das Bureau des Stadtrevisors, das Sitzungszimmer des Magistratscollegiums, sowie zwei Zimmer zur Abhaltung von Commissionssitzungen projectirt.

Es erscheint zweckmäßig, mit diesen Neu- und Umbauten eine Niederlegung der sämtlichen unnöthigen und in schlechter Beschaffenheit befindlichen Hintergebäude des Stadthauses zu verbinden, um einen größeren Hofraum zu schaffen und davon einen Theil dem beschränkten Hofe der benachbarten Mädchenschule zuschneiden zu können. Es wird alsdann erforderlich, ein Waschhaus mit Stall und Aborten neu aufzuführen.

Der Magistrat ersucht nun:

1) den Neubau eines Stadtcassen- und Registraturgebäudes nach dem angefertigten Plane zu genehmigen und die Kosten desselben mit 43 200 *M.* durch den nächstjährigen Haushaltsetat zur Verfügung zu stellen,

2) ihn zu ermächtigen, die nach dem Anschlage erforderlichen Kosten

a. des Neubaus eines Abort- und Stallgebäudes	
im Betrage von . . . . .	3 600 <i>M.</i>
b. der Instandsetzung des Hofes mit . . . . .	7 200 »
c. der Beschaffung des Mobiliars für die Stadtcasse	
und die neuen Registraturen mit . . . . .	2 800 »

Zusammen 13 600 *M.*

ebemäßig für das Jahr 1880 zu etatificiren,

3) den oben entwickelten inneren Umbau des Stadthauses gutzuheißen und die damit verbundenen Kosten, als

a. für Bauzwecke . . . . .	13 000 <i>M.</i>
b. für Mobiliar . . . . .	4 200 »

zusammen 17 200 *M.*

aus den Mitteln des laufenden Etatsjahrs zu bewilligen.

Referent weist bei Verlesung des Magistratschreibens an den betreffenden Stellen darauf hin, wie wünschenswerth eine jede in Vorschlag gebrachte Einrichtung sei und hebt unter anderm besonders hervor, wie dringend schon lange das Bedürfniß gefühlt sei, für die Commissionsberatungen aparte Sitzungszimmer zu schaffen. Was den Neubau der Stadtcassen- und Registraturräume anlange, so könne es auf den

ersten Blick scheinen, als sei es vielleicht nicht zweckmäßig, so große Summen dafür auszugeben, wenn man von der Ansicht ausgehe, daß über kurz oder lang doch zum Neubau eines Stadthauses geschritten werden müßte. Ein solcher Neubau liege jedoch noch in weiter Ferne, wenn man auch den Wunsch hege, in Braunschweig ein würdiges Stadthaus zu haben. Es sei augenblicklich nicht einmal ein geeigneter Bauplatz in der Mitte der Stadt, die doch immer maßgebend sein müsse, vorhanden. Auch seien die finanziellen Verhältnisse, namentlich so lange neue Schulen noch immer nicht bloß Capitalien, sondern auch große dauernde Ausgaben durch Besoldung des vermehrten Lehrpersonals erfordern, nicht derartig, daß man sobald an den Bau eines neuen Stadthauses denken könne. Durch die projectirten Aenderungen würden Räume geschaffen werden, welche den städtischen Behörden auf wenigstens 10—15 Jahre ein practisches Unterkommen bieten würden. Es sei allerdings nicht zu verkennen, daß das neue Justizgebäude nach seiner Vollendung einen sehr nachtheiligen Einfluß auf das Stadthaus ausüben werde; dieses werde neben dem Prachtbau außerordentlich gedrückt erscheinen. Dieser Grund könne jedoch nicht maßgebend sein. Sollte aber dennoch die Stadt demnächst in der Lage sein, einen Neubau beschließen zu können, so würden die jetzigen Aufwendungen, wie auch das Stadtbauamt meine, keineswegs weggeworfen sein, denn es sei wohl kaum daran zu denken, daß dann das jetzige Gebäude in Privatbesitz übergehen, viel wahrscheinlicher sei, daß es zu Schulzwecken eingerichtet werden würde. Aus allen diesen Gründen habe sich das Stadtbauamt dem Magistrat gegenüber für eine radicale Verbesserung der gedachten Räume ausgesprochen. Er gebe anheim, die Magistratsanträge dem ganzen Umfange nach zu genehmigen.

#### Die Discussion eröffnend,

nimmt zunächst Herr von Seckendorff das Wort, indem er die Vorlage aufs Wärmste zur Annahme empfiehlt. Es falle ihm durchaus nicht ein, irgend welche Aenderungen vorzuschlagen, da der Magistrat jedenfalls am besten wisse, wie er sich zweckmäßig im Stadthause einzurichten habe. Er wolle jedoch anheim geben, den Magistrat zu ersuchen, bei dieser Gelegenheit, wenn irgend möglich, auf die Beseitigung der den Verkehr hemmenden großen Freitreppe vor dem Stadthause Bedacht zu nehmen, zumal voraussichtlich der Verkehr durch die Aufführung des Justizgebäudes in nächster Nähe noch bedeutend wachsen werde.

Herr Munte vermißt in der Vorlage eine Summe, welche das Aeußere des Stadthauses besser zu gestalten sucht. Da das jetzt projectirte Stadthaus noch auf eine lange Reihe von Jahren als solches benutzt werden werde, so empfehle es sich, die Fachwerkwand des 2. Stockwerks durch einen Massivbau, gleich dem ersten Stockwerk, ersetzen zu lassen und dadurch dem Hause eine anständige »Schürze« zu geben. Es werde das vielleicht noch 15 000 M. kosten.

Referent bemerkt auf die Ausführungen der beiden Vorredner, daß durch den Bau des neuen Justizgebäudes eine vollständige Aenderung der Niveauverhältnisse des Wilhelmplatzes wie der kleinen Burg bedingt werde. Diese Frage komme im nächsten Jahre zur Erörterung, und könne alsdann auch der von Herrn von Seckenborff geäußerte Wunsch hinsichtlich der Freitreppe mit berücksichtigt werden. Die von Herrn Munte angeregte Frage wegen Herstellung der jetzt aus Fachwerk bestehenden zweiten Etage des Stadthauses in einen Massivbau könne man ja dem Magistrat in Erwägung geben und eine besondere Vorlage darüber erwarten. Er bitte jedoch vorläufig von Weiterm Abstand zu nehmen und sich für den Augenblick nur auf die Annahme der Magistratsanträge zu beschränken, damit die jetzige gute Bauzeit zur Ausführung des projectirten inneren Umbaues nicht verloren gehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann sich dem Wunsche des Herrn Referenten nach einer Förderung des innern Umbaues nur anschließen. Eine Entfernung der Freitreppe werde allerdings zur Verkehrserleichterung wesentlich beitragen, doch bezweifle er, daß sie ohne übermäßige Beengung des Vorraumes (Hausflur), der gleichzeitig dem Publicum zum Wartezimmer diene, ausführbar sein werde. — Einen neuen Anstrich des Stadthauses halte auch er für erforderlich, schon deshalb, weil, wenn es nicht freiwillig geschehe, die Herzogliche Polizeidirection in den nächsten 2 Jahren die Aufforderung dazu werde ergehen lassen; der Magistrat werde deshalb baldigst mit einer Vorlage in dieser Richtung kommen. Die von Herrn Munte vorgeschlagene Umänderung des zweiten Stocks in einen Massivbau könne er jedoch deshalb nicht empfehlen, weil auch das neue Stadtcassengebäude nicht massiv, sondern von Fachwerk projectirt sei und daher durch eine Belassung der Vorderseite des Stadthauses in seiner jetzigen Construction die Harmonie am besten gewahrt werden würde.

Herr Munte bemerkt noch, daß die Freitreppe sehr wohl nach innen hin verlegt werden könne; der Raum, welchen jetzt der Verschlag (Windfang) einnehme, genüge dazu vollständig.

Herr Stadtrath Götte kann nicht umhin zu gestehen, daß er sich mit dem ganzen Projecte nicht recht befreunden könne. Das Stadthaus mache einen so traurigen Eindruck, daß sich Jeder sagen müsse, es könne bei allen Aufwendungen nie etwas Ordentliches daraus werden. Wolle man alle berechtigten Wünsche, wie z. B. der des Herrn Munte unbedingt als solcher anzuerkennen sei, erfüllen, so sei eine Summe von 125 000 bis 150 000 *M.* erforderlich, und doch bleibe es weiter nichts als Flickwerk. Beabsichtige man aber, zur bloßen Aufbesserung so bedeutende Summen aufzuwenden, so komme man doch auf die Idee, ob es nicht vorzuziehen sei, etwas Vollendetes zu schaffen, indem man ein neues Stadthaus baue. Er schlage deshalb vor, sich auf die Magistratsanträge möglichst zu beschränken; was man aber schaffen wolle, müsse recht bald geschaffen werden.

Herr Steinacker giebt zu bedenken anheim, ob es nicht wünschenswerth sei, die nach der Registratur führende Fachwerks-Giebelwand durch einen soliden Brandgiebel zu ersetzen.

Herr Wilke schließt sich den Ausführungen des Herrn Stadtraths Götte an und empfiehlt nochmals in Erwägung zu nehmen, ob es nicht besser sei, ein neues Stadthaus zu erbauen, das sich denjenigen anderer Städte von gleicher Bedeutung wie Braunschweig als ebenbürtig zur Seite stellen könne, und dessen Räume für die Stadt nicht verloren gehen würden. Auf ein neues Stadtcassengebäude könne man nach seinem Dazufürhalten vorläufig noch recht gut verzichten. Baue man jetzt ein solches Gebäude, so sei die Hälfte der angeforderten Gelder eventuell fortgeworfen. Bezahle man aber diese Hälfte als Zinsen für ein aufzunehmendes Capital, welches, wie bei den Schulbauten durch eine Anleihe beschafft werden könne, so lasse sich mit diesem Capitale ein recht respectables Stadthaus herstellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet dringend, die Vorlage nicht noch einmal an den Magistrat oder die Commission zurückzuweisen. Der nothwendigste innere Umbau, wie er erforderlich sei, um überall nur die Arbeitskräfte des Magistrats darin entwickeln zu können, koste 10 000 *M.*; der innere Ausbau, wie er jetzt projectirt sei, ganz abgesehen von dem Stadtcassengebäude, koste nur 3000 *M.* mehr. Mit diesen geringen Mehrkosten sei dem Magistrate aber schon auf lange Jahre hinaus gedient. Er wisse nicht, wie sich der Magistrat einrichten solle, wenn nicht sofort Schritte zur Abhülfe gethan würden.

Der Herr Vorsitzende giebt gleichfalls anheim, die Anträge des Magistrats ohne Weiteres anzunehmen. Er sei stets bereit, alles das zu fördern, was der Würde der Stadt und der Würde der städtischen Verwaltung entspreche und würde mit Vergnügen die Hand dazu bieten, ein recht stattliches Stadthaus entstehen zu sehen. Dies erfordere aber mindestens 500 000 *M.* und das sei doch eine Summe, welche zu erschwingen der Stadt bei der heutigen Finanzlage und den ganzen gewerblichen und industriellen Verkehrsverhältnissen sehr schwer werden würde. Es empfehle sich daher, das vorliegende Project als Auskunftsmittel anzunehmen, wodurch man noch 10 bis 15 Jahr mit größeren Ausgaben temporisiren könne. Sollten sich, wie zu hoffen, die Verhältnisse bessern, so werde man auch mit dem Projecte eines neuen Stadthauses hervortreten können. In diesem Jahre habe man aber noch reiflich über die Beschaffung großer Summen für absolut nothwendigere Sachen nachzudenken.

Herr von Seckendorff hält den Ausführungen des Herrn Wilke gegenüber den Neubau einer Stadtcasse für durchaus nothwendig, wovon er sich des Besten aus eigener Anschauung überzeugt habe. Er bedauere die Beamten, welche gezwungen seien, in einem derartigen Locale zuzubringen.

Herr Nieß hält nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse

des Publicums ein neues Stadtcassengebäude für nöthig; der jetzige Zustand der Stadtcasse sei geradezu unerträglich. Er ersuche, keine anderen Anträge anzunehmen, als die magistratsseitig eingebrachten.

Herr Lucius beantragt, die aus der Mitte der Versammlung hervorgegangenen Wünsche dem Magistrat zur näheren Erwägung im Begleitschreiben mitzutheilen.

Nach einem Schlußworte des Herrn Referenten, in welchem derselbe hervorhebt, daß er die von Herrn Steinacker proponirte Herstellung eines Brandgiebels für überflüssig halte, indem auf der Grenze des Gebäudes ein Brandgiebel projectirt sei, der dasselbe von sämtlichen Nachbarhäusern trenne, auf der anderen Seite das vollständig massive Aufzugsgebäude seinen Platz einnehme und auch das Stadthaus an und für sich wenig Feuergefahr biete, da es immer unter guter Aufsicht stehe und nicht eine derartige Länge habe, daß es nach Vorschrift der Bauordnung in zwei Hälften zerlegt werden müßte,

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme der Magistratsanträge einschließlich des Lucius'schen Antrags ergiebt.

#### Vor Eintritt in die Verhandlung über Punkt

IX., bauliche Einrichtungen der neuen mittleren Mädchenschule betreffend, erbittet sich Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zur Beantwortung der von Herrn Krampe in der Sitzung am 27. März c. an den Magistrat gerichteten Interpellation:

»Ist es wahr, daß bei dem Bau der sogenannten mittleren Mädchenschule ein unrichtiger Plan herausgegeben und der Bau nach diesem ausgeführt worden ist?«

Redner hat diese Frage zu verneinen. -- Als im Jahre 1875 die Ueberfüllung der höheren Mädchenschule einen bedenklichen Grad erreicht hatte, stellte der Schuldirektor Sommer auf Antrag des Schulvorstandes ein Programm wegen Erbauung einer 2. Mädchenschule im Areale des früheren Blinden-Instituts auf. Dieses Programm projectirte 18 Schulzimmer. Der Director Sommer erklärte in seinem begleitenden Berichte, daß der beabsichtigte Neubau nach seiner Fertigstellung der höheren Mädchenschule zu überweisen sein werde und man dann in die Beleuchtung der Frage einzutreten haben würde, ob die jetzige höhere Mädchenschule nicht einer sogenannten Mittelschule einzuräumen sei. Magistrat und Schulvorstand schlossen sich diesem Programme im Wesentlichen an. Es wurde der Stadtbaurath Tappe aufgefordert, ein Project auszuarbeiten; derselbe erklärte jedoch, der Platz sei zur Ausführung dieses Programmes zu klein. Diesem Gutachten des Stadtbauraths trugen Schulvorstand und Magistrat Rechnung. Man ließ die Idee zur Errichtung einer Mittelschule einstweilen fallen und acceptirte ein anderes Programm, welches der Director Sommer in Anregung des Schulvorstandes aufgestellt hatte und zwar auf



der Grundlage, daß auf dem Areal des früheren Blindeninstituts nur ein Gebäude zur Erweiterung der höheren Mädchenschule, um diese durch Einrichtung von Parallelklassen zu einer Doppelschule zu machen, aufgeführt werden solle. Der Stadtbaurath entwarf ein Project nach diesem Programme, worin er die vom Director Sommer angeforderten Räumlichkeiten vorsah, daneben aber in Folge eines Mißverständnisses einen Zeichensaal projectirte. Der gesammte Kostenaufwand dieses Neubaus wurde veranschlagt auf 222 500 *M.* Es hatte der Director Sommer Gelegenheit, vor Behandlung dieses Projectes innerhalb des Schulvorstandes den Bauplan einzusehen; er fand, daß der Zeichensaal, den er nicht für nöthig hielt, projectirt sei und veranlaßte deshalb den Stadtbaurath, einen veränderten Dispositionsplan einzureichen, der diesen seiner Meinung nach entbehrlichen Zeichensaal nicht enthielt. Dem kam der Stadtbaurath nach; er überreichte einen zweiten Plan, der keinen Zeichensaal, im Uebrigen aber dieselben Räumlichkeiten enthielt, die der erste Plan in Aussicht genommen hatte. Dieser zweite Plan, dessen Ausführung nach dem Ueberschlage des Stadtbauraths 195 200 *M.* kosten sollte, wurde, nachdem er vom Schulvorstande und vom Magistrat genehmigt war, der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Diese überwies die Vorlage der vereinigten Finanz- und Schulcommission. Innerhalb dieser Commission hatten sich nun lebhaftere Sympathien für die Wiederaufnahme der früher beabsichtigten Gründung einer Mittelschule geltend gemacht und es wurde dadurch der Magistrat veranlaßt, die der Versammlung gemachte Vorlage einstweilen wieder zurückzuziehen. Es wurde der Director Sommer von Neuem aufgefordert, seine frühere Idee wegen Gründung einer Mittelschule des Nähern zu begründen und zu entwickeln. Dies that derselbe in einem ausführlichen Berichte, worin er sich zugleich in Bezug auf die Baubedürfnisse einer selbstständigen Mittelschule aussprach. (Redner verliest die betreffenden Stellen des Berichts.) Dieser Bericht circulirte zunächst unter den Mitgliedern des Schulvorstandes und es wurde darauf eine Schulvorstandssitzung abgehalten zur Berathung des Sommer'schen Projectes. Was nun in dieser Sitzung des Schulvorstandes beschlossen ist, darüber enthalten die Acten nichts; es sind jener Zeit Protokolle über die Schulvorstandssitzungen nicht geführt worden. Kurz, der Magistrat hat den zweiten Plan des Stadtbauraths Tappe, also denjenigen, der den Zeichensaal nicht mit vorsieht, den Stadtverordneten zum zweiten Male vorgelegt. Diese haben den Plan genehmigt und es ist derselbe, der jetzt zur Ausführung gekommen ist. Der andere, ursprünglich beabsichtigte Plan, dessen Ausführung auf 222 500 *M.* zu stehen gekommen wäre, hat den Acten zufolge der Stadtverordnetenversammlung niemals vorgelegen. Soweit die Acten. Daß überhaupt die Frage hat entstehen können, ob der von der Versammlung genehmigte Plan auch in Wirklichkeit zur Ausführung gekommen sei, wird nach Ansicht des Herrn Redners durch die widersprechende Stellung, die Schulvorstand und Magistrat in dieser Sache eingenommen haben, aufgeklärt. Magistrat und Schulvorstand waren den Acten nach

darüber einig, daß dem neuen Gebäude von vornherein eine solche räumliche Ausstattung gegeben werden müsse, um dasselbe zur Beherbergung einer selbstständigen Schule verwenden zu können, falls eine solche später beschlossen werden sollte. Die Ansichten beider Theile gingen aber hinsichtlich der Raumbedürfnisse der neuen Schule auseinander. Im Schulvorstande selbst bildeten sich zwei Parteien. Die eine (nach Mittheilungen, die von gegenwärtigen Mitgliedern des Schulvorstandes gemacht sind, muß Redner annehmen, daß es die Majorität gewesen ist) erklärte: wir wollen eine selbstständige Mittelschule und müssen danach diejenigen baulichen Anforderungen unterstügen, die der Director Sommer in seinem Programme vorgeschlagen hat; wir wollen insbesondere die selbstständige Schule unter einen eigenen Director stellen, sobald sie organisatorisch vollendet sein wird; wir müssen ein Director- und ein Konferenzzimmer haben. Einer sagte: ich will die Schule nicht unter einen besonderen Director gestellt haben; es soll ein academisch gebildeter Oberlehrer die unmittelbare Leitung der Schule haben, und für diesen sei auch ein besonderes Zimmer nöthig. Er war also mit anderen Worten auch für die Raumanforderungen des Directors Sommer. — Die muthmaßliche Minorität machte im Schulvorstande geltend, der Director der höheren Mädchenschule werde wohl gleichzeitig die Leitung der Mittelschule mit übernehmen können, und wenn es schlimm komme, könne man ihm eine Hilfskraft begeben, die ihn durch Abnahme eines Theils seiner Directorialgeschäfte entlaste. Dieser letztern Ansicht hat sich nun der Magistrat angeschlossen; auch er hat sich damals nicht überzeugt gehalten, daß die mittlere Mädchenschule, wenn sie eingerichtet und vollendet sei, der Leitung eines eigenen Directors bedürfe; auch er hat gemeint, es würde ein Director die Leitung beider Schulen übernehmen und sich eventuell durch Zuziehung einer Hilfskraft entlasten können. So hat sich denn der Magistrat veranlaßt gefunden, das von der (muthmaßlichen) Minorität des Schulvorstandes für richtig gehaltene Project der Versammlung vorzulegen.

Weitere Aufklärung kann Redner nicht geben; er hofft den Interpellanten befriedigt zu haben.

Nachdem sich der Interpellant, Herr Krampe, mit der erhaltenen Auskunft befriedigt erklärt hat,

berichtet Herr Mähe über die Magistratsvorlage vom 7. d. M. wegen baulicher Erweiterung resp. Abänderung des Bauplans der mittleren Mädchenschule.

Gemäß des genehmigten Bauplans umfaßt das neue Schulgebäude: 12 Klassen, 1 Aula und 2 Lehrerzimmer; der Spielplatz ist mit dem der höheren Mädchenschule zusammengelegt und die neu zu erbauenden Abortgebäude sind für beide Schulen unter einem Dache vereinigt. Der Magistrat schlägt auf Veranlassung des Schulvorstandes vor, diesen Plan in folgenden Punkten umzugestalten:

- 1) dem Schulhause vermittels eines Anbaues annoch a. ein Lehrerzimmer für

Physik nebst einem kleinen Raume zur Aufbewahrung von physikalischen Apparaten, b. ein Conferenzzimmer, zugleich als Bibliothekzimmer dienend, c. zwei Zimmer für den Director hinzuzufügen.

2) dem Spielplätze und den Aborten eine veränderte Situation zu geben.

Der Magistrat ist zwar seither von der Ansicht ausgegangen, daß der Director der höheren Mädchenschule, nöthigenfalls unter Beigabe einer Hilfskraft, die Leitung der mittleren Mädchenschule mit übernehmen könne. Nachdem aber der Schulvorstand erklärt hatte, daß er die mittlere Mädchenschule als eine selbstständige betrachtet wissen und dieselbe nur einstweilen dem Director der höheren Mädchenschule unterstellt sehen wolle, hat er sich verpflichtet gehalten, ein motivirtes Gutachten des Schulvorstandes über diese den Bau der neuen Schule möglichenfalls alterirende Frage zu extrahiren. Nach diesem Gutachten ist nun allerdings vorauszu sehen, daß die Leitung und Ueberwachung beider Schulen die Kraft eines Mannes auf die Dauer übersteigen werde. Die Aussicht aber auf eine demnächst erforderlich werdende Trennung der beiden Schulen in Bezug auf ihre directoriale Leitung läßt gerathen erscheinen, die neue Schule rechtzeitig mit denjenigen Räumen auszustatten, ohne deren Vorhandensein sie als eine selbstständige nicht arbeiten kann. Der Stadtbaumeister hat zwei Projecte (X. und Y.) ausgearbeitet, welche im wesentlichen dieselbe Idee verfolgen, einen gleich hohen Kostenaufwand, nämlich 25 000 M. erfordern und nur hinsichtlich der Vertheilung der Räume eine Verschiedenheit ausweisen. Schulvorstand und Stadtbauamt sprechen sich für Ausführung des Planes Y. aus, der Magistrat schließt sich dem an. Dann hat der Schulvorstand eine Abweichung von dem in Ausführung begriffenen Bauplane in der Richtung für wünschenswerth gehalten, daß die Abortgebäude nicht in Verbindung mit den alsdann ebenfalls neu anzulegenden Aborten der höheren Mädchenschule, sondern von denselben getrennt ausgeführt werden. Es würden danach die vorhandenen Aborte beibehalten und auf diese Weise Kosten gespart werden können. Eine Trennung der Spielplätze empfiehlt der Schulvorstand so lange auszusetzen, bis eine selbstständige Leitung der neuen Schule angenommen ist. Es ist für die neue Schule auch eine Pedellenwohnung nöthig. Die Frage wegen Ausführung solcher Wohnung glaubt aber der Schulvorstand noch offen lassen zu sollen, weil darauf die in Aussicht genommene anderweitige Verfü gung über die Grundfläche der Seiten- und Hintergebäude des Stadthauses resp. über das Areal der Stadtcasse von Einfluß sein wird. Referent macht auf letzteren Punkt besonders aufmerksam, damit, wenn später noch Geldanforderungen zu diesem Zwecke kommen sollten, Niemand sagen kann, daß das gleich bei dieser Gelegenheit mit hätte abgemacht werden können.

Die vereinigte Schul- und Finanz-Commission hat die Angelegenheit eingehend geprüft und giebt anheim, den Magistratsanträgen: die Ausführung des mit Y. bezeichneten Bauplans zu genehmigen und die auf 25 000 M. veranschlagten Kosten nachzuverwilligen, zu willfahren.

Die Versammlung erklärt sich in allen Punkten ohne Debatte einverstanden unter Verwilligung der angeforderten Summe.

Sodann

X. berichtet Herr Lucius namens der Statutencommission, daß nach einem Magistratschreiben vom 10. d. M. der Stadtrath Ramdohr um seine Entlassung gebeten und sein Gesuch durch den Hinweis auf herannahende Altersschwäche motivirt hat. Derselbe ist 74 Jahr alt, hat 25 Jahr der städtischen Verwaltung gedient, 10 Jahr als Stadtverordneter und 15 Jahr als unbesoldeter Stadtrath. Wenn zwar der Magistrat den Stadtrath Ramdohr im Gefühle der Dankbarkeit für die von ihm dem städtischen Gemeinwesen treu geleisteten langjährigen Dienste ungern aus seinem jetzigen Wirkungskreise scheiden sieht, so muß er gleichwohl das Verlangen desselben nach Ruhe als ein berechtigtes anerkennen und giebt unter Bezugnahme auf §§. 24 und 26 der rev. St. O die Entscheidung über das Demissionsgesuch des Stadtraths Ramdohr anheim.

Selbstverständlich kann die Commission nur die Genehmigung des Gesuchs empfehlen, sie giebt dabei anheim, im Begleitschreiben an den Magistrat das Bedauern der Versammlung auszudrücken, daß der Stadtrath Ramdohr genöthigt sei, seine Functionen aufzugeben.

Vorsitzender. Die Versammlung werde vollkommen anerkennen müssen, daß der Stadtrath Ramdohr seine Kräfte in einer ungewöhnlichen Weise der Stadt gewidmet habe; denn wenn Jemand 25 Jahr als Stadtverordneter und Stadtrath einen großen Theil seiner Zeit opfere, so sei das immerhin nichts Gewöhnliches, und der Eifer, mit dem Herr Ramdohr seinen Pflichten obgelegen habe, verdiene gewiß alle Anerkennung. Er glaube daher im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn er dieselbe ersuche, ihrer Anerkennung dadurch Ausdruck zu geben, daß sie das Gesuch mit der von der Commission vorgeschlagenen Maßnahme genehmige und ihre Abstimmung durch Erheben von den Sigen vollziehe.

Die Versammlung erhebt sich allseitig von den Sigen.

Zum letzten

XI. Punkte der Tagesordnung nimmt namens der Finanz-Commission Herr Rybiß das Wort. — Die Neustadtmühlverwaltung hat darauf angetragen, dem Mühlenmeister Räche, welcher die am 21. bis 25. d. M. zu Berlin stattfindende Versammlung des Vereins deutscher Mühlen und die mit der Gewerbeausstellung in Berlin verbundene, umfangreiche Ausstellung von Mühlen-Maschinen, Apparaten und -Fabrikaten zu besuchen beabsichtigt, einen Zuschuß zu seinen Reisekosten von 10 M. aus der Cassa der Neustadtmühle zu verwilligen. Da es für die Neustadtmühlverwaltung unzweifelhaft von Interesse ist, daß der technische Leiter derselben sich mit

den neuesten Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Mühlentechnik vertraut mache und dadurch in den Stand gesetzt werde, der Concurrenz mit Erfolg entgegenzutreten, die Neustadtmühle auch sehr wohl in der Lage ist, den beantragten Zuschuß zu leisten, so giebt der Magistrat in seinem Schreiben vom 14. d. M. anheim, dem Antrage der Neustadtmühlenverwaltung zu willfahren.

Im gleichen Sinne spricht sich die Commission aus, worauf ohne Weiteres die beantragte Summe verwilligt wird.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Nach einer Bemerkung des Herrn Reuter zur Geschäftsordnung, daß er zur schnellern und einfachern Erledigung der Steuerreclamationen sämtlichen Mitgliedern der Versammlung dem Vorschlage des Herrn Otto entsprechend autographisch vervielfältigte Zusammenstellungen in den ersten Tagen nächster Woche zur Prüfung werde zugehen lassen, so daß in der Sitzung selbst nur über besonders namhaft gemachte Fälle Näheres aus den Acten mitgetheilt zu werden brauche,

wird die Sitzung gegen 6 $\frac{1}{4}$  Uhr geschlossen.

1879.

Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 155 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N<sup>o</sup> 13.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. Juni 1879.

Öffentlich:

- I. Erneuerung der Einfriedigung der Reitbahn bei den Husarenpferdeställen am Giersberge.
- II. Entschädigung für zur Kramerstraße abgetretenes Terrain.
- III. Einrichtung einer Schulklasse für den Unterricht der Handarbeiten-Lehrerinnen.

Vertraulich:

Steuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren Heymann, Jasper, Kunken, Grote, Lucius, Otto und Steinacker.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Voßels und die Herren Stadträthe Bammel, Rittmeyer, Götte und Gebhard.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden

I. berichtet zunächst Herr von Seckendorff über ein Magistratschreiben vom 7. Juni c. — Die zwischen den beiden Ställen des Militäretablissements am Giersberge belegene offene Reitbahn ist mit einem Knüppelstaket eingefriedigt, welches nothwendig der Erneuerung bedarf. Da die Erbauung einer Caserne an der Fronte des fraglichen Reitplatzes nach der Husarenstraße zu nicht in naher Aussicht steht, wie bei Herstellung des Staketes angenommen wurde, so empfiehlt der Magistrat, eine dauerhaftere und angemessene Einfriedigung, ein Lattenstaket von 1,3 m. Höhe mit Delfarbenanstrich, herstellen zu lassen. Die Kosten desselben sind veranschlagt zu

900 *M.* Da diese Ausgabe zu bedeutend ist, als daß sie auf den zur Instanderhaltung des fraglichen Militäretablissemments ausgesetzten Fonds von jährlich 1200 *M.* bestritten werden könnte, so beantragt der Magistrat, die gedachte Summe von dem für außerordentliche Ausgaben der Stadtcasse bestimmten Etatsansatz zu verwilligen —

ein Antrag, welcher, von der Commission empfohlen, ohne Debatte von der Versammlung genehmigt wird.

### Danach

II. berichtet Herr Rybiß namens der Finanz-Commission über eine Entschädigungssumme des Particuliers Naacke für Abtretung von Terrain zur Kramerstraße. Letzterer hat bei Erbauung seines Wohnhauses *N. ass.* 3954 an der Kramerstraße in Gemäßheit des Stadterweiterungsplans 5 a 96 qm zur gedachten Straße liegen lassen und dafür einschließlich der aufgelaufenen Zinsen eine Entschädigung von 7500 *M.* beansprucht. Da dem Magistrate diese Forderung zu hoch erschienen, ist er mit dem p. Naacke in Verhandlung getreten, welche zu dem Resultate geführt hat, daß letzterer sich mit einer gleich großen Entschädigung einverstanden erklärt hat, wie solche für den Fabrikant Wilke für das von demselben zur Kramerstraße abgetretene Terrain zugebilligt ist. Danach würde die Entschädigung ausschließlich der vom 1. Juni 1872, dem Tage der Feststellung der Baulinie, an zu berechnenden Zinsen 4288 *M.* 50 *S.* betragen. Der Magistrat hält in seinem Schreiben vom 8. d. M. diesen Entschädigungsanspruch für begründet und giebt die Verwilligung der Kosten anheim. —

Referent bemerkt, daß die Commission diesem Ersuchen nur beitreten könne. Der Fall liege genau ebenso wie der unlängst hier zur Verhandlung gekommene mit dem Anlieger Wilke. Die Eigenthümer an der Kramerstraße haben sich früher verpflichtet, der Stadt das zur Verbreiterung dieser Straße erforderliche Terrain gratis abzutreten, haben aber später ihr Versprechen zurückgezogen, da es der Zeit versäumt gewesen sei, einen notariellen Contract darüber aufzunehmen.

Auf eine Anfrage des Herrn Munte, ob denn außer den genannten beiden Anliegern noch andere vorhanden wären, die berechtigt wären, Entschädigungsansprüche zu erheben,

erwiedert Herr Stadtrath Rittmeyer: die Ansprüche der Herren Naacke und Wilke rührten daher, daß diese bei Feststellung der Baulinie gezwungen seien, zurückzubauen und Terrain zur Straße liegen zu lassen. Dies sei bei den übrigen Anliegern bislang nicht geschehen, weshalb vor der Hand keine Verpflichtung vorliege, anderweite Entschädigungen zu zahlen. Die Baulinie sei an der ganzen Straße entlang festgestellt und es hätten sich die übrigen Anlieger erboten, das nöthige Terrain unentgeltlich abzutreten; aber weder Wilke noch Naacke sei diesem Erbieten beigetreten, wenigstens sei die Fassung des darüber eingereichten Schriftstücks eine sehr

unklare. Die letzteren beiden haben erklärt, ihr Terrain unter den im Stadterweiterungsstatute enthaltenen Bedingungen herzugeben, worin ausdrücklich eine Entschädigung bei Terrainabtretungen vorgesehen sei. Wenn die Straße zur Verbreiterung kommen und die Anlieger ihr Versprechen zurücknehmen sollten, werde ebenfalls eine Entschädigung nach dieser Seite hin erfolgen müssen. Man werde in künftigen ähnlichen Fällen mit den Anliegern pactiren müssen, da Herzogliche Landesregierung den in der Landesversammlung vorgelegten Antrag, wonach auch diejenigen Personen, welche sich an unfertigen Straßen angebaut haben, nachträglich zu den Kosten für Instandsetzung solcher Straßen herangezogen werden könnten, abgelehnt habe.

Herr Wilke constatirt für Maacke und sich, daß es ihnen bei den Verhandlungen nicht eingefallen sei, auch nur einen Zoll breit Terrain unentgeltlich abzutreten. Die Verhandlungen, welche privatim stattgefunden, gingen dahin, daß alle Anlieger, welche Terrain zur Straße herzugeben hätten, entschädigt werden sollten. Diese Abmachungen hätten sich aber aus einem ihm unbekannten Grunde zerschlagen und sei auf diese Weise der Entschädigungsanspruch an die Stadt erwachsen. Er habe  $\frac{1}{2}$  Morgen Terrain hergeben müssen, und das könne man billigerweise nicht umsonst von ihm verlangen wollen.

Nachdem noch der Herr Referent bemerkt hat, daß sich die sämmtlichen Anlieger zur unentgeltlichen Hergabe des erforderlichen Terrains unter der Voraussetzung bereit erklärt hätten, daß die Instandsetzung der Kramerstraße auch wirklich in Angriff genommen und ausgeführt würde, was jedoch nicht geschehen sei,

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Magistratsantrags ergiebt.

Herr Stadtrath Rittmeyer bemerkt hierzu, daß der Magistrat durch dieses Resultat in eine sehr mißliche Lage komme; die Stadt setze sich einer Civilklage aus, die unzweifelhaft zu ihren Ungunsten ausfallen werde.

Nach dieser Erklärung nimmt der Herr Vorsitzende die Verhandlungen wieder auf.

Herr Solmiz bittet dringend, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Hergeben müsse die Stadt das Geld doch, und im Verweigerungsfalle würde man ihr nur noch unnöthige Proceßkosten verursachen.

Herr Zellgmann hat gegen die Zahlung des Entschädigungscapitals nichts einzuwenden; es scheint ihm nur etwas unangemessen, daß die seit 1872 aufgelaufenen 5procentigen Zinsen mit erstattet werden sollen. Wenn die Anlieger ihre Ansprüche schon seit 7 Jahren geltend gemacht hätten, so könne er nicht begreifen, weshalb die Angelegenheit nicht schon früher zum Austrage gebracht und so lange damit gewartet sei, daß die Zinsen erst 35 % vom ganzen Capitale ausmachen müßten.



Der Herr Referent kann nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß der Commissionsantrag abgelehnt sei, da doch kein einziger der Herren sich dagegen ausgesprochen habe. Der Magistrat habe nach langen Verhandlungen sich mit Naacke auf die beanspruchte Summe verglichen. Auf diese Summe habe sich letzterer aber nur unter der Bedingung beschränkt, daß ihm die Verzugszinsen dafür mit berechnet würden; er könne dieselben daher mit Recht verlangen. Hätte man ihm die Zinsen nicht zugestimmt, so würde er eben eine entsprechend höhere Entschädigungssumme gefordert haben.

Herr Reuter glaubt den Grund des Verhaltens der Versammlung bei der Abstimmung darin erblicken zu sollen, weil dieselbe befürchte, es würden nach Verwilligung dieser Entschädigungssummen noch weitere Forderungen kommen. Darüber könne man jedoch beruhigt sein; sollten noch Forderungen gestellt werden, so würden diese nur unerheblich sein. Es handle sich ja nur um Herstellung des ersten Theils der Kramerstraße; die Versammlung werde es in der Hand haben, größere Ausgaben schon dadurch abzuschneiden, daß sie sich auf eine Verbreiterung des übrigen Theils der Kramerstraße in demselben Umfange nicht einlasse. Die ganze Sache sei allerdings nicht angenehm für die Stadt, doch würde man durch eine Ablehnung des Magistratsantrags nur noch mehr Kosten der Stadt aufbürden, da diese einen Proceß unzweifelhaft verlieren würde.

Herr Nieß. Was ihn abgehalten habe, für den Magistratsantrag zu stimmen, sei, daß die geforderte Entschädigungssumme nach seinem Gefühle sich zu hoch belaufe und durchaus nicht in einem richtigen Verhältnisse zu dem Nutzen stehe, welcher der Stadt durch Herstellung der Kramerstraße bereitet werde. Dann befürchte er allerdings auch, daß noch eine bedeutende Anzahl von Entschädigungsforderungen eingehen würden, nicht von der Kramerstraße, sondern von verschiedenen anderen Straßen und er wisse in der That nicht, wie die Gelder beschafft werden sollen, wenn in allen noch folgenden Fällen dieselben Entschädigungsansprüche gemacht würden.

Herr Winter schließt sich diesen Ausführungen an. Aus eben denselben Gründen habe er seiner Zeit gegen die Entschädigungszahlung an Wilke gestimmt und er werde auch im vorliegenden Falle so verfahren.

Herr von Seckendorff und der Herr Vorsitzende sprechen sich für den Magistratsantrag aus. Letzterer hebt dabei hervor, daß man die abgetretene Grundfläche nicht zu dem Preise tariren dürfe, der heute dafür gezahlt werde, nachdem eine bedeutende Entwerthung aller Grundstücke stattgefunden habe. Das Terrain sei zu einer Zeit abgetreten, wo sich eine immense Baulust entwickelt, die Stadt sich nach allen Dimensionen hin ausgebreitet habe und die Bevölkerung, vorzüglich vor dem Wilhelmthore der bedeutenden Fabriktablissements wegen, in auffallender Weise gewachsen sei. Die Zahlung der geforderten Entschädigung könne die Stadt nicht umgehen; wenn man Jemandem etwas nehme, müsse man es auch bezahlen.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Die Bedenken des Herrn Telligmann wegen Zahlung der beanspruchten Zinsen könne er nicht theilen. Der Eigenthümer Naacke sei schon 1872 gezwungen worden, sein Terrain abzutreten, hätte also damals schon Zahlung verlangen können, also auch den Genuß der Zinsen gehabt, welche die Stadt bisher gespart habe. Die Befürchtung des Herrn Nieß, daß die Durchführung des Ortsbauplans, namentlich wie er vom Architektenvereine aufgestellt sei, der Stadt noch sehr viel Geld kosten könne, sei möglicherweise nicht ganz grundlos; das könne aber kein Grund sein, eine berechtigte Forderung zu beanstanden, die gerichtlich erzwungen werden könne. Außerdem erscheine die Naackesche Forderung durchaus nicht übermäßig im Vergleich zu der dem Fabrikanten Wilke gezahlten Entschädigung, denn ein Theil des Naackeschen Grundstücks liege an der Frankfurterstraße, während das Wilkesche Grundstück nur an die Kramersstraße grenze.

Herr Wilke. Nach seinem Dafürhalten sei Naacke vollständig berechtigt, Entschädigung zu verlangen für eine Fläche, welche abzutreten man ihn gezwungen habe, und man könne es demselben nicht verdenken, wenn er im Falle einer Zahlungsweigerung die Stadt sofort verklage. Daß diese Klage aber nicht zu Gunsten der Stadt ausfallen werde, sei zweifelsohne. Wollte die Stadt an Naacke das abgetretene Terrain zurückgeben, so würden die übrigen Anlieger, die auf Grund des Ortsbauplans ihre Gebäude errichtet haben, Entschädigung dafür verlangen, daß ihre Grundstücke entwerthet würden, wenn die Zweite nicht hergestellt würde, wie sie im Ortsbauplane vorgesehen sei. Wenn die Stadt keine Entschädigung zahlen wolle, müßte sie lieber keinen Ortsbauplan aufstellen lassen; denn man könne nicht von einem Bürger der Stadt verlangen, daß er derselben sein Vermögen schenke. Seine wie Naackes Forderungen seien durchaus nicht zu hoch; er habe nicht einmal das wiederbekommen, was ihm das abgetretene Terrain wirklich gekostet habe. Hätte er richtig entschädigt werden sollen, dann hätten ihm nicht nur die Zinsen, sondern Zins auf Zins gezahlt werden müssen. Die Forderung des Naacke, dessen Grundstück mit einer bedeutenden Front an der Frankfurter- und an der Kramersstraße äußerst günstig belegen sei, halte er für eine sehr mäßige.

Herr Schwarzenberg spricht sich für den Commissionsantrag aus, indem er Bezug nimmt auf §. 9 der Bauordnung vom Jahre 1876, wonach im vorliegenden Falle ein gesetzlicher Anspruch auf Entschädigung stattfindet. Anspruch auf Zinsen habe Naacke, weil er das Land seit der Abtretung nicht benützt habe.

Herr du Roi wirft die Frage auf, ob man auf ungewisse Zeit hinaus immer noch verpflichtet sei, die Forderungen von Nachzüglern anzuerkennen und ob durchaus kein Schluß in der Sache zu erwarten sei.

Herr Nieß. Den Werth an Zinsen, welchen Naacke verlange, habe derselbe nicht eingebüßt. Wilke habe Zinsen beanspruchen können, Naacke nicht. Letzterer hätte

höchstens Kartoffeln oder Sellerie auf dem abgetretenen Terrain ziehen können, welche Nutzung nicht im Verhältniß zu den beanspruchten Zinsen stehe.

Stadtrath Rittmeyer. Herr du Roi müsse unterscheiden zwischen der Zeit vor und nach der neuen Bauordnung. Wenn Jemandem nach den älteren Bestimmungen das Eigenthum durch Festlegung einer Baulinie beschränkt wurde, so habe er ein Recht auf sofortige Entschädigung gehabt, geschehe dies aber nach der neuen Bauordnung, so habe der Eigenthümer nicht eher Anspruch auf Entschädigung, bis ihm die Stadt das Terrain abnehme. Naacke habe schon vor Erlaß der neuen Bauordnung sein Grundstück abgetreten, er sei also schon damals vollständig im Rechte gewesen, seine Entschädigung zu beanspruchen. Verjährt sei der Anspruch aber noch nicht. Die Zinsen könnten auch nur dann verweigert werden, wenn Naacke das Terrain zu seinem Vortheil benutzt hätte, was jedoch nicht der Fall sei.

Referent schließt sich diesen Ausführungen an. Man könne nicht deshalb, weil vielleicht noch andere Entschädigungsforderungen nachkommen würden, eine berechnete Forderung zurückweisen. Die Stadt sei Naacke die beanspruchte Summe schuldig und müsse der Forderung so unweigerlich nachkommen, wie man verpflichtet sei, eine Rechnung zu bezahlen.

Herr Mühe stellt den Antrag, die Angelegenheit nochmals an die Commission zu verweisen und auf die nächste Sitzung zu vertagen. Es scheine wünschenswerth, vor Weiterem eine Uebersicht von allen noch zu erwartenden ähnlichen berechtigten Entschädigungsansprüchen an die Stadt zu erlangen und die Sache nicht nur im vorliegenden Falle, sondern generaliter zu erledigen, damit man nicht alle halbe Jahr mit Forderungen behelligt werde, die noch durch die Länge der Zeit wachsen würden.

Herr Solmitz sieht keinen Zweck darin, die Sache nochmals an die Commission zurückzugeben. Diese werde sich nicht anders entschließen können, wie sie heute vorgetragen habe. Wenn man einmal etwas schuldig sei, müsse man auch bezahlen. Er bitte, den Magistratsantrag anzunehmen.

Herr Munte. Wenn alle Entschädigungsansprüche für Zurücksetzung von Häusern oder Viegelassen von Terrain zu Straßenerweiterungen nach dem vom Stadtbaurath Lappe entworfenen Bauplane liquidirt würden, so hätte die Stadt nach seiner Rechnung ca. 2 Millionen Mark zu zahlen. Es stehe aber nicht anzunehmen, daß Jeder, der in dieser Richtung Forderungen an die Stadt stellen könne, mit solchen auch hervortreten werde. Im vorliegenden Falle müsse aber gezahlt werden, er bitte deshalb, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Reuter. Es handle sich heute nur um die Kramerstraße, welche nicht viel Entschädigungen mehr erfordere. Wenn im vorliegenden Falle verfahren wäre wie es hätte sein müssen, dann hätte die Stadt keine Entschädigung zu zahlen nöthig gehabt, denn nach dem früher von den Anliegern getroffenen Arrangement hätte die Instandsetzung der Kramerstraße nur unbedeutende Kosten verursacht. Daß diese

Arrangement nicht perfect geworden, sei der Grund der jetzigen Entschädigungsforderungen. Bei den übrigen Straßen liege die Sache aber ganz anders und er wolle ausdrücklich constatiren, daß Forderungen von Anliegern anderer Straßen durch die Bewilligung der vorliegenden nicht hervorgerufen werden könnten. Er wolle aber noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen. Naacke habe das abgetretene Terrain immer noch als sein Eigenthum betrachtet; derselbe habe noch vor 1½ oder 2 Jahren einen Proceß gegen die Käufer seiner Häuser, die durch dieses Vorland mit Wasser versorgt wurden, angestrengt und das mit Erfolg. Die Wasserleitung, welche Naacke als Erbauer der Häuser selber hatte herstellen lassen, haben die Käufer wieder beseitigen müssen, weil dieselbe durch Naacke'sches Terrain geführt sei. Naacke habe sich also als Eigenthümer gewahrt.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Diese Thatsache sei ihm nicht bekannt, ob sie aber bei einem Proceß von Einfluß sei, möchte er bezweifeln. Es komme immer darauf an, ob Naacke das Terrain in seinem Interesse als Eigenthum genützt habe. So lange das Terrain noch nicht an die Stadt abgetreten, von derselben factisch genützt sei, könne er sich immer noch als Eigenthümer betrachten, obgleich er Anspruch auf Entschädigung habe. Wenn das Land frei gelegen habe, ohne daß Naacke irgend welchen nachweisbaren Nutzen davon gehabt, möchte es zweifelhaft sein, ob der Umstand, daß er den Käufern seiner Häuser gegenüber Ansprüche gemacht habe, zur Folge haben könne, daß er sich einen Abzug an Zinsen gefallen lassen müßte. Wenn es zum Proceß kommen sollte, stehe er nicht für den Ausgang; es würde den Magistrat nicht der geringste Vorwurf treffen können.

Es wird ein Antrag auf Schluß eingebracht.

Herr Reuter spricht sich gegen denselben aus und beantragt, dem Magistrat die geforderte Summe zur Verfügung zu stellen, jedoch mit dem Ersuchen, Naacke möglichst zu veranlassen, seine Zinsforderung zu ermäßigen, da derselbe factisch das fragliche Terrain in seinem Interesse genützt habe.

Herr Bösekrug spricht sich für den Schlußantrag aus; er hält es im Interesse der Stadt für gerathen, Sachen vorliegender Art in vertraulicher Sitzung zu verhandeln.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn Wille und nachdem Herr Mühe seinen Antrag zu Gunsten des Reuterschen Antrags zurückgezogen hat,

bemerkt Herr Nieß, es sei der Gedanke noch nicht laut geworden, daß das Naackesche Grundstück, obgleich es an Fläche verloren, doch durch die Verbreiterung der Straße an Werth gewonnen habe, indem ihm dadurch ein bequemerer Zugang geschaffen sei. Es würde dieses Moment bei Abschätzung der Entschädigungssumme von wesentlichem Einfluß sein. Uebrigens wolle er noch bemerken, daß im gewöhnlichen

Leben ein Zinsanspruch erst von dem Tage an erhoben werden könne, an welchem wegen der beanspruchten Entschädigung eine Klage eingereicht sei. Ob das auch in diesem Falle zutreffe, könne er allerdings nicht mit Bestimmtheit behaupten.

Der letztgeäußerten Ansicht des Herrn Nieß treten die Herren Schwarzenberg, Solmih und Hasenbalg entgegen.

Herr Winter giebt den Wunsch zu erkennen, daß der Versammlung in künftigen ähnlichen Fällen ein Situationsplan vorgelegt werden möge; es würde das heute zur Klärung der ganzen Angelegenheit bedeutend beigetragen haben. Der Reuter'sche Antrag nutze nach seiner Ueberzeugung gar nichts, denn es sei klar, daß Naacke, sobald er Näheres über die heutigen Verhandlungen erfahren habe, von seinen Zinsansprüchen nichts ablassen werde. Er empfehle, entweder den Commissionsantrag anzunehmen, oder aber die ganze Forderung zurückzuweisen.

Nachdem sich schließlich auch noch der Herr Referent mit dem Reuter'schen Antrage einverstanden erklärt hat,

wird derselbe angenommen.

III. Dem hiesigen Erziehungsvereine ist zur Abhaltung eines Lehrkursus für Handarbeits-Lehrerinnen ein Schulzimmer der 4. mittleren Bürgerschule unter der Bedingung eingeräumt, daß die an den städtischen Schulen angestellten Handarbeits-Lehrerinnen an dem theoretischen Theile des fraglichen Unterrichts unentgeltlich theilnehmen dürfen. Es nehmen an dem Unterrichte acht Lehrerinnen regelmäßig, die übrigen insoweit Theil, als es ihre schulfreie Zeit gestattet. Die Herrichtung des fraglichen Schulzimmers hat eine Ausgabe von 123 M. 54 J. verursacht. Der Schulvorstand hat in Anbetracht, daß der fragliche Lehrkursus für den Handarbeitsunterricht in hiesiger Stadt überhaupt, insbesondere aber für die städtischen Handarbeitslehrerinnen von großem Nutzen ist, beantragt, die verursachten Kosten auf die Stadtcasse zu übernehmen, welchem Antrage sich der Magistrat in seinem Schreiben vom 16. Juni c. anschließt.

Der Antrag, von der Commission durch Herrn Mühe empfohlen, wird ohne Weiteres genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In längerer vertraulicher Sitzung kommen Steuerreclamationen zur Erledigung.

1879.

Fortsetzung der Beilage zu № 158 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

№ 14.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. August 1879.

### Öffentlich:

- I. Beschwerde des Delicatessenhändlers A. Beese wegen vorenthaltener Wasserlieferung.
- II. Bewilligung einer Dispositionssumme für Hilfsarbeiter des Stadtbaumeisters.
- III. Wahl von Commissionen behufs Ueberwachung der Vertilgung der Flachsseide.
- IV. Ausbildung von Gemeinde-Schullehrern zu Taubstummenlehrern.
- V. Dienstentlassung des Executors Hoffmann.
- VI. Statut behufs Vernichtung des sog. Franzosenkrauts.
- VII. Reisekosten des Oberingenieurs Mitgau.
- VIII. Pensionirung einer Lehrerin.
- IX. Antrag des Restaurateurs Märtens, eine Schadenersatzklage betr.
- X. Grenzregulirung zwischen dem Justizgebäude und den städtischen Grundstücken betr.
- XI. Verkauf des vormals Kaulig'schen Hauses.
- XII. Beiträge zur Gedächtnisfeier.
- XIII. Canalisirung der Gliesmaroderstraße.
- XIV. Ankauf eines Fischereirechts in der Dör.
- XV. Anstellung eines Executors.

Entschuldigt die Herren Heymann, Jasper, Knibiz, Lucius und Schwarzenberg.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Haake und Gebhard.

Unter Begrüßung der Anwesenden eröffnet der Herr Vorsitzende die erste Sitzung nach siebenwöchiger Ferienzeit. Er widmet zunächst dem Andenken des verstorbenen Stadtverordneten Solmiz einige ehrende Worte: Soweit er Gelegenheit gehabt habe, den verstorbenen Kollegen kennen zu lernen, müsse er die Ansicht aussprechen, daß derselbe in jeder Beziehung ein Ehrenmann und guter Bürger gewesen sei. Er bitte

deshalb die Versammlung, das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sätzen zu feiern.

Die Anwesenden kommen dieser Aufforderung nach.

Es ist ein Magistratschreiben vom 1. Juli eingegangen, in welchem Personen zu Mitgliedern der sechs zu wählenden Commissionen behufs Ueberwachung der Ausführung des Gesetzes vom 25. Juni 1879, die Vertilgung der Seidenpflanze betr., in Vorschlag gebracht worden und zwar für jede Commission, wie vorgeschrieben, 3 Mitglieder. Der Vorsitzende verliest die Namen und bemerkt, daß zum Zwecke der Wahl der gedachten Commissionen demnächst eine vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten werde berufen werden.

Die Berathung über ein ferneres Magistratschreiben vom 12. August wegen Verwilligung von 600 M. zur Sedanfeier wird der Tagesordnung einverleibt.

Es liegen die Protokolle Nrs. 11, 12 und 13 zur Genehmigung vor.

Zu M. 12 bemerkt Herr Steinacker, daß pag. 104 Z. 1 v. o. vor dem Satze »Man gewinnt dadurch u. s. w.« einzuschalten sei: »Eine geringe Abweichung von dem Uebersichtsplane ist auch insofern eingetreten, als die vor den Treppenhäusern liegenden, ursprünglich einstöckig gedachten Eingangshallen in Verbindung mit ersteren durch alle Stockwerke fortgeführt sind.«

Die Protokolle 11 und 13 werden ohne Weiteres genehmigt.

Nachdem der Antrag von Friß Dieckmann und Genossen, Canalisationsanlage betreffend, von der Tagesordnung abgesetzt worden, da der Referent, Herr Rybik, nicht gegenwärtig ist,

I. berichtet Herr Otto über die Beschwerde des Delicateffenhändlers A. Beese vom 26. Juni c. wegen vorenthaltener Wasserlieferung. — Der Beschwerdeführer bewohnt seit dem 1. April 1878 die untere Etage des am alten Petritthore M. 10 belegenen Hauses und hat im vorigen Jahre 49,50 M. für Wasserlieferung in den letzten drei Quartalen bezahlt. Er hat sich indeß wegen der geringen Benützung der Wasserleitung — er ist der alleinige Bewohner des Hauses — geweigert, den diesjährigen vollen Betrag von 66 M. zu entrichten, worauf ihm die Direction der Wasserwerke, gestützt auf das bezüglich Regulativ, nach erfolglosen Verhandlungen das Wasser abgeschnitten hat. Beese, welcher sich in seiner sog. Beschwerde zunächst als Besitzer des Hauses, später nur als Miether der unteren Etage bezeichnet, hält sich nicht für verpflichtet, in den mit dem früheren Besitzer, Delicateffenhändler Wortmann, abgeschlossenen Contract einzutreten und sich den darin stipulirten Bedingungen zu unterwerfen, glaubt aber die Theilnahme an der Wasserleitung gegen eine geringere Summe verlangen zu können.

Die Commission giebt anheim, die vorliegende Eingabe für jetzt unberücksichtigt zu lassen und eine Entscheidung über die Angelegenheit dem vom Beschwerdeführer

gleichfalls angegangenen Magistrate, welcher die Sache mit der Deputation für die Gas- und Wasserwerke berathen werde, zu überlassen. Uebrigens müsse bemerkt werden, daß sich Beese, wenn er nicht Besitzer sondern nur Miether sei, an seinen Vermiether wegen Wasserversorgung zu halten habe.

Die Versammlung tritt dem Commissionsantrage bei.

II. Herr v. Seckendorff berichtet über einen Antrag des Magistrats vom 7. Juli c. — Der Wenden- und Petritthordistrictsverein haben wiederholt auf die Wichtigkeit einer zweckmäßigeren Verbindung der Petri- und Wendenmasch durch Herstellung einer Brücke über die Oker an der Lagentiefe hingewiesen. Der Vorstand des Wendenthoridistrictsvereins hat sich denn auch vor zwei Jahren unter Einreichung eines Anschlags und der nöthigen Zeichnungen zu einer solchen bereit erklärt, die Ausführung nebst den zugehörigen Wegeanlagen in Entreprie zu übernehmen. Herzogliche Baudirection und Stadtbaurath Tappe haben diese Vorarbeiten geprüft, aber gefunden, daß dieselben nicht auf Anlagen abzielen, welche den zu erwartenden Verkehrsverhältnissen entsprechen: der Bauplan müsse eine erhebliche Erweiterung erfahren, wodurch die Kosten auf 100 000 *M.* resp. 124 000 *M.* anwachsen würden. Der Magistrat hält die Brückenanlage auch für höchst wünschenswerth, ist aber der Ansicht, daß ein so wichtiges Bauwerk im Interesse einer sachgemäßen und soliden Ausführung nicht durch Privatvereine, sondern durch die städtischen Baubeamten hergerichtet werden muß. Der Stadtbaumeister Winter ist daher beauftragt, einen genauen Bauplan mit statischen Berechnungen, sowie einen detaillirten Kostenanschlag aufzustellen. Zur Ausführung dieses umfangreichen Auftrags bedarf es einer außerordentlichen Hülfe, namentlich eines Wasserbauingenieurs, wozu der Magistrat 2000 *M.* zu verwilligen beantragt. Die bereits herangezogenen Kräfte sind der Baumeister Sörrensen und der Bauaspirant Hotopp.

Die Commission giebt die Verwilligung der angeforderten Summe anheim.

Herr Grote. Der Baumeister Körner habe s. Z. einen ganz genauen Plan von den projectirten Anlagen gefertigt, welcher dem Magistrate seitens der Districtsvereine umsonst offerirt sei. Zur Ausführung der Arbeiten nach diesem Plan, welche 67 000 *M.* kosten würde, hätten sich verschiedene Industrielle bereit erklärt. Die Herzogliche Baudirection habe aber eine Okerverbreiterung und demnach eine Brückenverlängerung im Auge gehabt, wodurch die Kosten auf 100 000 *M.* anwachsen würden. Die Districtsvereine hätten einen Garantiefonds von 12 000 *M.* zusammengebracht, gezeichnet von den Anliegern und den beteiligten Instituten. Die damals vorgelegten Pläne seien vollständig richtig und bedürften nur einer Revision; es empfehle sich, den ausgedehntesten Gebrauch davon zu machen. Es scheine ihm daher eine Ausgabe von 2000 *M.* für eine bloße Revision viel zu hoch gegriffen.

Referent bemerkt, daß der Bauaspirant Hotopp, welcher zu den fraglichen



Arbeiten herangezogen sei, auch zu den übrigen massenhaft vorliegenden Arbeiten verwendet werde, welche hauptsächlich ins Wegebaufach schlagen; der Stadtbaumeister Winter habe unbedingt eine geeignete Kraft nöthig. Der Baumeister Sörrensen werde nur liquidiren, was er für die Arbeiten am Brückenprojecte beanspruchen könne.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Die vom Magistrat angeforderte Summe sei nicht nur zu Revisionsarbeiten bestimmt. Die Herzogliche Baudirection habe Manches an den von den Districtsvereinen eingereichten Plänen auszusetzen gehabt, sie sei der Ansicht gewesen, daß, wenn einmal eine solche Verbindung geschaffen werde, sie nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft ausreichen müsse, daß namentlich breitere Wege, als projectirt seien, vorgesehen werden müßten. Hierzu seien nicht unerhebliche Vorarbeiten erforderlich, wozu der Magistrat hauptsächlich die 2000 *M.* angefordert habe.

Herr Reuter. Die von den Districtsvereinen ursprünglich angeforderte Summe von 67 000 *M.* habe dazu dienen sollen, eine dem Bedürfnisse entsprechende Brücke herzustellen; man habe geglaubt, nur mit höchst mäßigen Forderungen kommen zu dürfen; die Körner'schen Pläne bezweckten eine von jedem Luxus freie, dabei aber höchst solide Ausführung. Nachdem die Herzogliche Baudirection und der Stadtbaurath Tappe die bereits von Herrn Dr. Grote hervorgehobenen Erweiterungen für nothwendig gehalten hätten, sei das Project umgearbeitet und nicht aus eigener Initiative, sondern auf Ersuchen des Stadtmagistrats, hätten sich die Vereine bereit erklärt, dasselbe durch eine Commission, gegen eine Zahlung von 100 000 *M.* aus der Stadtcasse, zur Ausführung bringen zu lassen, auch dafür einen Garantiefonds von 12 000 *M.* zusammengebracht. Bei beiden Projecten sei die Brücke für Ueberführung einer Secundärbahn berechnet gewesen und würden selbstverständlich auf Anfordern auch die Detailzeichnungen und statischen Berechnungen vorgelegt sein. Die Straßen wären 17 m breit, also 3 m breiter als die Münzstraße projectirt gewesen und in der Kostensumme sei die Herstellung einer vorläufigen Verbindungsstraße von 11 m, also gleicher Kronenbreite wie die anschließenden bereits vorhandenen Straßen, mit enthalten gewesen. Jetzt werde dem Vernehmen nach allerdings eine weit großartigere Ausführung der Brücke wie der Straße beabsichtigt und sei nur zu wünschen, daß deren Ausführung demnächst nicht an dem Kostenpunkte scheitere. Das Geld für die dazu erforderlichen neuen Vorarbeiten zu bewilligen, könne er demnach nur anheim geben.

Nach diesen Erläuterungen erklärt sich Herr Grote für befriedigt, worauf die angeforderten 2000 *M.* bewilligt werden.

III. Der folgende Punkt der Tagesordnung, die Ueberwachung der Vertilgung der Flachseide betreffend, ist bereits zu Beginn der Sitzung durch Verlesung des betreffenden Schreibens erledigt worden.

IV. berichtet Herr Steinacker über ein Magistrats Schreiben vom 10. Juli c. — Da es in den letzten Jahren schwierig gewesen ist, tüchtige Taubstummen-Lehrer zu gewinnen, so hat der Magistrat mit dem Unterrichtsdirectorio der Taubstummen-Anstalt im Einverständnisse mit dem Schuldirector Schaarschmidt eine Vereinbarung getroffen, wonach hiesigen Gemeindefchullehrern, welche Lust und Befähigung zeigen, sich zu Taubstummenlehrern auszubilden, die Gelegenheit dazu im hiesigen Taubstummeninstitute geboten wird. Das in dieser Beziehung zu beobachtende Verfahren hat der Magistrat in einem aus 7 Paragraphen bestehenden Regulativ, (welches Referent zur Verlesung bringt), zum Ausdruck gebracht. Es können danach aus der Zahl der der untersten Gehaltsklasse angehörenden hiesigen Gemeindefchullehrer ein oder mehrere Lehrer bei dem hiesigen Taubstummen-Institute auf die Dauer von drei Jahren als Aspiranten zugelassen werden. Sie beziehen während dieser Zeit eine Zulage von 200 M. p. a. Erweist sich ein Lehrer zum Taubstummen-Unterrichte nicht tauglich, so tritt er, auch schon während der dreijährigen Probezeit, in den Gemeindefschuldienst zurück. Hat er sich nach dieser Zeit für den Taubstummen-Unterricht entschieden, so hat er ein Examen abzulegen, nach dessen Bestehen er als Taubstummenlehrer mit demjenigen Gehalte fest angestellt wird, welches er seiner Anciennetät nach als Gemeindefchullehrer zu beziehen haben würde und einer jährlichen Zulage von 200 M.

Zu §. 5 schlägt die Commission einen Zusatz vor. Der Paragraph lautet: »Dem Unterrichtsdirectorio steht das Recht zu, das in Gemäßheit des §. 4 mit dem betreffenden Lehrer eingegangene Dienstverhältniß innerhalb der ersten 3 Jahre nach erfolgter Anstellung des Lehrers, nach vorgängiger halbjähriger Kündigung zu Estern aufzulösen, in welchem Falle der betreffende Lehrer in den Gemeindefschuldienst zurücktritt. In diesem Falle, sowie in den im §. 3 erwähnten Fällen des Rücktritts in den Gemeindefschuldienst wird dem betreffenden Lehrer die bei dem Taubstummen-Institute zugebrachte Zeit auf seine Anciennetät als Gemeindefchullehrer in Anrechnung gebracht.«

Vor dem letzten Satze dieses Paragraphen würde einzuschalten sein: »Ein gleiches Kündigungsrecht mit Anspruch auf Zurückversetzung in den Gemeindefschuldienst (unter Rücksichtnahme auf die Bestimmungen des §. 6) soll auch den betreffenden Lehrern innerhalb der ersten drei Jahre ihrer Anstellung gewahrt bleiben.«

Der Rücktritt in den Gemeindefschuldienst kann nur bei geeigneter Vacanz stattfinden, wobei die als Taubstummenlehrer bezogene Zulage von 200 M. in Wegfall kommt. — Auf die Taubstummenlehrer finden die auf die Gemeindefchullehrer bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen analoge Anwendung.

Herr Oberbürgermeister Pockels. Das in der Vorlage befindliche Statut bedürfe der Zustimmung der Versammlung, da der Stadt möglicherweise dadurch Lasten erwachsen könnten insofern, als demjenigen Lehrer, welcher nach Absolvierung eines

längeren Cursus in der Taubstummenanstalt sich nicht als tauglich gezeigt oder keine Neigung an den Tag gelegt habe, ein Rücktrittsrecht in die Gemeindeschule unter Wahrung seiner Pensionsansprüche nachgelassen sei. Die Stadt werde also den von dem Taubstummenunterrichte wieder in den Gemeindeschuldienst zurücktretenden Lehrer in diejenige Gehaltsklasse aufnehmen müssen, in die er einzureihen sein würde, wenn er bei der Taubstummenanstalt nicht gedient hätte und die gesammte Zeit hindurch im Gemeindeschulwesen geblieben wäre. Was den Antrag der Commission anlangte, so sei er für seine Person principiell damit einverstanden, er müsse sich aber vorbehalten, dem Schulvorstande darüber zu referiren und zwar aus dem Grunde, weil er nicht übersehen könne, ob nicht vielleicht ein Lehrer, der 6 Jahr hindurch vom Gemeindeschuldienste entfernt gewesen sei und diese beim Taubstummenunterrichte zugebracht habe, dadurch mehr oder weniger an Qualification zum Gemeindeschullehrer eingebüßt habe. Wenn das nicht der Fall sei, werde der Schulvorstand seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Ergänzung des Regulativs nicht versagen. Er gebe deshalb anheim, den Antrag so zu formuliren, daß dem Schulvorstand resp. dem Unterrichtsdirectorium des Taubstummeninstituts überlassen werde, ein solches Kündigungsrecht den Aspiranten zu wahren.

Unter dieser Voraussetzung wird der Commissionsantrag und danach das ganze Regulativ genehmigt.

### Wie

V. Herr Otto namens der Statutencommission berichtet, hat der städtische Executor Heinrich Hoffmann geständigermassen vom Anbeginn seiner Dienstzeit an diejenigen Steuer- und Schulgeldrückstände, welche derselbe in seiner amtlichen Eigenschaft zu erheben hatte, nicht zum vollen Betrage zu den Cassen gebracht, vielmehr einen Theil derselben, etwa 2000 M., unterschlagen. Der Magistrat hat die strafrechtliche Verfolgung des Hoffmann beantragt, demselben auch die Ausübung seiner Amtsverrichtungen einstweilen untersagt und ihm den Dienst unterm 12. Juli c. gekündigt. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 14. v. M. anheim, diese Kündigung genehm zu halten. Die Commission giebt anheim, letzteres zu beschließen, jedoch mit dem Vorbehalte, daß damit der Entscheidung der Frage, ob es der Kündigung überhaupt bedürfe, ob nicht vielmehr mit dem von Hoffmann verschuldeten Aufhören seiner Dienstleistungen auch die Verpflichtungen der Stadt gegen denselben ihr Ende gefunden haben, nicht präjudicirt werden solle.

Herr Nieß hat gegen den Antrag nichts einzuwenden. Er wolle nur die Anfrage an den Magistrat richten, ob nicht derartigen Vorkommnissen, wie sie sich leider wiederholt gezeigt hätten, durch entsprechende Auskunftsmittel vorzubeugen sei. Es sei schon früher der Vorschlag gemacht, daß die Executoren die Steuereintreibungen nicht auf Grund von Listen vornehmen sollten, sondern gegen Quittungen, die sie,

falls sie die Gelder nicht bekämen, zurückzubringen hätten. Man müsse darauf bedacht sein, den Leuten überall die Möglichkeit zu solchen Betrügereien zu nehmen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß der Magistrat diesen Vorschlag bei etwaigen künftigen Erwägungen über die Art und Weise der Steuererhebungen wohl in Betracht ziehen würde, wird der Magistratsantrag angenommen.

Ferner

VI. berichtet Herr Otto über ein Schreiben des Magistrats vom 8. Juli c., mit welchem ein Statutenentwurf über die Vertilgung des Franzosenkrauts übersandt ist. — Der Vorstand des landwirthschaftlichen Centralvereins hat darauf aufmerksam gemacht, daß in den Gärten und auf den Feldern der hiesigen Stadt das sog. Franzosenkraut (*Galinsoga parviflora*) in den letzten Jahren in solcher Weise überhand genommen habe, daß die Ertragsfähigkeit der Grundstücke erheblich beeinträchtigt werde, und zur Beseitigung dieses Uebelstandes den Erlaß eines Statuts beantragt, durch welches die Garten- und Landbesitzer zur Vertilgung der Wucherpflanze angehalten werden.

Die Commission ist mit dem Statutenentwurfe einverstanden; sie giebt der Versammlung anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, nachdem in §. 2 der Passus »Dieselben können nöthigenfalls durch den von dem Stadtmagistrate u.« bis »zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten werden« gestrichen sein werde.

Mit dieser Aenderung wird der Statutenentwurf genehmigt.

VII. Der Oberingenieur Mitgau hat im vorigen Jahre diejenigen holländischen Städte bereist, in welchen das Kiernur'sche Städtereinigungssystem eingeführt ist. Soviel nun bis jetzt zu beurtheilen, ist auf Grund jenes Systems, wenn man dasselbe auch nicht aus den Augen zu sehen braucht, eine Lösung der schwierigen Frage wegen Entfernung der Abfallstoffe aus hiesiger Stadt noch nicht zu erwarten. Einem Beschlusse der Versammlung zufolge ist Mitgau auch beauftragt worden, die Canalisationsanlagen in Berlin in Augenschein zu nehmen. Es bietet sich nunmehr aber in nächster Zeit die Gelegenheit, daß Mitgau mit einigen anderen sich für die Frage interessirenden Herren die Canalisations- und Berieselungsanlagen, sowie namentlich das Abfuhrsystem in einigen Städten Englands durch Augenschein kennen lernt. Es soll dabei besonders das Abfuhrsystem in Rochdale, das sich nach jeder Beziehung bewährt haben soll und mit welchem eine angeblich rentirende Poudrettenfabrik verbunden, geprüft werden. Der Magistrat beantragt, dem Oberingenieur Mitgau zu diesen Reisen 450 bis 600 M. zu bewilligen.

Herr v. Seckendorff giebt namens der Finanzcommission die Genehmigung des Antrages anheim.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß der Oberingenieur Mitgau, Stadtrath Gebhard und er neulich in Berlin gewesen seien zur Besichtigung der Rieselfelder

bei Dörf. Diese quasi freie Commission sei dort in freundlichster und zuvorkommendster Weise aufgenommen. Sie habe unter der Führung des Chefs des dortigen Canalisationswesens, des Bauraths Hobrecht, einen gründlichen Einblick in die Canalisationsarbeiten aller Stadien erhalten und sich von den außerordentlichen Resultaten des dortigen Systems überzeugt. Es handele sich jetzt lediglich noch darum, festzustellen, ob sich die günstigen Nachrichten, welche über das System der Poudrettebereitung von England aus mitgetheilt wurden, bestätigten und ob von derselben auch eine gleiche Rentabilität für Deutschland zu erwarten sei. Nach Entscheidung dieser Frage werde man der ganzen Angelegenheit in Braunschweig näher treten können. Wie er indeß vermüthe, werde man sich doch schließlich dem Berliner Systeme zuwenden, welches allein eine radikale Abhülfe verspreche. Der großen Kosten wegen, welche aufzuwenden seien, müsse man sich jedoch nach allen Seiten hin gründlich belehren.

Nachdem die Bewilligung der beantragten Reisekosten ausgesprochen ist,

VIII. berichtet Herr Mühe namens der Schulcommission, daß einem Magistratschreiben vom 16. Juli c. zufolge die Industrielehrerin Fräulein Auguste Peters um Pensionirung zum 1. October c. gebeten habe. Sie leidet nach einem Zeugnisse des Augenarztes Dr. Ferge derart an Sehschwäche, daß sie nicht mehr im Stande ist, ihren Beruf in genügender Weise auszuüben. Der Schulvorstand hat das Pensionsgesuch befürwortet. Fräulein Peters hat gebeten, ihr diejenigen 4 Jahre, welche sie vor dem Eintritt in den städtischen Schuldienst an der damaligen Pott'schen Schule unterrichtet habe, bei Feststellung ihrer Pension mit in Anrechnung zu bringen. Der Magistrat befindet sich aber wegen der sich daraus ergebenden Consequenzen nicht in der Lage, diese Bitte zu befürworten. Die Pension des Fräulein Peters würde auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nach dem jetzigen Gehaltsfaze von 1050 M. auf 507 M. 50 S. festzusetzen sein.

Die Commission hat den Gegenstand geprüft und obgleich sie sehr gewünscht hätte, die Bitte des Fräulein Peters zur Berücksichtigung empfehlen zu können, hat sie sich doch den Gründen des Magistrats nicht verschließen können und giebt anheim, das Pensionsgesuch zu genehmigen und den Ruhegehalt auf 507 M. 50 S. festzustellen, welchem Antrage die Versammlung ohne Weiteres entspricht.

IX. Herr Otto berichtet sodann über eine Eingabe des Restaurateurs Märtens an der Carlstraße 13 namens der Statutencommission. Derselbe suchte i. J. 1875 unter Einreichung eines Bauplans um die Genehmigung zu Erweiterungsbauten nach, wurde aber vom Stadtbauamte abschlägig beschieden, weil unter Anderm der Umbau auf Terrain zu stehen kommen würde, welches zu Straßenzwecken erforderlich sei. Nach verschiedenen Verhandlungen kam es zum Proceß, in welchem die Verweigerung

des Stadtbauamts als unbegründet bezeichnet und zu Gunsten des Märtens dahin entschieden wurde, daß die Stadt den von Märtens beabsichtigten Bau zu gestatten und dem Kläger für die Versagung der Genehmigung zum Baue Schadenersatz zu leisten habe. Darauf hat Herzogl. Kreisdirection auf Veranlassung des Magistrats gegen die Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens Einspruch erhoben und es ist das Erkenntniß des Herzoglichen Gerichtshofes zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten dahin ergangen, daß zwar, nachdem die Landes-Bauordnung in Kraft getreten, auf Gestattung des beabsichtigten Baues nicht mehr habe erkannt werden dürfen, daß Herzogliche Kreisgericht sonach in dieser Beziehung seine Competenz überschritten habe, daß aber, da die Versagung der Bauerlaubnis vor dem Erlasse der Landes-Bauordnung stattgefunden, das gerichtliche Verfahren wegen des geklagten Entschädigungsanspruchs nicht gehemmt werden könne. Es sind dann gerichtliche Verhandlungen weiter gepflogen und ist die Stadt schließlich zur Entschädigungsleistung verurtheilt worden. Es fragt sich nun, welche Entschädigung zu zahlen ist. Märtens hat auf gütlichen Vergleich angetragen. Er berechnet seinen Schaden auf 20000  $\text{M}$  und beansprucht die Hälfte als Ersatz. Der Magistrat hat die Forderung jedoch für zu hoch gehalten und sich nicht darauf eingelassen. Märtens hat nun unterm 25. Juli eine Eingabe an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet, in welcher er bittet, die Sache baldigst zu reguliren.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Statutencommission das Gesuch gern zur Berücksichtigung empfehlen würde, wenn darin irgend eine annehmbare Basis geboten wäre, sie hat sich aber nur der Ansicht des Magistrats anschließen können, daß auf der vom Antragsteller angedeuteten Basis ein gütlicher Vergleich ganz unmöglich sei; wenigstens hat die Commission nicht annehmen können, daß je ein Gericht in solcher Höhe den Schadenersatz feststellen würde. Die Commission beantragt daher, zu beschließen, die Eingabe des Restaurateurs Märtens, gütlichen Ausgleich des zwischen ihm und der Stadt schwebenden Rechtsstreites betreffend, unberücksichtigt zu lassen.

Herr W i l k e glaubt einen richtigen Anhaltspunkt zur Ermittlung der dem Märtens zu zahlenden Entschädigung in der Weise finden zu können, daß man die Miethe zu ermitteln sucht, welche Märtens für Benutzung gleicher Localitäten von der Zeit an, wo man ihn am Bauen gehindert habe, hätte zahlen müssen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren K r a m p e und D i n g, sowie des Herrn Referenten, wird der Commissionsantrag angenommen, wobei der Herr Vorsitzende noch bemerkt, daß der Petent, wenn ihm ernstlich daran liege, einen gütlichen Vergleich anzubahnen, mit angemessenen Forderungen hervortreten müsse.

X. In einem Schreiben vom 22. Juli c. beantragt der Magistrat, den Austausch einzelner (auf dem im SitzungsSaale ausgehängten Plane näher zu ersiehenden) Terrainabschnitte zur zweckmäßigeren Arrondirung der Grundstücke des Justizpalastes,

des Stadthauses und der neuen Mädchenschule, und giebt anheim, ihn zur Abschließung des betreffenden Grenzregulierungsvertrages mit der Landesregierung zu ermächtigen.

Der Commissionsreferent, Herr Reuter, empfiehlt den Antrag zur Annahme, welchem Ersuchen die Versammlung ohne Weiteres entspricht.

XI. Das städtische, früher Kaulitz'sche Gebäude Hintern Brüdern *N* 32 ist seit dem 1. April 1877 an die Regierung zu einem Miethpreise von jährlich 1000 *M.* zu Zwecken des Schullehrer-Seminars vermietet. Da die Regierung nun zu Seminar-Zwecken ein Haus in der Leopoldstraße angekauft hat, so bedarf sie des Kaulitz'schen Hauses nicht mehr und hat beim Magistrate angefragt, ob er in der Lage sei, dasselbe vom 1. October c. an anderweit nutzbar zu machen und sie danach der Verpflichtung einer Miethzahlung über diesen Zeitpunkt hinaus zu entheben. Der Magistrat findet eine Verwerthung des Hauses aber nur durch Verkauf möglich. Er giebt daher, da eine Benützung des Hauses zu städtischen, speciell zu Schulzwecken bei seiner ungünstigen Lage, der eigenartigen Disposition seiner Räume und der mangelhaften Beschaffenheit der letzteren sich nicht empfiehlt, anheim, die Zustimmung zum meistbietenden Verkaufe des fraglichen Hauses unter Vorbehalt des Zuschlagsrechts, zu ertheilen.

Der Commissionsreferent Herr von Seckendorff empfiehlt den Antrag zur Annahme,

worauf die Zustimmung zum Verkaufe des Kaulitz'schen Hauses unter Vorbehalt des Zuschlagsrechts, beziehungsweise der nachherigen Zustimmung der Stadtverordneten, erfolgt.

XII. werden dem Eingangs erwähnten Magistratsantrage gemäß 600 *M.* zur diesjährigen Sedanfeier verwilligt.

Danach

XIII. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über die Canalisirung der Gliesmaroder Straße. Der Gegenstand ist schon in der Sitzung vom 29. Mai zur ausführlichen Verhandlung gekommen, worauf Referent Bezug nimmt. Es ist damals in Folge einer noch nachträglich eingegangenen Magistratsvorlage der Beschluß gefaßt worden, daß die Vertheilung der Kosten auf die Anlieger nicht in der Weise vorgenommen werden möchte, wie zuerst vorgeschlagen war, sondern daß dabei die Canalisirung der ganzen Straße bis zur Grenze des städtischen Gebietes in's Auge gefaßt und danach die Repartition der Kosten berechnet werden möchte, welche zur Ausführung gebracht werden sollte, wenn die Statuten- und Finanzcommission in vereinigter Sitzung sich damit einverstanden erklärt hätten. Diese

Berathung hat stattgefunden, inzwischen hatte sich jedoch die Unmöglichkeit herausgestellt, den von der Versammlung gefaßten Beschluß vollständig zur Ausführung zu bringen. Es konnte die Gliesmaroder Straße bis zur Grenze des Stadtgebietes nicht berücksichtigt werden, weil sich auf der Straße in einer Entfernung von 876 Metern vom Gaußplatze die Wasserscheide befindet und der letzte Theil der Straße so entschieden nach Gliesmarode fällt, daß, wenn auch dieser Theil nach der Stadt hin entwässert werden sollte, ein sehr viel tiefer angelegter Canal nothwendig gewesen wäre, wodurch nicht nur für die Anlieger sondern auch für die Stadt bedeutend höhere Kosten entstanden wären. Ein Kostenanschlag aber, welcher nur den Theil der Straße diesseits bis zur Wasserscheide umfaßte und den dahinter liegenden unberücksichtigt ließ, ergab zwar etwas geringere Beiträge für die Anlieger, wich jedoch nunmehr von dem aufgestellten Grundsatz, die Canalisation der ganzen Straße bis zur Stadtgrenze in die Berechnung zu ziehen, wie auch von den bisher bei gleichen Anlagen befolgten Grundsätzen, so wesentlich ab, daß die Commission die Zustimmung dazu nicht glaubte ertheilen zu können, sondern beschloß, diese Angelegenheit nochmals vor das Plenum zu bringen und demselben die Zustimmung zu der ursprünglich vom Magistrate vorgeschlagenen Kostenvertheilung zu empfehlen. Danach kostet die ganze Anlage 21926 *M.*, zu welcher Summe die Garnisonverwaltung 3420 *M.*, die Anlieger 7920 *M.* und die Stadtgemeinde 10586 *M.* beizutragen haben. Die Commission ersucht also die Versammlung um Aufhebung des unterm 29. Mai gefaßten Beschlusses und Genehmigung der ursprünglichen Magistratsanträge vom 5. Mai c., welche dahin gehen, die Ausführung des größeren Canalisationsprojects gutzuheißen und die Kosten wie oben erwähnt zu repartiren.

Herr Otto ist mit der vom Referenten vorgeschlagenen Kostenvertheilung einverstanden. Da aber der Vorschlag, welchen die Versammlung auf Empfehlung der Commission am 29. Mai acceptirt habe, von ihm ausgegangen sei, so wolle er sich ausdrücklich gegen einen etwaigen Vorwurf, daß er damals ein schlechtes Rechenexempel gemacht habe, verwahren. Redner führt dann die Gründe, welche ihn zu seinem Vorschlage veranlaßt haben, des Näheren aus und betont dabei, daß bei dessen Durchführung kein ungünstigeres Resultat für die Stadtcasse herausgekommen wäre.

Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Referenten wird dem Commissionsantrage zugestimmt.

Wie

XIV. Herr von Seckendorff namens der Finanz-Commission berichtet, hat nach einem Magistratschreiben vom 28. Juli c. die Weichbildsgemeinde Wilhelmthor das ihr zustehende Fischereirecht auf dem Okertracte vom Wasserthurme ab aufwärts bis zur »Theilung«, welches gegenwärtig für 16,50 *M.* jährlich an den Improvisator Hermann verpachtet ist, zum öffentlich meißbietenden Verkauf gebracht, dabei aber



der Stadtgemeinde das Vorkaufsrecht eingeräumt. Das Meistgebot ist mit 210 *M.* abgegeben, zu welchem Preise jetzt der Stadt die fragliche Gerechtsame angeboten wird. Da die Okerfischerei oberhalb wie unterhalb des bezeichneten Tractus der Stadtgemeinde bereits zusteht, der Kaufpreis auch angemessen erscheint, so hält der Magistrat den Erwerb dieser Gerechtsame für wünschenswerth und vortheilhaft; er giebt anheim, die Zustimmung zu dem Ankaufe zu ertheilen, was auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres geschieht.

XV. Zur Wiederbesetzung der durch die Entlassung des städtischen Executors Hoffmann vacant gewordenen Stelle bringt der Magistrat in seinem Schreiben vom 31. Juli c. in Vorschlag: 1) den Eisenbahnschaffner Adolph Kohl von hier, 2) den Steueraufsesser Wilhelm Peters zu Watenstedt, 3) den Landbriefträger Scheller hieselbst. Der Magistrat giebt anheim, einen von den drei Bewerbern auszuwählen und ihn zu ermächtigen, demselben nach vorgängiger Bestellung einer Caution von 1500 *M.* die Stelle mit einem Jahrgehalte von 900 *M.* zu übertragen.

Die Versammlung schreitet zur Wahl, welche sich mit 14 Stimmen, also absoluter Majorität, für den Eisenbahnschaffner Kohl entscheidet.

Die Tagesordnung ist damit erledigt; es erbittet sich zum Schluß

Herr von Seckendorff das Wort. — In der gestrigen Börsenzeitung sei wiederum ein Artikel enthalten, welcher das bestätige, was er schon in Berlin in Erfahrung gebracht habe, nämlich, daß ernstlich in Erwägung gezogen werde, einen Verbindungs canal zwischen der Elbe und der Weser zu erbauen. Es würde dieser Canal von bedeutender Wichtigkeit auch für Braunschweig sein, er bitte deshalb die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, bei der Landesregierung Schritte dahin zu thun, daß Braunschweig für den Fall der Ausführung des Projectes nicht umgangen werde. Es würde zweckmäßig sein, wenn die städtischen Behörden bekundeten, daß auch die Stadt Braunschweig Interesse habe, bei diesem Unternehmen nicht »hinter den Leuten« zu bleiben.

Der Herr Vorsitzende glaubt annehmen zu dürfen, daß die Versammlung sich dieser Bitte anschließen und der Magistrat sich danach in der angedeuteten Richtung für die Interessen der Stadt thätig erweisen werde.

Schluß der Sitzung.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 11. September 1879.

Öffentlich:

#### Gemeinschaftliche Sitzung.

- 1) Wahl eines unbefoldeten Mitglieds des Stadtmagistrats.
- 2) Wahl der Commission zur Vertilgung der Seidenpflanze.

#### Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Statut für die Verwaltung und Benutzung des öffentlichen Schlachthauses.
- II. Antrag der Herren Frh Diekmann und Genossen wegen Canalisation in der Helmstedter Straße.
- III. Feststellung der Höhenlage des Ortsbauplans für das Terrain des Hagenbruchs.
- IV. Oferecanalanlage hinter der untern Bürgerschule in der Leopoldstraße.
- V. Zahlung eines Honorars für Vertretung eines Lehrers.
- VI. Aufhebung eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 3. Mai 1878 bezüglich der Anlage von Wasserfiltern in Schulen und Verwilligung einer Summe für Brunnentiefbohrung.
- VII. Den mit dem neu anzustellenden Executor Kohl abgeschlossenen Vertrag betr.
- VIII. Verwilligung eines Zuschusses zur städtischen Armencaße.
- IX. Einrichtung des neuen Krankenhauses.

#### In gemeinschaftlicher Sitzung

Schreitet die Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Poßels zur Wahl eines unbefoldeten Mitglieds des Stadtmagistrats an Stelle des aus dem Magistratsverbande geschiedenen Stadtraths Ramdohr. Der einschlägigen Bestimmung der rev. St. D. gemäß sammelt der Protokollführer die Stimmzettel ein. Aus der

Wahlurne gehen hervor 17 Stimmen für Herrn Schöttler, 5 für Herrn Klotz, 4 für Herrn Krampe, und je eine für die Herren Reuter und von Seckendorff. Herr Schöttler ist demnach mit absoluter Stimmenmehrheit zum Magistratsmitgliede gewählt.

In die Commission zur Vertilgung der Seidenpflanze werden sodann durch Acclamation gewählt:

- 1) für die Feldmark Hagen:
  - a. Deconom Struck,
  - b. » Levin Markworth,
  - c. Kaufmann Louis Weiß;
- 2) für die Feldmark Altemiek:
  - a. Gärtner Theodor Bültemann,
  - b. » Adolf Bäse,
  - c. Particulier Park;
- 3) für die Feldmark Wilhelmthor:
  - a. Deconom Ellersiek,
  - b. Gärtner Carl Ebeling,
  - c. Samenhändler Kallmeyer;
- 4) für die Feldmark Hohethor:
  - a. Deconom Fr. Honemann,
  - b. Gastwirth Bäse,
  - c. Deconom Hilgendag;
- 5) für die Feldmark Alt-Petritthor:
  - a. Deconom Otto Dürre,
  - b. » Heinrich Boffe,
  - c. » Heinrich Osten;
- 6) für die Feldmark Neu-Petritthor:
  - a. Deconom Heinrich Schaper,
  - b. » Eduard Bewig,
  - c. Kunstgärtner C. Kastens.

Herr Oberbürgermeister Pockels schließt darauf die gemeinschaftliche Sitzung und überläßt Herrn Schöttler den Vorfig.

Entschuldigt Herr Heymann. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Bammel, Götte und Haake.

#### Nach Eröffnung der **Sitzung der Stadtverordneten**

beantragt Herr Lucius, den achten Punkt der Tagesordnung, Antrag des Magistrats, betreffend die Zustimmung zu dem Statute für die Verwaltung und Be-

nutzung des öffentlichen Schlachthauscs, als den wichtigsten, zunächst in Berathung zu nehmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu und es nimmt

I. der Commissionsreferent Herr Reuter das Wort zur Berichterstattung. Derselbe verliest zunächst das bezügliche Schreiben des Magistrats vom 28. August c., mit welchem der Statutenentwurf nebst einer Schlachthausordnung übersandt sind. Diese Ausarbeitungen liegen der Versammlung in 27 autographirten Exemplaren vor. Das gedachte Schreiben enthält eine nähere Motivirung und Erläuterung der Vorlagen und es wird darin ersucht, dieselben zu prüfen und zu genehmigen.

Die vereinigte Statuten- und Schlachthauscommission, letztere insoweit deren Mitglieder dieser Versammlung angehören, hat gegen die Magistratsvorlage im großen Ganzen nichts einzuwenden; sie erklärt sich mit den darin ausgesprochenen Grundprincipien vollständig einverstanden, hält jedoch einige Aenderungen für erforderlich, andere redactionelle für wünschenswerth. Der Stadtmagistrat hat sich mit diesen Aenderungen einverstanden erklärt. Von verschiedenen Schlachtermeistern ist eine Petition wegen Hinausschiebung des Eröffnungstermins eingereicht, welche an der betreffenden Stelle bei §. 4 mit zur Berathung gelangt.

Referent beginnt sodann mit der Verlesung des Statuts unter Berücksichtigung der von der Commission für nothwendig erachteten Aenderungen:

Zu §. 1.

»Die Verwaltung des öffentlichen Schlachthauscs wird einer besondern Deputation unter der Oberaufsicht des Stadtmagistrats (§. 110 der revidirten Städteordnung) unterstellt.

Die Deputation besteht aus

- 1) einem Mitgliede des Stadtmagistrats, als Vorsitzenden;
  - 2) zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, welche alle zwei Jahre, nachdem die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden haben, zu wählen sind;
  - 3) einem Deputirten der Herzöglichen Polizeidirection;
  - 4) einem vom Herzöglichen Obersanitäts-Collegio zu wählenden Arzte,
- als ordentlichen stimmführenden Mitgliedern;
- 5) dem Director des Schlachthauscs;
  - 6) zwei hiesigen selbständigen Schlachtern, welche alle zwei Jahre vom Stadtmagistrate zu wählen sind,

als beratenden Mitgliedern.«

beantragt Herr Lucius, daß sub 2 am Schlusse statt »zu wählen sind« gesagt werde »von letzterer zu wählen sind.« ferner, daß als beratendes Mitglied auch der Thierarzt mit aufgeführt, also zwischen 5 und 6 die Worte: »der approbirte Thierarzt« eingeschoben werden.

Die Anträge werden nach kurzer Debatte angenommen und wird danach mit dieser Modification §. 1 genehmigt.

§. 2.

»Die Betriebsgeschäfte des Schlachthauscs leitet ein Director. Ueber die Vertretung desselben in Behinderungsfällen hat die Schlachthaus-Deputation Verfügung zu treffen.

Dem Director wird das erforderliche Hilfs- und Unterpersonal beigegeben. Unter den Hilfsbeamten soll mindestens ein approbirter Thierarzt sein, welchem die Handhabung der Veterinär-Polizei obliegt.«  
gibt Veranlassung zu einer längeren Debatte.

Herr Kybik beantragt zwischen den Worten des ersten Absatzes »die Schlachthaus-Deputation« und »Verfügung« die Worte einzuschalten: »im Voraus.«

Herr Lucius beantragt, diesem Paragraphen die Bestimmung hinzuzufügen: »der Thierarzt darf keine Privatpraxis ausüben.«

Mit dem Antrage des Herrn Kybik, welcher den Sinn des betreffenden Satzes verdeutlicht, erklärt sich der Herr Referent einverstanden, dem Antrage des Herrn Lucius kann er jedoch nicht zustimmen. Es sei allerdings die Absicht der Commission in Bezug auf die Thätigkeit des Thierarztes, welcher in §. 1 der Schlachthaus-Ordnung Erwähnung geschehe, eine Aenderung zu proponiren. Die Untersuchungen sollen danach nicht von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, sondern von 6 bis 11 Uhr Vormittags und 4 bis 8 Uhr Nachmittags stattfinden, wonach der Thierarzt 5 Stunden unter Mittag frei habe. Diese freie Zeit glaube die Commission dem Manne grade zur Privatthätigkeit lassen zu müssen, damit derselbe nicht einseitig werde und seine Kenntnisse auch nach anderen Richtungen hin vermehren könne. Das Allgemeinwissen des Thierarztes sei ja auch von bedeutendem Einfluß auf die Behandlung von kranken Thieren. Nach seiner (Redners) Ueberzeugung sei es sogar nothwendig, dem Thierarzt Privatpraxis freizugeben, selbstverständlich innerhalb gewisser Schranken, die ihm seine Pflichten als städtischer Beamter vorschreiben. Wenn derselbe tüchtig in seinem Fache sei, was man doch voraussetzen müsse, so dürfe man seine Functionen nicht allein darauf beschränken, zu beurtheilen, ob ein Thier krank oder gesund sei; der Mann würde sonst »versauern.« Er bitte daher, den Antrag des Herrn Lucius abzulehnen.

An der fernerer Debatte theilnehmen sich Herr Oberbürgermeister Pockels, die Herren Steinacker, Rieß, Winter, Otto, Schwarzenberg, Kybik, Grote, von Seckendorff, Lucius und der Herr Referent

Die Herren Hasenbalg, von Seckendorff und Oberbürgermeister Pockels sprechen sich gegen die eingebrachten Anträge aus. Den Lucius'schen hält Letzterer insofern für überflüssig, als ja die städtischen Beamten nach der revidirten Städteordnung gleich den Staatsdienern ohne Zustimmung der vorgesetzten Behörde keine

Privatbeschäftigung betreiben dürfen, danach also schon die Privatpraxis des Thierarztes seitens des Magistrats controlirt und event. beschränkt werden könne.

Herr Steinacker spricht sich für den Kybik'schen, gegen den Lucius'schen Antrag aus.

Herr Nieß schließt sich beiden Anträgen an. Die Erfahrung habe zur Genüge gelehrt, daß, wenn man einem Beamten die Erlaubniß zu Nebenbeschäftigungen zustehe, häufig eine Ueberwucherung dieser Erlaubniß eintrete, der man nachher in den meisten Fällen nicht Einhalt gebieten könne. Man solle die Beamten so anständig honoriren, daß sie nicht nöthig hätten, sich beim Publikum durch Nebenbeschäftigung Erwerbsquellen zu suchen.

Ein Antrag des Herrn Winter, am Schlusse des §. 2 zu sagen: »Derselbe darf Geschäfte, welche außerhalb des Interesses des Schlachthauses liegen, nur mit Genehmigung der Schlachthaus-Deputation übernehmen« wird nach einigen Bemerkungen des Herrn Overbürgermeisters Pockels und des Herrn Referenten vom Antragsteller zurückgezogen.

Herr Lucius bemerkt, man müsse dem Thierarzte von vornherein eine würdige und unabhängige Stellung geben; das könne man aber nur dadurch erreichen, wenn man ihn überall gar nicht in die Lage bringe, von dem Publikum irgendwelche Gebühren entgegenzunehmen; es werde das zu Unzuträglichkeiten führen. Gestatte man dem Thierarzte Privatpraxis, so werde er sich diese vermuthlich mit der Zeit so viel als möglich zu verschaffen suchen, seine Nebenbeschäftigung als Haupterwerbsquelle betrachten und sein Gehalt als selbstverständliche Zugabe in die Tasche stecken. Die Stadt könne den Mann so anständig honoriren, daß er nicht nöthig habe, auf Nebenwerb auszugehen. Der Herr Referent habe hervorgehoben, daß der Thierarzt dann einseitig werden würde. Grade diese Einseitigkeit sei aber nach seinem Dafürhalten wünschenswerth, der Mann solle seine ganze Kraft auf einen Fleck hinlenken, in den Nebenstunden aber wissenschaftliche Studien treiben. Es sei außerordentlich wichtig, einen Thierarzt zu bestellen, der von vornherein wisse, daß er sein Geschäft im Schlachthause als seine Lebensaufgabe zu betrachten und diesem seine ganze Thätigkeit zu widmen habe. Dieser Punkt sei von ganz besonderer Bedeutung und er bitte deshalb dringend, seinem Antrage zuzustimmen.

Herr Referent betont in seinem Schlußworte, daß von dem Thierarzte innerhalb der neun Stunden, welche zu Untersuchungen bestimmt seien, nur Anwesenheit, nicht ununterbrochene Thätigkeit gefordert werde. Letztere möge sich im Winter an starken Schlachttagen vielleicht auf 5 bis 6 Stunden, im Sommer an sehr vielen Tagen nur auf 1 bis 2 Stunden erstrecken, es bleibe demselben daher innerhalb jener 9 Dienststunden schon genügend Zeit übrig, um seinen wissenschaftlichen Studien obliegen zu können. Man könne aber sein Wissen nicht allein aus Büchern schöpfen, der wahre Wissensdrang bedürfe auch der praktischen Uebung, und für diese biete das Schlachthaus keine Gelegenheit, indem dort kranke Thiere nicht zu heilen, sondern

abzuweisen seien. Eine so einseitige Beschäftigung, wie sie Herr Lucius verlange, könne von einem gebildeten Manne auf die Dauer kaum ertragen werden. Auch die Commission wolle den Thierarzt pecuniär gut gestellt wissen, ihn durchaus nicht auf die Privatpraxis hinweisen, aber sie wolle ihn nicht seiner ursprünglichen Berufsthätigkeit vollständig entfremden, damit er ein tüchtiger Thierarzt bleibe. Gegen mißbräuchliche Ausübung der Privatpraxis würden die bestehenden statutarischen Vorschriften ausreichen. Im Stuttgarter Schlachthause, dem ältesten in Deutschland, würden jährlich ca. 120 000 Stück Vieh geschlachtet, also weit mehr als in Braunschweig, und doch behalte der betreffende Thierarzt noch bedeutende Zeit zur Ausübung seiner Privatpraxis übrig, womit man ihn auch ruhig gewähren lasse.

Hiernach wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Antrags Rhybiz und die Ablehnung des Antrags Lucius ergibt.

§. 3 wird ohne Weiteres in der Vorlage genehmigt.

An §. 4 knüpft sich eine längere Debatte; derselbe lautet:

»Vom 1. November d. J., als dem Tage der Eröffnung des Schlachthauses, ab ist innerhalb des Stadtgebietes das Schlachten des sämmtlichen, der Gattung der Säugethiere angehörenden Schlachtviehes, sowie das Abhäuten, Brühen, Enthaaen und Ausnehmen des geschlachteten Viehes, im Gleichen das Reinigen des Fleisches, das Entfernen und Reinigen der Gedärme und das Einschmelzen der Fetttheile der Thiere ausschließlich im städtischen Schlachthause vorzunehmen.

Der Herzoglichen Polizei-Direction steht das Recht zu, im Einzelfalle solche Personen von dieser Verpflichtung zu befreien, welche das Schlachten nicht gewerbsmäßig betreiben. Personen, welche außerhalb des Stadtgebietes wohnen, kann die Benutzung des städtischen Schlachthauses vom Schlachthaus-Director gestattet werden.«

Referent verliest hier die bereits erwähnte Petition der hiesigen Schlachter, in welchem dieselben bitten, den Eröffnungstermin bis zum 1. April k. J. hinauszuschieben. Die Eröffnung zu einer Zeit, wie am 1. November, wo sämmtliche Schlachtereien am stärksten im Betriebe seien, könne zu Störungen im Schlachthause Veranlassung geben, die für den Magistrat unerquicklich und für die Betheiligten von großem Nachtheil sein würden. Von den in die Commission berufenen Sachverständigen sei denn auch verschiedentlich in den Versammlungen der Schlachter die Mittheilung gemacht, daß die Eröffnung des Schlachthauses wahrscheinlich erst am 1. April k. J. geschehen werde, welche Aussage von Stadtverordneten, die gleichfalls der Schlachthauscommission angehören, bestätigt sein solle. Von keinem der Betheiligten seien irgend welche Vorkehrungen getroffen, welche zu dieser Neuernng unbedingt erforderlich seien. Dann seien auch von verschiedenen größeren Wurstfabrikanten mit auswärtigen Abnehmern Lieferungen für nächsten Winter abgeschlossen, deren prompte

Ausführung jedoch dadurch, daß sie nicht in gewohnter Weise arbeiten lassen könnten, sehr in Frage gestellt werden müsse. Schließlich sei verschiedenen neuen Schlachtern die Genehmigung zum Schlachten in ihren eigenen Häusern von Herzoglicher Polizeidirection versagt worden. Sie schlachteten deshalb in den Räumen anderer Privatschlachtereien gegen Zahlung jährlicher Miethe und seien daher gezwungen, vierteljährig resp. halbjährig Kündigung innezuhalten. Die eingegangenen Verträge würden daher erst mit dem 1. Januar resp. 1. April k. J. gelöst werden können, den Betheiligten also bei Einführung des Schlachtzwanges am 1. November ein bedeutender Schaden erwachsen, da sie dann doppelte Schlachtgebühren zu zahlen haben würden. Nicht ohne Grund sei deshalb im Schlachthausgesetze für den preussischen Staat eine sechsmonatige Kündigung vorgesehen. Für den Fall der Eröffnung des Schlachthauses erst am 1. April k. J. erbieten sich die Petenten, das durch den Zinsverlust entstehende Deficit demnächst mit dem Grundcapitale zu verzinsen und zu amortisiren.

Die Commission beantragt im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate zu §. 4 eine Aenderung dahin zu treffen, daß die Eröffnung nicht auf den 1. November, sondern auf den 15. November festgesetzt wird. Die Commission giebt ferner anheim, einzelnen Schlachtern das Schlachten im Schlachthause schon vom 15. October an zu gestatten, da verschiedene sich wegen der Räumlichkeiten bereits in großer Verlegenheit befinden. Die Commission hat keinen Grund gefunden, eine Hinausschiebung des Eröffnungstermins vorzuschlagen; sie ist von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Errichtung des Schlachthauses ein sehr dringender Wunsch gewesen und Alles aufgeboten ist, die Herstellung soviel wie möglich zu beschleunigen. Das bezügliche Gesetz, von den städtischen Behörden gewünscht, sei dem Landtage schleunig vorgelegt; dieser habe dasselbe sofort berathen und Alles nach Kräften gefördert. Man sei immer der Meinung gewesen, daß das Schlachthaus in Betrieb gesetzt werden würde, wenn die Thoraccise aufhörte; es würde daher eine merkwürdige Sache sein, wenn man jetzt, wo das Schlachthaus fertig, bis zum Frühjahr warten und die Gebäude leer stehen lassen wollte. Daß dafür gesorgt werden müsse, daß keine Störungen im Betriebe entstehen, sei selbstverständlich und dadurch gesichert, daß schon vom 15. October an in dem Schlachthause in sehr bedeutendem Umfange werde geschlachtet werden.

Herr Wille beantragt, am Schlusse des §. 4 den Zusatz zu bringen: »Das Talg- und Fettschmelzen darf überhaupt in der Stadt nicht mehr gewerbsmäßig betrieben werden.« Es solle sich derselbe hauptsächlich auf die Seifensieder beziehen.

Herr Schwarzenberg giebt zu bedenken, daß die Consumenten für die Geldopfer, welche die Petenten bringen wollten, aufkommen müßten, indem sie einfach das Fleisch theurer zu bezahlen hätten.

Herr Reuter. In Braunschweig habe man deshalb nicht wie in Preußen den Eröffnungstermin soweit voraus bestimmt, weil die Vorbedingungen dafür nicht vor-



handen gewesen seien. In den größeren preussischen Städten, namentlich in Berlin, seien schon seit geraumer Zeit Schlachthäuser vorhanden gewesen, die allen sanitären Anforderungen entsprochen hätten. Wenn dort das Schlachten in einem städtischen Schlachthause obligatorisch gemacht werden sollte, so müßte man den Leuten eine Frist geben, damit sie ihre Verträge lösen konnten. Hier liegen solche Fälle gar nicht vor, weil den Anforderungen entsprechende Schlachtereien überhaupt nicht vorhanden sind. Die hiesigen Schlachter hätten sich erkundigen müssen, auf wie lange Zeit sie ihre Verträge abschließen konnten. Wenn sie auf längere Zeit gemiethet hätten, so sei das unvorsichtig von ihnen gehandelt. Der Antrag des Herrn Willke sei an sich zweckmäßig, aber in dem vorliegenden Statut durchaus nicht zu verwerthen.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Bei den früheren Verhandlungen der Schlachthauscommission sei wohl die Rede davon gewesen, das Schlachthaus im Frühjahr oder Sommer zu eröffnen, weil die in der Commission thätig gewesenen Schlachter von vornherein Gewicht darauf gelegt hätten, daß es nicht im Herbst eröffnet würde. Wenn nun den Schlachtern Zusagen gemacht seien, daß man das Schlachthaus im Frühjahr eröffnen wolle, so habe man damit das verflossene, nicht das kommende gemeint. Uebrigens habe er verschiedenen Schlachtern versprochen, ihren Wunsch, wie er in der Petition zum Ausdruck gebracht sei, der Versammlung ans Herz zu legen; diesem Versprechen wolle er hiermit nachkommen.

Herr Nieß bemerkt, daß die im Gesuche angeführten Gründe hinsichtlich der abgeschlossenen Verträge vollständig hinfällig seien, denn von dem Augenblicke an, wo das Schlachthaus in obligatorische Benutzung genommen werde, also in Privathäusern überall nicht mehr geschlachtet werden dürfe, sei ja den Vermiethern die Möglichkeit genommen, ihren Verpflichtungen nachzukommen; damit seien aber auch die Verbindlichkeiten der Miether gehoben.

Herr Rieke beantragt, solchen Leuten, welche derartige Miethscontracte abgeschlossen hätten, dadurch entgegenzukommen, daß man ihnen bis zum 1. April das Schlachten in den bisherigen Localen gestattete, jedoch unter dem Vorbehalt, daß sie sich den betreffenden Bedingungen unterwürfen.

Herr Oberbürgermeister Pockels. Der Antrag des Herrn Willke strebe einen Eingriff in die durch die Reichsgesetzgebung gewährleistete Gewerbefreiheit an, der der Statutenautonomie nicht zusehe.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Herrn Schwarzenberg, sowie des Vorsitzenden und Referenten ziehen die Herren Willke und Rieke ihre Anträge zurück, und wird §. 4 mit der von der Commission vorgeschlagenen Modification genehmigt.

§. 5 wird in der Vorlage ohne Aenderung genehmigt.

## Zu §. 6

»Dasjenige Schlachtvieh, welches in dem städtischen Schlachthause geschlachtet werden muß, ist mindestens 12, längstens 24 Stunden vor der zum Schlachten desselben bestimmten Zeit in die Stallungen des städtischen Schlachthauscs einzustellen.

Ausnahmen von diesen Fristen kann der Director nach Anhörung des Thierarztes in besonderen Fällen zulassen.«

schlägt die Commission vor: das Komma hinter 12 und die Worte »längstens 24« zu streichen und im zweiten Absätze statt der Worte »diesen Fristen« zu setzen »dieser Regel«.

Referent stellt persönlich noch den Antrag, mit welchem Commission und Magistrat in der Tendenz einverstanden sind, den sie aber nicht an diese Stelle, sondern in die Schlachthausordnung bringen wollen, nämlich: »Schlachtthiere, welche innerhalb 24 Stunden geschlachtet werden sollen, müssen in die Stallungen aufgenommen werden. Soweit der Raum solches gestattet, worüber der Director zu entscheiden hat können zum Schlachten bestimmte Thiere auch für längere Zeit in die Stallungen eingestellt werden.«

Referent hält §. 6 für am passendsten zur Aufnahme dieser Bestimmung.

Bei der Abstimmung entsteht Stimmengleichheit. Der Herr Vorsitzende entscheidet sich gegen den Antrag, womit derselbe abgelehnt ist.

§. 6 ist demnach angenommen, wie die Commission vorschlägt.

Die übrigen §§. 7 bis 18 werden unter folgenden, von der Commission vorgeschlagenen, Modificationen genehmigt:

§. 7, dritter Absatz. Die letzten 3 Zeilen zu streichen und statt dessen zu setzen »sollen seitens der Schlachthausverwaltung, nach deren Auswahl, jene Materialien vorrätzig gehalten und gegen von der Deputation vierteljährlich festzustellende Preise, den Eigenthümern der Thiere verabfolgt werden.

§. 8, dritte Zeile: das Wort »die« zu ersetzen durch »den«,

§. 15, statt des Wortes »Recurrent« zu sagen »Beschwerdeführer«,

§. 16, erster Absatz, statt »folgende Gebühren« zu sagen »an Gebühren«.

ad 1 die Worte »welche« und »gezahlt wird« zu streichen,

ad 2 die Worte »welche« und »zu zahlen sind« zu streichen,

ad 3 die Worte »welche« und »zu entrichten sind« zu streichen,

ad 4 statt der Worte »die Untersuchungen außer der festgesetzten Schlachtzeit« zu setzen »solche Untersuchungen, welche zu anderen als den dafür bestimmten Stunden stattfinden«.

ferner hier noch im ersten Absätze folgen zu lassen:

»Bestimmungen über die Benutzung der Talgschmelze bleiben vor-  
behalten.«

den zweiten Absatz wie folgt anzufangen:

»Die Höhe der Gebühren wird« u. s. w. wie im Entwurfe, jedoch  
unter Streichung der Worte »nach ihrer Festsetzung«

§. 18 statt der Worte »wird damit aufgehoben« zu setzen »tritt vom 15. No-  
vember d. J. an außer Wirksamkeit.«

Die Versammlung geht über zur Berathung der Schlachthausordnung.  
Zu derselben beantragt die Commission folgende Aenderungen:

§. 1, erster Absatz, statt der Worte »von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends«  
zu setzen: »von 6 bis 11 Uhr Vormittags und von 4 bis 8 Uhr Nach-  
mittags«

statt der Worte »Vormittags zwischen 8 und 12 Uhr und Nachmittags zwischen  
2 und 6 Uhr« zu setzen:

»in den Monaten October bis März incl. von 7 bis 11 Uhr Vormittags,  
» » » April bis September » » 6 » 10 » »  
im ganzen Jahre » » 4 » 8 Uhr Nachmittags.

Zweiter Absatz hinter dem Worte »geöffnet« hinzuzufügen:

»und finden demnach Untersuchungen nur bis 9 Uhr statt.«

§. 2 als ersten Absatz hinzuzufügen:

»Schlachtthiere, welche innerhalb 24 Stunden geschlachtet werden sollen,  
müssen in die Stallungen aufgenommen werden. Soweit der Raum  
solches gestattet, worüber der Director zu entscheiden hat, können zum  
Schlachten bestimmte Thiere auch für längere Zeit in die Stallungen ein-  
gestellt werden.

§. 5 soll heißen: »Die Gebäude, Einrichtungen und Utensilien des Schlachthaus-  
hauses sind ihrem Zwecke entsprechend und mit größter Schonung zu  
benutzen und ist dabei den Weisungen der Schlachthausbeamten unbedingt  
Folge zu leisten.

Das Anzünden und Auslöschen der Gasflammen, sowie die Hand-  
habung der Ventilationsvorrichtungen, der Dampf- und Warmwasser-  
leitungen zu den Brühkesseln geschieht lediglich durch die Beamten des  
Schlachthaus und ist jedem Unbefugten verboten.

Für etwaige Beschädigungen am Eigenthume des Schlachthaus hat  
der Urheber Ersatz zu leisten.«

§. 5 (jetzt §. 6) erster Absatz, die Worte von »namentlich gilt dies« bis »Kasbaunenwäſche« zu streichen.

§. 6 wird §. 7 und §. 7 wird §. 8.

Mit diesen Modificationen wird die Schlachthausordnung nach kurzen Debatten unter den Herren Wille, Reuter und Lucius angenommen.

### Danach

II. berichtet Herr Kybik über die Eingabe der Herren Friß Dieckmann und Genossen wegen Canalisirung in der Helmstedter Straße namens der Finanzcommission. Die gedachten Anwohner haben gebeten, ihnen die Anlage eines Canals zu gestatten, der in den Canal der Kastanienallee einmündet, wodurch das Schmutzwasser durch den Hagenbruch abgeführt wird. Die Direction der Gas- und Wasserwerke, welche zum Berichte veranlaßt ist, hat sich ablehnend geäußert und dabei unter Anderm hervorgehoben, daß der Canal nur 0,9 m tief unter die Erde zu liegen käme und die Einfallröhren dem Froste ausgesetzt sein würden. Dabei ist die Ansicht ausgesprochen, daß es nicht wünschenswerth sei, eine Canalanlage außerhalb des allgemeinen Canalisationsprojectes zuzulassen.

Die Commission hat die Angelegenheit unter Zugrundelegung der Acten nochmals erörtert und beantragt im Einverständnisse mit dem Magistrat:

»daß die gewünschte Canalisirung mit Anschluß an den Canal der Kastanienallee als provisorische Anlage unter den Bedingungen zugestanden werde, daß

- 1) die Petenten resp. die betreffenden Anlieger sämtliche Kosten übernehmen, auch das aus der nicht frostfreien Lage des Canals bezw. der Zuflußröhren erwachsende Risiko tragen,
- 2) sich verpflichten, bei Ausführung einer dem allgemeinen Canalisationsprojecte entsprechenden Canalanlage in der Helmstedter Straße zu deren Kosten ohne Rücksicht auf die von ihnen beschaffte Canalisirung beizutragen, soweit nicht der provisorische Canal oder dessen Material wieder zu verwerten steht.

Nach einigen kurzen Erörterungen unter den Herren Reuter, Ditto und dem Herrn Referenten stimmt die Versammlung den Commissionsanträgen zu.

### Sodann

III. erklärt die Versammlung nach einem Referate des Herrn Schwarzenberg über ein Schreiben des Magistrats vom 5. v. M. ihre Zustimmung zu der vom Stadtbaumeister Winter proponirten Feststellung der Niveau's zu dem Ortsbauplane über das Terrain des Hagenbruchs.

IV. Bei der projectirten Canalisirung des Dfergrabens hinter der unteren Bürgerschule an der Leopoldstraße ist es verschiedenen Anliegern nicht gut möglich, die auf ihre Grundstücke entfallenden Canalisationskosten sogleich zu entrichten. Sie haben gebeten, diese Kosten im Gesamtbetrage von 996 *M.* zu drei Viertel aus der Stadtcasse vorzuschießen. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 25. August c. anheim, auf dieses Gesuch einzugehen und zwar unter folgenden Bedingungen:

- 1) Die Vorschüsse sind mit 5% p. a. zu verzinsen und in drei gleichmäßigen Raten, am 2. Januar, 1. April und 1. Juli k. J. zurückzuzahlen.
- 2) Das den betreffenden Anliegern zu überlassende Dferterrain wird denselben nicht eher zu Eigenthum oder zur Benutzung überwiesen, als bis die vorgeschossenen Kosten nebst Zinsen voll zurückgezahlt sind.
- 3) Erfolgt die bedungene Rückzahlung der vorgeschossenen Kosten und Zinsen nicht pünktlich, so tritt die Stadt in die Rechte des säumigen Schuldners ein und erhält das demselben zuge dachte Terrain zu Eigenthum überwiesen.

Herr Kybik giebt namens der Finanzcommission die Genehmigung des Magistratsantrags anheim, welche ohne Debatte erfolgt.

#### Wie

V. Herr Bösekrug namens der Schulcommission berichtet, beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 25. v. M., der Lehrerin Müller für fernere theilweise Vertretung des erkrankt gewesenen Lehrers Röggen an der fünften mittleren Bürgerschule, welcher seine Unterrichtsstunden nur erst zur Hälfte hat wieder übernehmen können, ein ferneres Honorar von 112 *M.* 50 *S.* für 1½ Monate zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Commission wird die Verwilligung ohne Weiteres ausgesprochen.

VI. Nachdem im vorigen Jahre zur Anlegung zweier Filter in den Schulen am Südklinte und an der Pflegehausstraße 700 *M.* verwilligt worden waren, berichtete der Stadtbaurath Lappe, daß zwei schlechtes Wasser liefernde Privatbrunnen in hiesiger Stadt durch sog. Tiefbohrungen in höchst befriedigender Weise verbessert worden seien und daß es sich empfehle, zur Verbesserung der beiden Schulbrunnen nicht Filter sondern Tiefbohrungen ausführen zu lassen. Es wurde darauf zunächst in der Schule am Südklinte ein Tiefbrunnen angelegt, was 1239 *M.* 16 *S.* Kosten verursacht hat. Die chemische Untersuchung spricht in jeder Beziehung zu Gunsten des zu Tage geförderten Wassers. Die Untersuchungen seitens des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege sind noch im Gange; erst nach deren Beendigung wird in Erwägung zu nehmen sein, ob die Anlegung eines Tiefbrunnens auch für die

Schule an der Pflegehausstraße sich empfiehlt. Der Magistrat ersucht in seinem Schreiben vom 25. v. M., unter Zurückziehung der oben erwähnten 700 *M.*, die fraglichen Ausführungskosten mit 1239 *M.* 16 *S.* nachzubewilligen,

was Herr Schwarzenberg als Commissionsreferent befürwortet.

Nachdem Herr Grote noch bemerkt hat, daß die Resultate bei derartigen Tiefbohrungen sehr verschieden ausfielen, ein hiesiger Einwohner im Gegensatz zu den vom Herrn Referenten hervorgehobenen günstigen Resultaten bei Tieferlegung seines Brunnens sogar eine recht gute Salzfohle zu Tage gefördert habe,

wird die angeforderte Summe verwilligt.

VII. genehmigt die Versammlung den mittels Magistratschreibens vom 25. v. M. vorgelegten Dienstvertrag zwischen dem Magistrate und dem städtischen Executor Kohl, nachdem der Vertrag seitens des Referenten der Statutencommission, Herrn Otto, vorgelesen und erörtert war.

VIII. Nach einem Magistratschreiben vom 27. v. M. hat die städtische Armen-casse im vorigen Jahre mit den etatisirten Einnahmen die wirklichen Ausgaben nicht bestreiten können und dadurch sich zu helfen gesucht, daß sie in den letzten Monaten des vorigen Jahres bei der Stadtcasse bereits 6167 *M.* 33 *S.* von dem ihr für das laufende Jahr ausgesetzten Zuschusse von 51804 *M.* vorweg erhob und verbrauchte. Daneben sind aber auch einzelne Ausgabeposten der Armen-casse pro 1879, wie Verpflegungsfälle im Herzoglichen Krankenhause, Aufwand wegen andauernder Nahrungslosigkeit und Verpflegung armer Irren, zu niedrig veranschlagt. Die sich ergebende Fehlsomme, welche voraussichtlich 22000 *M.* betragen wird, beantragt der Magistrat zu verwilligen ---

ein Antrag, welcher vom Commissionsreferenten, Herrn von Seckendorff, empfohlen wird und danach ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

Ferner

IX. referirt Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 31. August c. — Um das neue Armen- und Krankenhaus der Benutzung übergeben zu können, ist die Anschaffung von Inventarien-Gegenständen erforderlich. Das Mobiliar im alten sog. Armenkrankenhause steht nicht zu verwenden, theils weil es mehr oder weniger abgängig ist, theils weil es in dem alten Hause nicht entbehrt werden kann. Die Zahl der städtischerseits zu verpflegenden Kranken hat sich nämlich in den letzten Jahren derart gesteigert, daß der beschlossene Verkauf des alten Hauses einstweilen unterbleiben muß. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 31. v. M., nach Anhörung der Verwaltungs-

deputation des Pflegehauses, welche das Inventarien-Bedürfniß für 140 Erwachsene und 12 Kinder bemessen hat, die anslagsmäßig erforderlichen Kosten im Betrage von 13762 M. 40 S. aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf die angeforderte Summe bewilligt wird.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Canalisirung und Umpflasterung der Wallstraße kann heute nicht mehr zur Verhandlung kommen, da die Commissionsberathungen über diesen Gegenstand noch nicht zu Ende geführt sind.

Schluß der Sitzung.

---

1879.

Fortsetzung der Beilage zu N. 227 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N. 16.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. September 1879.

Öffentlich:

- I. Canalisirung und Umpflasterung der Wallstraße.
- II. Terrainregulirung behufs Wasserableitung von den Gräben des Broihemer Weges bei der Herberge zur Grimalth.
- III. Uebertragung von Arbeiten und Zahlung einer fortlaufenden Remuneration an einen Unterbeamten.
- IV. Die Zahlung einer Remuneration für Insinuirung von Arrestverfügungen betr.
- V.—VIII. Rechnungsabschlüsse und Voranschläge über den Betrieb der Gas- und Wasserwerke, Anträge über Verwendung der Ueberschüsse zc.
- IX. Abänderung einiger Bestimmungen des Regulativs, die Wasserabgabe vom Wasserwerke betreffend.
- X. Ordnung der Verwaltung des städtischen Bauwesens i. sp. Wahl eines Hilfsbeamten des Stadtbaumeisters.
- XI. Erlaß der Zahlung von Canalisationskosten.
- XII. Wahl des Directors der Schlachthaus-Verwaltung.
- XIII. Wahl von Mitgliedern zur Schlachthaus-Deputation.
- XIV. Interpellation des Herrn Winter, betr. die Anschaffung von Inventar für das neue städtische Krankenhaus.
- XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Reuter, betr. die Untersuchung des raffinierten Petroleums in Beziehung auf seine Feuergefährlichkeit.

Entschuldigt wegen Verspätung die Herren Grote und Lucius.

Am Magistratsstische die Herren Oebürgermeister Pockels und Stadtrath Rittmeyer.

Wie, die Sitzung eröffnend,

der Herr Vorsitzende mittheilt, ist nach einem eingegangenen Magistrats-Schreiben der Lotterie-Inspector Wolff an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Solmiz zum Stadtverordneten gewählt worden.



Der Herr Vorsitzende begrüßt den anwesenden neuen Kollegen und giebt, in der Ueberzeugung, daß letzterer stets mit Ernst und Fleiß den Pflichten eines Stadtverordneten zu genügen suchen werde, die Versicherung, daß die Versammlung zu collegialischer Unterstützung allezeit gern bereit sei.

Eine Anfrage des Herrn Winter an den Stadtmagistrat:

»Ist es begründet, daß behuf Einrichtung des neuerbauten städtischen Krankenhauses ein großer Theil des neubeschafften Inventars (Betten, Wäsche ic.) von auswärts bezogen worden ist?«

und ein Antrag des Herrn Reuter:

»Die Versammlung möge vereint mit dem Magistrate das Ersuchen an das Herzogliche Staatsministerium richten, beim Bundesrathe dahin wirken zu wollen, daß künftig das raffinierte Petroleum in Bezug auf seine Feuergefährlichkeit untersucht und nur solches Petroleum zugelassen werden solle, welches den Vorschriften entspreche, die im Königreiche Großbritannien für die Einfuhr des Petroleums gültig seien (flashing point  $100^{\circ}$  Fahrenheit = ca.  $32^{\circ}$  Reaumur, burning point  $120^{\circ}$  Fahrenheit =  $39^{\circ}$  Reaumur). Ferner möge das Ministerium ersucht werden, baldigst eine Berichtigung des Gesetzes vom 22. December 1876, 16b, feuerpolizeiliche Vorschriften enthaltend, eintreten zu lassen.«

gelangen nach Erledigung der Tagesordnung zur Motivirung

Nachdem das Protokoll vom 14. August genehmigt ist

und die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung, Wahlen bezüglich des Schlachthauses, auf einen Wunsch aus der Versammlung bis nach Erledigung der übrigen Punkte verschoben sind,

I. berichtet namens der Finanz-Commission Herr Telligmann über ein Schreiben des Magistrats vom 4. September c. — Ein früherer Antrag des Magistrats auf Verwilligung der Kosten zur Canalisirung der Wallstraße war von der Versammlung f. B. mit dem Bemerken zurückgewiesen worden, daß gleichzeitig eine Umlegung des Straßenpflasters wünschenswerth sei. Nach einem Anschlage des Kreisbaumeisters ließ betragen nun die Kosten der Canalisation 3080 M., die der totalen Umlegung des Fahrpflasters und der Gassen 800 M. Von Vornahme der letzteren Arbeit glaubt der Magistrat aus verschiedenen Gründen abrathen zu sollen, besonders aber deshalb, weil bei der Canalisation selbst schon die Hauptmängel des Pflasters beseitigt werden würden, und ein durchaus erträglicher Zustand desselben erzielt werde. Der Magistrat giebt daher anheim, von einer völligen Umpflasterung der Wallstraße Abstand zu nehmen, dagegen die Canalisationskosten mit 3080 M. zu verwilligen.

Referent empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme, dabei bemerkend, daß der Canal selbst in einem glasirten Thonröhrencanale bestehen solle, welcher, in einen

Steinplattencanal geführt, durch letzteren entwässert werden würde. Es sei schon deshalb unzuweckmäßig, die Kosten für eine völlige Umpflasterung zu verwilligen, weil dann die Regierung gar nichts dazu beitrüge; diese sei aber nach den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, bei Um- und Neupflasterungen  $\frac{5}{6}$  der Kosten zu tragen.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß die im Anschlage vorgesehenen Preise für Thonröhren nach dem ihm zugegangenen neuesten Preisverzeichnisse zu hoch gegriffen seien; er gebe deshalb anheim, die Anschlagssumme dementsprechend vermindern zu lassen und unter dieser Voraussetzung die Canalisationskosten zu verwilligen.

Nachdem der Referent noch bemerkt hatte, daß dem Kreisbaumeister Dieß zur Veranlassung des Weiteren hiervon Kenntniß gegeben werden solle, wurde der Magistratsantrag unter dem Vorbehalte, daß der Anschlag die nöthige Ermäßigung erfahre, angenommen.

II. Das Terrain im nördlichen Theile des Broikemer Weges neben der Herberge zur Heimath bildet eine Niederung, welche keinen Abfluß hat; es wird dadurch zeitweilig ein Zustand herbeigeführt, welcher für die Anwohner und Passanten mit Gefahr verbunden ist. Die Direction der Gas- und Wasserwerke hat vorgeschlagen, einen provisorischen 20 cm weiten Röhrencanal von den tiefsten Punkten der dortigen Chausseegräben bis zu dem nördlichen Einfallschachte an der Hohenthorbarriere herstellen zu lassen, was 682 *M.* kosten werde. Die bei dieser Anlage interessirten Eigenthümer, Bierbrauer Balhorn, Fuhrherr Kricke und der Vorstand der Herberge zur Heimath haben sich bereit erklärt, jeder 100 *M.* zuzuschießen, so daß aus städtischen Mitteln nur noch 382 *M.* zu decken wären, welche Summe der Magistrat in seinem Schreiben vom 1. September c. zu bewilligen beantragt.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Kunken referirt, hat die Angelegenheit geprüft und kann den Antrag nur zur Annahme empfehlen.

Herr Winter giebt zu bedenken, ob man sich nicht bei einem solchen Beschlusse, ein Ableitungsrohr nach dem tiefer gelegenen Hohenthor hinzuführen, der Inconsequenz schuldig mache, da man den Anliegern der Helmstedter Straße die Abführung der Abwässer nach dem Steinthor zu, wo doch genügendes Gefälle vorhanden sei, früher verboten habe.

Herr Nieß. Den Anwohnern der Helmstedter Straße sei die Canalanlage unter der Bestimmung zugebilligt worden, daß sie sich verpflichteten, zu den Kosten der demnächstigen allgemeinen Canalisation ohne Rücksicht auf die bereits beschaffte Anlage beizutragen. Die Gerechtigkeit erfordere, daß im gegenwärtigen Falle eine gleiche Bestimmung getroffen werde.

Herr Stadtrath Rittmeyer bemerkt, daß zwischen den von den Herren Vordnern erwähnten Fällen doch ein Unterschied vorhanden sei, da in der Helmstedter Straße das Interesse der Anlieger in erster Reihe stand, hier aber erst in zweiter.

Daß sich in der Niederung sammelnde Wasser sei zu einer öffentlichen Calamität geworden, so daß die Herzogliche Polizei-Direction auf schleunige Abhülfe dieses Uebelstandes angetragen habe. Für den Vortheil, welcher den Anliegern aus der Canalisation erwachse, zahlten sie aber auch jeder 100 *M.*

Herr Reuter. Die Gräben, welche die Broihemer Straße entwässern, hatten früher einen Abfluß über die Goslarsche Straße nach dem Hohenthore zu. Durch Umlegung der letztgedachten Straße sei den Gräben die Vorfluth entzogen; diese müsse wieder hergestellt werden, auch wenn die Anlieger nichts dazu bezahlten.

Herr Nieß stellt darauf den Antrag, dem Magistratsantrage unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Anlieger durch Zahlung der 100 *M.* nicht von der Zahlung der vollen Kostensumme bei der künftigen definitiven Kanalanlage entbunden werden.

Darauf wird der Magistratsantrag einschl. Amendement Nieß angenommen.

### Wie

III. Herr von Seckendorff berichtet, beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 9. September c. die Annahme eines Schreibers in der Person des Sergeanten und Brigadeschreibers Dyperrmann, mit einer jährlichen Remuneration von 900 *M.*, vom 1. October c. an.

Auf Empfehlung der Commission wird der Antrag ohne Weiteres genehmigt.

IV. In einem fernerem Schreiben vom 1. September c. beantragt der Magistrat, die bislang vom penf. Polizeisergeant Krafke besorgte Insinuirung der Arrestverfügungen auf Mobilien und Löhne, wegen rückständiger Gemeindesteuern, bis auf Weiteres dem prov. Armenboten Hillewerth gegen eine Remuneration von monatlich 40 *M.* zu übertragen, da Krafke seines vorgerückten Alters wegen zur Besorgung dieser Geschäfte nicht mehr im Stande ist.

Auch dieser Antrag wird auf Befürwortung des Referenten der Finanz-Commission, Herrn Rybik, ohne Debatte angenommen.

### Danach

berichtet Herr von Seckendorff über 4 Magistratschreiben, sämmtlich vom 5. September c., die Gas- und Wasserwerke betreffend.

V. Mit dem ersten Schreiben, welches den der Versammlung in autographirten Exemplaren vorliegenden Jahresbericht der Direction der Gas- und Wasserwerke über das städtische Gaswerk für das Betriebsjahr vom 1. Juli 1877/8 betrifft, wird beantragt, der gedachten Direction Decharge zu ertheilen. Ferner wird darin beantragt, den nach Abzug der bestimmungsmäßig auszuloosenden 26 Stück Obligationen zu 7800 *M.* noch bleibenden Ueberschuß von 179135 *M.* 95 *S.* 1. zur Abzahlung auf die

Baukosten der neuen Fabrik 110000 *M.*, 2. als dritte Rate für den Bau von Bureau und Werkstätten 69135 *M.* 95 *S.* zu verwenden.

Nachdem Herr Krampe namens der von der Deputation für Gas- und Wasserwerke zur Revision der Bücher des Gaswerks gewählten Commission die Richtigkeit der Bücher constatirt hat,

wird hinsichtlich des Gaswerks pro 1877/8 Decharge ertheilt und der Verwendung des Ueberschusses, wie beantragt, zugestimmt.

VI. Mit dem zweiten Schreiben wird der Rechnungsabschluß des Wasserwerks für das Jahr 1878 vorgelegt und beantragt, der Direction Decharge zu ertheilen. Auf Vorschlag der gedachten Direction wird ferner beantragt, daß von dem Gesamtgewinn von 83754 *M.* 78 *S.*,

4500 *M.* auf Amortisation von Obligationen verwendet,

1366 *M.* 69 *S.* dem Anlageconto als nicht zu verzinsendes Capital für Erweiterung des Röhrennetzes zugeschrieben,

73971 *M.* 83 *S.* zur Deckung der Restkosten für die Belegung der Wallpromenade mit neuen Hauptrohren benutzt,

3916 *M.* 26 *S.* auf die 1873er Anleihe von ursprünglich 75000 *M.*, jetzt noch 25000 *M.*, zurückgezahlt werden.

Schließlich wird noch beantragt, zur vollständigen Tilgung dieser Anleihe 21083 *M.* 74 *S.* dem Betriebsfonds zu entnehmen, welcher sich dadurch auf 35292 *M.* 26 *S.* vermindern wird.

Die Finanz-Commission empfiehlt die Vorschläge zur Annahme, worauf die Magistratsanträge genehmigt werden.

Herr Otto führt aus, daß nach seinem Dafürhalten die Landesregierung zu einem Beitrage zur Erweiterung des Röhrennetzes auf dem Walle herangezogen werden könne.

Herr Reuter. Wie auf Seite 4 des autographirten Berichts zu ersehen sei, betrage die Gesamtsumme, welche die Herzogliche Landesregierung bis jetzt gezahlt habe, 243849 *M.* 55 *S.*; eine weitere Abrechnung als diese habe mit der Regierung nicht stattgefunden. Es sei richtig, daß zu den inzwischen vorgenommenen Erweiterungen, wie z. B. Vermehrung der Dampfkessel, Vergrößerung von Pumpen u., die Landesregierung einen Zuschuß werde leisten müssen und es frage sich, ob solches nicht auch zur Erweiterung des Röhrennetzes auf den Wallpromenaden zu geschehen habe. Man könne die Landesregierung unter Uebersendung einer Zusammenstellung um Zahlung des betreffenden Zuschusses ersuchen, da übrigens in nächster Zeit Verhandlungen über die Erweiterung der Wasserwerke bevorständen, so werde es zweckmäßiger sein, dann diese Angelegenheit unter eins zu erledigen.

## Danach

VII. wurde der mit dem dritten Schreiben des Magistrats übersandte Etat für das Gaswerk für das Betriebsjahr 1879/80, vorbehaltlich der Verminderung des Ueberschusses um 41400 *M.* durch eine noch zu beschließende Aenderung in der Beleuchtung mit einem Ueberschusse von 171812 *M.* genehmigt.

VIII. In dem vierten Schreiben beantragt der Magistrat zu beschließen, daß der Preis des Gases, welcher bisher 24 *R.* pro Cubikmeter betrug, vom 1. October c. an auf 22 *R.* pro Cubikmeter herabgesetzt werde. In der Commission war zur Sprache gebracht, ob nicht eine weitere Ermäßigung des Gaspreises auf 20 *R.* zulässig sei; es wurde der Magistrat um seine Ansicht darüber ersucht. Dieser ist aber in seiner heutigen Sitzung zu dem Schlusse gelangt, daß eine derartige Ermäßigung jetzt noch nicht opportun sei. Dann hat die Direction der Gaswerke aus Veranlassung des Antrags des Herrn Winter, auch vor den Thoren der Stadt Nachtlaternen einzurichten, eine anderweite Regulirung der Straßenbeleuchtung in Erwägung gezogen, hat aber einer Beleuchtung, wie vorgeschlagen, nicht ganz zustimmen können. Sie ist im Gegentheil von der Ansicht ausgegangen und beantragt, daß eine zweckmäßige Straßenbeleuchtung nur dadurch zu erzielen sei, daß die Laternen, unter Abänderung der Größe einiger Brenner, da wo dieselben zweckmäßig verkleinert werden können, bis zwischen 10 und 11 Uhr unter demselben Drucke wie bisher, von da ab bis zum Tagesanbruch aber unter vermindertem Drucke brennen zu lassen. Nach dem autographirten Berichte der Direction soll festgestellt werden, daß eine Laterne in den Abendstunden durchschnittlich 130 Liter Gas, des Nachts nur 80 Liter consumiren soll. Eine nothwendige Folge dieser Aenderungen würde sein, daß noch ein zweiter Controleur angestellt und den Wärtern eine Zulage von je 6 *M.* pro Monat zuzubilligen sein würde.

Die Finanzcommission giebt anheim, diese Anträge zu genehmigen; es würde danach selbstverständlich die betreffende Position des Etats, der unter Vorbehalt genehmigt ist, zu reduciren sein.

Von der Direction wird eine fernere Aenderung, welche mit den soeben besprochenen Hand in Hand geht, beantragt: die verschiedenen Preise der Abend- und Nachtlaternen von 42 resp. 80 *M.*, durch die Bank auf 60 *M.* pro Laterne festzustellen.

Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden werden die Anträge mit Ausnahme desjenigen über die Verminderung des Gaspreises, zur Abstimmung gebracht und ohne Weiteres genehmigt.

Vorsitzender. Daß bei den erfreulichen Betriebsergebnissen des Gaswerks der Gaspreis noch eine größere Ermäßigung erfahren könne, sei außer Zweifel, es frage

sich nur, ob es jetzt schon zweckmäßig sei. Es hänge die Entscheidung dieser Frage ja wesentlich damit zusammen, wie sich der Preis der Materialien, namentlich der Kohlen, in Zukunft gestalten werde, ferner, wie man den Werth des Etablissements annehme, und man für zweckmäßig halte, erhebliche Abschreibungen vornehmen zu lassen oder nicht. Vom Standpunkte des Industriellen aus könne er sich nur gegen eine größere Ermäßigung, als die vom Magistrate beantragte, aussprechen. Wenn es auch nicht wahrscheinlich sei, so sei es bei den ungeheuern Fortschritten der Industrie doch sehr wohl möglich, daß binnen Kurzem eine andere Art von Beleuchtung sich Bahn brechen werde, und dann müßten die Gaswerke mindestens schuldenfrei sein. Wenn der Gaspreis um 2  $\mathcal{L}$  ermäßigt würde, so werde man die Consumenten nicht übertheuern, da sie ihr Licht dann billiger hätten, als die Consumenten in einem großen Theile Braunschweig ebenbürtiger Städte. Wenn er nicht irre, koste das Cubikmeter Gas in Magdeburg 20  $\mathcal{L}$ , damit sei aber das Licht nicht billiger, weil dort der Gasconsum ein größerer sei. Wenn man die häufigen Klagen über zu hohe Gasrechnungen höre, dann müsse man aber auch den Consum ansehen, und dieser sei nach seiner Ansicht mitunter höchst luxuriös. Man könne, namentlich in vielen Geschäftslocalitäten, wirklich mit einem großen Theil weniger Gas fertig werden, ohne daß die Geschäfte dadurch beeinträchtigt würden — Gründe, die auch nicht grade dafür redeten, daß man die Gaspreise noch weiter ermäßige, als der Magistrat beantragt habe. Er könne nicht einsehen, daß es ein Malheur wäre, wenn man bei einer Gleichstellung der hiesigen Gaspreise mit denen anderer Städte jährlich verschiedene Tausende mit den Gaswerken verdiene, und, wenn sich nichts mehr abzuschieben finde, den Gewinn zu anderen Zwecken im Interesse der Stadt verwendete. Die Möglichkeit der Einführung des electrischen Lichtes lasse ihn wünschen, daß die Abschreibungen so rasch wie möglich vor sich gehen möchten, denn die industriellen Etablissements, wenn sie einmal außer Betrieb kämen, seien dann auch gar nichts mehr werth; er verweise dabei nur auf die Wagenbauanstalt und die Walzwerke. Man solle sich für's Erste mit der vom Magistrate vorgeschlagenen Ermäßigung zufrieden geben; man könne ja die Sache immer wieder aufnehmen und eine weitere Ermäßigung der Zukunft überlassen.

Herr Winter kann sich gleichfalls nur für den Magistratsantrag aussprechen und zwar noch aus anderen Gründen. Er möchte der Deputation der Gas- und Wasserwerke anheim geben, an eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung zu denken und dafür zu sorgen, daß die in der Stadt, sowohl innerhalb als außerhalb der Thore, noch befindlichen dunkelen Punkte auch ferner von der Deputation berücksichtigt würden. Er habe schon zwei Mal Veranlassung genommen, in der Versammlung hierüber zu sprechen und auch bezüglich Anträge gestellt; der letzte im Februar c. von ihm eingebrachte Antrag, wobei er einige Straßen namhaft gemacht habe, die einer bessern Beleuchtung sehr bedürftig seien, sei bis jetzt noch immer unberücksichtigt geblieben.

Hannover habe 800 Hektar bebautes Terrain, Braunschweig 580 Hektar bebautes resp. umbautes, Hannover 2383 öffentliche Straßenlampen, Braunschweig dagegen nur 852. Wenn auch nicht zu verkennen, daß das hiesige Gas besser sei als dort, so sei es doch auch ein bedeutender Unterschied, ob man auf 100 Schritt  $1\frac{1}{2}$ —2 oder 4—5 Laternen habe.

Referent kann aus Erfahrung berichten, daß das Gas in Hannover allerdings so schlecht sei, daß es in den Bureaux der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekbank abgeschafft und dort die Petroleumbeleuchtung eingeführt sei.

Herr Rybik. Die Frage wegen weiterer Ermäßigung des Gaspreises sei in der Commission zur eingehenden Erörterung gekommen. Es sei zwar der Wunsch der Commission gewesen, eine Verständigung mit dem Magistrat herbeizuführen, es sei aber auch Abrede getroffen, daß, wenn der Magistrat sich nicht ohne Weiteres auf eine größere Ermäßigung einlassen zu können glaube, die Angelegenheit nochmals an die Commission zurückgegeben werden solle. Dies sei, was er hiermit constatare, gleichwohl nicht geschehen. Man wisse allseitig, in welchem Maße sich Herr Reuter Verdienste um die Gasbeleuchtung der Stadt erworben habe, und es könne sich hier durchaus nicht darum handeln, dessen Vorschläge in irgend einer Weise bemängeln zu wollen. Die städtischen Behörden könnten sich aber nicht auf den rein finanziellen Standpunkt stellen, den Herr Reuter principiell festhalten müsse. Bei einem Ueberschusse von jährlich ca. 135 000 *M.* sei in 4 oder 5 Jahren ohne Anrechnung der Grundstückswerthe, die Tilgung des Buchwerths der Gasanstalt beendigt. Es handle sich jetzt um die Frage, ob man nicht, wie in anderen Städten, den schlechten Zeitverhältnissen Rechnung tragen und dem Publikum durch Erleichterung seines Gasconsums nach Kräften beizuhelfen müsse. Es werde von den hiesigen Ladenbesitzern, die es der Concurrenz wegen nicht in der Hand hätten, ihren Gasverbrauch nach Belieben herabzumindern, über den Gaspreis geklagt und das nicht mit Unrecht. Nach seiner Kenntniß der Verhältnisse gebe es in hiesiger Stadt viele große Ladengeschäfte, die in den letzten Jahren fast umsonst gearbeitet hätten. Uebrigens sei eine Beschränkung des Gasconsums in den Geschäftslocalen, die als möglich bezeichnet sei, im Interesse der Straßenbeleuchtung nicht einmal erwünscht. Bei einer Ermäßigung von 16% bleibe immer noch ein Ueberschuß von 100 000 *M.* und das genüge, um eine angemessene Amortisation des Buchwerths der Gasanstalt herbeizuführen. Man müsse deshalb ernstlich erwägen, ob es nicht Pflicht sei, jetzt schon eine Herabsetzung auf 20 *L.* im Interesse des Publikums eintreten zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß beim Steigen der Kohlenpreise die Gaspreise wieder erhöht werden müßten. Eine Vermehrung der Straßenlaternen sei auf Kosten der Gasconsumenten, wie Herr Winter meine, unzulässig. Die betreffenden Kosten fielen der Stadtcasse zur Last. Herr Winter verwechsle den Stadtsekel und die Tasche des Privatconsumenten.

Herr Reuter. Für ihn persönlich sei es gleichgültig, wie der Gaspreis normirt werde; er habe aber von Anfang an, als er die Leitung der Gasanstalt übernommen,

an dem Grundsatz festgehalten, daß die Anlage nicht theurer zu Buche stehen müsse, als die Gebäude und der Grund und Boden unter allen Umständen werth seien. Das ganze Rohrnetz würde, wenn das Gas durch irgend einen anderen Beleuchtungsstoff verdrängt werden sollte, keinen Pfennig mehr werth sein. Nun scheine der Zeitpunkt, wo die Amortisation beschafft sei, schon sehr nahe zu liegen, es nahe aber auch der Moment, wo wieder an die Erweiterung gedacht werden müsse. Es müsse in einigen Jahren ein neues Hauptzuleitungsrohr in die Stadt geführt und das neue Retortenhaus weiter ausgebaut werden, die Anlegung eines 5. Gasometers werde bald darauf erforderlich, so daß man auf ca. 600 000 *M.* Ausgaben rechnen müsse; man komme dann also wieder sehr in die Schuld hinein und es sei sehr rationell, zu solchen Ausgaben vorher einige Mittel anzusammeln. In Berlin habe man die Gasanstalten zu einer erheblichen Einnahmequelle gemacht, aber die Werke ständen so hoch zu Buche, daß eine große Calamität entstehen würde, wenn dieselben durch Einführung anderweitiger Beleuchtung einmal entwerthet werden sollten. Wenn Herr Kybik meine, es würde mit Recht über hohe Gaspreise geklagt, so müsse er dem entschieden widersprechen. In Berlin sind zu einem Lichte gleich 17 bis 18 Kerzen pro Stunde 195 Liter Gas erforderlich, dieselben kosten zu dem Berliner Gaspreise von 16 *S.* pro Cubikmeter, 3,12 *S.* Hier sollen zu 17 bis 18 Kerzen Licht stündlich nur 120 Liter Gas erforderlich sein, welche zu 22 *S.* pro Cubikmeter 2,64 *S.*, also 0,48 *S.* weniger kosten. Die officiellen Ermittlungen der beeidigten Sachverständigen ergeben in beiden Städten durchschnittlich eine gleiche Leuchtkraft von etwa 17,5 Kerzen für die angegebenen Gasmengen. Folglich sind 195 Liter Berliner Gas und 120 Liter Braunschweiger Gas in ihrer Wirkung ganz gleich und ist daher der Gaspreis hier allerdings um 37,5 Procent höher, das Licht aber um 18,1 Procent billiger als in Berlin. In Paris kostet das Cubikmeter Gas 30 Cts. = 24 *S.*, also genau so viel wie bisher in Braunschweig, er könne aber an von Paris mitgebrachten Brennern nachweisen, daß man zur Erzielung genau derselben Effecte von dem hiesigen Gase 30 Procent weniger gebrauche, als von dem Pariser; das Licht sei hier also schon bislang 30 Procent billiger gewesen als in Paris. Der zuletzt hier gewesene Circus-Director habe sich sehr gewundert, daß seine Gasrechnung nicht größer gewesen sei. Auch die hiesige kaiserliche Ober-Postdirection habe sich den Beweis verschafft, daß das Licht hier sehr billig sei; dieselbe habe sich die jährliche Ausgabe für Licht von 12 anderen Ober-Postdirectionen kommen lassen und dabei gefunden, daß sie bedeutend weniger zahle als diese. In Hannover seien allerdings mehr Laternen, auch sei der Preis des Gases dort niedriger, das beweise aber weiter nichts, als daß dort vollständig andere Verhältnisse wie hier beständen. Die englische Continental-Gas-Gesellschaft in London, welche Hannover seit 1825 mit Gas versorge, habe stets eine Verlängerung des Vertrages zu erzielen gewußt und sei jetzt bis zum 1. Juli 1900 monopolisirte Lieferantin von Röhrengas für Hannover; sie berechne dagegen der



Stadt für jede Laterne nur 25 *M.* 50 *S.*, während sie z. B. in Cöln die Straßenbeleuchtung ganz unentgeltlich geliefert habe. Es seien das die ungünstigsten Verhältnisse, in welche eine Stadt hinsichtlich der Beleuchtung gerathen könne. Die Gasconsumenten zahlten dann factisch eine Gassteuer an eine Gesellschaft, von welcher Steuer die Stadt nur einen sehr geringen Theil durch billige Berechnung der Straßenbeleuchtung erhalte. Die gerühmten Hannoverschen Verhältnisse müssen einfach danach beurtheilt werden, daß dort 6 Cubikfuß engl. = 169,9 Liter Gas pro Stunde verbrannt, 13 Kerzen Licht geben sollten, eine Wirkung, welche hier mit 90 Liter Gas erreicht werde. — Nach dem Allen könne er, unter vollständiger Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen, nur anheim geben, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Winter muß nochmals bitten, nicht auf 20 *S.* herunterzugehen; wenn Herr Rybiß meine, daß er sich einer Verwechselung des Stadt- und Consumenten-sockels schuldig mache, so müsse er dem widersprechen; denn wenn 22 *S.* beibehalten würden, so habe das Gaswerk größeren Nutzen, man könne mehr abschreiben und also auch billigere Preise für die Stadt stellen; etwas komme der Stadt also immer wieder zu Gute.

Herr Steinacker schließt sich den Ausführungen des Herrn Reuter an und warnt, in diesem Jahre verhältnißmäßig bedeutende Abschreibungen vorzunehmen. Wie die Verhältnisse für die Stadt liegen, könne man nicht voraussehen. Wenn die Consumenten 22 *S.* statt 20 *S.* zahlten, so sei das eine indirecte Steuer, von der sie nicht soviel gewahr würden, als wenn ihre Hülfe durch directe Steuern in Anspruch genommen würde. Zur Rechtfertigung dieser indirecten Steuer könne man aber sehr gut anführen, daß das Gas nicht ganz allein im Interesse der Industrie und des handelstreibenden Publikums verbraucht würde. Auch der Luxus würde bei einer größeren Ermäßigung bedeutend profitiren und er sehe nicht ein, weshalb man dem zu Gefalle so wesentliche Preisermäßigung vornehmen wolle. Wenn es daher einigermaßen angehe, so solle man nach dieser Richtung hin ganz allmählig vorgehen.

Herr Rieß. Die der Versammlung alljährlich zugehenden Berichte der Direction der Gas- und Wasserwerk seien stets so musterhaft abgefaßt, die Zahlen so übersichtlich zusammengestellt, daß selten Veranlassung zu Ausstellungen vorhanden sei. Noch nie sei aber so viel Erfreuliches versprochen wie für nächstes Jahr, so daß es ihm wünschenswerth erscheine, daß die Versammlung die Anträge als ein Ganzes auffasse und denselben ohne irgend eine Aenderung ihre Zustimmung ertheile. Es könne auch so ungemein nicht ins Gewicht fallen, ob noch 2 *S.* mehr ermäßigt würden, wie Herr Rybiß wünsche, oder nicht. Man möge es bei der Ermäßigung auf 22 *S.* bewenden lassen; event. könne man ja im nächsten Jahre weitere Ermäßigungen eintreten lassen. Wenn der Preis jetzt noch mehr herabgesetzt werde und die Kohlenpreise zwingen, ihn wieder zu erhöhen, so sei das auch nichts Angenehmes.

Vorsitzender. Als Mitglied der Deputation der Gas- und Wasserwerke halte er es für seine Pflicht, vor Schritten zu warnen, die nicht im Interesse der Stadt liegen. Ob die Hannoveraner mehr Licht in den Straßen hätten, als die Braunschweiger, wolle er dahingestellt sein lassen. In anderen Städten habe man in Bezug auf die Beleuchtung gewisse Renommirstraßen; mit diesen könne man die gleichmäßige Beleuchtung in unseren Straßen nicht in Vergleich bringen. Die Kohlenpreise müßten nach seiner Ansicht wieder steigen, da dieß zur Existenz der Kohlenwerke erforderlich sei. Ueber die Klagen der Gasconsumenten über zu hohe Preise könne man sich nicht wundern, die seien von jeher vorhanden gewesen. Es gehe damit, wie mit den Klagen der Landwirths über schlechte Ernten und der Zuckerproducenten über den geringen Zuckergehalt der Rüben.

Herr Oberbürgermeister Pockels. Das Verlangen einiger Commissionsmitglieder nach einer über den Magistratsantrag hinausgehenden Ermäßigung des Gaspreises habe ihm Veranlassung gegeben, dem Magistrat in der heutigen Sitzung die Frage nochmals zur Prüfung und Beurtheilung zu unterbreiten, ob eine Ermäßigung von 24  $\mathcal{A}$  auf 20  $\mathcal{A}$  zulässig und rathsam erscheine. Im Laufe der heutigen Debatte und speciell aus den von Herrn Reuter und Schöttler hervorgehobenen Gründen habe sich der Magistrat nun einstimmig dahin entschieden, auf eine weitere Ermäßigung als auf 22  $\mathcal{A}$  sich für jetzt nicht einzulassen. Da neue Gründe für eine weitergehende Ermäßigung im Laufe der Debatte nicht vorgekommen, die alten aber schon alle erwogen seien, so könne er schon jetzt in bestimmte Aussicht stellen, daß ein etwa dahin gehender Beschluß der Versammlung, den Preis des Gases von 24  $\mathcal{A}$  auf 20  $\mathcal{A}$  herabzusetzen, die Zustimmung des Magistrats nicht erhalten würde.

Herr Rybik. Wenn der Magistrat sich so entschieden gegen seinen Antrag ausspreche, so sei das mit dem bei der Commissionsberathung eingenommenen Standpunkte schwer zu vereinigen. Er habe seinen Antrag mit Rücksicht darauf gestellt, daß die Lage der meisten Geschäfte eine andere sei, als die der Maschinenbauanstalt. Bei einem Gaspreise von 20  $\mathcal{A}$  würden 25 Procent Plus gemacht werden; man werde einen Reingewinn von 100 000  $\mathcal{M}$  dabei erzielen und da könne man es nicht verantworten gegenüber dem Publikum, daß die Gasanstalt in Ausübung ihres Monopoles einen noch höheren Reingewinn zu erzielen strebe und in wenig Jahren zur Amortisation gelange. Eine Einführung der electrischen Beleuchtung stehe vorläufig noch nicht in Aussicht, und wenn auch, so könne sie immer noch 4 Jahre fern gehalten werden. Wenn aber in späteren Jahren auf die Anlegung noch eines Gasometers Bedacht genommen werden müsse und man diese Eventualität ins Auge fassen wolle, dann handele es sich um Beibehaltung der Gasbeleuchtung, dann könne so weiter gearbeitet werden, daß die nöthigen Mittel nicht fehlten. Er bemerke, daß die Gasanstalt mit einem Werthe von 54 000  $\mathcal{M}$  zu Buche stehe, zu dessen Tilgung augenblicklich 140 000  $\mathcal{M}$  parat seien; bei 22  $\mathcal{A}$

Gaspreis werde also der Rest in 3 Jahren voll getilgt, der Grund- und Gebäudewerth aber außerdem verdient sein. Er bitte nochmals, eine Ermäßigung auf 20 A, die finanziell vollkommen gerechtfertigt sei, zu beschließen. Dann werde der Magistrat die Sache auch wohl noch einmal in Erwägung ziehen und voraussichtlich nicht in der Weise auf seinem Widerspruche beharren, wie er es soeben zum Ausdruck gebracht habe.

Herr Telligmann schließt sich den Ausführungen des Herrn Kybik an. Herrn Steinacker müsse er bemerken, daß die Consumenten sehr wohl am Monatschlusse spüren würden, wenn man ihnen im Gasconsum eine indirecte Steuer auferlegte.

Herr Winter beantragt, die Preisermäßigung auf 22 A anzunehmen, schon deshalb, weil durch eine Vertheuerung der Kohlen bei einer größeren Ermäßigung späterhin möglicherweise wieder eine Erhöhung des Gaspreises eintreten könnte.

Herr Reuter. Der Preis der Kohlen, welcher nach seiner Erfahrung bisher zwischen 12 und 19 A pro Cubikmeter Gas variirt habe, spiele bei der Gasfabrikation, wie man hieraus ersehe, eine ganz bedeutende Rolle, bei uns um so mehr, wo, um ein Gas von höherer Leuchttrast als andernwärts zu erzielen, viel bituminöser Schiefer verwandt würde; man könne sich also nicht daran erholen, daß bei theuern Kohlenpreisen auch die zu verkaufenden Coaks mehr Erträge lieferten, weil der bituminöse Schiefer entweder gar keinen oder nur geringwerthigen Coaks liefere. Außerdem müsse man die herzustellenden Erweiterungen im Betrage von 600 000 M. und deren Zinsen zu mindestens 24 000 M. berücksichtigen. Man könne also nicht sagen, daß bei einem Preise von 20 A die Anstalt der Stadt nicht zu einem nicht vorher zu sehenden Zeitpunkt mehr koste, als Gebäude, Grund und Boden werth sind. Das müsse man aber zu vermeiden suchen. Uebrigens wolle er sich anheischig machen, nachzuweisen, daß es in Deutschland keine Stadt gebe, wo man billigeres Gaslicht habe als in Braunschweig.

Herr Lösekrug hält es für angebracht, da hier von Herrn Kybik die Ladenbesitzer erwähnt seien, von diesem Standpunkte aus einige Worte zu sagen. Er gehöre zu den Ladenbesitzern, die, wie Herr Schöttler bemerkt habe, einen zu großen Luxus mit Gasbeleuchtung treiben; dieser Luxus sei aber nach seinem Daseinhalten nothwendig und nicht zu umgehen. Wenn er sein Privatinteresse zu vertreten habe, so würde er für den niedrigsten Gaspreis sein, doch müsse er auch gestehen, daß die Differenz von 8 Procent des Gaspreises bei den sonstigen großen Unkosten nicht so in's Gewicht falle. Was ihn mehr leid thue, als ein paar Pfennige mehr zu zahlen, sei, daß die Waaren durch das Gas verdorben und die Farben ausgezogen würden. Da er hier nun aber nicht sein persönliches, sondern das allgemeine Interesse zu vertreten habe, so wolle er mit einer vorläufigen Ermäßigung auf 22 A zufrieden sein und anheimgeben, im nächsten Jahre, wenn die Verhältnisse es erlaubten, mit weiterer Ermäßigung vorzugehen.

Herr Rybig hält wiederholt nicht für richtig, bei solcher Finanzlage des Instituts nur auf 22 A. herabzugehen. Spätere Reductionen kommen nicht der gegenwärtigen, ungünstigen Geschäftslage zu Gute. Die finanzielle Lage des Gaswerks gestatte nicht nur, sondern erheische eine Reduction auf 20 A. Er bitte nochmals, seinen Antrag anzunehmen.

Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Rybig, welcher als der weitestgehende zunächst zur Abstimmung kommt, wird abgelehnt,

dagegen der Magistrats- resp. Commissionsantrag angenommen.

IX. Die Direction der Gas- und Wasserwerke hält einige Abänderungen des Regulativs über die Wasserabgabe seitens des städtischen Wasserwerks für erforderlich. Die Deputation für Gas- und Wasserwerke ist mit diesen Aenderungen, welche meist redactioneller Natur sind, einverstanden, weshalb sie der Magistrat in seinem Schreiben vom 7. September c. zur Annahme empfiehlt.

Referent Otto verliest die Abänderungen und schließt sich namens der Statutencommission den Magistratsanträgen an, wonach dieselben genehmigt werden.

Weiter

X. berichtet Herr Otto namens der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 7. September c. — Der Entwurf zu dem neuen Statute über die Ordnung des Dienstes bei der hiesigen städtischen Verwaltung, welcher im laufenden Monate noch zur Vorlage gelangen soll, nimmt hinsichtlich der Organisation des städtischen Bauwesens zur Ausführung des Beschlusses der Versammlung vom 28. November v. J. die Constituirung nachstehend getrennter Verwaltungen in Aussicht:

- 1) die Hochbauverwaltung, bestehend aus dem ersten städtischen Baumeister, als verantwortlichem Chef, 2 Baumeistern, einem Geometer, 3 technisch gebildeten Hilfsbeamten zur Aufsichtsführung auf den Baustellen, zur Beaufsichtigung der Bauten und zur Erledigung von Bureauarbeiten;
- 2) die Canal- und Wegebauverwaltung, bestehend aus dem ersten städtischen Ingenieur als verantwortlichem Chef, und einem technisch gebildeten Hilfsbeamten oder einem Baumeister.

Der Magistrat sieht sich schon jetzt in der Lage, die Anstellung eines geprüften Baumeisters in Antrag zu bringen, welchem die Handhabe der Baugesetze, die Prüfung der Baupläne, Revisionen der von Privaten ausgeführten Neu- und Reparaturbauten, Revision der Feuerstätten-Anlagen und Erstattung von Gutachten über die von Herzoglicher Polizei-Direction gestellten, die Bau- und Feuerpolizei betreffen.

den Fragen, zu übertragen sein wird. Die Auffindung einer für die beregten Geschäftszweige geeigneten Persönlichkeit bietet besondere Schwierigkeiten. Es zeigt sich aber gerade jetzt eine günstige Gelegenheit, die Stelle mit einem qualifizirten Beamten zu besetzen und zwar in der Person des Baumeisters Meyer, welcher gegenwärtig bei staatlichen Hochbauausführungen in Wolfenbüttel beschäftigt wird und von zuständiger Seite als ein tüchtiger und besonders zuverlässiger Beamter empfohlen ist. Der Magistrat trägt nun darauf an

- 1) das behuf Besetzung der Stellen von städtischen Hilfsbeamten vorgeschriebene Präsentations- und Wahlverfahren, im vorliegenden Falle die Genehmigung der Landesregierung vorausgesetzt, außer Anwendung zu lassen,
- 2) den Baumeister Fr. Meyer zu Wolfenbüttel mit dem normirten Minimalgehalte von 2400 M. und unter den sonstigen statutarisch vorgeschriebenen Bedingungen vom 1. October c. an zum dritten städtischen Baubeamten zu ernennen.

Die Statutencommission hat nach reiflicher Ueberlegung sich der Ansicht nicht verschließen können, daß dem jetzigen Leiter des städtischen Bauwesens in der That eine Hülfe geschaffen werden müsse; sie giebt daher anheim, unter Abstandnahme von dem statutarisch vorgeschriebenen Präsentations- und Wahlverfahren den Baumeister Meyer zu dem gedächten Posten zu wählen.

Herr Lucius hat gegen die Sache selbst nichts einzuwenden, er sei überzeugt, daß dieselbe von der Commission hinlänglich geprüft sei; er wolle sich nur dagegen verwahren, daß es zur Regel werde, bei solchen wichtigen Fällen immer nur einen Candidaten zu präsentiren. Man müsse es gewissermaßen als ein testimonium paupertatis bezeichnen für unser Land, daß nicht mehr als ein passender Bewerber habe in Vorschlag gebracht werden können. Er sei zwar kein Lokalpatriot, der für eine bestimmte Stadt schwärme, aber es habe ihn nicht angenehm angemuthet, daß nicht wenigstens ein Braunschweiger, speciell aus unserer Stadt, vorgeschlagen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels. Meyer solle lediglich mit Wahrnehmung der von Herzoglicher Polizei-Direction zu betreibenden Bauangelegenheiten beschäftigt werden und das sei für einen wissenschaftlich gebildeten Beamten ein Geschäftskreis, der einen ziemlichen Grad von Resignation voraussetze. Es fänden sich so leicht keine zwei ferneren Candidaten, weil es sich um eine Stellung handele, die nicht sehr viel interessante Seiten darböte. Wenn aber die Versammlung noch irgend passende Persönlichkeiten nennen könne, so sei der Magistrat bereit, sie mit in Vorschlag zu bringen.

Herr Rieß schließt sich den Ausführungen des Herrn Vorredners an. Die Bewerbung eines im Staatsdienste beschäftigten Baumeisters um eine Stelle in städtischen Diensten sei mit dem Odium verbunden, durchfallen zu können, da in der Regel der vom Magistrat in erster Linie vorgeschlagene gewählt werde. Solchen Mißerfolg

halte aber Mancher für eine Discreditirung. Die Vorlage selbst begrüße er mit Freuden. Durch die Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten Mannes könne man darauf rechnen, daß man im Verkehr mit ihm höflichen Formen begegne und die Baupolizei dem Bürger gegenüber vorschützend, nicht denuncirend betrieben werde.

Herr Reuter. Bei der Wahl des Baumeisters Osterloh hätten die beiden anderen Bewerber, als sie hinterher gehört, daß regelmäßig der an erster Stelle Vorgeschlagene gewählt werde, es sehr bereut, sich gewissermaßen als Staffage hergegeben zu haben.

Herr Nieke hat nichts dagegen, daß das städtische Bauwesen geregelt werde; er könne aber nicht fassen, warum das nicht schon früher geschehen sei zu einer Zeit, wo die meisten Bauten entstanden seien, wo in 6 Wochen soviel gebaut sei, wie jetzt in einem Jahre.

Vorsitzender hält sich für verpflichtet, den Magistrat gegen den in der Aeußerung des Herrn Vorredners liegenden Angriff in Schutz zu nehmen. Wenn auch schon früher die Nöthigung zu einem derartigen Antrage empfunden sei, so habe man doch nicht die nöthige Handhabe dazu, die neue Bauordnung, gehabt. Denn erst aus dieser gingen eine Masse von Arbeiten hervor, die früher gar nicht oder nur in geringerem Maße vorhanden gewesen seien.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Winter und nachdem der Referent bemerkt hat, daß die Statutencommission sich wohl klar darüber gewesen sei, daß sie der Versammlung das Präsentationsrecht nicht schmälern dürfe, sie aber unter den vorliegenden thatsächlichen Verhältnissen eine Abstandnahme zu empfehlen für besser gehalten habe,

werden die Anträge des Magistrats angenommen.

Vorsitzender. Bei dem am 28. November v. J. gefaßten Beschlusse, die Verwaltung des Begebaues und Canalisationswesens in eine verantwortliche Hand zu legen, habe der Antragsteller und die Majorität der Versammlung wohl kaum daran gedacht, daß der Oberingenieur Mitgau als Chef des Canalisationswesens nicht in der Lage sein dürfte, auch noch Begebaubeamter zu sein, weil es ihm dazu wohl an der nöthigen Qualification und hauptsächlich an Zeit fehle. Da nun der Magistrat die Absicht habe, ein bezügliches Statut demnächst vorzulegen, so beantrage er, durch einen Beschluß dem Magistrate zu erkennen zu geben, daß der Beschluß vom 28. November nicht so verstanden sein solle, daß man dem Oberingenieur Mitgau auch noch die Oberleitung des Begebaues übertragen wolle, daß der Magistrat einen Begebaubeamten anzustellen habe, ohne Mitgau die Verantwortlichkeit der Wegebauten zu übertragen.

Herr Nieß. Der damalige Antrag sei nicht aus einem momentan vorliegenden Bedürfnisse nach einem Begebaumeister hervorgegangen, sondern aus dem Umstande,

daß eine Canalanlage gemacht war, für welche Niemand die Verantwortung habe übernehmen wollen. Es sollte damals nur vor Allem ein verantwortlicher Wegebaubeamter bezeichnet werden. Nach seiner Meinung habe es damals vollständig freigestanden, Mitgau die Canalisationsbauten zu übertragen. Dabei könne es sich auch nur darum handeln, ob derselbe die nöthige Zeit dazu habe, denn über die Befähigung zur Leitung des Wegebaues könne man bei einem Baumeister, der die Canalisation leite, nicht im Zweifel sein, da die Wegebauten lange nicht so schwierig seien als die Canalisationen.

Herr Lucius hält die Sache für wichtig genug, sie zur nochmaligen Prüfung an die Statutencommission zurückzugeben und beantragt solches.

Herr Reuter. Dem damaligen Antrage des Herrn Rieß sei insofern schon seitens des Magistrats Folge gegeben, als unmittelbar nachher die Direction der Gas- und Wasserwerke mit Ausführung aller derartigen Canalisationen beauftragt worden sei, die seitens der Stadt auszuführen waren. Wenn daneben noch Anderes in Frage gekommen, wie man heute bei der Canalisation der Wallstraße gesehen, so habe das seinen Grund darin, daß über eine Anzahl von Straßen nicht die städtischen, sondern die herrschaftlichen Behörden zu verfügen haben. Es werde genügen, daß man seine Ansichten über diesen Gegenstand ausgesprochen habe; der Magistrat werde seine Vorlage danach einrichten, welche dann die Versammlung prüfen und, annehmen, event. modificiren könne.

In Folge der Ausführungen des Herrn Reuter ziehen der Herr Vorsitzende und Herr Lucius ihre Anträge zurück, und wird von einer weiteren Verfolgung des Gegenstandes Abstand genommen.

XI. Der Bauunternehmer Vorlop und der Victualienhändler Pahl haben für ihre an der Carlstraße N. 62 resp. 31 belegenen Grundstücke für Canalisirung und Herstellung der Fußwege die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zu zahlen. Dieselben haben vorstellig gemacht, daß ihre Grundstücke nach dem festgesetzten Ortsbauplane zur Anlage einer Straße bestimmt seien und sie dieselben mithin nicht bebauen dürften. Schon hierdurch werde ihnen ein namhafter Schaden zugefügt, eine noch größere Härte aber involvire es, wenn sie von diesen Grundstücken nun auch noch Wegekosten entrichten sollten. Der Magistrat bemerkt in seinen resp. Schreiben vom 6. und 16. September c., daß das Stadterweiterungsstatut eine Ausnahme für die vorliegenden Fälle nicht vorgesehen habe und die Bittsteller statutarisch zur Entrichtung der Beiträge verpflichtet seien, giebt aber anheim, aus Billigkeitsrücksichten von Einziehung der Canalisationsbeiträge zu resp. 154 M. 56 S. und 111 M. 95 S. abzusehen. Die Entbindung von den Kosten für Instandsetzung der Fußwege von 92 M. 85 S. resp. 71 M. 25 S. kann jedoch der Magistrat aus verschiedenen Gründen nicht empfehlen.

Die Commission, namens welcher Herr Schwarzenberg berichtet, schließt sich den Magistratsanträgen an, worauf dieselben ohne Weiteres genehmigt werden.

Wie

XII. Herr von Seckendorff referirt, hat der Magistrat in seinem Schreiben vom 12. September c. ersucht, schon jetzt die Wahl eines Schlachthausdirectors vorzunehmen, weil demselben Gelegenheit gegeben werden müsse, sich noch vor der Eröffnung des Schlachthauses durch die Besichtigung einiger anderer Etablissements über den Betrieb derselben zu unterrichten. Es werden dabei in Vorschlag gebracht:

- 1) der Inspector an den Gefangenenanstalten zu Wolfenbüttel, Wilhelm Rudolph,
- 2) der Hofthierarzt Heinrich Lies,
- 3) der Schlachtermeister Heinrich Schrott.

Zugleich bittet der Magistrat zu genehmigen, daß das Einkommen des Directors zunächst neben freier Wohnung und Heizung und unentgeltlicher Benützung der städtischen Gas- und Wasserleitung auf jährlich 3300 M. festgesetzt und daß die freie Wohnung und Heizung zc. bei Berechnung der Pension auf 900 M. angenommen werde. Ferner beantragt der Magistrat, die Wahl zweier Stadtverordneten vorzunehmen, welche der nach Vorschrift des Schlachthausstatuts ins Leben zu rufenden Deputation als ordentliche, stimmungsführende Mitglieder beizutreten haben würden.

Bei Berathung über diese Vorlage ist der Commission vom Oberbürgermeister die Mittheilung geworden, daß der Hofthierarzt Lies noch in letzter Stunde seine Kandidatur zurückgezogen und erklärt habe, daß er eine etwaige Wahl nicht annehmen würde. Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit habe die Commission auf die Präsentation eines anderen Kandidaten nicht beharren zu müssen geglaubt und sie giebt anheim, unter den beiden übrigen Kandidaten die Wahl zu treffen. Als Mitglieder der Schlachthausdeputation bringt sie die Herren Munte und Wolff in Vorschlag.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß von der Präsentation eines dritten Kandidaten für das Mal abgesehen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält sich für verpflichtet, über die Persönlichkeit des vom Stadtmagistrate an erster Stelle in Vorschlag gebrachten Kandidaten Rudolph einige Mittheilungen zu machen, da derselbe der Versammlung mehr oder weniger unbekannt, ihm aber aus fünfjähriger gemeinschaftlicher Thätigkeit sehr wohl bekannt sei. Rudolph sei ein Mann von guter allgemeiner Bildung und Energie, äußerst bewandert im Rechnungswesen und mit einem besonderen Organisationstalent begabt. Er stehe nach jeder Richtung persönlich für denselben ein.



Die Versammlung schreitet zur Wahl. Von 25 Stimmen entfallen 23 auf Rudolph, 2 auf Schrott, 1 auf Lies.

Inspector Rudolph ist somit gewählt.

XIII. Bezüglich der Wahl zweier Mitglieder der Versammlung zur Schlachthausdeputation beantragt Herr Lucius eine Wahl per Acclamation. Der Antrag wird abgelehnt und es erfolgt die Wahl durch Stimmzettel.

Es werden gewählt Herr Munte mit 19, Herr Wolff mit 13 Stimmen.

XIV. Herr Winter begründet darauf seine Interpellation. — Wie der Versammlung erinnerlich sein werde, sei in der letzten Sitzung für Fertigstellung des neuen städtischen Krankenhauses und zwar zur Anschaffung des Inventars die Summe von 6—7000 M. bewilligt. Nun sei ihm zu Ohren gekommen, daß die Verwaltungsdeputation des Pflegehauses einen großen Theil des nöthigen Inventars, Wäsche, Betten u. s. w. von auswärts bezogen habe. Es sei aber weder empfehlenswerth noch ersprießlich, so zu handeln. Es gebe hier genug Lieferanten, die den auswärtigen Concurrenten wohl die Spitze bieten könnten. Die Lage unserer Geschäftstreibenden, der Handwerker sowohl als der Kaufleute, sei jetzt bekanntlich eine so schlechte, daß die städtische Verwaltung eine gewisse Verpflichtung habe, in erster Linie ihre Steuerzahler bei solchen Anschaffungen zu berücksichtigen. Dann habe sich aber auch die Stadt bei dem, z. B. bei Bauten, schon lange eingeführten, beschränkten Submissionsverfahren weit besser gestanden, als wenn sie Anschaffungen von auswärts besorgen ließe. Die kleinen Fabrikanten in Wolfenbüttel, Aschersleben u. s. w., welche mit den gedachten Aufträgen betrauet sein sollen, seien nicht in der Lage, mit den hiesigen größeren Kaufleuten zu concurriren. Die Letzteren könnten die Conjunctionen weit besser benutzen und sich der besten Bezugsquellen bedienen. Außerdem würden unsere größeren reellen Geschäfte eine Ehre darin suchen, es mit den auswärtigen Concurrenten in jeder Beziehung aufzunehmen und bei ebenso geringem Preise eine mindestens ebenso gute Waare liefern. Er habe früher viel mit Behörden in Geschäftsverbindung gestanden und spreche aus 20jähriger Erfahrung, weshalb er dringend bitten müsse, in ähnlichen Fällen bei 3 bis 4 hiesigen Firmen wegen einer event. Lieferung Anfrage stellen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich bereit, die Interpellation, soweit er im Stande, zu beantworten. Er sei durch dieselbe einigermassen überrascht, weil er persönlich keine Ahnung davon habe, daß, mit Ausnahme von eisernen Bettstellen, überall schon Inventariengegenstände angekauft seien. Seines Wissens sei erst der Ankauf von Decken in Aussicht genommen; diese seien nach Probe ausgesucht und die Verwaltungsdeputation habe vortheilhaft und gut gewählt. Erst heute morgen sei die Verwaltungsdeputation zu Anschaffungen autorisirt worden.]

Nachdem Herr Winter sich mit dieser Auskunft befriedigt erklärt hat, wird die Angelegenheit als erledigt betrachtet und es erhält

zum Schluß

XV. Herr Reuter das Wort zur Motivirung seines Eingangs erwähnten Antrags. — Er habe schon in seinem Berichte über die Schadenfeuer in der Stadt Braunschweig für 1876 darauf hingewiesen, daß sich diejenigen wesentlich vermehrt hätten, welche durch Unvorsichtigkeit mit Licht und namentlich mit Petroleum herbeigeführt würden. Diese Vermehrung habe in letzterer Zeit noch zugenommen. Während in den Jahren 1870 und 1871 etwa jährlich 6 Feuer aus dieser Veranlassung entstanden seien, habe man im Jahre 1878 31 aufzuzählen. Außerdem seien in unserer Stadt zwei Fälle vorgekommen, wobei Menschen verbrannt seien. Bei einem dritten Falle habe nicht constatirt werden können, ob Absicht zum Verbrennen zum Grunde gelegen habe oder nicht. Erhebliche Beschädigungen seien aber in Menge vorgekommen. Aus den Zeitungen, namentlich den Feuerwehrzeitungen, könne man ersehen, wie häufig in dieser Beziehung Unglücksfälle passirten. Eine einzige Zeitungsnummer bringe Nachrichten von Unglücksfällen aus Wien, Breslau, Landau und Darmstadt. Man sei bemüht gewesen, den Grund der Vermehrung dieser Unglücksfälle durch Petroleum zu erforschen. Es sei nun festgestellt, daß die Ausgiebigkeit der in den südlichen Districten in Amerika gewonnenen Rohöle sich vermindert habe; man habe nach weiteren Quellen gesucht und solche auch in der Nähe von Bradford, also in den nördlichen Districten, gefunden. Das letztere Petroleum liege weit weniger tief in der Erde, so daß es mit geringeren Kosten zu Tage zu fördern stehe, es habe sich aber gezeigt, daß es nicht so leicht zu raffiniren sei, als das in den südlichen Districten gewonnene. Dazu komme, daß z. B. Frankreich, welches nur Rohöl importire und selbst raffinire, die verminderte gute Ausbeute des Südens an sich ziehe, das nördliche mangelhaft gereinigte aber nach Deutschland gehe, während das besser gereinigte vorzugsweise von England, Schweden, Norwegen und Dänemark verbraucht werde. In den letztgenannten Staaten bestehen strenge Bestimmungen in Bezug auf die Beschaffenheit des Petroleum. Nur Deutschland sei ganz ungeschützt und die Folge sei, daß aller Schund, der anderwärts nicht abzugeben stehe, nach Deutschland geworfen werde. Die deutschen Importeure wehrten sich gegen die Einführung solcher Bestimmungen, weil sie fürchteten, daß, wenn gleiche Bedingungen an den deutschen Import geknüpft würden wie in England, die englischen Kaufleute ihnen einen großen Theil der Geschäfte entziehen würden. Es sei deshalb Sache der städtischen Vertretungen, ihrerseits einzugreifen; ob das Petroleum für die vermehrte Sicherheit etwas theurer werde, darauf komme nichts an. Es müsse durch Gesetz vorgeschrieben werden, daß als raffinirtes Petroleum nur solches zugelassen werde, dessen flashing point (Punkt der Entwicklung brennbarer

Gas) erst bei mehr als 100° Fahrenheit, dessen burning point (Brennpunkt des Petroleums beim Hineintauchen eines entzündeten Streichholzes) erst bei mehr als 120° Fahrenheit eintrete. In dem zu berichtenden Gesetze sei eine unrichtige Definition von »gereinigtem Petroleum« enthalten und es müsse außerdem eine redactionelle Aenderung eines Paragraphen zur Vermeidung von Mißverständnissen vorgenommen werden.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statuten-Commission überwiesen.

Darauf Schluß der Sitzung.

---

1879.

Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 242 des 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N<sup>o</sup> 17.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. October 1879.

### Öffentlich:

- I. Wahl eines Vorsitzenden.
- II. Wahl eines Mitgliedes der Statutencommission.
- III. Wahl zweier Mitglieder der Deputation für Gas- und Wasserwerke.
- IV. Wahl einer Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs an den Oberbürgermeister a. D. Caspari.
- V. Wahl von Mitgliedern zur Gewerbesteuer-Einschätzungs-Commission.
- VI. Verkauf der Häuser Nris. ass. 244 und 245 am Kottreppein auf den Abbruch.
- VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reuter, die Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Einführung des Petroleums betr.
- VIII. Verwilligung von Kosten für am Sedantage dargereichte Erfrischungen.
- IX. Verwilligung von Kosten für bei Schulbauten verbrauchtes Wasser.
- X. Zahlung einer Remuneration für Vertretung einer erkrankten Lehrerin.
- XI. Beschaffung ärztlicher Hilfe zur Nachtzeit.
- XII. Canalisirung des Okergrabens zwischen der Langenbrücke und dem Damme, sowie Neupflasterung der an Stelle der abzubrechenden Langenbrücke und der Brücke an der Leopoldstraße tretenden Straßen.
- XIII. Aenderung und Vervollständigung des Statuts über die Einrichtung und den Betrieb des städtischen Schlachthaus.
- XIV. Ankauf der Häuser Nris. ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße.

### Vertraulich:

1. Wahl eines Schlachthausstierarztes.
2. Steuerreklamationen.

Entschuldigt Herr Kybik. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Vockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Gebhard, Bammel, Haake, und Schöttler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lucius eröffnet die Sitzung, indem er zunächst

Herrn Stadtrath Schöttler das Wort erteilt. Derselbe sagt der Versammlung seinen Dank für den Beweis ihres Vertrauens, welcher ihm durch seine Wahl zum Stadtrath geworden sei. Er werde bemüht sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und mit Freuden seine Kräfte dem Dienste der Stadt widmen, soweit ihm dieses überhaupt möglich sei.

Nach Genehmigung des Protokolls *N.* 15 vom 11. September c.

macht der Herr Vorsitzende Mittheilung von einem Schreiben des Vorstandes der Herberge zur Heimath vom 9. October c., mit welchem der Versammlung der Jahresbericht dieser Anstalt in 27 Exemplaren unterbreitet wird.

Ferner liegt ein Magistratschreiben vom 6. October c. vor, durch welches die Versammlung ersucht wird, sich an der Ueberreichung des für den Oberbürgermeister a. D. Caspari angefertigten Ehrenbürgerbriefes zu betheiligen und zu dem Ende eine Deputation zu wählen.

In einem anderweiten Schreiben vom 3. October c. theilt der Magistrat mit, daß Herzogliches Staatsministerium die Genehmigung zu dem von den städtischen Behörden erlassenen Statute, die Vertilgung des Franzosenkrautes betreffend, mit einer geringfügigen, im Schreiben näher bezeichneten Modification erteilt hat, und das Statut unter Berücksichtigung derselben erlassen ist.

Ein drittes Magistratschreiben vom 1. October c. beantragt die Wahl von 4 Mitgliedern zur Ortscommission behuf Einschätzung der Gewerbetreibenden.

Nachdem der Herr Vorsitzende dem Herrn Stadtrath Schöttler, als dem bisherigen Leiter der Verhandlungen, für seine langjährige, umsichtige und unermüdete Führung den Dank der Versammlung ausgesprochen hat, wird

I. zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten.

Von 25 Stimmen entfallen 20 auf Herrn Otto, 3 auf Herrn Lucius, 2 auf Herrn Kunzen.

Herr Landsyndicus Otto ist somit gewählt.

Derselbe übernimmt den Vorsitz unter dem Ausdrucke des Dankes: Er habe das Gefühl, daß andere bewährte Mitglieder statt seiner diesen Sitz einnehmen sollten. Er sage sich, daß Hindernisse besonderer Art dem entgegengestanden haben, namentlich hergeleitet aus dem Umstande, daß manche der Herren nicht in der Lage seien, so über ihre Zeit zu disponiren, wie er es zum größten Theile des Jahres im Stande sei. Wie dem aber auch sei, er erblicke in der Wahl ein Zeichen großen Vertrauens, dem er, soweit seine Kräfte reichen, bemüht sein werde zu entsprechen.

Sodann wurden gewählt

II. in die Statutencommission Herr Munte mit 15 Stimmen,

III. in die Deputation für Gas- und Wasserwerke die Herren Tellingmann und Grote mit 15 resp. 17 Stimmen,

IV. in die Deputation zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes an den Oberbürgermeister a. D. Caspari auf Vorschlag der Herren Tellingmann und Schwarzenberg die beiden Herren Vorsitzenden Otto und Lucius,

V. in die Gewerbesteuer-Einschätzungs-Commission die Herren Krampe, Kloss, Jäpper und Wilke.

Die Commission für die Schlachthausanlage hat ihre Aufgabe erfüllt, es ist deshalb eine Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Herrn Schöttler nach dieser Richtung hin unnöthig.

VI. Nach einem Referate des Herrn von Seckendorff beantragt der Magistrat unterm 16. October c., die Versammlung wolle sich mit dem Verkauf der Häuser *N. ass.* 244 und 245 im Rattreppeln auf den Abbruch an den Bauunternehmer Führmann zu dem Meistgebote von 700 *M.* einverstanden erklären.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Annahme, worauf derselbe genehmigt wird.

Danach

VII. berichtet Herr Lucius namens der Statutencommission über den selbständigen Antrag des Herrn Reuter aus voriger Sitzung:

Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat auffordern, mit ihr gemeinschaftlich das Ersuchen an Herzogliches Staatsministerium zu richten:

- 1) im Bundesrathe dahin wirken zu wollen, daß für die Folge das in Deutschland eingeführte raffinierte Petroleum, hinsichtlich seiner Feuergefährlichkeit einer Untersuchung unterzogen und als raffiniertes Petroleum nur solches zugelassen werde, welches denjenigen Vorschriften entspricht, welche für die Einführung in das Königreich Großbritannien bestehen (flashing point 100° F., burning point 120° F.).
- 2) eine Berichtigung der Bestimmung unter 16 b im §. 1 des Gesetzes vom 22. Juli 1876 (*M. 3* der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung von 1877) baldmöglichst eintreten zu lassen.

Nach Verlesung der bezüglichlichen gesetzlichen Bestimmung trägt der Herr Referent erläuternd Folgendes vor: Das rohe Petroleum enthalte eine Masse leicht entzündlicher Stoffe und dürfe zur Verhinderung der Feuergefährdung erst in den Verkehr gebracht werden, nachdem es einer Reinigung, d. h. Entfernung der entzündlichen Stoffe unterworfen sei. Bis zu welchem Grade diese Reinigung stattzufinden habe, darüber differirten die gesetzlichen Bestimmungen. Das englische Gesetz schreibe vor: daß das Petroleum soweit gereinigt sein müsse, daß es erst bei einer Erwärmung von  $100^{\circ}$  Fahrenheit = etwa  $32^{\circ}$  Reaumur aufflame, wenn ein brennbarer Gegenstand in seine Nähe gebracht werde (flashing point) und erst bei einer Erwärmung von  $120^{\circ}$  Fahrenheit =  $39^{\circ}$  Reaumur sich entzünde, wenn ein brennender Körper in dasselbe eingetaucht werde.

Unser Landesgesetz vom 22. December 1876 ad *N.* 16 b. verstehe unter gereinigtem Petroleum solches, dessen specifisches Gewicht bei einer Temperatur von etwa  $+ 10^{\circ}$  Reaumur mindestens 0,80 betrage, und welches durch ein darin eingetauchtes brennendes Zündhölzchen nicht entzündet werde. Diese Bestimmung sei unklar und ungenau, was wahrscheinlich daher komme, daß bei der Conception des Gesetzes die Worte: »bei  $32^{\circ}$  Reaumur« in Folge eines Versehens ausgelassen seien.

Das städtische Statut vom 11. August 1870 habe §. 11 den Begriff der Reinigung bei Petroleum und ähnlichen brennbaren Flüssigkeiten dahin festgestellt, daß darunter solches zu verstehen sei, welches, auf  $32^{\circ}$  Reaumur erwärmt, durch eine bis auf  $\frac{1}{2}$  Zoll nahe gebrachte Flamme entzündet werde. Es werde hierdurch noch eine größere Reinigung erfordert, als das englische Gesetz vorschreibe, und wäre man daher in der Commission der Ansicht gewesen, daß der Reuter'sche Antrag für unsere Stadt überflüssig sei. Dagegen sei geltend gemacht, daß es bei der Wichtigkeit des Handelsartikels und im Interesse des internationalen Verkehrs wünschenswerth erscheine, wenn in beregter Beziehung die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Länder gleichmäßig lauteten. Diesen Gründen trete die Commission bei und empfehle der Versammlung den Reuter'schen Antrag mit wenigen Modificationen. Sie halte nicht für nöthig, daß die Versammlung gemeinschaftlich mit dem Magistrat vorgehe; es sei richtiger, wenn die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen richte, einen solchen Antrag beim Bundesrathe einzubringen. Die Commission schlage daher folgende Fassung vor:

»Die Versammlung fordert den Stadtmagistrat auf, Herzogliches Staatsministerium zu ersuchen:

- 1) beim Bundesrathe dahin wirken zu wollen, daß für die Folge das in Deutschland eingeführte Petroleum einer Untersuchung unterzogen und als gereinigtes Petroleum nur solches zugelassen werde, welches mindestens denjenigen Vorschriften entspricht, welche für das Königreich Großbritannien bestehen (flashing point  $100^{\circ}$  F., burning point  $120^{\circ}$  F.).

- 2) eine Berichtigung der Bestimmungen unter §. 1 L. 16 b. des Gesetzes vom 22. December 1876, feuerpolizeiliche Vorschriften betreffend, baldmöglichst eintreten zu lassen.«

Der Commissionsantrag findet ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung.

VIII. Wie in den Vorjahren ist auch am diesjährigen Sedantage den am Festzuge theilhaftig gewesenen Schulknaben — 1700 an der Zahl — nach Ankunft auf dem Festplatze eine Erfrischung durch ein Glas Bier verabreicht worden. Der Magistrat beantragt in seinem Schreiben vom 15. September c. die dadurch entstandenen Kosten von 175 *M.* 45 *S.* aus der Gemeindeschulcasse nachzuverwilligen.

Die Schulcommission, namens welcher Herr Schwarzenberg referirt, schließt sich dem Antrage an.

Herr Winter bemerkt, daß diese Ausgabe in früheren Jahren aus der Schulstrafgeldcasse bestritten sei, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung eine besondere Verwilligung ausgesprochen habe; er frage deshalb an, weshalb in diesem Jahre nicht dasselbe Verfahren eingeschlagen sei.

Herr Oberbürgermeister Vockels. Es sei zu dem gedachten Zwecke bisher alljährlich eine Summe aus Schulmitteln zur Verfügung gestellt, einmal um zu verhüten, daß die Knaben ohne Aufsicht sich vielleicht unbemessen zum Nachtheil ihrer Gesundheit selbst Erfrischungen anschafften, dann aber auch, um die Kinder unbemittelten Eltern bei dieser Gelegenheit nicht ausgeschlossen zu sehen. Die Kosten habe man allerdings in den früheren Jahre ohne vorherige Zustimmung der Versammlung aus der Schulstrafgeldcasse genommen, weil man diese nach der bisherigen Praxis als ein Dispositionsquantum für den Schulvorstand angesehen habe, über welches derselbe ohne Weiteres verfügen könne. Dies sei aber nicht actenmäßig festgestellt, deshalb habe er, — in Geldangelegenheiten etwas diffieil — anheim gegeben, die Verwilligung der verausgabten Summe besonders zu beantragen. Der Magistrat habe die Absicht gehabt, einen directen Antrag auf Bewilligung der Kosten aus der Schulstrafgeldcasse zu stellen, er sei aber über den Stand der Casse nicht genau orientirt gewesen, da der Rechnungsführer schon seit geraumer Zeit schwer krank darnieder liege. Er gebe anheim zu beschließen, die verausgabten 175 *M.* 45 *S.* aus der Schulstrafgeldcasse, sofern diese jedoch die Mittel nicht darbieten sollten, aus der Gemeindeschulcasse zu bewilligen.

Nachdem sich die Schulcommission, wie der Herr Referent erklärt, diesem Vorschlage angeschlossen hat,

wird der Magistratsantrag mit dieser Modification angenommen.

Wie

IX. Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission berichtet, beantragt



der Magistrat in seinem Schreiben vom 13. September c. die Nachverwilligung von 240 *M.* zur Befreiung zweier Rechnungen der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke über Wasserlieferung zu den Neubauten der Bürgerschulen an der Campestraße und an der Pflegehausstraße. Der Magistrat ist mit der Deputation für Gas- und Wasserwerke der Ansicht, daß, um eine Verdunkelung der wirklichen Baukosten zu vermeiden, es nothwendig sei, die in Rede stehenden Kosten mit zu den betreffenden Baukosten zu rechnen. Da aber die für die beiden Schulbauten verwilligten Mittel erschöpft sind, so giebt der Magistrat anheim, die Kosten aus der Stadtkasse nachzuverwilligen.

Die Finanzcommission schließt sich diesem Antrage unter dem Bemerken an, daß es der bessern Uebersicht wegen zweckmäßig sei, derartige Ausgaben für die Folge gleich mit im Kostenanschlage über die betreffenden Neubauten vorzusehen.

Herr Reuter führt zur richtigen Beurtheilung dieser Angelegenheit an, daß die Wasserlieferung für die städtischen Schulbauten immer an die Direction der Gas- und Wasserwerke bezahlt sei, der Stadtbaurath Tappe aber in diesem Falle der Meinung gewesen sei, daß das Wasser in Zukunft frei geliefert werden möchte, wodurch sich die Berichtigung der fraglichen Rechnungen so lange hingezögert habe.

X. verwilligt die Versammlung auf einen Antrag des Magistrats vom 19. September c., welcher vom Herrn Referenten Schwarzenberg namens der Schulcommission empfohlen wird, eine Remuneration von 100 *M.* der Lehrerin Bethmann für die Vertretung der von Anfang April bis Mitte Juni c. erkrankt gewesenen Lehrerin Louise Franke.

Der nächstfolgende Gegenstand der Tagesordnung, Wahl eines Schlachthauschirurges, wird auf Antrag des Commissionsreferenten, Herrn Krampe, bis zum Schluß der Sitzung verschoben.

Es folgt demnach,

XI. von Herrn Heymann erstattet, der Bericht der Statutencommission über ein Schreiben des Magistrats vom 22. September c., betreffend die Beschaffung ärztlicher Hilfe zur Nachtzeit. Diese Angelegenheit ist schon im Jahre 1874 durch Herrn Bracke in Form einer Interpellation angeregt. Der Magistrat wandte sich damals an den Vorstand des ärztlichen Kreisvereins. Dieser erwiderte, daß nach seiner Meinung keine Veranlassung vorliege, zu gedachtem Zwecke besondere Einrichtungen zu treffen. Darauf ruhte die Angelegenheit, bis im Jahre 1878 Herr Rieke den Antrag stellte, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, daß beim Neubau des Feuerwachegebäudes auf der Münzstraße auf ein zweckmäßiges Wachtlocal für Aerzte Bedacht genommen werden möchte. Es war dabei zur Sprache gekommen, daß in Berlin

ähnliche Einrichtungen beständen, und es hat in Folge dessen eine Correspondenz des hiesigen Magistrats mit dem Berliner Magistrate stattgefunden. Danach bestehen in Berlin allerdings analoge Einrichtungen, diese werden aber privatim unterhalten. Der Magistrat hat sich dann an den Vorstand des ärztlichen Kreisvereins gewandt, auf dessen Nachfrage sich denn auch 14 Aerzte bereit erklärt haben, nächtliche Krankenbesuche auszuführen, unter ihnen 3, welche besonders bei Entbindungen, bei denen Hebammen zugegen sind und ärztliche Hülfe nothwendig erscheint, in Anspruch zu nehmen sind. Sie verlangen für den einzelnen Besuch ein ihnen von der Stadt zu garantirendes Honorar von 6 M. und stellen außerdem die Bedingung, daß ihnen zum Besuch von Patienten vor den Thoren eine Droschke zur Verfügung gestellt werde. Daraus ist der Magistrat mit Herzoglicher Polizeidirection in Communication getreten, um diese, dem Vorschlage des ärztlichen Kreisvereins gemäß, zur Mitwirkung bei dem Unternehmen zu veranlassen. Letztere sollte darin bestehen, daß die verschiedenen Polizeistationen mit Anweisung versehen würden, neben Ertheilung der erforderlichen Auskunft über Wohnung des Arztes u. s. w. dem Hülfsuchenden einen Requisitionsschein auszufertigen, auf dessen Vorzeigung der betr. Arzt die Hülfe zu leisten habe. Herzogliche Polizei-Direction hat dieses Verfahren nicht für zweckmäßig erachten können. Sie glaubt, daß damit in einzelnen Fällen eine nicht unbedeutende Belastung der Polizeibeamten verbunden sei. Außerdem würden auch nicht in allen Fällen Polizeibeamten auf den Stationen zur Stelle, und dann würden die Hülfsuchenden erst recht in Ungewissheit sein, wie sie sich die ärztliche Hilfe verschaffen sollten. Nach Ansicht der Herzoglichen Polizei-Direction würde es genügen, wenn die Namen der Aerzte, welche ihre Hilfe zugesagt haben, von Zeit zu Zeit öffentlich bekannt gemacht würden, wie solches auch früher schon vom Magistrate als practisch vorgeschlagen sei. Vorausgesetzt wird dabei, daß, wo schon ein Arzt die Behandlung eines Kranken übernommen habe, auch dieser Arzt zugezogen, daß ferner nur bei notorischer Armuth der Hülfsuchenden das Honorar der Aerzte aus der Armenkasse definitiv berichtigt werde. Zur Anstellung der nöthigen Ermittlungen in letzterer Beziehung ist Herzogliche Polizei-Direction selbstverständlich bereit. Es würde, soweit dies zu übersehen, der Stadtcasse durch die Maßregel eine jährliche Ausgabe von etwa 900 M. erwachsen. Der Magistrat beabsichtigt nun, in der von Herzoglicher Polizei-Direction angedeuteten Weise vorzugehen, auch die Namen der Aerzte, welche zur nächtlichen Hilfeleistung unter den obigen Bedingungen bereit sind, eine bezügliche Aufforderung ergehen zu lassen und deren Namen öffentlich bekannt zu machen. Er beantragt, sich mit den vorgeschlagenen Maßregeln einverstanden zu erklären, dabei bemerkend, daß die ganze Angelegenheit vorläufig noch als ein Versuch anzusehen sei und nach Verlauf einiger Zeit geprüft werden solle, ob und inwieweit der beabsichtigte Zweck erreicht sei, und die aufzuwendenden Kosten mit dem Erfolge in Einklang stehen.

Herr Willke ist mit dem Vorschlage in seinen einzelnen Theilen vollständig einverstanden bis auf den Punkt, wo es sich um Stellung von Droschken handelt. Die ganze Sache werde illusorisch werden, sobald sie von dieser Bedingung abhängt, da Stationen, wo die ganze Nacht hindurch Droschken halten müßten, nicht beständen. Sollte der unbemittelte Mann erst in der Stadt umherlaufen und eine Droschke für sein Geld engagiren, so werde das, was man wirklich anstrebe, nimmermehr erreicht werden. Wollte man etwas Ersprießliches schaffen, so müsse man die Bedingung wegen Stellung einer Droschke zu beseitigen suchen.

Herr Stadtrath Gebhard Auch dem Magistrate sei es vollständig klar gewesen, daß die Benutzung der ärztlichen Hilfe durch diese Bedingung unter Umständen sehr erschwert werden würde. Da aber die Aerzte zu Dienstleistungen nicht gezwungen werden könnten, und sie sich andernfalls zu nichts verstehen würden, so sei man eben wohl oder übel gezwungen, nachzugeben. Er bitte deshalb, über diesen Punkt einstweilen hinwegzusehen, zumal die ganze Sache als ein vorläufiger Versuch betrachtet werden und erst die Zukunft lehren solle, ob und welche Maßregeln zur Beseitigung etwaiger Uebelstände zu ergreifen seien.

Auf eine Anfrage des Herrn Steinacker an den Magistrat, wie man die Sache nach der Richtung hin zu controliren beabsichtige, daß die ärztliche Hilfe nicht von Leuten in Anspruch genommen werde, welche bereits einen ständigen Hausarzt haben, auch in der Lage seien, ärztliche Hilfe bezahlen zu können,

bemerkt Herr Stadtrath Gebhard, daß sich allerdings in dem Augenblicke, wo die Hilfe in Anspruch genommen werde, gegen etwaige Unwahrheiten nichts machen lasse; nachher würden aber derartige Ungehörigkeiten namentlich durch die Aerzte selber leicht aufgedeckt und alsdann die Kosten mit um so größerer Rigurosität eingezogen werden können.

Herr Grote. Die Stellung von Droschken seitens der Hilfesuchenden sei eben eine *conditio sine qua non*. Hinsichtlich der Anfrage des Herrn Steinacker wolle er bemerken, daß man im ärztlichen Kreisverein geglaubt habe, einem etwaigen Mißbrauche dadurch vorbeugen zu können, daß die Aerzte erst durch Vorzeigung von an den Polizeistationen zu lösenden Coupons zum Krankenbesuche veranlaßt werden könnten. Diese Idee sei jedoch, da Herzogliche Polizei-Direction ihre Mitwirkung versagt habe, hinfällig geworden.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß der Vorschlag des Magistrates seiner Ansicht nach als Einheit anzusehen sei und daß, wer sich unter allen Umständen gegen die besprochene Bedingung der Stellung einer Droschke erklären wolle, dies in der Ablehnung der ganzen Proposition zum Ausdruck bringen müsse,

wird der Magistratesantrag angenommen.

XII. liegt ein Schreiben des Magistrats vom 10. October c. vor, betreffend die Canalisirung des Okergrabens zwischen der langen Brücke und dem Damme, sowie die Neupflasterung der an Stelle der abzubrechenden langen Brücke und der Brücke an der Leopoldstraße tretenden Straßen. Es handelt sich dabei um eine Vereinbarung zwischen der Herzoglichen Landesregierung und der Stadt, zu welcher die Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung ertheilen soll. Der Commissionsreferent, Herr Reuter, schickt zunächst einige Bemerkungen über den Stand der Angelegenheit voraus. Es seien von der Versammlung für den Ankauf des Alexiipflegehauses 60870 *M.* und zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Münzstraße und der Friedrich-Wilhelmsstraße 75000 *M.* verwilligt worden, doch ließen sich die Kosten der wirklichen Ausführung noch nicht genau übersehen, da die durch den Verkauf von Bauplätzen und Gebäuden auf den Abbruch zu erzielenden Einnahmen noch in Betracht zu ziehen seien. Im Ganzen liege jedoch die Sache, wie jetzt schon zu übersehen sei, hinsichtlich des Kostenpunktes nicht ungünstig für die Stadt. Wegen der verschiedenen Verpflichtungen in Bezug auf die Herstellung des Straßenpflasters und der Canalstrecken, wobei betheiligt seien der Staat allein, der Staat als Anlieger, Private als Anlieger, die Stadt allein und der allgemeine Pflasterfonds, sei es erforderlich gewesen, die ganze Ausführung der in Rede stehenden Straßenbaulichkeiten in eine Hand zu legen, der Magistrat habe daher, unter Vorbehalt der Genehmigung der Versammlung, eine Vereinbarung mit der Herzoglichen Landesregierung getroffen, wonach letztere einen Zuschuß zur Canalisirung von 7863 *M.* 61 *S.*, zur Neupflasterung einen solchen von 7268 *M.* 10 *S.*, mithin zusammen von 15131 *M.* 71 *S.* zu leisten habe und die Stadt dagegen die Ausführung übernimmt. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, auch den Abbruch der Brücken in den Vertrag aufzunehmen und für das zu gewinnende Material der Stadt 3462 *M.* in Anrechnung zu bringen; nachdem sich jedoch das Stadtbauamt dagegen ausgesprochen, habe man dies ausgegeben und der Abbruch der Brücke an der Leopoldstraße, sowie der der langen Brücke und die Abtragung des Terrains auf der letzteren, werde jetzt von der Herrschaftlichen Bauverwaltung auf Kosten des Staats beschafft, wogegen die zu gewinnenden Materialien Eigenthum des Staats verbleiben. — Die Canalisirung der Okergräben geschieht (nach dem im Sitzungssaale aushängenden Situationsplane) unter der technischen Oberleitung des Kreisbaumeisters Vieff. Der Magistrat beantragt, dieser Vereinbarung, welche bereits die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums erhalten hat und auch vom Stadtbauamte gutgeheißen ist, die Zustimmung zu ertheilen. Die Statutencommission empfiehlt dieselbe.

Der Magistratsantrag wird ohne Debatte angenommen.

Nachdem hiernach Herr von Seckendorff erklärt hat, daß er beabsichtige, in 14 Tagen eine Sitzung zur Berathung des bereits vorliegenden Stadthaushaushaltsetats

pro 1880 anzuberaumen und es zweckmäßig sei, daß außer den Mitgliedern der Finanz-Commission auch die sämmtlichen übrigen Mitglieder der Versammlung daran theilnehmen, um dort schon ihre Wünsche vortragen zu können.

XIII. berichtet Herr Meuter weiter namens der Statutencommission über ein Magistrats Schreiben vom 12. October c. — Bei der Berathung über das Schlachthausstatut am 11. v Mts. habe man es für räthlich gehalten, demselben eine Anzahl nöthig erscheinener Bestimmungen in Form einer Schlachthausordnung anzuhängen. Man habe eine Trennung in Statut und Ordnung deshalb für geboten erachtet, weil man es dann in der Hand habe, die durch die Praxis als zweckmäßig sich herausstellenden Aenderungen in Bezug auf die Schlachthausordnung jederzeit in aller kürzester Frist vornehmen zu können. Das Herzogliche Staatsministerium habe sich jedoch mit dem eingeschlagenen Wege nicht einverstanden erklärt, vielmehr verlangt, daß diese Schlachthausordnung als integrierender Theil ins Schlachthausstatut mit aufgenommen werde. Unter diesen Umständen sei es erforderlich geworden, die sämmtlichen Bestimmungen der Schlachthausordnung in das Statut einzuschieben. Nach einer seitens der Commission vorgenommenen Vergleichung habe sich herausgestellt, daß das jetzt umgearbeitete Statut, abgesehen von einem neuhinzugekommenen Paragraphen über Strafbestimmungen, genau mit dem früher genehmigten Statute und der Ordnung übereinstimme. Referent verliest den neuhinzugekommenen Paragraph 24. enthaltend Strafandrohungen und die unter dieselben fallenden Uebertretungen, und empfiehlt sodann die vorgenommenen Aenderungen zur Annahme.

Ohne Debatte genehmigt die Versammlung, daß die Schlachthausordnung als integrierender Theil in das Statut aufgenommen, daß §. 24. Strafbestimmungen enthaltend, hinzugefügt werde und genehmigt alsdann das Statut, wie es jetzt vorliegt, seinem ganzen Inhalte nach.

#### Schließlich

XIV. referirt Herr Kunken namens der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 7. October c. wegen Ankaufs der Häuser Nris. ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße. Durch Beschluß der Versammlung vom 13. December 1877 wurde die Finanzcommission autorisirt, Entscheidung darüber zu treffen, ob die zur Anlegung der Verbindungsstraße zwischen der Friedrich-Wilhelmsstraße und dem Damme erforderlichen Häuser expropriirt werden oder ob man auf die Forderungen der Eigenthümer der Häuser eingehen sollte. Die Finanz-Commission ist damals mit der Deputation des Magistrats zusammengetreten und darüber schlüssig geworden, daß die vier Häuser unter Nris. ass. 2142 und 2143 am kleinen Damme und Nris. ass. 244 und 245 am Kattreppeln expropriirt werden, weil die Forderungen der Eigenthümer zu groß zu sein schienen, daß dagegen dem Händler Lages die Forderung für seine

beiden Häuser zugestanden werden solle. Der Magistrat theilt nun mit, daß das Expropriationsverfahren beendigt ist und danach drei Häuser geringer abgeschätzt sind als die Forderungen der Eigenthümer betrug, ein Haus aber um etwas höher gekommen, als dafür verlangt war. Im Ganzen ist die Taxe um 6640 *M.* hinter den Forderungen zurückgeblieben. Was nun die beiden Häuser des Händlers Lages an der Leopoldstraße betrifft, so forderte derselbe anfänglich 45 000 *M.* dafür, ermäßigte aber hinterher seine Ansprüche auf 36 500 *M.* Da die Häuser eine jährliche Miethe von 1830 *M.* einbringen, auch für das vom Eigenthümer betriebene Geschäft eine günstige Lage haben, so giebt der Magistrat mit dem Bemerken, daß der im Expropriationsverfahren zu ermittelnde Werth schwerlich eine geringere Summe ergeben werde, anheim, den Ankauf derselben zu dem angegebenen Preise zu genehmigen, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß dem Verkäufer die den Häusern annoch zuständigen Antheile an dem Vermögen der Wilhelmsbörgegemeinde, welche übrigens, da der größte Theil des Gemeindevermögens bereits vertheilt ist, nur unbedeutend sind, zur Erhebung überlassen werden.

Die Commission kann sich, gestützt auf ein Gutachten von Bauverständigen, dem Magistratsantrage nur anschließen.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Ankauf der Lages'schen Häuser zum Preise von 36 500 *M.* einverstanden,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird;

ihr folgt noch eine längere vertrauliche zur Wahl eines Schlachthauschierarztes und Erledigung von Steuerreclamationen.



1879.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 265 de 1879  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 18.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 6. November 1879.

Öffentlich:

- I. Verkauf von Häusern auf dem kleinen Damme auf den Abbruch.
- II. Aenderungen am Schlachthausstatute.
- III. Statut über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung.
- IV. Stadthaushaltsetat für das Jahr 1880 mit Nebenetats.
- V. Ermächtigungen zu Proceßerhebungen.
- VI. Vergleich wegen einer bei Regulirung der Carlstraße zu gewährenden Entschädigung.
- VII. Grenzregulirung in der Casernenstraße am Grundstücke des Finanzraths Hildebrand.
- VIII. Mandatniederlegung eines Stadtverordneten.
- IX. Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden.
- X. Antrag des Herrn Krampe, betr. die Ermächtigung des Magistrats zur Führung von Proceßten bei Objecten bis 100 M.

Entschuldigungen wegen Versäumniß waren nicht eingegangen.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pöckel's und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Gebhard, Bammel und Haake.

Es lag das Protokoll vom 18. September c. N. 16 zur Genehmigung vor.

Der Herr Vorsitzende bemerkte zu demselben, daß es verabsäumt sei, die erfolgte Wahl des Herrn Wolff zum Mitgliede der Finanz-Commission zu notificiren; es solle die nöthige Bemerkung darüber in's heutige Protokoll aufgenommen werden.

Ferner bemerkte Herr Winter, daß in dem Referate des Herrn Reuter auf Seite 160 Angaben enthalten seien, welche von diesem in der Sitzung nicht gemacht



seien. Er könne auf Grund eines Schreibens des Directors der Hannoverschen Gaswerke nachweisen, daß in Hannover nicht, wie in Zeile 7 v. o. der gedachten Seite angegeben, 169,9 Liter Gas pro Stunde verbrannt würden, um 13 Kerzen Licht zu haben, sondern nur 140 Liter und er würde, wenn diese Angabe beim Referate gemacht wäre, nicht ermangelt haben, dieselbe zu moniren.

Herr Reuter erwiderte, daß er allerdings diese Angaben nachträglich seinem Referate, welches ihm behufs Richtigstellung der darin enthaltenen Zahlen im Manuscripte vorgelegt sei, eingefügt habe, räumte aber eine Unrichtigkeit dieser Angaben nicht ein und bezog sich dabei auf ein statistisches Handbuch, die deutschen Gasanstalten betreffend.

Nachdem der Herr Vorsitzende bemerkt hatte, daß beide Erklärungen ins heutige Protokoll aufgenommen werden würden,

theilte er sodann mit, daß nach einem Magistratschreiben vom 3. d. M. in dem am 31. v. M. abgehaltenen Wahltermine an Stelle des zum Stadtrath erwählten Commerzienraths Schöttler der Eisenbahn-Director Dr. jur. Aronheim, Augusthorpromenade Nr. 2 wohnhaft, bis zum Ablaufe des Jahres 1884 einstimmig zum Stadtverordneten gewählt sei.

Vorsitzender hieß den anwesenden Herrn Aronheim willkommen und drückte dabei den Wunsch aus, daß der neue College in den dem Wohle der Stadt gewidmeten Arbeiten volle Befriedigung finden möge.

Ferner theilte der Herr Vorsitzende mit, daß die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes an den Oberbürgermeister a. D. Caspari erfolgt sei. Es habe dies können allerdings nicht in der von der Versammlung vorgeschriebenen Weise geschehen, wonach die beiden Vorsitzenden der Ueberreichung beiwohnen sollten, da Herr Lucius sein Mandat inzwischen niedergelegt und die Fortführung von Stadtverordneten-Geschäften abgelehnt habe, er glaube aber im Sinne der Versammlung gehandelt zu haben, wenn er dafür den Alterspräsidenten, Herrn Kunzen, gebeten habe, sich an dem Acte der Uebergabe zu betheiligen; derselbe sei dieser Bitte bereitwilligst nachgekommen. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Poßels, in welcher die großen Verdienste des Ehrenbürgers gewürdigt seien und welche überhaupt allen Anwesenden so recht aus dem Herzen gesprochen sei, habe Oberbürgermeister Caspari mit bewegten Worten gedankt und dabei besonders betont, daß er nur seine Pflicht gethan und er es um so höher anerkenne, wenn ihm hiernach die höchste Auszeichnung zu Theil werde, welche die städtischen Behörden überaß verleihen könnten. Zugleich habe er ihn (Redner) gebeten, der Versammlung seinen wärmsten Dank auszusprechen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung wurde auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden auf den Schluß der Sitzung verlegt.

Es wurde

I. dafür ein anderer Gegenstand, der Verkauf der Häuser sub Nris. ass. 2139, 2140, 2141, 2142 und 2143 am kleinen Damme auf den Abbruch, an die Stelle gesetzt.

Herr von Seckendorff berichtete namens der Finanzcommission, daß der Magistrat beantragt habe, dem Vorarbeiter Nothdurft auf sein Meistgebot von 2165 *M.* den Zuschlag zu ertheilen, und empfahl diesen Antrag zur Annahme.

Herr Steinacker richtete die Frage an die Versammlung, ob es nicht besser sei, im Hinblick auf das niedrige Gebot, die Häuser selbst niederreißen zu lassen, das Holz als Brennmaterial den hiesigen Armen zu übergeben und das übrige Material zu Füllversfüllungszwecken zu verwenden. Er glaube, daß die Stadt zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung ein weit besseres Geschäft dabei mache, als auf die proponirte Weise.

Herr von Seckendorff bemerkte, daß Abbruch und Abfuhr des Materials der Stadt mehr kosten würden, als bei der Sache überall herauskomme. Durch das vielfache Angebot von Häusern auf den Abbruch seien die Preise etwas heruntergegangen, man müsse deshalb mit der gebotenen Summe zufrieden sein.

Herr Nieß war gleichfalls der Ansicht, daß es zweckmäßiger erscheine, das Holz bei andrehendem Winter an die Armen zu vertheilen, statt sich auf ein so geringes Gebot einzulassen.

Referent führte aus, daß die Absicht des Herrn Vorredners durch den Verkauf auf den Abbruch am besten erreicht werde. Es würden auf diese Weise Leute unterstützt, die im Augenblicke nicht geradezu hülfbedürftig seien, denen aber doch sehr damit gedient sei, wenn sie billiges Brennmaterial in kleinen Partien bekommen könnten. Den wirklich Hülfbedürftigen werde ja wie in der bisherigen Weise eine Unterstützung durch den Etat zu Theil.

Herr Oberbürgermeister Pockels wies darauf hin, daß der Vorschlag des Herrn Steinacker gewissermaßen einem früheren Beschlusse der städtischen Behörden widerspreche, dahingehend, daß von den durch die Anlegung der Verbindungsstraße zwischen der Münzstraße und dem Rattreppeln entstehenden Kosten diejenigen Einnahmen abzusehen wären, welche aus dem Abbruch der Häuser und aus sonstigen Quellen erzielt würden; auch die hier in Rede stehenden Häuser seien, allerdings mit einem etwas höheren Werthe, dabei berücksichtigt.

Nachdem auch noch Herr Munte sich für den Magistratsantrag erklärt hatte, wurde das Meistgebot von 2165 *M.* acceptirt.

Danach

II berichtete Herr Reuter, daß Herzogliches Staatsministerium einige Anbe-

4500 *M.*, des ersten Cassirers auf 1800 bis 3600 *M.*, der beiden anderen Cassirer auf 1500 bis 2700 *M.*, der Executoren auf 900 bis 1200 *M.* (daneben die festgesetzten Executionsgebühren), des Chefs der Bauverwaltung auf 4200 bis 6600 *M.*, der Baumeister auf 2700 bis 4200 *M.* (dem Vertreter des Chefs der Hochbauverwaltung kann unter besonderen Umständen eine Functionszulage bis 300 *M.* gewährt werden), des Geometers auf 1800 bis 2400 *M.*

Die nächste Position, in welcher seitens der Commission 1500 bis 2400 *M.* für technische Hilfsbeamte der Bauverwaltung vorgesehen waren, gab Veranlassung zur Discussion.

Herr Nieß beantragte die Erhöhung des Maximalgehaltes auf 2700 *M.* Er habe wiederholt, namentlich in den vertraulichen Sitzungen die Gründe dargelegt, nach welchen eine Normirung der Gehalte der gedachten Beamten in dieser Höhe empfehlenswerth erscheinen ließe. Er verzichte auf die Wiederholung seiner Gründe, bitte aber dringend, dem Antrage zuzustimmen, es würde dadurch für ihn persönlich eine Angelegenheit aus der Welt geschafft werden, für die er gekämpft habe, so lange er der Versammlung angehöre.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärte sich mit dem Antrage einverstanden, um so mehr, als nach dem neuen Statute es den technischen Hilfsbeamten nicht mehr, wie bisher, erlaubt sein werde, für Privatpersonen Zeichnungen u. s. w. anzufertigen.

Herr Munte: Er habe grade aus dem Grunde, weil diese Beamten sich durch Privatgeschäfte manchen Nebenverdienst verschafften, in der Commission gegen eine Gehaltserhöhung gestimmt; nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters aber sei auch er jetzt bereit, für ein Maximalgehalt von 2700 *M.* zu stimmen.

Der Antrag Nieß wurde darauf mit wesentlicher Majorität angenommen.

Für den Archivar ist im Etat ein Gehalt von 2400 bis 3600 *M.* angesetzt, mit dem Bemerken, daß, wenn demselben die Verwaltung des Museums übertragen ist, ihm ein Gehalt bis zu 4200 *M.* jährlich bewilligt werden kann.

Herr Munte beantragte, das Maximum um 600 *M.* zu erhöhen.

Herr Nieß unterstützte den Antrag, derselbe wurde indeß abgelehnt.

Dieser Punkt der Tagesordnung war damit für heute erledigt, und die Versammlung ging über

IV. zur Berathung des unterm 2. October c. vom Magistrate vorgelegten Haushaltsstats pro 1880, worüber Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission referirte.

Einem Beschlusse der Versammlung vom 12. December v. J. gemäß zeigt der vorliegende Etat eine wesentlich andere Form als die früheren.

Davon ausgehend, daß der Haushaltsplan einer Gemeinde die Grundlage einer geregelten Finanzwirthschaft bildet, daß seine richtige Eintheilung das allein geeignete

Mittel ist, den Gefahren einer finanziellen Verwirrung vorzubeugen und daß derselbe darnach eine klare Uebersicht über die allgemeine finanzielle Lage gewinnen lasse und ein vollständiges Bild von dem Gesammtumfang der wirthschaftlichen Gebahrung bieten muß -- hat der Magistrat zunächst für geboten erachtet, dem eigentlichen Betriebshaushaltspläne eine Darstellung des städtischen Vermögens, einen Vermögenshaushalt beizugeben, welche den Bestand des letzteren und dessen Bewegung, d. i. die aus der Bewirthschaftung des Vermögens hervorgegangene Vermehrung oder Verminderung seiner Substanz, ersichtlich machen soll. Um dem Eintreten von Unterbilanzen wirksam vorzubeugen und um eine gerechte zeitliche Vertheilung der durch Befreiung außerordentlicher Bedürfnisse erwachsenden einmaligen Ausgaben zu sichern, hat es der Magistrat ferner für erforderlich gehalten, den bisher einheitlichen Cämmereicassen-Etat künftighin in zwei selbstständige Etats zu zerlegen, von denen der eine, als ordentlicher Etat, die regelmäßigen und fortlaufenden Einnahmen und Ausgaben festzustellen hat, während der andere, der außerordentliche Etat, dazu bestimmt ist, die einmaligen Bedürfnisse und die Beschaffung der zu deren Deckung nöthigen Mittel vorzusehen und zugleich in seiner Execution, d. i. bei rechnungsmäßiger Nachweisung der in dem städtischen Vermögen während des Betriebsjahres wirklich eingetretenen Veränderungen, eine Unterlage für den Vermögenshaushalt zu bilden hat.

Wie der Herr Referent bemerkte, hat die Finanzcommission die neue Form des Etats mit Freuden begrüßt, indem dieselbe den in der Versammlung laut gewordenen Wünschen und Anträgen entspricht.

Nachdem sich die Versammlung mit der gewählten Form einverstanden erklärt hatte, wurde zur Berathung der einzelnen Capitel geschritten; dieselben wurden theils mit kurzen Debatten, theils ohne Weiteres genehmigt wie folgt:

#### A. Ordentlicher Etat:

	Einnahmen	Ausgaben
1) Cämmerei-Vermögen	80 408,83 M.	126 366,87 M.
2) Für kirchliche Zwecke	— >	3 418,00 >
3) > das Unterrichtswesen	— >	246 061,00 >
4) > Kunst und Wissenschaft	— >	4 744,90 >
5) > die Armenpflege	36,00 >	67 000,00 >
6) > das Medicinalwesen	— >	1 875,00 >
7) > Vereinszwecke	616,67 >	3 377,17 >
8) > das Feuerlöschwesen	5 084,75 >	25 235,00 >
9) Ortspolizei	18 467,99 >	120 663,00 >
10) Für den Straßenbau	— >	29 401,53 >
11) Steuern u. sonst. Abgaben	613 500,00 >	900,00 >

Bei Position 11 wurde dem Antrage des Magistrats gemäß beschlossen, daß im

Jahre 1880 die Communalsteuer in gleicher Höhe, wie im laufenden Jahre, also 10 Simpla, ausgeschrieben werde.

12) Staatsbeihilfen resp. Staatsbedürfnisse 600,00 *M.* Einnahmen, 17800,00 *M.* Ausgaben.

Dieses Capitel war in der Vorlage berechnet mit 5600 *M.* resp. 22800 *M.* Auf Antrag des Herrn Kybik wurde indeß die Entschädigung der Lasten des Einquartirungswesens von 3000 *M.* in der Einnahme abgesetzt, da diese Entschädigung reichsseitig nicht mehr erfolgt. Um dieselbe Summe wurde dann auch der Zuschuß zur Befreiung der Einquartirungskosten in der Ausgabe verringert, da andererseits das Militair nicht mehr in dem Maße wie bisher bei den Bürgern untergebracht wird und somit der Zuschuß in früherer Höhe nicht ferner erforderlich ist.

13) Aus besonderen Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung 22 890,00 *M.* Einnahmen.

Für die Stadtverwaltung 127 981,00 *M.* Ausgaben

14) Insgemein 49 615,00 *M.* Einnahmen, 16 395,77 *M.* Ausgaben.

Die Ausgabesumme in Capitel 13 betrug in der Vorlage 126 731 *M.*, diejenige in Capitel 14 = 17 645 *M.* 77 *S.* Die Commission hatte aber verschiedene Gehaltserhöhungen außer den magistratsseitig vorgeschlagenen noch für nothwendig gehalten, und beantragte auch solche im Gesammtbetrage von 750 *M.*

Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden, so daß der Ausgabe in Capitel 13, unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Erhöhung der Miethsentschädigung des Oberbürgermeisters um 500 *M.*, im Ganzen 1250 *M.* zuzusetzen waren. Dagegen wurde das Dispositionsquantum in Capitel 14, über welches nur mit Zustimmung der Stadtverordneten verfügt werden kann, um dieselbe Summe ermäßigt. Die Bewilligung dieser Gehaltserhöhungen geschah unter der Erklärung, daß damit kein Präjudiz für die Zukunft gegeben sein, noch damit der später erfolgenden Berathung über die Alterszulagen bestimmend vorgegriffen werden solle.

Der Etat stellte sich hiernach in Einnahme und Ausgabe auf 791 219 *M.* 24 *S.*

## B. Außerordentlicher Etat.

Für denselben wurden bewilligt:

	Einnahmen	Ausgaben
1) An Capitalien . . . . .	232801,34 <i>M.</i>	146201,24 <i>M.</i>
2) An erstatteten Vorschüssen . . . . .	64900,00 »	— — »
An Vorschüssen . . . . .	— — »	— — »
3) Für verkaufte resp. angekaufte Grundstücke und Berechtigungen . . . . .	18000,00 »	105000,00 »
4) An Ersatz auf außerordentliche Aus- gaben . . . . .	219606,58 »	— — »

	Einnahmen	Ausgaben
An Bauten . . . . .	— — M.	518697,00 M.
5) An Insgemein . . . . .	241350,00	6758,97
also in der Gesamteinnahme und Gesamtausgabe	776657,92 M.	

Hiernach wurde die Genehmigung zu dem Nebenetat für die Neustadtmühle ausgesprochen. Ausgaben 32370 M., Einnahmen 38400 M., Ueberschuß 6030 M.

#### Ueber den

V. Punkt der Tagesordnung, Ermächtigungen zu Proceßerhebungen betreffend, berichten die Herren Heymann und Grote namens der Statuten-Commission.

Es lagen in dieser Beziehung vier Magistratschreiben vor.

Zunächst referirte Herr Heymann über den Magistratsantrag vom 7. October c. auf Klagerhebung gegen den Rentner Braunschweiger hieselbst wegen Rücksertung der durch die wiederholte Verpflegung seines Sohnes in öffentlichen Krankenhäusern hier und auswärts der Stadt erwachsenen Kosten von insgesammt 27 M. 45 S.,

sodann über den Magistratsantrag vom 7. October c. auf Einklagung von 13 M. 60 S. vom Productenhändler Friedr. Kreikenbohm für Verpflegung seiner Tochter im hiesigen Krankenhause.

In beiden Fällen wurde beantragtermäßen die Ermächtigung zur Proceßführung ertheilt.

Das dritte Magistratschreiben betraf die Entschädigungs-Angelegenheit des Restaurateurs Märtens. Derselbe hat den Magistrat auf Schadenersatz wegen Versagung der Genehmigung zum Bauen angeklagt. Nach längeren gerichtlichen Verhandlungen ist die Stadt zur Entschädigungsleistung verurtheilt. Märtens, welcher seinen Schaden auf 60000 M. berechnete, hat darauf angetragen, ihm im Wege des gütlichen Vergleichs 30000 M. auszusahlen. Der Magistrat hat aber diese Forderung für zu hoch gehalten und sich nicht darauf eingelassen. Märtens hat sich dann an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, welche indeß in der Sitzung vom 14. August c. beschlossen hat, diese Eingabe unberücksichtigt zu lassen. Es liegt nun eine erneuerte Eingabe des p. Märtens vor, welche gleichfalls auf gütlichen Vergleich abzielt. Die Commission beantragte, die Versammlung wolle zur Aufnahme des vom Schenkewirth Märtens hieselbst wegen Entschädigung gegen den Stadtmagistrat angestellten Proceßes ihre Genehmigung ertheilen und zugleich die bislang in dieser Sache vom Magistrate vorgenommenen Handlungen gutheißten.

Herr Wolff war der Meinung, daß es vielleicht im Interesse der Stadt rathsam sei, nochmals den Versuch eines gütlichen Vergleichs zu machen; er lasse sich dabei von dem alten Sprüchworte leiten: ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Proceß. Er beantrage, über die Angelegenheit nochmals Berathung zu pflegen. Da derartige Sachen aber, wie schon bei ähnlichen Anlässen betont worden sei, jedenfalls

zweckmäßiger in vertraulicher Sitzung berathen werden könnten, so werde er eventuell den Unterantrag stellen, die Angelegenheit vertraulich zu berathen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Referenten wurde zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Commissionsantrags ergab.

Herr Grote referirte danach über das vierte Magistrats Schreiben vom 19. October c. Der Maurer Ferdinand Eichler hat an die Stadt 112 *M.* 80 *S.* zu zahlen, welche derselben aus der Verpflegung seiner Kinder hier und in Berlin erwachsen sind. Eichler hat sich trotz wiederholter Anmahnungen zur Zahlung nicht bereit gefunden, weshalb der Magistrat beantragt, ihn zur Einflagung der gedachten Summe zu ermächtigen.

Auch dieser Antrag, von der Commission empfohlen, wurde ohne Debatte angenommen.

VI. Als im Jahre 1873 die Verbreiterung der Carlstraße von den städtischen Behörden beschlossen wurde, erklärten sich die meisten Anwohner bereit, das zur Verbreiterung erforderliche Terrain zum Preise von 5 *§* pro □Ruthe an die Stadt abzutreten, die Wittwe Guers verlangte dagegen für 2,5 □Ruthen 150 *§*. Hinterher erklärte der Sohn derselben, daß er mit 5 *§* pro □Ruthe zufrieden sei, behielt sich aber die Genehmigung seiner Mutter vor. Diese Genehmigung ist nun zwar nicht ausdrücklich erteilt, da die Frau Guers aber das Terrain factisch abtrat, so wurde hierin ein stillschweigender Consens in die Erklärung des Sohnes erblickt. Als indeß die Beiträge eingefordert wurden, hat Frau Guers ihren Anspruch auf 150 *§* von Neuem geltend gemacht und sich darauf berufen, daß sie die Erklärung ihres Sohnes nicht gutgeheißen. Sie hat sich nun aber im Wege des Vergleichs bereit erklärt, ihren Anspruch auf 450 *M.* fallen zu lassen, wenn ihr die Beiträge für Instandsetzung und Canalisirung der Carlstraße zu 246 *M.* 32 *S.* erlassen werden. Der Magistrat hält in seinem Schreiben vom 17. October c. nicht für gerathen, eine gerichtliche Entscheidung in dieser Sache zu veranlassen und giebt anheim, sich mit dem proponirten Vergleiche einverstanden zu erklären.

Herr Schwarzenberg schloß sich im Namen der Statutencommission diesem Antrage an, worauf derselbe ohne Debatte genehmigt wurde.

### Wie

VII. Herr Reuter namens der Statutencommission referirte, wurde dem Finanzrath Hildebrand i. J. 1868 die Erlaubniß erteilt, zwischen seinem Garten, Helmstedterstraße 8, und der angrenzenden Casernenstraße eine gradlinige Befriedigung mittels lebendiger Hecke herzurichten und dieselbe auf das Böschungsterrain der Casernenstraße hinauszurücken. Im October d. J. beantragte Hildebrand, an Stelle

dieser Hecke eine massive Mauer herrichten zu dürfen. Der Stadtverordnete Winter hat dabei in Anregung gebracht, den Umstand zur Verbreiterung der Casernensstraße an dieser Stelle zu benutzen. Die gepflogenen Verhandlungen haben zu folgenden Resultaten geführt: Die Böschung an der Casernensstraße längs des Hildebrand'schen Grundstücks kommt in Wegfall und das dadurch gewonnene Terrain in einer durchschnittlichen Breite von 0,85 m wird zur Straße gezogen. Die an der Straße befindlichen Quader einer kleinen Futtermauer werden auf Kosten der Stadt aufgenommen und bis zur gedachten Grenze zurückgeschoben. Die sonst noch erforderlich werdenden Arbeiten zur Herstellung einer Futtermauer übernimmt Hildebrand auf seine alleinigen Kosten. Dagegen wird Hildebrand dasjenige Terrain, welches er seit 1868 in Benutzung hat, 22,14 qm, zum Eigenthum überwiesen. Um die Auffahrt nach der Casernensstraße von der Helmstedterstraße zu verbessern und zu verbreitern, wird die Einfriedigung auf der Ecke im Zusammenstoß beider Straßen durch eine coupirte Ecke bewirkt. Auf diese Grenzlinie wird von Hildebrand gleichfalls eine Mauer aufgeführt. Die Straße wird dadurch um 46 qm verbreitert, wovon 4 qm auf den unbequemen Eingang von der Helmstedterstraße fallen.

Der Magistrat beantragte, diese Vereinbarung zu genehmigen; die Commission schloß sich diesem Antrage an.

Herr Winter: Aus dem Vortrage des Herrn Referenten könne man schließen, als ob die Stadt bei diesem Vergleiche erheblich gewönne. Dies sei aber in der That nicht der Fall. Das ganze Terrain gehöre bereits der Stadt, dasselbe habe als Böschung nur nicht in Benutzung genommen werden können. An Hildebrand würden dagegen 22 qm abgetreten. Die Straßenstrecke sei an dieser Stelle für Fuhrwerk sehr gefährlich, man müsse darauf bedacht sein, hier noch mehr Terrain zuzubekommen, statt etwas abzugeben.

Herr Reuter: Die in Rede stehende Fläche von 68 qm komme Keinem zu Gute, Herrn Hildebrand auch nur insoweit, als er einen schmalen Streifen bereits im Besitze habe, der allerdings sein Eigenthum bisher nicht gewesen sei. Jetzt handle es sich darum, eine Grenzlinie für die Dauer festzustellen, die Sache durch Herrichtung einer Mauer in einen definitiven Zustand zu bringen, und zwar so, daß von der streitigen, 68 qm haltenden Fläche 22 qm an den Finanzrath Hildebrand und 46 qm an die Straße fallen. Das Stadtbauamt hatte die Anlage bereits genehmigt, die Arbeit war schon in Angriff genommen und durch die Verhandlungen sei sie unterbrochen. Diese dauerten nun schon drei Wochen, während welcher Zeit das Hildebrand'sche Grundstück offen gestanden habe. Der Magistrat habe die Sache gründlich geprüft, das Stadtbauamt habe sich mit derselben im Principe einverstanden erklärt und die Statutencommission empfehle den Antrag einstimmig.

Herr Winter: Die Aufführung der gedachten Mauer sei allerdings im Stadtbauamte genehmigt, er habe aber gleich gesagt, man möchte darauf Bedacht nehmen.



die richtige Grenze festzustellen. Der Stadtbaumeister Winter habe das auch versprochen. Im Laufe der Zeit habe sich aber herausgestellt, daß die bisher von Hildebrand innegehabte Grenze nicht die richtige gewesen sei; diese trete weiter in das Gartengrundstück zurück. Nun könne er gerade nicht einsehen, was die städtischen Behörden dazu veranlassen solle, 22 qm der Stadt gehöriges Terrain zu verschenken. Er beantrage, den Beschluß über diese Sache noch auszusetzen und später in neue Verhandlungen einzutreten.

Herr Stadtrath Rittmeyer ersuchte, dem Antrage des Magistrats und der Statuten-Commission beizustimmen. Die ganze Differenz zwischen der eigentlichen Grenze des Hildebrand'schen Grundstücks und der jetzt vorhandenen Straßengrenze betrage ungefähr 6 Fuß. Die Hälfte würde allerdings nach dem jetzt vorliegenden Vergleich Hildebrand zufallen, wogegen dieser aber die bedeutenden Kosten für Herstellung einer Futtermauer übernehme. Außerdem gebe er aber einen sehr erheblichen Theil von seinem Grundstücke an der Ecke zur Verbreiterung der Casernenstraße am Ausgange auf die Helmstedterstraße ab, und auf diesen letzten Umstand sei hauptsächlich das Gewicht zu legen. Wenn man nun dem Antrage des Herrn Winter stattgeben und die äußerste Grenze in Anspruch nehmen wollte, dann würde die Stadt die Kosten der Herstellung einer Futtermauer selbst übernehmen müssen, weil Hildebrand nicht gezwungen werden könnte, auf seinem Grundstück zu bauen. Es scheine also doch im Interesse der Stadt zu liegen, wenn Hildebrand die 22 qm überlassen würden.

Herr Winter: Die Casernenstraße sei an dieser Stelle bisher nur 16 Fuß breit gewesen und bedürfe daher der Verbreiterung am Ausgange auf die Helmstedterstraße nicht so sehr; dagegen sei eine größere Breite für die Casernenstraße selbst sehr erwünscht, ja nothwendig. Die Kosten für Herstellung einer Futtermauer seien so erheblich nicht.

Nachdem sodann noch Herr Munte den Commissionsantrag befürwortet hatte, indem er hervorhob, daß das Stadtbauamt bei Prüfung dieser Angelegenheit jedenfalls den Stadterweiterungsplan zum Grunde gelegt und daraus ersehen haben werde, daß die Casernenstraße an dieser Stelle keiner Verbreiterung bedürfe, auch voraussichtlich der Stadtbaumeister Winter die Sache reiflich erwogen haben werde, wurde zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Winter'schen und die Annahme des Commissionsantrages ergab.

Sodann

VIII. folgte der Bericht der Statuten-Commission über die Eingabe des Herrn Lucius vom 18. October c., in welcher derselbe anzeigt, daß er sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt habe.

Vorerst bemerkte der Herr Vorsitzende, daß er es persönlich auf sich genommen habe, selbstverständlich nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Colleague des

Herrn Lucius, diesen womöglich zur Zurücknahme seiner Mandatsniederlegung zu bewegen; seine Bemühungen seien aber erfolglos gewesen. Er habe nur einen Wunsch des Herrn Lucius zu erfüllen; derselbe habe ihn darum gebeten, zu erklären, daß nicht etwa das Resultat der Wahl eines Vorsitzenden Veranlassung zu seiner Mandatsniederlegung gewesen sei, die Veranlassung liege für ihn in Vorgängen, die der Wahl vorausgegangen seien, die allerdings in gewissen Beziehungen zu derselben gestanden und durch die er sich verletzt gefühlt habe. Indem er (Redner) den Wunsch des Herrn Lucius damit erfülle, habe er sich selbstverständlich kein Urtheil darüber erlauben wollen und dürfen, ob das Gefühl des Verletztheins ein sachlich begründetes gewesen.

Herr Referent Heymann: Herr Lucius sei eine lange Reihe von Jahren Mitglied der Versammlung und stets von Eifer und Pflichttreue erfüllt gewesen. Derselbe habe der Statutencommission, der er während der ganzen Zeit angehört, stets ein reges Interesse gewidmet. Die Commission habe ihn beauftragt, in ihrem Namen ihr großes Bedauern über den Entschluß des Herrn Lucius auszudrücken. Die Versammlung werde dieses Bedauern in vollem Maße theilen.

Die Sache selbst anlangend, citirte Referent zunächst die einschlägigen Bestimmungen der rev. Städteordnung (§§. 23, 24 und 27). Diese Bestimmungen zählten ganz bestimmte Gründe auf, nach welchen eine Ablehnung bez. Niederlegung eines Amtes zulässig. Die Statutencommission gebe, wie sie nicht anders könne, anheim zu beschließen, die Mandatsniederlegung seitens des Herrn Lucius für unzulässig zu erklären. Hieran würden sich nun noch die gesetzlichen Folgen (§. 27) knüpfen. Auch in dieser Beziehung bedürfe es eines Beschlusses der Versammlung. Die Statutencommission glaube aber, daß die Sache sich in dieser Richtung nicht zu einer öffentlichen Besprechung eigne, sie gebe daher anheim, diesen Punkt in geheimer Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender: Ueber den letzten reglementarischen Antrag müsse nach geheimer Berathung beschlossen werden; es werde zweckmäßig sein, diese am Ende der heutigen Sitzung vorzunehmen. Der erste Antrag der Statutencommission werde damit jetzt zur Berathung gestellt.

Herr Rieß erklärte, daß er, da er nicht Rücksprache mit Herrn Lucius genommen, nicht darüber urtheilen könne, ob dessen Entschluß unabänderlich sei. Sei letzteres der Fall, dann scheine es ihm richtig, die Mandatsniederlegung zu acceptiren, da Herrn Lucius Gründe des Austritts, hergeleitet aus dessen körperlichem Befinden, wohl zur Seite ständen.

Der Vorsitzende bemerkte thatsächlich, daß er, weil in der Erklärung des Herrn Lucius ein Grund für den Austritt nicht angegeben worden, in Rücksicht auf die bei unbegründeter Niederlegung des Mandats der Versammlung erwachsenen unangenehmen Pflichten sich veranlaßt gesehen habe, Herrn Lucius um Angabe eines

Grundes zu bitten. Dieser habe jedoch erklärt, daß er einen Grund, den das Gesetz vorsehe, nicht anzugeben vermöchte.

Referent bestätigte Vorstehendes auf Grund von Besprechungen mit Herrn Lucius und wies darauf hin, daß unter diesen Umständen der Versammlung nur übrig bleibe, den Gesetzen gemäß den Austritt für unzulässig zu erklären.

Auch Herr Ding erklärte, daß, wie er wisse, Herrn Lucius Entschluß unänderlich sei. Er erachte die Gründe des Herrn Lucius zu diesem Entschlusse allerdings für wichtig. Es seien über denselben im Zusammenhange mit der Wahl des Vorstehenden Gerüchte, welche geeignet, die Ehre desselben zu schädigen, verbreitet und könne man ihm unter diesen Umständen den Austritt nicht verdenken.

Herr von Seckendorff: Der in der vorstehenden Aeußerung liegende Vorwurf werde gegen ihn gerichtet sein. Er habe allerdings vor der Wahl des Vorstehenden, weil auch Herr Lucius in Frage gekommen, sich veranlaßt gesehen, ein ihm zu Ohren gekommenes, den Herrn Lucius betreffendes Gerücht, da dasselbe vor der Wahl nach seiner Ansicht der Aufklärung bedurft habe, in Stadtverordnetenkreisen, und lediglich in solchen, zur Sprache zu bringen, glaube aber damit auch nur eine Pflicht als Stadtverordneter erfüllt zu haben. — Als Redner auf eine Erörterung der thatsächlichen Grundlagen des Gerüchtes einging,

machte der Herr Vorsitzende darauf aufmerksam, daß dieselbe wohl nicht zur Sache gehöre, jedenfalls nicht nothwendig sei, und, da es sich um einen Abwesenden handle, besser unterbliebe.

Herr Aronheim bemerkte thatsächlich, bezugnehmend auf eine Aeußerung des Herrn Vorredners, »daß Herrn Lucius eine Vertheidigung entzogen worden«: die Vertheidigung sei demselben nicht entzogen, sie sei nur für Herrn Lucius unmöglich geworden, weil derselbe in der Untersuchungssache als Zeuge benannt worden.

Referent: Durch den Gang der Debatte sehe er sich veranlaßt, kurz zu erklären: er könne nach officiellen Mittheilungen die feste Versicherung geben, daß irgend etwas Ehrenrühriges gegen Herrn Lucius nicht vorliege. Ob derselbe in der von Herrn von Seckendorff berührten Angelegenheit richtig gehandelt habe, sei hier nicht zu entscheiden. Die Entscheidung komme anderen Organen zu, bei denen Verhandlungen schwebten. Solange diese aber nicht erledigt, habe Niemand das Recht, wegen dieser noch nicht entschiedenen Angelegenheit einen Stein auf Herrn Lucius zu werfen.

Darauf wurde der Antrag der Commission, die Mandatsniederlegung des Herrn Lucius als unzulässig zu erklären, angenommen.

#### IX. Ein Antrag des Herrn Krampe:

»die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate Ermächtigung zur Proceßführung in Fällen, in denen es sich um ein Object bis 100 M. handle, ein für allemal bis auf Widerruf ertheilen«

wurde der Statutencommission zur Prüfung überwiesen, nachdem Antragsteller zuvor auf eine Motivirung verzichtet hatte, indem diese sich aus dem Antrage selbst ergebe.

Auf eine Anfrage des Herrn Wille:

»Will der Magistrat den Weiterbau des jetzt ruhenden Pferde-Eisenbahn-Baues nach dem jetzt angewendeten Systeme gestatten?«

wurde von Herrn Overbürgermeister Pockels bemerkt, daß er dieselbe je nach der Zeit beantworten wolle.

Danach

X. wurde zur Wahl eines zweiten Vorsitzenden an Stelle des aus der Versammlung ausgeschiedenen Herrn Lucius geschritten.

Von 26 Stimmen entfielen 11 auf Herrn Kybik, 9 auf Herrn von Seckendorff, 4 auf Herrn Kloss, je 1 auf die Herren Aronheim und Kunken.

Da hiermit die gesetzlich vorgeschriebene absolute Majorität nicht erreicht war, wurde die Wahl wiederholt.

Im zweiten Wahlgange entfielen 17 Stimmen auf Herrn Kybik, 9 Stimmen auf Herrn von Seckendorff.

Herr Finanzrath Kybik war somit gewählt.

Derselbe erklärte sich unter dem Ausdrucke des Dankes zur Uebernahme des Postens bereit.

Darauf wurde auf Vorschlag des Herrn von Seckendorff Herr Aronheim an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Lucius in die Statutencommission gewählt.

Man wandte sich nunmehr zur Berathung über die von Herrn Lucius wegen Niederlegung des Gemeinbeamtes zu entrichtende Strafe, und referirte Herr Hermann, nachdem der Antrag auf geheime Berathung hierüber zurückgezogen war, wie folgt: Die Statutencommission schlage, Bezug nehmend auf §. 27 der rev. Städte-Ordnung, welcher bestimme, daß eine, nach den Verhältnissen des Einkommens durch die Stadtverordneten festzusetzende Strafe von jährlich 3 bis 42  $\mathcal{F}$  den ohne Grund Austretenden treffe, vor, die Strafe auf 30  $\mathcal{M}$ . festzustellen, und zwar für die Zeit von November 1879 bis Ende 1881.

Herr Aronheim erkannte an, daß dem Gesetze gemäß eine Strafe zu verhängen sei, betonte aber, daß über die Höhe derselben lediglich das Ermessen der Versammlung entscheide und beantragte, indem er sich mit einigen Worten dem dem Austritte zum Grunde liegenden Gefühle tiefer Kränkung bei Herrn Lucius zuwandte, die Strafe auf den Minimalsatz von 3  $\mathcal{F}$  festzusetzen.

Man schritt zur Abstimmung, welche die Annahme des Commissionsantrags mit 14 von 26 Stimmen ergab.

Darauf Schluß der Sitzung.



1879.

Fortsetzung der Beilage zu N. 35 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.

N. 19.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. November 1879.

Öffentlich:

- I. Statut, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betr.
- II. Stat des Schlachthauses und Gebührentarif.
- III. Vorlage wegen der vom Schlachthausdirector zu bestellenden Caution.
- IV. Desgl. wegen Beschaffung von Aushülfe bei Einziehung der Schulgeldreste.
- V. Desgl. wegen Creditirung bezw. Erlass von Beiträgen Pflichtiger zu den Kosten der Canalisirung der Gießmaroderstraße.
- VI. Desgl. wegen Feststellung einer Baulinie bei dem Gerichtsbau an der Ruh- und Auguststraßen-Ecke.
- VII. Desgl. wegen einer Vereinbarung mit Herzoglicher Baudirection bezüglich der Canalisirung der Gießmaroderstraße.
- VIII. Interpellation des Stadtverordneten Wilke, die Pferde-Eisenbahn betr.
- IX. Selbständiger Antrag des Stadtverordneten Muntz, die Entwässerung der Friedrichstraße betr.

Entschuldigt die Herren Zellgmann, du Roi, Winter und Reuter.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Götte, Haake und Schöttler.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden.

I. referirte zunächst Herr Heymann namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 9. October c., betreffend die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung. — Die Dienstgeschäfte des Stadtmagistrats und der demselben unterstellten Organe und Beamten haben durch die Zunahme der Bevölkerung sowohl, wie in Folge der Reichs- und der neueren Landes-Gesetzgebung, in den letzteren

Jahren einen Umfang erreicht, der einen prompten Dienstbetrieb mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften auf die Dauer unmöglich macht. Der Magistrat würde schon längst auf eine Vermehrung dieser Kräfte angetragen haben, wenn nicht räumliche Schwierigkeiten hindernd im Wege gestanden hätten. Nachdem jetzt die frühere Dienstwohnung des Magistratsvorsitzenden zu Geschäftsräumen eingerichtet, auch die Aufführung eines Anbaues an das Stadthaus zur Unterbringung der Registratur und Kanzlei des Magistrats, sowie der Stadtcasse beschlossen worden ist, glaubt der Magistrat im Interesse der Stadtverwaltung mit dem Antrage auf Verstärkung des Dienstpersonals nicht länger zögern zu dürfen; er hat deshalb ein Statut ausgearbeitet, welches der Versammlung in autographirten Exemplaren vorliegt, und beantragt dessen Genehmigung. Das Statut hat den Zweck, dasjenige vom 19. November 1874 zu ersetzen. In §. 3 desselben ist hinsichtlich der Vermehrung der Arbeitskräfte die Zulässigkeit der Annahme eines rechtskundigen Hülfsarbeiters mit Sitz, aber ohne Stimme im Magistrate ausgesprochen. In §. 6 ist die Eröffnung einer Secretairstelle empfohlen. Der Secretair soll Haupt des gesamten Registratur- und Kanzleiwesens sein, Anträge und sonstige Anliegen der Einwohner zu Protokoll nehmen, Controle über die einzelnen Magistratschreiber obliegenden Cassenführungen ausüben und Expeditionen und sonstige schriftliche Arbeiten unter Verantwortlichkeit der decernirenden Räthe besorgen. Dann ist die Constituierung eines selbständigen Gemeindesteuerbureaus vorgesehen. Hinsichtlich des städtischen Bauwesens beantragt der Magistrat bei specieller Beleuchtung der Wirksamkeit der demselben unterstellten Organe, daß das Personal unter der Bezeichnung „städtische Bauverwaltung“ begriffen werde und zwar so, daß unter dieser Bezeichnung alle Verfügungen von derselben und an dieselbe erlassen werden. Es sollen bei der in Aussicht genommenen Organisation die drei Abtheilungen des städtischen Bauwesens: a. Hochbauten, b. Handhabung der Baugesetze, Prüfung der Baupläne, Revision der Bauten von Privaten u., c. Straßen-, Brücken- und Canalbauten, je unter unmittelbare Leitung eines geprüften Baumeisters gestellt, außerdem aber ein Geometer angestellt werden. Diese Organisation soll jedoch nicht sofort in ihrem vollen Umfange eingeführt, es sollen vielmehr die Canalbauten der Leitung des Ober-Ingenieurs Mitgau bis zur planmäßigen Entwässerung der Außensadt belassen werden und demzufolge die Anstellung eines dritten Baumeisters einstweilen unterbleiben. — Zur rascheren Abfertigung des bei der Stadtcasse verkehrenden Publicums hält der Magistrat die Etablierung einer dritten Hebestelle und danach die Anstellung eines dritten Cassirers für erforderlich; diese Anstellung muß aber noch so lange ausgesetzt werden, bis das neue Stadtcassengebäude vollendet ist.

Die Commission hat die Vorlage geprüft und empfiehlt sie unter Berücksichtigung einiger unwesentlichen Modificationen, mit denen der Magistrat sich bereits einverstanden erklärt hat, zur Annahme.

Referent verlas das Statut paragraphenweise und gab, wo es nöthig erschien, die erforderlichen Erläuterungen. Bezug nehmend auf die Motive im Begleitschreiben des Magistrats.

Zu §. 5, welcher die Neuansstellung eines dritten Cassirers vorsieht, stellte Herr Hasenbalg folgenden Antrag:

»Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob nicht dem zeitweiligen zu großen Andränge bei der Stadtcasse dadurch abzuhelpen sei:

daß an einem Tage bei einer Hebestelle nur die Anwohner eines Thordistricts behuf Leistung von Zahlungen zugelassen werden, so daß beispielsweise

Wilhelmthordistrict Montag und Donnerstag,

Hobethordistrict Dinstag und Freitag,

Petrithordistrict Mittwoch und Sonnabend,

Wendenthordistrict Montag und Donnerstag,

Steinthordistrict Dinstag und Freitag,

Augustthordistrict Mittwoch und Sonnabend

zu erscheinen haben,

und daß, wenn sich diese Einrichtung als zweckmäßig bewahrt,

die in Aussicht genommene Anstellung eines dritten Cassirers entbehrlich wird.

Der Antrag wurde der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Zu §. 11, betreffend die Befoldung der städtischen Beamten und Diener, über welchen hinsichtlich des zugehörigen Normaletats bereits in voriger Sitzung Beschluß gefaßt war, beantragte die Commission, das Gehalt des Geometers in *maximo* um 300 *M.* zu erhöhen, also auf 2700 *M.* festzustellen.

Herr Overbürgermeister Pockels befürwortete diesen Antrag; er bemerkte dabei, daß man, wie bei der commissariischen Berathung des Haushaltsetats von verschiedenen Seiten hervorgehoben sei, schwerlich in der Lage sein werde, für 1800 bis 2400 *M.* einen tüchtigen Geometer zu gewinnen. Der Stadtbaumeister Winter habe diese Ansicht getheilt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Stadt durch die Anstellung eines Geometers einen bedeutenden finanziellen Aufwand nicht zu befürchten hätte, weil dadurch die Gebühren, welche bisher einem Finanzbeamten für Absteckung der Fluchtlinien im Betrage von 1000 bis 1200 *M.* gezahlt seien, in Wegfall kämen.

Nachdem auch noch Herr Munte für den Commissionsantrag gesprochen, wurde derselbe angenommen.

Die Alterszulagen der Beamten, welche von je 3 zu 3 Jahren erfolgen sollen, wurden folgendermaßen bestimmt: bei dem Vorsitzenden des Magistrats 600 *M.*, den beiden anderen Magistratsmitgliedern je 400 *M.*, beim Secretair 250 *M.*, bei dem



Rechnungsrevisor 250 *M.*, dem Steuerrevisionsbeamten 150 *M.*, dem Registrator 150 *M.*, den angestellten Schreibern 100 *M.*, den Magistratsdienern 100 *M.*, dem Cämmerer 300 *M.*, dem ersten Cassirer 300 *M.*, den beiden anderen Cassirern 200 *M.*, bei den Executoren 100 *M.*, dem Chef der Bauverwaltung 400 *M.*, dem Baumeister 300 *M.*, dem Geometer 150 *M.*, den technischen Hilfsbeamten der Bauverwaltung 200 *M.*, dem Archivar 300 *M.* — Hiernach gelangen zum Maximalgehalte: der Vorsitzende des Stadtmagistrats, der Secrétaire, der Cämmerer und die Baumeister in 15 Jahren, die Magistratsdiener und Executoren in 9 Jahren, alle übrigen Beamten in 18 Jahren.

Herr Steinacker hielt es bei dieser Gelegenheit am Platze, nochmals auf seine Frage von voriger Sitzung zurückzugreifen, indem er Auskunft darüber wünschte, ob die dem Archivar für die Verwaltung des Museums bewilligte Gehaltserhöhung bis zu 4200 *M.* als pensionsberechtigt angesehen werden solle. Er halte dies für eine Forderung der Billigkeit im Hinblick auf den Bildungsgang, der von diesem Beamten verlangt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärte, daß eigentlich schon in den Worten Gehalt bis 4200 *M.* eine Pensionsberechtigung von diesem Betrage begründet sei und der Magistrat werde, da die Besoldung des Archivars in dieser Weise von der Versammlung beschlossen sei, demselben eröffnen, daß er die 600 *M.*, welche er bisher als Remuneration für die Verwaltung des Museums bezogen habe, vom nächsten Jahre an als Gehalt zu beziehen und danach auch zur Wittwen- und Pensionscasse beizutragen habe.

§. 15 lautet in der Fassung der Commission: »Die Cassenbeamten einschließlich der Executoren müssen vor dem Dienstantritte Caution bestellen.«

Herr Rybiß beantragte, da auch der Schlachthausdirector eine Caution zu bestellen habe, dieser aber wohl nicht zu den Cassenbeamten zu zählen sei, zu sagen: »Diejenigen Beamten, welche eine Cassé führen oder mit Cassengeschäften betraut sind, und die Executoren u. s. w.«

Herr Wolff warf die Frage auf, ob man nicht zu weit gegangen, alle diejenigen Beamten, namentlich jüngeren, welche vielleicht noch Hilfsbeamten seien, schon mit einer Cautionsbestellung zu belasten; es könnte der Fall eintreten, daß die Leute, sonst ganz tüchtig, vielleicht nicht dazu im Stande wären. Man habe jedenfalls nur diejenigen Beamten meinen wollen, die verantwortlich mit einer Cassenführung betraut seien.

Herr Rybiß konnte diese Ansicht nicht theilen: alle Beamten, welche mit Cassengeschäften befaßt seien, seien nach dem Staatsdienstgesetze cautionspflichtig; ähnliche Bestimmungen auch bei den städtischen Beamten Platz greifen zu lassen, sei zweckmäßig. Wenn die Leute nicht selbst in der Lage seien, die Caution zu beschaffen,

so müßten andere dafür aufkommen oder der Betreffende müßte sich bis zur Erfüllung seiner Cautionspflicht Gehaltsabzüge gefallen lassen.

Herr Aronheim schloß sich dem Kybik'schen Antrage seiner präciseren Fassung wegen an.

Herr Krampe erklärte, daß er das ganze Cautionswesen für veraltet und überflüssig halte. Es sei geradezu ein seltsames Ansinnen, in der Bestellung von 1000  $\text{fl}$  Cautions eine Sicherung gegen beabsichtigte Defraudationen oder eine Deckung der Cassen erblicken zu sollen. Allenfalls sei dadurch eine gewisse Sicherung dagegen gegeben, daß der Cassenführer einmal auf frivole Weise seine Stellung aufgebe. Die städtischen Behörden möchten das ganze Cautionswesen abschaffen und Vertrauen zu ihren Beamten haben; eine Cautions hindere doch niemals eine Unredlichkeit.

Herr Aronheim warnte, auf diese Andeutungen einzugehen. Er sei allerdings auch der Ueberzeugung, daß die zur Sicherung hinterlegte Summe gegen den Schaden, welchen der Cassenbeamte herbeiführen könne, Deckung nicht schaffe, wohl aber sei sie neben dem Strafgesetze eine bedeutende moralische Stütze für die Redlichkeit. Die meisten Beamten seien nicht in der Lage, ihre Cautions selbst zu bestellen, sie müssen sie durch ihre nächsten Verwandten und Freunde bestellen lassen und wissen also, daß sie nicht bloß ihrer vorgesetzten Behörde durch eine Unredlichkeit Schaden zufügen, sondern daß sie auch ihnen nahe stehende Personen dadurch in's Unglück stürzen können. Wenn man auch durch die Cautionsbestellung keine vollständige Schranke gegen Unredlichkeiten bilden könne, so halte er doch immerhin für rathsam, dieses Schutzmittel beizubehalten. Aus eigener Erfahrung wisse er, daß Unredlichkeiten allerdings nicht dadurch verhindert, wohl aber sehr erschwert würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels ersuchte, die Fassung der Commission anzunehmen und den Kybik'schen Antrag abzulehnen. Wenn man die Cautionsbestellung auch noch von anderen Personen verlangte, als von denen, die eine Cassenführung als alleinigen Geschäftskreis hätten, so würde man sie auch von den Magistratschreibern verlangen müssen, wozu man rechtlich gar nicht in der Lage sei, da man ihnen bei Uebertragung der Cassenführung diese Verpflichtung nicht auferlegt habe. Auch würden diese Leute, da sie wohl nicht im Stande wären, Cautions zu bestellen, event. auf Fortführung der betr. Cassen verzichten müssen.

Die hierauf folgende Abstimmung ergab die Annahme des Antrags Kybik mit 13 Stimmen.

Unter Berücksichtigung dieses Antrags und der Vorschläge der Commission lagen demnach folgende Aenderungen zur Magistratsvorlage vor:

1) zu §. 3:

a. hinter »Angelegenheiten« zu setzen »Kann«.

b. hinter »Hülfsarbeiter« zu setzen »gegen Remuneration«.

## 2) zu §. 4:

- a. ad 1 zu sagen: »1) der Gas- und Wasserwerke durch einen Director und einen Assistenten als zweites Directionsmitglied«,
- b. zum Schlusssatz hinter »erlassenen« einzuschalten »Statute und«,

## 3) zu §. 8:

- ad 2 zu sagen statt »Bedellen« »Magistratsdiener«,

## 4) zu §. 11:

- a. statt »derselbe« zu sagen »dasselbe«,
- b. statt »die in den Normaletat aufgenommenen Beamten« zu sagen »die Magistratsmitglieder sowie die geprüften Baumeister«,
- c. zum dritten Absätze
  - a. hinter »das Gehalt der« einzuschalten »übrigen Hilfsbeamten sowie der«,
  - b. hinter »Gemeindediener« einzuschalten »bei treuer Pflichterfüllung«,
- d. im letzten Absätze die Worte »in Gelde« fortzulassen,

## 5) zu §. 15:

statt »Der Cämmerer und die« zu sagen »Diejenigen Beamten, welche eine Casse führen, oder mit Cassengeschäften betraut sind, und die«,

## 6) zu §. 17:

- a. ad a. statt »Hilfsbeamten (§. 5)« zu sagen »die in §. 5 bezeichneten Hilfsbeamten«,
- b. ad 3 statt »und Verschümmel« zu sagen »oder Verschümmel«,

## 7) zum Etat:

den Schluß von »die Alterszulage« an fortzulassen, eine besondere Rubrik »Betrag der Gehaltszulage« bei den einzelnen Positionen zu machen und in diese Rubrik folgende Sätze nach der Reihenfolge zu setzen: 600, 400, 250, 250, 150, 150, 100, 100, 300, 300, 200, 100, 400, 300, 150, 200, 300.

Mit diesen Aenderungen wurde das Statut genehmigt.

Der nächstfolgende Gegenstand der Tagesordnung, betreffend das Regulativ über die Verwaltung des Schlachthauscs, wurde von derselben für heute abgesetzt, weil die Statutencommision wegen Geschäftsüberhäufung die Vorberathung noch nicht hatte erledigen können.

Es folgte demnach

II. von Herrn Wolff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den Etat des Schlachthauscs für den Zeitraum vom 1. November d. J. bis 31. December

1880, imgleichen über den Tarif über die zu erhebenden Schlacht-, Wäge- und Stallgebühren, welche Vorlagen der Magistrat mittels Schreibens vom 29. October c. überreicht hatte. Beide Vorlagen, vom Schlachthausdirector aufgestellt, sind von der Schlachthausdeputation geprüft und zur Genehmigung empfohlen. Auch der Magistrat und die Finanzcommission haben die fragl. Statsansätze und resp. Tariffsätze, welche den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend bemessen sind (cf. §. 6 des Gesetzes vom 12. April 1876 Nr. 40) geprüft und geben die Genehmigung in der vorliegenden Fassung anheim. Die Deputation des Schlachthauses ist von der Ansicht ausgegangen, daß es zweckmäßig sei, zunächst die Ausgaben festzustellen, weil es nach dem Sinne des obigen Gesetzes Princip ist, daß die Schlachthäuser keine Erwerbsanstalt wie die Gas- und Wasserwerke sein sollen, sondern daß sie nur ihre Ausgaben decken sollen. Deshalb sind diese, namentlich für die Festsetzung der Gebührensätze, maßgebend.

Die Ausgaben belaufen sich:

1. Verwaltungskosten:

Director	pro Jahr	3300 M.	für 15 Monate	4125 M.
Thierarzt	>	2400	>	2800
Kassirer	>	1200	>	1400
Hallenmeister	>	1200	>	1400
Maschinenmeister	>	1200	>	1400
Magazinaufseher	>	1000	>	1166,67 M.
Hallenaufseher	>	1120	>	1306,67
Portier	>	750	>	937,50

zusammen 14535,84 M.

Sämmtliche Hilfsbeamten sind von der Schlachthausdeputation mit 6monatiger Probezeit angestellt; die Deputation hat, da es innerhalb ihrer Competenz lag, die Anstellungen selbst vorgenommen und dabei die Gesichtspunkte ins Auge gefaßt, daß man sich bei der vollständigen Neuheit des Etablissements durch die Probezeit von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Beamten vergewissern müsse, sowie, daß die thunlichen Sparsamkeitsrückichten zu nehmen seien.

Die Bureaubedürfnisse sind mit 1100 M. in Ansatz gebracht, so daß sich die Gesamtverwaltungs-kosten auf 15635 M. 84 S. belaufen werden.

2. Feuerversicherungsbeiträge

belaufen sich auf ca. 550 M.; genau bestimmen lassen sie sich noch nicht.

3. Zinsen- und Schuldentilgung.

Nach einer vorläufigen Veranschlagung des Stadtbaumeisters beläuft sich die Gesamt-Anlage des Schlachthauses auf ca. 1000000 M. Die Schlachthausdeputation hat geglaubt für das Jahr 1880 von einer eigentlichen Amortisation des Capitals

absehen zu können. Das Geld ist vom Herzoglichen Leihhause zu  $4\frac{1}{2}$  Proc. ange-  
liehen worden, jedenfalls aber nur provisorisch; es wird in kürzester Zeit den städ-  
tischen Behörden möglich sein, das Geld auf billigere Weise zu beschaffen, namentlich  
wenn von Herzoglichem Staatsministerium den Obligationen der Stadt Braunschweig  
die Eigenschaft der pupillarischen Sicherheit verschafft wird. — Die Zinsen von  
obengedachtem Capitale betragen demnach für 14 Monate 52500 M.

#### 4. Bauliche Unterhaltungskosten

sind für 14 Monate angenommen mit 5800 M

Herr Hasenbalg stellte den Antrag, die gedachte Summe auf das Doppelte  
zu normiren.

Hierüber entspann sich eine kurze Debatte; an derselben theilnahmen sich der Herr  
Referent, welcher hervorhob, daß diese Summe der Deputation vom Stadtbau-  
meister vorgeschlagen und von den in der Deputation selbst befindlichen Bauver-  
ständigen für den Anfang als genügend bezeichnet seien, auch nicht zu befürchten  
stehe, daß später durch Einstellung einer stärkeren Abnutzung die Schlachthaus-  
gebühren vielleicht übermäßig gesteigert werden müßten, weil alle Sätze sehr vorsichtig  
bemessen seien;

Herr Stadtrath Rittmeyer, welcher, im Princip Herrn Hasenbalg Recht  
gebend, denselben bat, seinen Antrag zurückzuziehen und bis zur Aufstellung des  
nächstfolgenden Etats aufzusparen, da die Erfahrung erst das Nöthige an die Hand  
geben müsse;

Herr Commerzienrath Schöttler, welcher gleichfalls empfahl, es bei der aus-  
gesetzten Summe zu belassen.

Herr Hasenbalg zog darauf seinen Antrag mit dem Bemerken zurück, daß er  
denselben bei Berathung des nächstfolgenden Etats wieder aufnehmen werde.

Herr Krampe erklärte, daß er in der Beurtheilung der Frage, ob die aus-  
geworfene Summe genüge, behindert sei, weil er sich von den ausgeführten Baulich-  
keiten kein Bild machen könne. Er zweifle durchaus nicht an der vorzüglichen Aus-  
führung des Schlachthauses und glaube deshalb nicht, daß Reparaturen vorkommen  
würden, welche diese Summe überstiegen. Wissen könne er dieses aber nicht, da er  
bis jetzt auf eine Einladung zur Besichtigung des Schlachthauses, welche allen Stadt-  
verordneten habe zugehen sollen, vergebens gewartet habe.

Nachdem Herr Stadtrath Rittmeyer hierauf erwidert hatte, daß Seitens des  
Magistrats allerdings schon eine Einladung erfolgt, diese aber in Folge eines Miß-  
verständnisses Herrn Krampe, sowie leider auch einer Mehrzahl anderer Stadtver-  
ordneten nicht zugegangen sein müsse,

wurde in der Etats-Berathung fortgeföhren.

## 5. Betriebskosten kommen in Anschlag:

4 Arbeiter (einschl. eines Kesselwärters) . . . . .	4200 M.
Wasserverbrauch . . . . .	1400 »
Gasverbrauch . . . . .	4600 »
Heizungs- und Schmiermaterial . . . . .	4700 »
Desinfection . . . . .	150 »

zusammen 15050 M.

## 6. Viehfutter: 9350 M.

## 7. Stroh: 1200 M.

## 8. Vermischte Ausgaben und Reserve für Pensionen: 2414,16 M.

Die Gesamt-Ausgaben des Schlachthauses belaufen sich demnach bis alto. 1880 auf 102 500 M.

Die Einnahmen werden sich voraussichtlich folgendermaßen zusammensetzen:

A. 1. Gebühren. Diesen ist die Anzahl des bisher jährlich geschlachteten Viehes zu Grunde gelegt.

2000 Ochsen und Stiere	zu 4,50 M. =	9000 M.
4000 Kühe und Rinder	» 2,80 » =	11200 »
22000 Schweine	» 1,70 » =	37400 »
10000 Kälber	» 0,80 » =	8000 »
9000 Schafe und Ziegen	» 0,50 » =	4500 »
120 Pferde	» 3,50 » =	420 »

zusammen 70520 M.

Für 14 Monate würde das betragen: 82 300 M.

Herr Krampe fragte an, aus welchem Grunde man für die Kühe einen so wesentlich geringeren Schlachtsatz in Anrechnung gebracht als für die Ochsen; ob darin vielleicht eine Ermunterung liegen solle, gerade recht viel Kühe zu schlachten, die doch entschieden geringeres und schlechteres Fleisch lieferten. Er beantrage, die Gebühr für Kühe und Ochsen gleichzustellen.

Referent: Die Feststellung dieser Sätze habe im gewissen Verhältnisse zu dem Werthe der zu schlachtenden Thiere stehen müssen und dieser Gesichtspunkt sei ausschlaggebend gewesen. In anderen Städten seien die Differenzen noch größer.

Herr Krampe: Der genannte Gebührensatz sei nicht weniger eine Aufmunterung, Schlachtvieh von geringerer Qualität ins Schlachthaus zu bringen. Er halte seinen Antrag aufrecht, modifizire ihn aber dahin, daß er ganz damit einverstanden sei, wenn für Rinder bis zu einem gewissen Alter geringere Sätze genommen würden. Für Kühe und Ochsen müßten indes die gleichen Sätze angenommen werden.

Referent: Der Unterschied zwischen Kühen und Kindern sei auch in der Deputation zur Sprache gekommen, es sei aber von anwesend gewesenen Schlachtern hervorgehoben worden, daß eigentliche Kinder verhältnißmäßig wenig zum Schlachten gebracht würden. Aus diesen Gründen empfehle er die vorgeschlagenen Sätze beizubehalten. Er wolle indeß noch hervorheben, daß es jetzt in Bezug auf die Dualität des Fleisches weit besser stehe als sonst. Früher konnte jeder Schlachter das Vieh im Dunkel der Nacht in die Stadt bringen und schlachten. Jetzt geschehe das Schlachten angesichts der Collegen und aller im Schlachthause Anwesenden; das werde nicht verfehlen, einen heilsamen Einfluß auf die Dualität des Fleisches auszuüben.

Herr Kybik: Der von Herrn Krampe vertretene Gesichtspunkt sei auch in der Commission schon zur Sprache gekommen. Man habe sich aber überzeugt gehalten, daß durch höhere Normirung der Schlachtgebühren dem Schlachten geringen Viehes nicht entgegenzutreten sei, weil man die Sätze doch nicht annähernd so hoch bringen könne, wie die früheren Steuern. Das einzige wirksame Mittel sei, allwöchentlich eine Publication der Schlachthausdirection zu erlassen, zu welcher der aufsichtsführende Thierarzt das Material liefere, in welcher dem Publikum gesagt werde: die und die Schlachter bringen so und so beschaffenes Fleisch auf den Markt. Dieser Punkt gehöre aber nicht in diese Berathung, sondern in die über das Regulativ. Er habe denselben, durch die Ausführungen des Herrn Krampe veranlaßt, hier zur Sprache gebracht, um ihn der Statutencommission zur Ermägung zu stellen und dadurch einen bezüglichen selbständigen Antrag abzuschneiden.

Herr Krampe bemerkte, daß er bedauere, über das Schicksal des vom Herrn Vorredner in Aussicht gestellten Antrags nicht im Klaren sein zu können, da er, falls dieser zur Annahme gelänge, den seinigen gern zurückziehen würde.

Bei der Abstimmung über den Krampe'schen Antrag, welche nunmehr erfolgte, ergab sich Stimmengleichheit.

Der Herr Vorsitzende stimmte dagegen und somit wurde der Antrag abgelehnt.

Referent fuhr in seiner Berichterstattung fort:

2. Für Marktgebühren sei in diesem Etat noch nichts ausgeworfen; es würde sich indeß eine Einnahme hier ergeben, sobald erst einmal regelmäßige Viehmärkte im Schlachthause abgehalten würden.

3. An Stallgeld soll für das Vieh in den ersten 24 Stunden nichts bezahlt werden, dagegen soll nach deren Verlauf für jeden Tag gezahlt werden:

für 1 Ochsen, Stier, Pferd, Kuh oder Kind	30 A.
für 1 Schwein	12 A.
für 1 Kalb, Schaf oder Ziege	6 A.

Jeder angefangene Tag wird für voll gerechnet; Händler genießen das Recht freier Stallung nicht.

An Stallgeld ist überhaupt in Aussicht genommen für 14 Monate 2750 *M.*

4. Für verabfolgtes Futter sind gleich wie in der Ausgabe angesetzt 9350 *M.*

5. Wägegebühren:

a. für einen Ochsen, Pferd, Stier, Kuh oder Rind . . .	50 <i>℔</i>
b. für ein Schwein . . . . .	20 <i>℔</i>
c. für ein Kalb, Schaf, Ziege, die Haut, den Talg oder das Fett, und sonstige einzelne Theile . . . . .	5 <i>℔</i>
für die Hälfte von den unter a bezeichneten Thieren . . .	25 <i>℔</i>
unter b . . . . .	10 <i>℔</i>
für ein Viertel von den unter a bezeichneten . . . . .	15 <i>℔</i>
unter b . . . . .	5 <i>℔</i>

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dieser Position für 14 Monate auf 3000 *M.*

die gesammten Einnahmen an Gebühren also auf 97400 *M.*

Die Untersuchung der Thiere auf ihren Gesundheitszustand geschieht gratis; die Trichinenschau wird bezahlt, doch ist dieses eine dem Thierarzte privatim zu honorirende Thätigkeit desselben: 60 *℔* pro Schwein.

B. An Miethe für die Talgsmelze wird einkommen . . .	2100 <i>M.</i>
an Pacht für unbebaute Ländereien . . . . .	240 <i>M.</i>

zusammen 2340 *M.*

C. Vermischte Einnahmen:

Düngerverkauf . . . . .	2500 <i>M.</i>
sonstige Einnahmen (für Verkauf des Bluts u.) . . . . .	260 <i>M.</i>

zusammen 2760 *M.*

Die Gesamteinnahmen des Schlachthauses sind demnach veranschlagt zu 102500 *M.*, übereinstimmend mit den Gesamtausgaben.

Die Versammlung erklärte sich mit dem Schlachthausetat, sowie mit dem Tarif über die Schlacht-, Wäge- und Stallgebühren einverstanden.

Ferner

III. wurde nach einem Referate des Herrn Wolff auf Grund eines Magistrats-Schreibens vom 4. November c. die von dem Schlachthausdirector zu bestellende Caution auf 3000 *M.* festgesetzt,

nachdem Herr Rämpe erklärt hatte, daß er aus den schon vorhin entwickelten Gründen gegen eine Cautionsbestellung stimmen werde.

IV. Nach einem Schreiben des Magistrats vom 16. October c. hat sich das Bedürfniß der Anstellung eines besonderen Executors zur Einziehung der Schulgeld-



reste herausgestellt und sind die nöthigen Mittel dazu bereits im nächstjährigen Etat vorgesehen. Der Magistrat hat nun im Einverständniß mit Herzoglicher Polizei-Direction mit dem daselbst diätarisch beschäftigten Polizeiergeanten Pahl ein Abkommen dahin getroffen, daß derselbe gegen eine vom 15. October c. anhebende Remuneration von 60 *M.* und gegen Ueberweisung der Executionsgebühren bis auf Weiteres, jedoch nicht über den Schluß des laufenden Jahres hinaus, die rückständigen Schulgelder einziehen solle und wolle, und beantragt die Genehmigung dieser Maßregel.

Auf Empfehlung dieses Antrags seitens des Commissionsreferenten Herrn Kybik wurde die angeforderte Summe von 150 *M.* ohne Weiteres bewilligt.

Der nächstfolgende Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Canalisirung der Oker längs des Behrens'schen und des Böhr'schen Grundstücks am Bruchthorwall, sowie Feststellung der Baulinie daselbst, wurde für heute abgesetzt, weil innerhalb der Statuten-Commission noch keine Einigung bezüglich des zu stellenden Antrags hatte erzielt werden können.

V. berichtete Herr Kunkun namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 22. October c. Sechs Eigenthümer von Grundstücken an der Gliesmaroderstraße sind nicht in der Lage, die auf sie entfallenden Canalisationsbeiträge sofort zu entrichten, zwei andere, obwohl solvent, verweigern die Beitragszahlung. Gegen die Letzteren wird der Magistrat auf Grund des §. 43 des Stadterweiterungsstatuts im administrativen Wege executivisch vorgehen. Die Ersteren haben sich dagegen erboten, für die ihnen zu creditirenden Beiträge Hypothek mit ihren Grundstücken bestellen bezw. Ratenzahlungen leisten zu wollen. Da die Ausführung der Canalisirung der Gliesmaroderstraße aus verschiedenen Gründen nicht länger aufgeschoben werden kann, so ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, mit den fraglichen Grundbesitzern eine Vereinbarung dahin treffen zu dürfen, daß 1) dieselben sich verpflichten, die auf sie entfallenden, seitens der Stadt vorzuschießenden Beiträge in angemessenen Fristen ratenweise an die Stadt zu berichtigen, bis zur Erstattung aber mit 5% p. a. zu verzinsen, 2) dieselben zur Sicherheit wegen der zu erstattenden Vorschüsse sammt Zinsen Hypothek an ihren resp. Grundstücken auf ihre Kosten bestellen. — Ferner beantragt der Magistrat, den Holzhändler Zimmermann, welcher Eigenthümer des an der Ecke der Gliesmaroder- und Bindestraße belegenen Grundstücks ist und bereits einen Beitrag zur Canalisirung der Bindestraße entrichtet hat, von der Zahlung eines Beitrags zur Canalisirung der Gliesmaroderstraße zu befreien. — Hinsichtlich dreier anderer Anwohner der Gliesmaroderstraße, denen bei Gelegenheit der Canalisirung der Carlstraße gestattet ist, Zweigcanäle von ihren Grundstücken in den Canal der Carlstraße einzuleiten und zwar unter der Bedingung, daß sie zu den Kosten der Canalisation der Carlstraße beizutragen haben, beantragt der

Magistrat, dieselben zur Beitragszahlung für die Canalisirung der Gliesmaroderstraße heranzuziehen, dagegen von Beiträgen zur Canalisation der Carlstraße befreit zu lassen.

Referent gab die Genehmigung der Magistratsanträge anheim und erfolgte dieselbe ohne Debatte.

## Wie

VI. Herr Munte namens der Statutencommission unter Umherreichung eines Situationsplanes berichtete, hat Herzogl. Staatsministerium den Umbau und die Erweiterung des Justizgebäudes an der Auguststraße unter der Maßnahme genehmigt, daß zu gedachtem Zwecke die drei an der August- und Kuhstraße sub Nr. ass. 2427, 2428 I und 2428 belegenen Grundstücke expropriirt und niedergelegt werden sollen und daß an Stelle derselben ein Anbau errichtet werden soll. Für diesen Neubau einschließlich der an der Kuhstraße projectirten Mauer mit Thoreinfahrt ist eine neue Baulinie von Herzogl. Baudirection in Vorschlag gebracht, welche der Magistrat in seinem Schreiben vom 27. October c. zu genehmigen beantragt, da die August- und Kuhstraße dadurch an den betreffenden Stellen verbreitert werden würden, ohne daß der Stadt nennenswerthe Ausgaben erwachsen.

Referent schloß sich dem Magistratsantrage an, stellte aber persönlich den Zusatzantrag, die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, sich mit Herzogl. Baudirection dahin in Einvernehmen zu setzen, daß der bei Niederlegung des Hauses Nr. ass. 2428 von der Auguststraße aus sichtbar werdende unschöne Siebel des Nachbarhauses durch Aufführung der projectirten Mauer in entsprechender Höhe nach Möglichkeit verdeckt oder aber auf Herrschaftliche Kosten architectonisch verziert werde.

Herr Wilke bat bei dieser Gelegenheit, dem früheren, auf seinen Antrag gefaßten Beschluß, wonach bei Verhandlungen über Straßenveränderungen ic. den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung ein authographisch vervielfältigter Situationsplan vorgelegt werden solle, in Ausführung zu bringen. Heute seien wiederum nur zwei Herren in der Lage gewesen, den einen vorgelegten Plan anzusehen; bei solcher Sachlage komme die Versammlung in die Gefahr, etwas zu beschließen, was sie nicht ordentlich kenne.

Danach wurde der Commissionsantrag einschließlich Amendement Munte angenommen.

VII. empfahl Herr Heymann namens der Statutencommission eine mittelst Magistratschreibens vom 27. October c. überreichte, zwischen dem Kreisbaumeister Gröffel als Vertreter der Herzoglichen Baudirection einerseits und dem Oberingenieur

Ritzgau namens und in Vertretung der hiesigen Stadt andererseits wegen Canalisirung der Giesmaroderstraße getroffene Vereinbarung zur Erklärung des Einverständnisses, — ein Antrag, welcher ohne Debatte genehmigt wurde.

Es nahm sodann

VIII. Herr Wilke das Wort zur Begründung seiner in der vorigen Sitzung an den Magistrat gerichteten Anfrage, betreffend die Pferdeisenbahn. Dieselbe habe im Publikum, namentlich in den theilhaftigen Kreisen, viel Staub aufgewirbelt. Das Project einer Pferdeisenbahn sei f. B. von Allen mit Freuden begrüßt worden und keiner wünsche wohl sehnlicher, daß dieselbe wirklich ins Leben treten möchte, als er. Wie ihm jedoch scheine, werde die Stadt innerhalb Jahresfrist mit Pferdeisenbahnschienen besetzt sein, einen Betrieb werde man aber auf dieser Bahn nicht haben. Die Besammlung habe damals beschlossen, es sollte ein Betrieb mit einem Pferde stattfinden und circa 7 Kilometer Bahnen angelegt werden, wovon jetzt eine kurze Strecke bebaut sei. Jeder aber, der sich das Straßenpflaster ansehe, welches mit Schienen durchzogen sei, werde ihm beipflichten, daß dieses schöne Pflaster, welches sich demjenigen jeder Stadt Deutschlands zur Seite stellen könne, ruinirt sei. Wenn überhaupt nach dem bisher angewandten Systeme weiter gebaut werden sollte, so müßten nach seiner Ueberzeugung die Schienen entweder noch einmal so hoch sein, damit man auf den Beton eine Kieselage bringen könne, die das Krammen der Steine gestatte, oder es müßten, wenn die Schienen in der bisherigen Höhe bleiben sollten, Würfelsteine zum Pflastern genommen werden. Unser Straßenpflaster trage einen andern Character wie beispielsweise das Berliner, wo man Würfel auf Würfel lege; unser Pflaster sei darauf berechnet, erst durch Krammen die gehörige Dichtigkeit zu erlangen. Es handle sich nun darum, ob man wirklich die Pferdeisenbahn im Betriebe sehen oder bloß Geleise gelegt sehen wolle, die später nicht benutzt würden; denn — darin werde ihm Jeder beistimmen — wenn die Bahn mit zwei Pferden betrieben werden sollte, und nach dem jetzigen Systeme müsse sie das, so werde sie so unrentabel sein, daß sie nicht existiren könne; sie werde ein todtgeborenes Kind bleiben. Nach einer von ihm speciell angestellten Berechnung koste das laufende Meter Gleis 20 M., dann 2 M. für den Unternehmer, zusammen 22 M. Die Stahlschienen der Pferdeisenbahn in Hannover, Berlin, Dresden oder Breslau kosten das laufende Meter 13,40 M., dazu 1,60 M. für den Unternehmer, zusammen 15 M., und dieses System erlaube er sich in Vorschlag zu bringen. Nach seinem Dafürhalten sei es das Richtigste, die ganzen jetzt liegenden Schienen auszureißen und als altes Eisen zu verkaufen, an deren Stelle aber Stahlschienen zu legen. Es sei richtiger, ein Geschwür zur rechten Zeit aufzuschneiden, als es unheilbar werden zu lassen.

Es liegen jetzt circa 2400 Meter Gleis mit Gußeisenschienen auf Benton, por Meter 22 M. = 52.800 M. Würde man diese Schienen beseitigen und dafür Stahlschienen mit Holzschwellen nach dem Hannoverischen Systeme einlegen, so kostete das

Meter, weil durch den vorhandenen Beton die Querschwellen überflüssig = 14,70 *M.*  
für 2400 Meter = . . . . . 35 280 *M.*

Die aufgenommenen gußeisernen Schienen für altes Eisen verkauft  
per 100 kg = 5 *M.* = . . . . . 12 000 »

demnach blieben für das Legen von Stahlschienen zu decken 23 280 *M.*

Die Legung von 7 Kilometer Gleis nach dem jetzigen Systeme würde kosten  
à Meter 22 *M.* = . . . . . 154 000 *M.*

Die Legung der übrigen noch projectirten 4600 Meter würde nach  
dem Systeme Hannover kosten à Meter 15 *M.* = . . . . . 69 000 *M.*,  
dazu die bereits verausgabten . . . . . 52 800 »

Ferner für Umlegung des schon vorhandenen Gleises  
nach dem Systeme Hannover . . . . . 23 280 »

zusammen 145 080 »

Es würde sich also die ganze Anlage um . . . . . 8 920 *M.*  
billiger stellen als die projectirte mit gußeisernen Schienen. —

Die Pferdebahn, wie sie zur Zeit im Betriebe sei, erfülle ihren Zweck durchaus nicht, denn der Wagen solle nicht, wie jetzt nöthig sei, gezogen werden, sondern solle, wenn einmal angezogen, von selbst folgen. Bei anderen Systemen habe der Kutscher genug zu thun, wenn er auf die Bremse achten wolle. Man fahre nirgend mit einer steifen Deichsel wie hier, wo man sie als Palliativmittel angewandt habe. Wenn ein deutscher Industrieller nach England käme und solch ein Ding zu Stande bringen wollte — den richtigen Namen dafür wolle er nicht nennen — so würde man ihn mit Bulldoggen hinausheßen.

Herr Oberbürgermeister Pockels behielt sich die Beantwortung der Interpellation bis nach stattgehabter Communication des Magistrats mit Herzoglicher Bau-  
direction vor.

### Schließlich

IX. stellte Herr Munte noch den Antrag, sofort die Entwässerung der Friedrich-  
straße vornehmen zu lassen. Mit einer Begründung wolle er die Versamm-  
lung nicht aufhalten, er müsse sonst eine Schilderung von dem traurigen Zustande der  
Straße machen. Wenn die Straße auch eine Privatstraße sei, so halte er es doch  
für angemessen, schon aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten eine provisorische Ent-  
wässerung vorzunehmen und bitte, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, den  
Baucommissair Denecke zur Vornahme der nöthigen Schritte zu veranlassen.

Herr Stadtrath Rittmeyer erklärte, daß der Begebaucommissair Denecke bereits  
beauftragt sei, über die schleunige Abhülfe der beregten Uebelstände Vorschläge zu

machen. Es sei auch schon ein Provisorium, eine Art Senkgrube hergerichtet gewesen, wohinein das Tagewasser abgeführt sei; diese Einrichtung sei aber ohne Wissen des Magistrats wieder beseitigt, wovon die Anwohner hätten Anzeige machen müssen.

Nachdem Herr Munte sich nach dieser Auskunft befriedigt erklärt hatte und der Antrag damit als erledigt angesehen war,

folgte Schluß der Sitzung.

---

1879.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 36 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 20.

## V e r h a n d l u n g e n

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 11. December 1879.

Öffentlich:

- I. Regulativ über die Gehalts- und Dienstverhältnisse des Lehrpersonals an der städtischen höheren Mädchenschule.
- II. Organisation der mittleren Mädchenschule
- III. Statut, Einführung von Schlachtwaaren in das städtische Gebiet und deren Untersuchung betr.
- IV. Einrichtung 7 neuer Bürgererschulklassen.
- V. Anschaffung eines Schulstrandes für die dritte untere Bürgerschule.
- VI. Vermietung des vormals Kaulitz'schen Hauses Hintern Brüdern an den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, und Bewilligung einer Beihilfe zur Errichtung einer Volksküche.

Entschuldigt Herr Steinacker.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Voßels und die Herren Stadträthe Rittmeyer, Gebhard, Bammel, Götte, Haake und Schöttler, sowie Herr Schuldirector Sommer.

Nach Genehmigung des Protokolls N. 17 vom 16. October c.

machte der Herr Vorsitzende Otto zunächst Mittheilung von einem Magistrats-schreiben, betreffend die Wahl zweier Mitglieder zur Einschätzungskommission bezüglich der außerordentlichen Begebaudeiträge der gewerblichen Etablissements. — Die Wahl wurde für die nächste Sitzung anberaumt.

Zur Tagesordnung übergehend,

I. berichtete Herr von Seckendorff namens der Finanz- und Schulcom-  
mission über die Magistratsvorlage vom 2. December c., betreffend die Gehalts-  
und Dienstverhältnisse des Lehrpersonals an der städtischen höheren Mädchenschule,  
dabei bemerkend, daß commissionärsseitig nur wenige Aenderungen zu dem Regulativ-  
Entwürfe vorzuschlagen seien.

Es wurde §. 1 verlesen, welcher lautet:

- 1) Diejenigen Lehrer, welche lediglich das Volksschullehrer-Examen bestanden  
haben, beziehen bei der Anstellung ein Jahrgehalt von 1600 *M.*, welches  
nach Ablauf von je drei Dienstjahren um 180 *M.* bis zum Höchstbetrage  
von 3220 *M.* aufgebessert wird.
- 2) Diejenigen Lehrer, welche das Rector-Examen oder aber die beiden theolo-  
gischen Prüfungen bestanden haben, beginnen mit einem Jahrgehale von  
2400 *M.*, welches nach Ablauf von je drei Jahre um 300 *M.* bis auf den  
Höchstbetrag von 3900 *M.* steigt.
- 3) Diejenigen Lehrer, welche die Prüfung für das höhere Lehramt oder aber  
außer den beiden theologischen Prüfungen das Rector-Examen bestanden  
haben, erhalten bei der Anstellung ein Jahrgehalt von 2400 *M.*, welches  
nach Ablauf von je drei Jahren um 300 *M.* bis zum Höchstbetrage von  
5100 *M.* steigt.
- 4) Der Director bezieht ein Anfangsgehalt von 4200 *M.*; dasselbe steigt nach  
Ablauf von je drei Jahren um 400 *M.* bis zum Höchstbetrage von 6600 *M.*

Herr Winter fragte zu Absatz 1 an, wie es motivirt werden könne, daß die  
Lehrer an dieser Schule mit einem Anfangsgehalt von 1600 *M.*, die Lehrer an den  
Gemeindeschulen aber mit einem solchen von 1200 *M.* angestellt würden; bei beiden  
Kategorien sei doch die Qualification die nämliche.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiderte, daß dies bisher stets der Fall ge-  
wesen sei, weil die Lehrer an der höheren Mädchenschule erst im vorgerückteren Lebens-  
alter zur Anstellung gelangten, meist erst von 28 Jahren.

Nach Annahme von Absatz 1

beantragte Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission zu Absatz 2:  
»den Magistrat zu ersuchen, wegen der angestellten Lehrer, welche zwar die im §. 1  
ad 2 bestimmten Prüfungen nicht bestanden haben, jedoch in den oberen Classen solchen  
Unterricht erteilen, welcher gewöhnlich von nicht akademisch gebildeten Lehrern nicht  
gefordert wird, zur Ausgleichung von Unbilligkeiten besondere Vorschläge zu machen.«

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkte hierzu, daß der Magistrat eine  
bezügliche Vorlage ungefäumt einbringen werde, falls das Regulativ Annahme  
finden sollte.

Herr Nieß warf die Frage auf, inwiefern die beiden theologischen Prüfungen und das Rectorats-Examen denjenigen Examen gleichkämen, welche für das höhere Lehramt geleistet werden müßten, so daß es sich nach dem Umfange der geforderten Kenntniffe rechtfertige, diese verschiedenen Lehrerkategorien einander gleichzustellen.

Herr Director Sommer: Beide Kategorien von Lehrern seien ihm an seiner Schule gleich willkommen, weil in Bezug auf diejenigen Lehrer, welche die beiden theologischen Prüfungen bestanden, der Nachdruck nicht darauf zu legen sei, daß sie Theologen seien, sondern darauf, daß sie gebildete Leute seien, die das Gymnasium absolvirt, dann 3 Jahr studirt und ihre wissenschaftliche Befähigung vor der Prüfungscommission nachgewiesen hätten. Wenn sie dann vor einer pädagogischen Commission gezeigt hätten, daß sie neben den specifisch theologischen Kenntnissen auch Fachbildung besäßen, so müßten sie wohl den wissenschaftlich gebildeten Lehrern an solcher Schule als vollständig gleichberechtigt betrachtet werden; der Schulvorstand habe deshalb beide Kategorien im Gehalte gleichstellen zu müssen geglaubt, wie das auch bisher thatsächlich der Fall gewesen sei.

Herr Nieß konnte sich mit dieser Auffassung nicht einverstanden erklären. Für gewisse Fächer sei es doch absolut erforderlich, Fähigkeiten zu verlangen, welche erst durch das Examen für das höhere Lehramt nachgewiesen würden. Er könne nicht finden, daß die beiden theologischen Prüfungen diese Prüfungen ersetzen. Er halte den Zusatz, betreffend die beiden theologischen Prüfungen und das Rectorats-Examen, für überflüssig. Außerdem liege in dieser Zeit durchaus keine Nothigung vor, diejenigen Leute, welche das theologische Fach ergriffen hätten, von ihrer Bahn abzu- lenken und anderweitig unterzubringen; es sei kein Ueberfluß an Theologen vorhanden, es fehle im Gegentheil ganz außerordentlich daran. Er beantrage deshalb den Zusatz zu streichen; er könne sich nicht der Ueberzeugung hingeben, daß beide Lehrerkategorien als gleichwerthig zu betrachten seien, und halte das höhere Lehramts-Examen auch bei den Theologen für erforderlich. Man müsse eine Vorschrift gelten lassen, nicht aber der paar theologisch gebildeten Candidaten halber eine Ausnahme machen; er halte das für unstatthaft. Wollte man hier wieder einmal einen Unterschied in den Prüfungsanforderungen an das höhere Lehramt statuiren, so würde man über kurz oder lang erleben, daß dieselben Einrichtungen auch anderorten sich wieder einschlichen.

Herr Schwarzenberg empfahl, den betreffenden Absatz anzunehmen, wie die Vorlage beantrage. Er halte ihn außerdem für unbedenklich, da die Anstellung von Theologen in Zukunft selten vorkommen werde; man wolle ihnen nur den Weg nicht versperren.

Herr Nieß: Wenn der betreffende Absatz nicht gestrichen würde, so binde man sich für die Zukunft die Hände und könne dann nicht consequent vorgehen; man könne dann nie die höhere Mädchenschule zu einer wirklich höheren Schule heraus- bilden, weil man Lehrer zugelassen habe, welche nicht die für das höhere Lehramt



erforderlich erachtete Prüfung bestanden hätten, oder man müsse sie in ihrer Zwitterstellung mit herübernehmen. Er beantrage, den Absatz zu streichen. Man brauche dabei nicht ängstlich zu sein, die Theologen könnten das Examen sicher machen; wenn sie es nicht thäten, so sei daran nur ein Bequemlichkeits- oder Rang-Grund Schuld.

Herr Director Sommer entgegnete, daß es doch wohl nicht so leicht sei für einen Theologen, das philologische Examen zu machen und umgekehrt. Die Begetrennten sich auf der Universität gewaltig. Der Philologe werde selbstverständlich sein Hauptaugenmerk auf die Erlernung der klassischen Sprachen legen, der Theologe auf ganz andere Sachen. Die altklassischen Sprachen würden aber in der höheren Mädchenschule nicht gelehrt und hoffentlich werde die Zeit auch nicht kommen, wo das verlangt werde. Er wolle hervorheben, daß er sich nicht mit dem Ehrgeize trage, die ihm unterstellte Schule zu einer hohen wissenschaftlichen Lehranstalt zu erheben, wie das Gymnasium oder das Realgymnasium; er möchte durch Annahme des vorliegenden Regulativs nur ermöglichen, daß nur tüchtig wissenschaftlich gebildete Lehrer, woher sie ihre Bildung auch geholt hätten, zur Anstellung gelangen. Eine Sinecure solle die Anstellung eines Theologen für denselben nicht sein. Er würde sehr bedauern, wenn man durch Streichung des betreffenden Absatzes den Theologen den Weg zu einer Wirksamkeit versperrern wollte, welche, wie er aus Erfahrung wisse, oft sehr zum Segen der Schule gereiche.

Herr Rieke erklärte sich gegen die Vorlage. Er halte es nicht für gerechtfertigt, in einer Zeit, wo überall Nothstand herrsche, die Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer aufzubessern; das könne bis zu einer andern Zeit aufgespart werden. Er könne sich überhaupt nicht für Schulangelegenheiten interessiren, so lange nicht in den Schulen die Rangunterschiede beseitigt und, nach dem Ausspruche des Herrn Lucius, die robuste Knochenhauerstochter neben der zarten Geheimrathstochter auf einer Bank zu sitzen käme. Er interessire sich für humane Bildung, nicht für diese Classenunterschiede.

Absatz 2 und 3 wurden darauf angenommen.

Desgl. Absatz 4, dieser ohne Debatte.

§. 2 lautet:

- 1) Die ordentlichen Lehrerinnen erhalten bei provisorischer Annahme eine Remuneration von 900 M. jährlich; dieselben beziehen vom Zeitpunkte ihrer festen Anstellung ein Jahrgehalt von 1200 M., welches

nach 4 Jahren auf 1350 M.			
» 8	»	»	1500 »
» 12	»	»	1600 »
» 16	»	»	1700 »
» 20	»	»	1800 »

steigt.

- 2) Die Fachlehrerinnen (für Ertheilung von Unterricht in Handarbeiten, im Turnen &c.) erhalten bei provisorischer Annahme für jede wöchentliche Unterrichtsstunde jährlich 45 *M.*, dieselben beziehen bei fester Anstellung ein Jahrgelalt von 900 *M.*, welches nach je drei Jahren um 100 *M.* bis zu 1200 *M.* steigt.

Herr Grote stellt den Antrag, das Maximalgelalt der Fachlehrerinnen auf 1500 *M.* zu erhöhen, zumal diese 6 Stunden wöchentlich mehr zu unterrichten hätten als die ordentlichen Lehrerinnen.

Herr von Seckendorff bemerkte darauf, daß auch in den vereinigten Commissionen die Rede hiervon gewesen sei. Dieselben hätten aber von einer Empfehlung nach dieser Richtung hin Abstand nehmen zu müssen geglaubt, und zwar deshalb, weil die Fachlehrerinnen weniger Vorstudien nöthig hätten und ihre Zeit nicht durch Hausarbeiten, als Correcturen, Vorbereitungen &c. in Anspruch genommen würde.

Herr Director Sommer konnte sich der Proposition des Herrn Grote nicht anschließen. Wenn derselbe im Allgemeinen das Niveau des Gehalts der Lehrerinnen hochhalten wolle, so erkenne er (Redner) dieses Bestreben dankbar an, gegen ein einseitiges Vorgehen müsse er jedoch seine Bedenken geltend machen. Würden die Maximalgelälter der Fachlehrerinnen erhöht, so müßten auch diejenigen der ordentlichen Lehrerinnen dementsprechend verbessert werden; die Vorlage halte nach seiner Ansicht das richtige Verhältniß inne. Die Differenz der Unterrichtsstunden sei auch nur gering; sie betrage im Durchschnitt nur zwei Stunden, dafür sei aber die Zeit der Fachlehrerinnen außerhalb der Unterrichtsstunden, wie Herr von Seckendorff schon bemerkt habe, nicht so in Anspruch genommen, wie die der ordentlichen Lehrerinnen. Er müsse deshalb, so leid es ihm thue, bitten, es bei den Forderungen der Commission bewenden zu lassen.

Herr Schwarzenberg erklärte sich gleichfalls gegen den Grote'schen Antrag. Das Eine ziehe das Andere nach sich. Die Lehrerinnen für Handarbeiten und Turnen in den Volksschulen hätten dieselben Functionen; auch ihnen müßte man im Falle der Annahme der Grote'schen Proposition Gehaltserhöhungen zukommen lassen. Man möge es aber bei den von der Commission vorgeschlagenen Gehaltssätzen bewenden lassen; die Stadt habe allen Grund zu sparen.

Herr Grote zog seinen Antrag zurück, worauf §. 2 genehmigt wurde.

Die §§. 3, 4, 5, 6, 7 und 8 wurden mit den Commissionsänderungen angenommen; diese waren redactioneller Natur.

§. 9 lautet:

Der Director ist bis zu 12 Stunden, die Lehrer und ordentlichen Lehrerinnen der Oberstufe sind bis zu 22 Stunden, die Lehrer und ordentlichen Lehrerinnen an der Mittel- und der Unterstufe (d. i. an den unter-

sten 6 Classen (bis zu 24), die Fachlehrerinnen bis zu 28 Unterrichtsstunden wöchentlich verpflichtet.

Der Director kann im Bedürfnissfalle mit Zustimmung des Schulvorstandes das Lehrpersonal bis zu wöchentlich 4 Stunden über die im Vorstehenden normirte Unterrichtszeit hinaus gegen Remuneration (§. 5) heranziehen. Eine solche Remuneration wird übrigens in Fällen, wo es sich um Vertretung zeitweilig an der Ausübung ihres Berufes verhinderter Lehrer oder Lehrerinnen handelt, rücksichtlich der ersten vier Wochen der Vertretung nicht gewährt.

Herr Schwarzenberg beantragte, am Schlusse des ersten Absatzes hinter 26 die Worte: »beziehungsweise für die Lehrerinnen 24« einzuschalten, welcher Antrag nach einigen Bemerkungen der Herren Kronheim und Sommer angenommen wurde.

§§. 10 und 11 wurden ohne Debatte genehmigt.

Zu §. 12

»Kein Lehrer darf ohne ausdrückliche Genehmigung des Schulvorstandes ein Nebenamt übernehmen.

Zur Ertheilung von Privatunterricht ist die Erlaubniß des Directors einzuholen. Der Director darf solche Erlaubniß nur auf jederzeitigen Widerruf erteilen und hat darüber, daß er eine derartige Erlaubniß erteilt hat, in jedem Einzelfalle dem Schulvorstande in dessen nächster Sitzung Bericht zu erstatten.«

beantragte Herr Kybik im ersten Absätze zwischen »ein« und »Nebenamt« die Worte »mit einem Einkommen verbundenen« einzuschalten.

Auch dieser Antrag wurde angenommen, nachdem Herr Overbürgermeister Pockels das magistratsseitige Einverständnis erklärt hatte.

Nach Genehmigung der §§. 13 und 14, welche hierauf erfolgte,

wurde sodann das gesammte Regulativ nebst den Commissionsänderungen angenommen.

Diese sind folgende:

Zu §. 8:

- 1) in der zweiten Reihe zwischen die Worte »Pflichterfüllung« und »bedingt« einzuschalten »und zufriedenstellende Leistungen«
- 2) den zweiten Satz folgendermaßen zu fassen:

Ueber etwaige Vorenthaltung der Gehaltserhöhung ist ausschließlich im Verwaltungswege zu entscheiden. Diese Entscheidung ergeht von Herzoglichem Consistorio auf Antrag des Schulvorstandes und auf dagegen von den Lehrern verfolgten Recurs vom Herzoglichen Staatsministerium.

zu §. 12:

in der letzten Reihe zwischen die Worte »Sizung« und »Bericht« einzuschalten »schriftlich«.

Herr Rybik übernahm den Vorsitz.

Nachdem ein Antrag des

Herrn Krampe, den hiernächst folgenden Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Organisation und Lehrerverfassung der mittleren Mädchenschule, von der Berathung abzusehen und den Magistrat vorerst um Herstellung einer autographirten Vervielfältigung seiner Vorlage behufs besserer Orientirung zu ersuchen,

auf eine Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, daß der Kürze der Zeit wegen für dieses Mal von Anfertigung einer autographirten Vorlage Abstand genommen sei, auch eine Verschiebung dieses Gegenstandes seiner Dringlichkeit wegen nicht gerathen erscheine,

abgelehnt war,

II. referirte Herr Schwarzenberg an Stelle des nicht erschienenen Herrn Steinacker, indem er zunächst das betreffende Magistrats Schreiben vom 25. v. Mts. sowie das vom Director Sommer ertheilte Gutachten verlas.

Danach ertheilte Herr Mühe über den Lehrplan der Mädchenschule im Einzelnen Auskunft und bemerkte zum Schluß, daß die Anzahl der Stunden für die untersten 4 Klassen als eine zu große erschienen und darauf Bedacht genommen sei, dieselben zu verringern.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärte sich namens des Magistrats hiermit einverstanden.

Herr Rieß: Es sei ihm nicht möglich, das vorgelegte Material so ohne Weiteres im Kopfe zu behalten. Er stelle den Antrag, auf die Generaldebatte nicht weiter einzugehen, sondern den Gegenstand, mit Ausnahme der Berathung der Gehaltsfrage der anzustellenden Lehrer, von der Tagesordnung abzusehen. Die nöthigen Anstellungen könnten dann erfolgen und die Eröffnung der Schule würde nicht verzögert werden.

Herr Kronheim. Er habe allerdings in ein Eintreten der Verhandlungen gestimmt, fühle aber, daß eine Art von Vergewaltigung derjenigen Mitglieder darin liege, welche gänzlich uninstruirt in die Berathung dieses thatsächlich umfangreichen Materials eintreten sollen. Andererseits erkenne er die Zwangslage und gebe deshalb anheim, die Organisation der Schule heute zu berathen, den Lehrplan aber erst dann zu prüfen, wenn eine autographirte Vorlage davon vorläge.

Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine längere Debatte, an welcher sich Herr Director Sommer und die Herren Rieß, Schwarzenberg, Otto, Reuter, Kronheim, Heymann sowie der Herr Vorsitzende Rybik theilnahmen.

Schließlich wurde der inzwischen zum Antrage erhobene Vorschlag des Herrn Kronheim angenommen, nachdem Herr Nieß seinen Antrag zu dessen Gunsten zurückgezogen hatte.

Nach einem Vortrage des Herrn Referenten wurden sodann zur Organisation der mittleren Mädchenschule folgende Aenderungen beschloffen:

§. 1 zu streichen und dafür folgende §§. zu substituieren:

#### §. 1.

Zur speciellen Verwaltung der Schule wird ein Schulvorstand bestellt, welcher aus dem jedesmaligen Vorsitzenden des Stadtmagistrats, dem jedesmaligen Stadtsuperintendenten und dem Director der Anstalt als feststehenden Mitgliedern und außerdem aus 2 Mitgliedern besteht, welche die Stadtverordneten-Versammlung stets auf die Zeit wählt, auf welche die übrigen Commissionen der Versammlung gewählt werden.

#### §. 2.

Der Schulvorstand ist eine collegiale Behörde, der Vorsitzende des Stadtmagistrats und in dessen Verbindung ein von demselben zu bestimmendes anderes Mitglied des Stadtmagistrats führt den Vorsitz und giebt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden 3 Mitglieder anwesend sind. Derselbe hält regelmäßig jedes Vierteljahr eine Sitzung und außerdem so oft, als solches nach Ansicht des Vorsitzenden erforderlich ist, oder der Director der Schule oder 2 Mitglieder des Vorstandes darauf antragen. Die Einladungen erfolgen schriftlich durch den Vorsitzenden.

Zu §. 3 (4) den dritten Satz zu fassen:

Klassenlehrer an den oberen Klassen können nur solche Lehrer werden, welche nach erlangter academischer Bildung oder nach bestandener Prüfung für Volksschullehrer das Rectorats-Examen abgelegt haben.

§. 4 (5) in folgender Fassung anzunehmen:

Auf den Director, die Lehrer und Lehrerinnen finden die Bestimmungen des Regulativs über die Gehalts- und Dienstverhältnisse des Lehrpersonals an der städtischen höheren Mädchenschule zu Braunschweig Anwendung, bezüglich der Gehaltsverhältnisse jedoch nur die Bestimmungen im §. 1 ad 1, 2, 4 des angezogenen Regulativs.

Zu §. 6 (7) am Schlusse wird die Erklärung beantragt:

Daß man selbstverständlich von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß Andersgläubige zum Besuche des evangelischen Religionsunterrichts nicht zwangsweise angehalten werden können.

Neuer §. 9:

Zu einer Abänderung dieser Organisation bedarf es der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Dabei wurde dem Commissionsantrage gemäß beschlossen:

an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß in den 4 untersten Stufen die Stundenzahl um 2—4 Stunden ermäßigt werde.

Gleichfalls wurde der Commissionsantrag, den Magistrat zu ersuchen, »dahin zu wirken, daß die Organisation des Schulvorstandes für die höhere Mädchenschule in ähnlicher Weise festgestellt werde«

angenommen.

Nachdem die Organisation in dieser Weise angenommen war,

III. berichtete Herr Otto namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 6. November c., betreffend das Statut über die Einführung von Schlachtwaren in das städtische Gebiet und deren Untersuchung. — Durch das Gesetz vom 12. April 1876 *N.* 40, die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser betreffend, ist den Gemeinden die Befugniß ertheilt, durch Ortsstatut zu bestimmen, daß alles zum Verkauf und Genuße von Außen her in die Gemeinde gebrachte Fleisch vor dem Uebergange in den freien Verkehr rücksichtlich seiner gesundheitlichen Beschaffenheit untersucht werde und wie mit dem eingeführten und beanstandeten Fleische zu verfahren sei. Der Magistrat ist der Meinung, daß die hiesige Stadt Veranlassung habe, von dieser Befugniß Gebrauch zu machen, da wiederholt Klagen darüber laut geworden sind, daß sowohl durch auswärtige Fleischer, als auch namentlich durch Zwischenhändler ungesundes Fleisch in die hiesige Stadt eingeführt werde, diese Klagen auch durch den Umstand bestätigt worden sind, daß selbst solches Fleisch, welches auf den hiesigen Wochenmärkten öffentlich zum Verkauf feilgehalten ist, seiner schlechten Beschaffenheit wegen mehrfach polizeilich angehalten und unschädlich gemacht worden ist. Demgemäß hat der Magistrat im Einverständnisse mit Herzogl. Polizei-Direction den Entwurf eines Statuts über die Einführung von Fleisch und Fleischwaren in das Gebiet der hiesigen Stadt ausgearbeitet, und der Versammlung zur Prüfung und Genehmigung übersandt.

Referent bemerkte, daß der ursprünglich vorgelegene Entwurf zu Gunsten des jetzt vorliegenden, im Einverständnisse zwischen dem Vertreter des Magistrats und der Statutencommission ausgearbeiteten, zurückgezogen sei; der letztgedachte biete die Grundlage der heutigen Berathung.

Magistrat und Statutencommission seien keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß in den §. 2 des obencitirten Gesetzes (welchen Redner verliest) nicht nur die zum Genuße fähigen Theile des Schlachtviehs, sondern auch die Eingeweide u. s. w. fallen,

und es sei nicht zu bezweifeln, daß auch die Gerichte in diesem Sinne erkennen würden.

»Zum Verkaufe und Genuße bestimmt« bedeute: im freien Verkehre zum Verkaufe an Consumenten bestimmt, und beziehe sich nicht auf Fleischwaaren, welche von Consumenten auf Privatwegen bezogen würden. Es würden ferner nach dem gedachten Paragraphen Fleischwaaren, die nicht sofort in freien Verkehr kämen, in die Stadt gebracht werden können, ohne daß sie untersucht würden. Auch würden diejenigen Fleischwaaren, welche nur durch die Stadt durchgingen, also hier nicht zum freien Verkehr kämen, der Untersuchung nicht zu unterwerfen sein. Die Frage, ob man von dem gedachten Paragraph 2 überall Gebrauch machen könne, habe die Commission entschieden mit »ja« beantwortet. Zweierlei Rücksichten hätten sich für den Erlass des Statuts geltend gemacht. Einmal vom sanitären Standpunkte aus: es sei das Schlachthaus errichtet, um die Consumenten gegen den schädlichen Einfluß schlechten Fleisches zu wahren; ohne dieses Statut würde aber die Gefahr für die Gesundheit nur verringert, nicht beseitigt. Eine andere sehr wichtige Rücksicht sei hinsichtlich der finanziellen Lage des Schlachthauses zu nehmen. Die Höhe der Schlachthausgebühren hänge ab von der Masse der im Schlachthause geschlachteten Thiere; würden diese auf eine gewisse Minimalzahl herabsinken, so würden die Gebühren einen solchen Umfang annehmen, daß sie schließlich von den Schlachtern nicht mehr getragen werden könnten und das ganze Institut würde in Gefahr kommen, seine Thätigkeit einzustellen. Verschiedene Schlachter hätten schon Schlachthäuser außerhalb des Stadtgebietes erbaut. ließe man die dort producirte Waare in den freien Verkehr, ohne dieselbe untersuchen zu lassen, so würde man nach Ansicht des Magistrats und der Commission Gefahr laufen, daß dem Beispiele viele Andere folgten, wodurch die Lebensfähigkeit des Instituts gefährdet werden könnte. Es sei deshalb dringend erforderlich, auf Untersuchung aller in die Stadt eingeführten Fleischwaaren zu halten.

Referent wandte sich sodann dem Statut selbst zu.

§. 1 lautet:

Folgende, zum Verkauf und Genuß von Außen in das hiesige Stadtgebiet eingeführte Schlachtwaaren, als:

- 1) alles frische Fleisch, sowie die Eingeweide von zur Gattung der Säugethiere gehörenden Schlachtvieh jeglicher Art,
  - 2) alle durch Verarbeitung von Bestandtheilen des Schweines hergestellten Erzeugnisse, wie Wurst, Schinken, Speck u. s. w.,
- sind vor ihrem Uebergange in den freien Verkehr rücksichtlich ihrer gesundheitlichen Beschaffenheit zu untersuchen.

Der Stadt-Magistrat kann mit Zustimmung der Stadtverordneten und im Einverständniß mit Herzoglicher Polizei-Direction das Erforderniß der Untersuchung auf andere durch die Verarbeitung von Bestandtheilen

von Schlachtvieh hergestellte, zum Genuße bestimmte Erzeugnisse im Wege der öffentlichen Bekanntmachung ausdehnen.

Herr Nieß hatte gegen Absatz 2 des §. 1 Bedenken geltend zu machen. Einmal sei Wurst, welche in irgend einer Gemeinde des Herzogthums hergestellt und der Untersuchung wegen unter allen Umständen angeschnitten werden müsse, auf dem Markte sehr schwer verkäuflich. Ein anderes nach seiner Meinung schwer wiegendes Bedenken aber sei, daß, wenn man in Braunschweig, der ersten Stadt Deutschlands hinsichtlich der Wurstfabrikation, so strenge Bedingungen stelle, diese später von anderen Städten, wie Berlin, Magdeburg und Leipzig als mustergültig eingeführt werden würden. Mit dem Tage sei aber der Fleischerport Braunschweigs zu Grunde gerichtet. Er beantrage deshalb, im Absatz 2 hinter »u. s. w.« die Worte einzufügen: »soweit nicht deren Ursprung aus dem Herzogthume und damit ihre Untersuchung auf Trichinen nachgewiesen wird.«

Herr Telligmann schloß sich diesen Ausführungen an. Er befürchte sogar, daß durch Annahme des §. 1 in der Fassung der Vorlage nichts weiter als ein Monopol für unsere Stadtschlachter geschaffen werde: Die Concurrenz von auswärtis werde ausgeschlossen und man sei gezwungen, sich bei Bedarf an die hiesigen Schlachter und Fleischwaarenproducenten zu wenden. Wollte man trotz dieser diffificilen Vorschriften die auswärtige Concurrenz benutzen, so müßte man erst mit jeder von auswärtis bezogenen Wurst nach dem Schlachthause gehen, um sie untersuchen zu lassen; das würde denn doch zu weit führen.

Referent: Mit den Bedenken der Herren Nieß und Telligmann habe sich die Commission volle zwei Stunden beschäftigt. Wenn die Herren Vorredner aber den §. 2 eingesehen hätten, wo von der Untersuchungsstelle die Rede sei, so würden sie ihre Bedenken zum Theil haben fallen lassen. Die Commission habe folgenden Standpunkt eingenommen: Concurrenz muß sein, aber wir wollen sie auf den Wochenmarkt bannen; dort soll sie sich frei regen können. Nach der Vorschrift des Statuts könne auch bei aus dem Herzogthume stammenden Schlachtwaaren die Untersuchung auf Trichinen durch den Nachweis ersetzt werden, daß diese Waaren von Schweinen herrühren, die bereits untersucht seien. Was die übrige Waare, insbesondere die Wurst anlange, so erkenne er mit Herrn Nieß an, daß die Untersuchungen, welche auf dem Wochenmarkte abgehalten werden sollten, sehr oft auf eine bloße Form, auf eine allgemeine Befichtigung hinauslaufen würden; der Wurst könne Niemand ansehen, was darin stecke. Im Allgemeinen seien Commission und Magistrat der Ansicht gewesen: es müsse daran festgehalten werden, daß alle diejenigen Fleischwaaren, welche nicht unter den im Statute vorgeschriebenen Bedingungen auf den Wochenmarkt kämen, unter allen Umständen das Schlachthaus passirt haben müßten. Halte man an dieser Bestimmung nicht fest, so ruinire man finanziell das Schlachthaus, indem man die Schlachter nicht hindern könne, daß sie sich außerhalb des Stadt-



gebiets anbauen. Da das Schlachthaus einmal gebaut sei, sei es nach seinem Dastehen einfache Consequenz, den Nieß'schen Antrag abzulehnen und §. 1 in der commissionsseitig vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Herr Nieß erkannte diesen Einwand als schwerwiegend an, glaubte aber dennoch bei seiner Ansicht beharren zu müssen.

Herr du Roi schloß sich den Ausführungen des Herrn Vorredners an, beantragte indeß, noch weiter gehend, §. 1, Absatz 2, so zu fassen:

»alle durch Verarbeitung von Bestandtheilen des Schweines hergestellten Erzeugnisse, wie Wurst, Schinken, Speck u. s. w., soweit nicht deren Untersuchung auf Trichinen nachgewiesen ist.«

Herr Bösekrug trat dagegen diesen Bedenken nicht bei. Andere Städte würden in ihr Statut die Bestimmung aufnehmen, daß Fleischwaaren, die aus einem öffentlichen Schlachthause kommen, nicht weiter untersucht zu werden brauchen. Man würde den Auswärtigen dieselbe Sicherheit bieten, die sie bei eigener Untersuchung der Waaren erlangen könnten. Der Fleischexport Braunschweigs würde also dadurch nicht geschädigt werden.

Herr Zellgmann bat um Erläuterung der Worte »freier Verkehr« und stellte die Anfrage, ob ein Privatmann, der sich durch einen auswärtigen Fleischer Waaren besorgen lasse, diese erst untersuchen lassen müsse.

Referent erwiderte, daß dieser Fall nicht zum »freien Verkehr« gehöre. Die Trichinenschau habe mit der Untersuchung des Viehes und der Waare im Schlachthause nichts zu thun; sie basire auf einem ganz anderen Geseze. Durch die Untersuchung der Schweine auf Trichinen im Herzogthume werde die Garantie nicht gewährt, daß die Thiere auch im Uebrigen so gesund seien, wie sie sein sollen. Die Trichinenschauer seien im Allgemeinen darauf zu achten angewiesen, aber bestimmte Vorschriften beständen in dieser Beziehung nicht. Die Worte »vor Uebergang in den freien Verkehr« seien verboten aus dem oben citirten Geseze genommen, dort aber auch nicht genauer definirt. Dieses Gesez sei aber die Grenze für die Befugniß der Versammlung.

Herr Stadtrath Rittmeyer bat, §. 1 wie vorgeschlagen anzunehmen. Bei näherer Prüfung der folgenden Paragraphen werde man die erhobenen Bedenken fallen lassen. Bei Entwurf dieses Statuts seien zwei wichtige Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Zunächst habe es sich auf Wunsch Aller darum gehandelt, eine strenge Controle über alles zum Verkauf und Genuß in der Stadt bestimmte Fleisch auszuüben. Wenn man einerseits ein Schlachthaus für nahezu eine Million baue, und sämtliche Schlachter in der Stadt zwingen, ihr Vieh dort zu schlachten, ihnen also erhebliche Beschwerden und manche Kosten verursache, dann müsse man auf der anderen Seite doch auch Sorge tragen, alles von außen hereingebrachte Fleisch denselben Untersuchungen zu unterwerfen; man würde sonst nur eine halbe Maßregel

treffen. Er wolle darauf aufmerksam machen, daß grade der Schwerpunkt in der heimlichen Hereinbringung von Fleisch in die Stadt zu suchen sei. Während des dreiwöchigen Bestehens des Schlachthauses hätten sich nach den angestellten Untersuchungen als krank ergeben:

	Rindvieh.	Schweine.	Schafe.
An Tuberkulose . . . . .	2	7	—
Blasenwurm . . . . .	16	119	14
Leberegel . . . . .	2	—	8

Entzündungen und Vereiterungen einzelner Theile wurden in 10 Fällen constatirt. 6 Schweine von den oben bezifferten wurden gänzlich confiscirt, von den übrigen Thieren wurden meistens nur die erkrankten Theile untauglich gemacht. Ob früher alle diese Fälle entdeckt seien, könne nicht constatirt werden. Aus Verhandlungen mit Herzoglicher Polizei-Direction habe sich aber ergeben, daß grade das Abends in Kiepen in die Stadt gebrachte Fleisch eine unerhört schlechte Sorte sei. Nehme man die vorgeschlagenen Controlemaßregeln nicht an, so ruinire man das ganze segensreiche Institut, lege unseren meistens respectablen Schlächtermeistern Beschwerden auf, während man andererseits den Auswärtigen zum Betrüge und gesundheitsgefährlichen Verkaufe Thür und Thor öffne. Die Bedenken des Herrn Rieß könne er nicht theilen.

Herr Schwarzenberg war der Ansicht, daß diese Bestimmungen auf den Export nur vortheilhaft wirken könnten, da dann die Auswärtigen wüßten, daß hier genau untersucht würde.

Herr Wille empfahl gleichfalls den Paragraph zur Annahme, indem er die Bedenken des Herrn Rieß nicht theilen konnte. Wenn die auswärtigen Consumenten die braunschweiger Wurst nicht für besser hielten als die ihres Heimatsortes, so würden sie eben keine beziehen. Es sei überhaupt nicht nöthig, die Wurst bei der Untersuchung aufzuschneiden; es brauche nur ein Röhrchen von ca. 3 Millimeter Stärke eingeführt und eine kleine Probe des Wurstinhalts damit herausgeholt zu werden. Diese werde mikroskopisch untersucht und die Wurst wieder verschlossen, ohne daß viel zu bemerken sei, daß die Wurst untersucht worden sei.

Herr Rieß: Es komme schließlich auf eins heraus, ob die Wurst angeschnitten oder angebohrt werde, wenn es sich um das Ansehen derselben handele. Herrn Stadtrath Rittmeyer müsse er entgegen, daß sein Antrag sich auf die Erleichterung des Verkehrs mit hergestellten Fabrikaten beziehe, nicht auf Untersuchung des Fleisches. Uebrigens möchte er den Wunsch aussprechen, daß mit dem Berichte der Schlachthauscommission immer eine Uebersicht, wie sie Herr Stadtrath Rittmeyer soeben mitgetheilt, übersandt werde.

Herr Riese konnte gleichfalls die Bedenken des Herrn Rieß nicht theilen. Die hiesigen Schlächtermeister, welche ihre Steuern zahlen, seien schon seit einem Monate

verpflichtet, im Schlachthause zu schlachten und er bedaure deshalb, daß dieses Regulativ, welches sich gegen den äußern Verkehr richtete, nicht schon mit dem Tage der Eröffnung des Schlachthauses in Kraft getreten sei. Man müsse das Interesse der hiesigen Schlachtermeister wahren, denn von ihnen hänge die Erhaltung des Schlachthauses in finanzieller Beziehung ab. Es habe bereits wieder ein Hiesiger die Absicht, auf Gießmaroder Feldmark eine Schlachtereie anzufangen. Wenn das so fort gehe, sei das herrliche Schlachthaus schließlich ein überflüssiges Institut; es würden die Kunden dazu fehlen. Was für die hiesigen Schlachter gelte, müsse auch für auswärtige maßgebend sein; das schlechteste Fleisch komme ja bekanntlich von außen herein.

Herr Stadtrath Rittmeyer: Was Herr Nieß anstrebe, sei ja im §. 3 vorgesehen. Der Magistrat sei von der Ansicht ausgegangen, daß man in den Bestimmungen nicht soweit gehen wolle, daß die Concurrrenz von außen ganz ausgeschlossen werde; man sei sonst den hiesigen Schlachtern ganz und gar in die Hände gegeben. Das Statut sei überhaupt nur ein Versuch und werde vielleicht schon in Jahresfrist wesentliche Aenderungen erleiden. In anderen Orten, wie Düsseldorf und Köln, seien auch ganz ähnliche Statuten eingeführt; die lauteten aber viel kürzer: Alles, ausnahmslos, muß in's Schlachthaus zur Untersuchung. Daß die Sache in die Hand der Herzoglichen Polizei-Direction gegeben werden soll, halte er für vollkommen gerechtfertigt. Es müsse der Behörde überlassen bleiben, zu prüfen, ob in Preußen oder in der Provinz Hannover ähnliche Bestimmungen gelten wie hier, um zu verhüten, daß jeder Beliebiges von dort auf Grund irgend einer Bescheinigung vielleicht trichinenhaltige Fleischwaaren auf den Markt brächte. Es könne die Trichinose ausbrechen und dann schreie die ganze Welt darüber; dann sei der Export Braunschweigs erst recht geschädigt. Die Fabrikate von außen würden schon jetzt in vielen Fällen seitens der Herzoglichen Polizei-Direction untersucht, z. B. amerikanisches Fleisch u.

Nachdem auch noch Herr Reuter sich für die Commissionsvorlage ausgesprochen hatte, wurde §. 1 in vorliegender Fassung angenommen.

§. 2 lautet:

Die Untersuchungsstelle ist:

- 1) für Schlachtwaaren, welche lediglich auf den hiesigen Wochenmärkten feil gehalten werden sollen,

der Wochenmarkt selbst,

wobei indeß vorausgesetzt wird, daß in Ansehung der von Schweinen herrührenden Waaren zugleich eine die hiesige Untersuchung derselben auf Trichinen abwendende Bescheinigung über eine bereits stattgehabte Untersuchung auf Trichinen vorgelegt wird. (Cfr. §. 3, Absatz 3).

## 2) in allen anderen Fällen

## das städtische Schlachthaus.

Ein Antrag des Herrn Zellgmann, einen Zusatz dahin zu treffen, daß auch die Verkaufslocale als Untersuchungsstellen dienen könnten, wie das z. B. in Cassel der Fall sei,

wurde nach kurzer Debatte unter den Herren Otto, du Roi und Stadtrath Rittmeyer abgelehnt.

Nachdem Herr Zellgmann noch bemerkt hatte, daß es zweckmäßig gewesen wäre, von anderen Städten, z. B. Stuttgart oder Kassel, wo die Schlachthäuser schon seit einer langen Reihe von Jahren beständen, mehr Material einzuziehen,

wurde §. 2 in der Vorlage angenommen.

§. 3 lautet:

Die Untersuchung erfolgt durch approbirte, vom Stadt-Magistrate im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction auszuwählende, be-  
eidigte und in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machende  
Thierärzte. Sie erstreckt sich darauf, ob die Waaren als Nahrungsmittel  
gesund und zum Genuße für Menschen tauglich seien.

Neben dieser allgemeinen Untersuchung findet bei den vom Schweine  
herrührenden Waaren noch eine mikroskopische Untersuchung auf Trichinen  
statt, über deren Art und Weise Herzogliche Polizei-Direction Anordnung  
trifft. Die mikroskopische Untersuchung auf Trichinen findet nicht statt,  
wenn durch eine vom betreffenden Trichinenschauer ausgefertigte, vom Ge-  
meindevorstande beglaubigte Bescheinigung zweifellos nachgewiesen wird,  
daß die vorliegenden Waaren aus dem Herzogthume eingeführt sind und  
zugleich von einem Schweine herrühren, welches in einer Gemeinde des  
Herzogthums den gesetzlichen Vorschriften gemäß auf Trichinen untersucht  
worden. Ueber Form und Inhalt derartiger Bescheinigungen trifft Herzog-  
liche Polizei-Direction allgemeine Anordnung.

Herzogliche Polizei-Direction kann nach ihrem Ermessen auch bei  
den aus anderen Gebieten eingeführten Schweine-Schlachtwaaaren von dem  
Erforderniß der hiesigen Untersuchung auf Trichinen entbinden, wenn der  
zweifellose Nachweis geliefert wird, daß eine ausreichende mikroskopische  
Untersuchung auf Trichinen auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen  
am Ursprungsorte der Waaren hinsichtlich des Schweines, von welchem  
letztere herrühren, bereits stattgefunden und dessen Trichinenfreiheit dar-  
gethan hat.

Auf Antrag des Herrn Nieß wurde in Absatz 2 Z. 5 v. o. gesetzt: »findet  
nicht statt« an Stelle von »ist nicht erforderlich.«

## §. 4 lautet:

Je nach dem Resultate der Untersuchung wird der Verkauf der Schlachtwaaren gestattet, beschränkt oder untersagt. Ueber die unbeanstandeten Schlachtwaaren ertheilt der Sachverständige eine Bescheinigung, in welcher gleichzeitig die erhobene Untersuchungsgebühr zu vermerken ist.

Die beanstandeten Schlachtwaaren werden, wenn keine Beschwerde erhoben wird, sofort auf Kosten des Eigenthümers nach Maßgabe der polizeilichen Vorschriften, beziehentlich des §. 9 des Gesetzes vom 15. März 1866, den Schutz des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches betreffend, vernichtet oder für den Genuß unbrauchbar gemacht.

Herr Wille: Die Ausstellung eines Scheines über die Güte der Schlachtwaaren scheine ihm nicht genügend; es lasse sich darauf hin eine Menge Fleisch verkaufen und Niemand könne wissen, über welches Fleisch die Bescheinigung laute. Er beantrage, die Anheftung einer Plombe an das untersuchte Fleisch anzuordnen.

Nach einigen Debatten unter den Herren Wolff, Heymann, Bösekrug und den Herren Stadträthen Rittmeyer und Schöttler zog Herr Wille seinen Antrag zu Gunsten eines Zusatz-Antrags des Herrn Referenten zurück.

Dieser lautet: »Wenn sich das Bedürfniß herausstellt, Bestimmung darüber zu treffen, wie die Identität untersuchter Waaren mit zum Kaufe ausgebotenen nachzuweisen sei, so trifft darüber der Stadtmagistrat im Einverständnisse mit der Herzogl. Polizei-Direction Bestimmung.«

Mit diesem Zusatz und den commissionsseitig vorgeschlagenen Aenderungen an Stelle von »gut befundenen Schlachtwaaren« zu setzen »unbeanstandeten Schlachtwaaren« und die Bezeichnung »c.« im ersten Absätze fortzulassen, wurde darauf §. 4 angenommen.

Die §§ 5 und 6 wurden nach kurzen Bemerkungen seitens der Herren Wolff, Aronheim, Reuter, Krampe, Stadtrath Rittmeyer und des Herrn Referenten unverändert angenommen.

## §. 7 lautet:

Bei der Einführung von, dem Erforderniß der Untersuchung unterliegenden, Schlachtwaaren in das städtische Gebiet ist Folgendes zu beobachten:

- a. das frische Fleisch darf nur in Stücken im Gewichte von mindestens 5 Kilogramm eingeführt werden;
- b. die Einführung der Schlachtwaaren darf nur bei Tage während der vom Stadt-Magistrate im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machenden Stunden stattfinden;

- c. die einzuführenden Schlachtwaa ren sind von der Grenze des Stadtgebietes und wenn sie mit der Post oder Eisenbahn eingehen, von der Ausgabestelle aus auf dem nächsten, erforderlichenfalls auf dem vom Stadt-Magistrate im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction öffentlich bekannt zu machenden Wege nach den zur Untersuchung bestimmten Stellen zu befördern;
- d. auf den Transportmitteln, welche zur Einführung der Schlachtwaa ren in das hiesige Stadtgebiet dienen, ist die deutliche und sichtbare Bezeichnung: »Eingebrachtes Fleisch« anzubringen;
- e. alle eingebrachten Schlachtwaa ren unterliegen der jederzeitigen Controle der Polizeibeamten und sind denselben nebst der Bescheinigung über die stattgehabte Untersuchung auf Anfordern vorzuzeigen.

Herr Reuter beantragte, die Bestimmung unter a folgendermaßen zu fassen: »Das frische Fleisch darf in der Regel nur in Hälften und Vierteln eingeführt werden, in kleineren Stücken als 5 kg im Gewichte darf dasselbe nicht zugelassen werden.«

Mit dieser Aenderung wurde §. 7 genehmigt.

Nachdem auch §. 8 ohne Debatte genehmigt war, wurde schließlich das ganze Statut angenommen.

Herr Otto übernahm sodann den Vorsitz wieder,

worauf

IV. Herr Mühe namens der Statuten- und Schulcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 20. November c. berichtete. — Der Gemeindevorstand hat die Einrichtung von 7 neuen Bürgerschulklassen zum 1. April f. Grs. beschlossen und die Verwilligung der Mittel zur Besoldung der hierzu erforderlichen Lehrkräfte mit dem Bemerkten beantragt, daß

- a. 4 Lehrer mit einem Anfangsgehalt von je 1200 M. resp. falls und insoweit dieselben 8 auswärtige Dienstjahre haben sollten, von je 1500 M. anzustellen,
- b. 2 Lehrerinnen mit einer Jahresremuneration von je 900 M. anzunehmen seien,

so daß also an Besoldungsmitteln pro 1880 mindestens 4950 M., höchstens 5850 M. zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Magistrat giebt anheim, den angeforderten Credit von dem im Etat pro 1880 vorgesehenen Dispositionsquantum von 7500 M. zu bewilligen.

Der Antrag, vom Referenten empfohlen, fand ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung durch Bewilligung der angeforderten Mittel.

### Weiter

V. berichtete Herr M<sup>ü</sup>h<sup>e</sup> über ein Schreiben des Magistrats, in welchem 270 *M.* zur Anschaffung eines Sammlungsschranks für die 3. untere Bürgerschule am Sandwege beantragt wurden.

Auch mit diesem Antrage erklärte sich die Schulcommission einverstanden, worauf derselbe ohne Weiteres genehmigt wurde.

### Schließlich

VI. war noch über zwei Magistratsanträge vom 21. resp. 20 November c. zu verhandeln. — Der Vorstand des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen hat gebeten, dem genannten Vereine das Hintern Brüderu sub *M.* ord. 32 belegene, früher Kaulitz'sche, jetzt der hiesigen Stadt gehörige Haus vom 1. December d. J. ab bis zum 1. April 1882 für einen Miethpreis von jährlich 900 *M.* zu vermieten, demselben auch, falls nach Ablauf der vorgeschlagenen Miethzeit der Verkauf des fraglichen Grundstücks beschlossen werden sollte, das Vorkaufsrecht zu den gleichen Bedingungen, wie anderen Kaufliebhabern gewährt werden würde, einzuräumen. Wenngleich der offerirte Miethpreis an sich dem Magistrat zu gering erscheine, so glaubt derselbe doch auf das Anerbieten eingehen zu sollen, da der Verein in dem Hause eine Volksküche nach dem Muster der in Berlin seit Jahren bestehenden derartigen Anlagen beabsichtigt, eine solche Einrichtung der hiesigen unbemittelten Bevölkerung aber offenbar zum Nutzen gereichen wird und daher seitens der städtischen Behörden gefördert zu werden verdient. Der Magistrat giebt anheim, ihn zur Vermietung dieses Hauses in gedachter Weise zu ermächtigen. Der fernere Antrag bezweckt die Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 500 *M.* an den genannten Verein zur Einrichtung einer Volksküche.

Der Commissionsreferent Herr Kyb<sup>i</sup>z empfahl beide Anträge zur Annahme mit dem Bemerken, daß die Beihilfe aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bewilligt werden könne.

Herr Stadtrath Schöttler: Er glaube kaum nöthig zu haben, die Versammlung um Ertheilung ihrer Genehmigung zu diesen Anträgen zu bitten, halte aber doch für angemessen, seine Meinung dahin zu äußern, daß die offerirte Miete in der That mehr als 900 *M.* betrage, denn der gedachte Verein habe verschiedene Verbesserungen im Hause zu treffen, welche der Stadt verblieben. Zum Beispiel werde ein neuer Schornstein, vom Keller aus fundamentirt, durch das ganze Haus aufgeführt.

Gasbeleuchtung hergestellt u. s. w., sodaß die Miethe eigentlich nicht 900 *M.*, sondern 1500 *M.* jährlich betrage. Indessen wolle er nicht unerwähnt lassen und die Versammlung darauf vorbereiten, daß das Haus von einer solchen Reparaturbedürftigkeit sei, daß der Magistrat dieserhalb bald mit einem bezüglichen Antrage einkommen werde.

Beide Anträge wurden darauf genehmigt

und damit die Sitzung geschlossen.

---





1879.

Fortsetzung der Beilage zu Nr. 42 de 1880  
der Braunschweigischen Anzeigen.

Nr. 21.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. December 1879.

### Öffentlich:

- I. Antrag des Stadtverordneten Reuter, betr. den Handel mit Petroleum.
- II. Wahl zweier Mitglieder zur Einschätzungscommission bezüglich der außerordentlichen Begebabeiträge der gewerblichen Etablissements.
- III. Lehrverfassung der städtischen Mädchenschule.
- IV. Proposition wegen einiger Aenderungen des Statuts über das Feuerhilfswesen.
- V. Regulativ wegen Verwaltung des städtischen Schlachthaus.
- VI. Proposition wegen Aenderungen des Gebührentarifs des städtischen Schlachthaus.
- VII. Proposition wegen einiger Aenderungen in dem Entwurfe des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der städtischen Verwaltung betreffend.
- VIII. Antrag der Herren Krampe und Gen., generale Ermächtigung des Stadtmagistrats zur Erhebung bezw. Ausnahme von Processen über Gegenstände im Werthe von nicht mehr als 100 M.
- IX. Antrag des Herrn Hasenbalg, wegen einer anderen Ordnung der Einzahlung der Steuern bei der Stadtcasse.
- X. Bewilligung von Dienstkleidungsgeldern für die Magistratsdiener betr.
- XI. Anstellung des Magistratschreibers Brenneke.
- XII. Beantwortung der Interpellation des Herrn Witke bezüglich der Pferde-Eisenbahn.
- XIII. Interpellation des Herrn Kieke bezüglich der bei der Verwaltung des Gaswerks vorgekommenen Unregelmäßigkeiten.
- XIV. Anfrage des Herrn von Seckendorff bezüglich der Besteuerung der Wandertäger.

### Vertraulich:

- 1) Ankauf eines Grundstücks zu Schulzwecken.
- 2) Beamtenwahlen.

Entschuldigt die Herren Munte und Heymann; Herr Krampe wegen Verspätung.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Vockels und anfänglich Herr Director Sommer.

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

I. machte der Herr Vorsitzende Otto zunächst Mittheilung von einem Magistrats-schreiben vom 10. d. M., betreffend den Handel mit Petroleum und Berichtigung der Bestimmungen unter §. I. 1. 16b. des Gesetzes vom 22. December 1876. Mit dem Schreiben war ein Ministerialrescript vom 3. December c. *N.* 8933 übersandt, in welchem gesagt war, daß die in der Versammlung vom 16. October c. proponirten Abänderungen des citirten Gesetzes bis zu einer in dieser Beziehung demnächst zu erwartenden kaiserlichen Verordnung beanstandet werden möchten.

Der Ansicht der Statutencommission, daß dieses Magistrats-schreiben zu weiteren Verhandlungen keinen Anlaß biete, schloß sich die Versammlung an.

II. wurden auf Antrag des Magistrats vom 5. December c. die Herren Hasenbalg und Wille zu Mitgliedern der Commission zur Prüfung der Reclamationen gegen die Veranlagung gewerblicher Etablissements zu außerordentlichen Wegebaubeiträgen mit 20 resp. 17 Stimmen gewählt.

Eine Anfrage des Herrn Rieke:

»Sind dem verehrlichen Stadtmagistrate die in jüngster Zeit zu Tage getretenen Unregelmäßigkeiten betreffs der Verwaltung des Gaswerks im vollen Umfange bekannt und wird verehrlicher Stadtmagistrat über diese Angelegenheit der Stadtverordneten-Versammlung baldthunlichst das Nähere mittheilen?«

gelangte am Schluß der öffentlichen Sitzung zur Motivirung.

Nachdem Herr Kybich den Vorsitz übernommen hatte

III. berichtete Herr Schwarzenberg über die Lehrverfassung der mittleren Mädchenschule, über welche bei Berathung der Magistratsvorlage vom 25. November c., betreffend die Organisation und Lehrverfassung dieser Schule, noch nicht beschlossen worden war. Der Lehrplan lag nunmehr in authographischerervielfältigung vor, und bemerkte der Herr Referent dazu, daß es wohl nicht nöthig sein werde, denselben ausführlich darzulegen, da der vom Director Sommer darüber im Bürgervereine gehaltene Vortrag in der Presse ausführlich wiedergegeben sei. Er wolle nur noch hervorheben, daß den Wünschen der Versammlung auf Ermäßigung der Stunden in den 4 Unterclassen nach dem vorliegenden Lehrplane Rechnung getragen sei.

Herr Otto: Der jetzt vorliegende Lehrplan entspreche den Wünschen der Commission. Da Redner sich für eine Aenderung des zuerst vorgelegten Lehrplans ausgesprochen und die Sache ihm sehr am Herzen liege, so halte er es für gut, nochmals auf die Commissions-Verhandlungen zurückzukommen. Man habe sich in der Commission gefragt, ob der erstvorgelegte Lehrplan eine Ueberbürdung der Kinder herbeiführen könne und diese Frage sei nach Redners Ansicht entschieden zu bejahen, namentlich

bezüglich der 4 Unterclassen. Die mittlere Mädchenschule entspreche einem dringenden Bedürfnisse, es sei daher sein sehnlicher Wunsch, daß dieses Institut auch lebensfähig in Wirksamkeit trete; deshalb habe er gegen den Lehrplan Opposition gemacht. Die Kinder sollen in der Schule harte Arbeit kennen lernen, aber sie sollen nicht geistig übermäßig angestrengt werden; man müsse ihnen auch Zeit lassen zur freiesten körperlichen und geistigen Entwicklung im kindlichen Spiel; besonders für die Mädchen sei das durchaus nöthig. Redner habe sich bei seiner Opposition nicht von väterlichen Gefühlen leiten lassen, er habe aber Vergleiche angestellt und zunächst seinen Blick auf die höhere Mädchenschule gelenkt; dort sei die Zahl der Schulkunden noch geringer, als sie bei dem erstvorgelegten Lehrplane der mittleren Mädchenschule vorgesehen gewesen. Der Unterschied sei allerdings nur ein unwesentlicher gewesen, dafür verfolge aber auch die höhere Mädchenschule ganz andere Ziele. Er habe sich deshalb in seinem Vergleiche der Bürgerschule zugewandt, und sei zu der Ansicht gekommen, daß man in der mittleren Mädchenschule über das Ziel der Stunden der Bürgerschule, was die 4 untersten Classen anlange, nicht hinausgehen dürfe, weil man dort die Frage genügend ventilirt habe und zu praktischen Resultaten gekommen sei. Der jetzt vorliegende Lehrplan entspreche den Schulkunden der Bürgerschule. Beide Schulen seien zu einem Aufenthalt von 8 Jahren eingerichtet. Auf eine Prüfung der eigentlichen Details des Lehrplans sei die Commission nicht eingegangen. Die Lehrmittel sagten sämmtlich zu. Ob eine Ermäßigung möglich, müsse die Praxis lehren. Mit Dankbarkeit müsse aber anerkannt werden, daß die Herren Oberbürgermeister Pockels und Schuldirector Sommer mit größter Bereitwilligkeit die aufstossenden Bedenken erörtert und den Wünschen der Commission Rechnung getragen hätten. Redner glaube, daß die Erfüllung dieser Wünsche im Sinne der Bürgerschaft geschehe. Die Existenz eines Instituts, wie es hier geschaffen werden solle, hänge wesentlich von dem Vertrauen ab, welches demselben von den Mitbürgern entgegengebracht werde, und eine Ermäßigung des Stundenplans nach einem Principe, das den Ansichten der Bürger entspreche, werde dieses Vertrauen wesentlich heben. Mit den besten Wünschen für das Wohlergehen der Schule sehe er der Gründung derselben entgegen.

Da auf eine Anfrage des Herrn Schuldirector Sommer, ob Jemand noch in technischer Beziehung über diesen Gegenstand Auskunft zu haben wünsche, sich Niemand zum Worte meldete, wurde nach einigen reglementarischen Bemerkungen seitens der Herren Otto, Aronheim, Steinacker und Schwarzenberg von der Versammlung die Erklärung abgegeben, daß sie Bedenken gegen die Lehrverfassung der mittleren Mädchenschule in jetziger Gestalt nicht weiter geltend zu machen habe.

Nachdem Herr Otto den Vorsitz wieder übernommen hatte,

IV. berichtete Herr Aronheim namens der Statutencommission über ein Magistrats Schreiben vom 6. November c. — Differenzen zwischen der Turnerfeuerwehr und dem Männerturnvereine haben erstere veranlaßt, beim Magistrate auf Abände-

rung ihrer Statuten anzutragen. Die Bemühungen des Magistrats, diese Differenzen zu schlichten, sind gescheitert, er macht deshalb auf Grund eines Gutachtens des Kreisbranddirectors Vorschläge wegen Abänderung der §§. 2 und 5 des städtischen Statuts über das Feuerhülfswesen. Die Commission giebt anheim, diese Vorschläge mit einigen Modificationen, wie sie vom Referenten vorgetragen werden, zu acceptiren. Die gedachten Paragraphen würden hiernach lauten:

### §. 2

Die Gesamt-Feuerwehr der Stadt Braunschweig besteht aus 5 Abtheilungen,

- 1) der Berufs-Feuerwehr,
- 2) der Turner-Feuerwehr (1. Compagnie),
- 3) der Bürger-Feuerwehr (2. Compagnie),
- 4) der städtischen Feuerwehr (3. Compagnie),
- 5) die vom Magistrate zur öffentlichen Feuerhülfe zugelassenen Feuerwehren industrieller Institute (4. Compagnie).

Diese Abtheilungen stehen alle gleichmäßig unter dem Obercommando des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr und Branddirectors.

Die innere Organisation dieser einzelnen Abtheilungen regelt sich nach den in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen vom Stadt-Magistrate genehmigten resp. erlassenen Statuten und Dienstreglements. Von demselben ist jedem Feuerwehrmanne der betreffenden Abtheilung ein Exemplar einzuhändigen.

Die von den Organen der einzelnen Compagnien gegen ihre Mitglieder statuten- oder reglementsmäßig ausgesprochenen Ordnungsstrafen werden nöthigenfalls auf Verfügung des Stadt-Magistrats durch den städtischen Executor eingezogen.

- 1) Die Berufs-Feuerwehr stellt regelmäßig die Mannschaft für die ständige Feuerwehrwache und für die Thurmwache; unter Heranziehung der Hydrantwärter zum Dienste während der Abendstunden, stellt sie auch die Feuerwehrwachen im Herzoglichen Hoftheater, auf den Messen, sowie alle diejenigen Wachen, welche zum Schutz gegen Feuergefahr erforderlich werden. Die ständige Feuerwehr soll auf telegraphische Benachrichtigung hin, nach wenigen Minuten auf jedem Brandplatze eintreffen und wo möglich jedes Schadensfeuer noch im Entstehen unterdrücken; sie soll, sobald die sofortige Unterdrückung zweifelhaft erscheint, die Alarmirung weiterer Feuerwehr-Abtheilungen veranlassen. Die Aufnahme in die Berufs-Feuerwehr erfolgt auf Grundlage der Anstellungs-Bedingungen durch den Branddirector.
- 2) Die Mitglieder der »Turner-Feuerwehr« sollen namentlich durch körperliche Kraft, Gewandheit und Unerfrockenheit ausgezeichnet

sein und ergänzen sich daher vorzugsweise aus den hiesigen Turnvereinen, auf deren Mitglieder bei Ausfüllung von Vacanzen in die Turner-Feuerwehr in der Regel zunächst gegriffen wird. Unter Berücksichtigung dessen entscheidet unter Zustimmung des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr die Führerschaft der Turnerfeuerwehr über die Aufnahme, kann also auch andere, den Turnvereinen nicht angehörige Personen, in die Turner-Feuerwehr aufnehmen, wenn Vacanzen vorhanden sind und Anmeldungen zum Eintritte von stimmberechtigten Mitgliedern der Turnvereine nicht vorliegen.

Die Turner-Feuerwehr wird bis auf etwaigen anderweiten Beschluß der städtischen Behörden mit s. g. Abproßspritzen ausgerüstet.

- 3) Die »freiwillige Bürger-Feuerwehr« ist bei der Auswahl ihrer Mitglieder nicht auf die Angehörigen anderer Vereine hingewiesen. Dagegen soll bei der Formirung der einzelnen Züge darauf Rücksicht genommen werden, daß deren Mitglieder möglichst in einem bestimmten Bezirke der Stadt wohnen.

Zur Bedienung werden ihr vorschriftsmäßig s. g. Fahrspitzen überwiesen.

- 4) Die »städtische Feuerwehr« besteht aus denjenigen unbescholtenen und geeigneten Einwohnern der Stadt, welche vom Hauptmann gegen einen auf Vorschlag des Branddirectors von den städtischen Behörden festzustellenden Lohn und auf vierteljährliche Kündigung dazu angenommen werden.

Für diese Compagnie ernennt der Stadt-Magistrat auf Vorschlag des Branddirectors die erforderliche Anzahl Führer. Das Amt eines Führers ist ein Ehrenamt. Die Führer wählen aus ihrer Mitte den Hauptmann, welche Wahl der Bestätigung des Stadt-magistrats unterliegt. Der Hauptmann wählt sich aus der Zahl der Führer einen Adjutanten.

Die Uniformirung und Ausrüstung der städtischen Feuerwehr erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes vom 2. April 1874 N. 16.

- 5) Für die Feuerwehren industrieller Etablissements sind deren Statuten resp. Instructionen maßgebend.

Diese Feuerwehren bilden, sobald sie außerhalb der betreffenden Etablissements gemeinsam in Thätigkeit treten, unter einem von den Führern der betreffenden Feuerwehren gewählten Hauptmann, eine besondere Abtheilung (Compagnie) der Gesamt-Feuerwehr.

#### §. 5.

Hinsichtlich der Berufs-Feuerwehr, sowie wegen Benützung der Feuer-telegraphen, der Feuer-signale und dergleichen, erläßt der Branddirector

unter Zustimmung des Stadtmagistrats und der Herzoglichen Polizei-Direction, die nöthigen Reglements, welche, soweit erforderlich, publicirt werden.

Ueber die Vorschläge zu §. 2 entspann sich eine längere Debatte.

Herr Zellgmann: Zu seinem Bedauern habe er vernommen, daß die ganze Angelegenheit durch eine kleine Zwistigkeit angeregt sei, welche zwischen beiden Vereinen stattgefunden habe. Es bestehe augenblicklich zwischen dem Handwerkerturnvereine und dem Männerturnvereine eine Gereiztheit, die sich binnen Kurzem von selbst legen werde, sobald es den Vereinsleitungen gelingen würde, die differirenden Ansichten wieder zu einigen, oder im nächsten Jahre ein Wechsel in der Leitung des einen oder anderen Vereins vor sich gehe. Der Männerturnverein habe seine Verpflichtungen, welche er seiner Zeit dem Feuerlöschwesen gegenüber eingegangen sei, vollständig erfüllt, indem er stets, wie ihm auferlegt, 103 Mann gestellt habe. Im März d. J., wo diese Differenzen zum Ausbruch gekommen, habe die Stärke der Turnerfeuerwehr 110 Mann betragen. Der Dienst habe durch die Differenzen nicht gelitten. Er halte es für einen Act der Pietät, beiden Vereinen zu überlassen, sich zu verständigen. Nach Annahme der Magistrats- resp. Commissionsvorschläge würde die Turnerfeuerwehr bald nur noch dem Namen nach existiren.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Herr Vorredner habe vollständig Recht in seiner Annahme, daß die ganze Angelegenheit durch eine kleine Zwistigkeit hervorgerufen sei. Er müsse aber bemerken, daß diese kleinen Zwistigkeiten schon oft vorgekommen. Er habe sich persönlich die größte Mühe gegeben, den neuerdings eingetretenen Zwischenfall wieder auszugleichen, aber vergebens. Der Riß zwischen dem Männerturnvereine auf der einen und verschiedenen Abtheilungen der Feuerwehr auf der anderen Seite sei indeß erheblich größer, als der Herr Vorredner zu denken scheine. Dabei sei hervorzuheben, daß sämtliche Abtheilungen der städtischen Feuerwehr den Magistrat dringend gebeten haben, dem Wunsche der Turnerfeuerwehr nachzukommen, widrigenfalls deren Existenz gefährdet sein würde. Man würde bei Ablehnung der Anträge in die unangenehme Lage kommen, binnen 24 Stunden keine Feuerwehr mehr zu besitzen, und dann wieder eine gründen müssen. Der Männerturnverein sei den seiner Zeit übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Referent: Er wolle besonders hervorheben, daß die gemachten Vorschläge durchaus keine Inprietät involvirten; es denke Niemand daran, den Männerturnverein aus der Turnerfeuerwehr zu verdrängen; es solle nur ein Verhältniß, das nicht mehr zu halten sei, geändert werden. Wenn auch die Möglichkeit vorliegen sollte, den zwischen beiden Vereinen entstandenen Riß zu schließen, so würde Redner sich doch für die Vorschläge aussprechen. Nach seiner Ansicht könne ein städtisches Institut nicht darauf gegründet sein, daß zwei Vereine, die beide zu demselben Ziele führten, möglicherweise in Zwistigkeiten unter einander gerathen könnten und das Institut dadurch ruinirten. Es müsse deshalb Vorseeung getroffen werden, daß die Feuerwehr, falls beide Vereine nicht ferner neben einander in derselben dienen wollten, aus anderer

Seite recrutirt werden könne, allerdings erst dann, wenn auf keinen Bezug mehr zu hoffen sei.

Herr Ding schloß sich den Ausführungen des Herrn Zellgmann an. Die Zwistigkeiten seien allerdings anfänglich nur unbedeutender Natur gewesen, nach und nach aber größer geworden, weil der Hauptmann der Turnerfeuerwehr nicht das habe zugeben wollen, was der Männerturnverein als sein gutes Recht habe beanspruchen können. Dieser habe sich darauf an den Magistrat gewandt, ihm zur Erlangung seines Rechts behülflich zu sein, da er in jeder Beziehung seine Pflicht erfüllt zu haben glaube. Dem sei nicht Folge gegeben. Wenn die Commissionsvorschläge angenommen würden, werde die Feuerwehr des Männerturnvereins ihrer Auflösung entgegen gehen.

Herr Reuter: Die Conflictte hätten anfänglich nur zwischen dem Männerturnvereine und dem Handwerkerturnvereine bestanden, die Turnerfeuerwehr sei nur in Mitleidenschaft gezogen. Dem Hauptmanne derselben sei schließlich die Mittheilung geworden, daß das bisherige Verhältniß, wonach die Mitglieder des Handwerkerturnvereins ohne Weiteres in der Turnerfeuerwehr dienen könnten, nicht mehr bestehen solle, der Dienst derselben in der Turnerfeuerwehr vielmehr abhängig sei von dem Ballotement von Turnrath und Ausschuß des Männerturnvereins. Das hieße die Turnerfeuerwehr ruiniren, da 69 Mitglieder dem Handwerkerturnvereine, 45 dem Männerturnvereine angehörten, und jene 69 nicht gesonnen gewesen, sich einem Ballotement zu unterwerfen. Der Hauptmann habe daher diesen Beschluß nicht ausführen wollen und im Interesse der Feuerlösch-Einrichtungen der Stadt nicht ausführen dürfen. Nicht aus 103 Mann, wie gesagt sei, solle die Turnerfeuerwehr bestehen, sondern aus 128 Mann, für welche die Stadt in liberaler Weise die Uniformen und die Ausrüstungsgegenstände geliefert habe. Wenn diese Mannschafszahl jezt nicht erreicht werde, so sei der Conflict daran Schuld und der Stand der Mannschaft werde sich bei längerem Fortbestehen desselben noch ferner vermindern. Deshalb sei der Magistrat gebeten, Entscheidung zu treffen. Im großen Ganzen sei das Gefühl, welches Herrn Ding für den Männerturnverein einzutreten treibe, vollständig gerechtfertigt. Es sei nicht zu vergessen, daß der Männerturnverein es gewesen, welcher 1862 die erste Mannschaft für die damals hier neue Institution gestellt habe, wie denn auch anzuerkennen, daß gerade die Turnerei dazu angethan sei, tüchtige Feuerwehrleute zu stellen. Die Turnerfeuerwehr solle aber nach wie vor thunlichst aus Turnern bestehen, darin solle nichts geändert werden. Da aber der Männerturnverein nicht im Stande sei, genügende Mannschaften zu stellen, so sollen auch die Mitglieder anderer hiesiger Turnvereine ohne Weiteres zum Dienste zugelassen werden, eventuell solle der Führerschaft der Feuerwehr, die aus Turnern bestehe, überlassen werden, auch andere geeignete Personen zuzulassen. Der Männerturnverein habe allerdings seine Verdienste; man müsse aber die Turnerfeuerwehr, auf deren Hülfe bei Feuersgefahr viel Gewicht zu legen sei, nicht abhängig machen von Zwistigkeiten in dem Turnvereine. Er empfehle die Vorschläge zur Annahme.



Herr Oberbürgermeister Pockels protestirte zunächst gegen die Aeußerung des Herrn Ding, daß der Magistrat die Vorstellung des Männerturnvereins ignoriert habe. Er sei immer der Hoffnung gewesen, daß die Sache sich wieder ausgleichen werde und habe mit Herrn Ding dieserhalb verschiedene Conferenzen gehabt. Es sei ihm nicht gleichgültig gewesen, wenn der Männerturnverein so vor den Kopf gestoßen würde; leider habe er sich aber überzeugen müssen, daß dessen Anschauungen nicht die richtigen gewesen seien. Der Magistrat sei bei Einbringung der Vorlage mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen; die Versammlung solle sich durch Herrn Ding's Ausführungen nicht einschüchtern lassen.

Herr Nieß hielt es nicht für gut gethan, daß die Versammlung sich bei diesen Conflicten dazwischen mische. Er betonte dabei, daß das betreffende Statut einer Aenderung allerdings bedürftig, der eingeschlagene Weg aber nicht der richtige sei. Wenn etwas hätte geschehen sollen, so hätte zunächst darauf gedungen werden müssen, daß der Männerturnverein seine Statuten änderte. Er könne nicht anders sagen, als daß das jetzige Verfahren ein Gewaltact sei. Irgend ein Ausweg müsse gefunden werden, daß sich aber kein anderer finde, bedauere er sehr.

Nachdem sich noch Herr Wilke für die Commissionsanträge ausgesprochen, wurden dieselben genehmigt.

#### Danach

V. berichtete Herr Schwarzenberg über das vom Magistrate unterm 31. October v. J. erlassene Regulativ, die Verwaltung des städtischen Schlachthauses betreffend, welches im Einverständnisse mit der Schlachthausdeputation entworfen ist.

Dasselbe wurde nach einigen Debatten unter den Herren Wolff, Reuter, von Seckendorff, Kunzen, sowie dem Herrn Oberbürgermeister Pockels mit folgenden Aenderungen genehmigt:

Zu §. 4 ad 3 Z. 18

statt »50 M.« zu setzen »150 M.«

Dasselbst ad 7 zu fassen:

- 7) wegen Anstellung der Hülfsbeamten (§. 121 der revidirten Städteordnung) dem Stadtmagistrate Vorschläge zu machen, die Zahl des Unterpersonals aber festzustellen und dasselbe auf Vorschlag des Directors selbständig anzunehmen und zu entlassen.

Dasselbst ad 8 zu fassen:

- 8) die Zahl des erforderlichen Arbeiterpersonals festzustellen,
- 9) die etwa zu ertheilenden Dienstinstructionen nach Anhörung des Directors aufzustellen.

Dasselbst ad 10, 11

zu streichen

(wonach *M* 9 die Nummer 10, und *M* 12 die Nummer 11 erhalten muß.)

Zu §. 5: Absatz 2 zu fassen:

Derselbe hat insbesondere darauf zu achten, daß die Untersuchungen des zu schlachtenden Viehes und des Fleisches der geschlachteten Thiere seitens der Sachverständigen pünktlich vorgenommen werden, von etwaigen Pflichtwidrigkeiten aber der Deputation Anzeige zu machen.

Zu §. 5: Absatz 3, letzten Satz zu fassen:

Derselbe ist dafür, sowie die Cassenführung, verantwortlich und hat eine von den städtischen Behörden zu bestimmende Caution zu leisten.

§. 7 den ersten Satz zu fassen:

Der Director hat den Voranschlag für das folgende Jahr aufzustellen und bis Ende September jeden Jahrs der Deputation zu überreichen.

§. 9 zu fassen wie folgt:

Der Director hat den nach Wochenabschluß sich ergebenden, 3000 *M*. übersteigenden Bestand seiner Casse in der vom Stadtmagistrat nach Anhörung der Deputation für die Verwaltung des Schlachthauses noch näher zu bestimmenden Weise zu einem sicheren Depositum, womöglich gegen Verzinsung, abzuführen.

In den monatlichen Conferenzen der Deputation hat der Director regelmäßig eine Uebersicht des Cassenbestandes und der bevorstehenden Ausgaben vorzulegen.

Mit dem jedesmaligen Cassenvorrath, einschließlich der deponirten Beträge, ist in Gemäßheit der Verfügung der Deputation zu verfahren.

§. 12, Absatz 2, zu fassen:

Die dem Director beigegebenen Hüfsbeamten, das Unterpersonal und die Arbeiter haben den ihnen zu ertheilenden Instructionen oder den Anweisungen des Directors pünktlich Folge zu leisten. In Nothfällen ist der Director berechtigt, Hüfsbeamte und das Unterpersonal sofort ihrer dienstlichen Thätigkeit zu entheben und für geeignete Stellvertreter provisorisch zu sorgen. Derselbe hat in solchen Fällen der Deputation sofort Anzeige von den getroffenen Maßregeln zu machen.

Zu §. 13, 3. 6,

statt »beziehentlich« zu setzen »sowie die Anordnungen«.

VI. referirte Herr Wolff namens der Finanz-Commission über einen Antrag des Magistrats vom 1. December c., betreffend Aenderung eines Punktes des Gebühren-tarifs des städtischen Schlachthauses. Die städtischen Behörden haben an Stallgebühren festgesetzt: a. für einen Ochsen, einen Stier, ein Pferd, eine Kuh oder ein Kind 0,30 *M.* b. für 1 Schwein 0,12 *M.*, c. für 1 Kalb, 1 Schaf oder 1 Ziege 0,06 *M.* Es haben sich nun mehrere Viehhändler bereit erklärt, das zum Verkaufe nach hiesiger Stadt gebrachte Vieh in die Stallungen des Schlachthauses einzustallern unter der Bedingung jedoch, daß sie für jedes Stück Vieh ohne Rücksicht auf die Zeitdauer, während welcher das Vieh in den Stallungen verbleibt, 25 *A* Stallgebühren zu zahlen haben und daß ihnen gestattet werde, die Stallwaage unentgeltlich zu benutzen, oder aber sich eine eigene Waage zu halten. Die Schlachthaus-Deputation hat die Annahme dieser Offerte empfohlen. Der Magistrat schließt sich dem an und giebt anheim, sich mit der Vermiethung der fraglichen Stallungen unter den obigen Bedingungen, jedoch mit der Beschränkung einverstanden zu erklären, daß die Dauer der Einstallung des zum Verkauf bestimmten Viehes 14 Tage nicht übersteigt und daß erkranktes Vieh sofort aus den Stallungen entfernt werden müsse.

Referent schloß sich namens der Commission den Aenderungen an.

Herr Krampe hielt für erforderlich, hinzuzufügen, daß erkranktes Vieh »auf Kosten des Eigenthümers« entfernt werden müßte,

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkte, daß der Magistrat in der gewünschten Richtung eine Aufforderung an die Schlachthausdeputation ergehen lassen werde.

Sodann wurden die Magistrats- resp. Commissionsanträge genehmigt.

VIII Der Herr Vorsitzende referirte dann an Stelle des fehlenden Herrn Heymann über einen Abänderungsantrag des Magistrats vom 21. November c. bezüglich des §. 15 des Statuts über die Ordnung des Dienstes bei der städtischen Verwaltung. Nach einem Beschlusse der Versammlung lautet §. 15: »Diejenigen Beamten, welche eine Casse führen, oder mit Cassengeschäften betraut sind, und die Executoren müssen vor dem Dienstantritte Caution bestellen«. Der Magistrat hält diese Bestimmung für zu weit gehend, indem dann auch diejenigen Officianten, denen gegenwärtig unter Controle der decernirenden Magistratsmitglieder die Erhebung und Ablieferung öffentlicher Gelder in und neben ihren eigentlichen Geschäften lediglich zur Vereinfachung des Dienstganges und zur Bequemlichkeit des Publikums übertragen ist, Caution bestellen müssen. Der Magistrat beantragt, §. 15 zu fassen, wie er ursprünglich vorgeschlagen: »Cassenbeamte und Executoren müssen vor dem Dienstantritte Caution bestellen«.

Der Herr Referent Otto beantragte namens der Statutencommission, unter der Voraussetzung, daß der Stadtmagistrat seinerseits die Bedenken gegen die von den Stadtverordneten vorgeschlagene Fassung jenes §. 15 fallen lasse, daß ferner die nach dem Magistratschreiben in's Auge genommene neue Ordnung der Führung verschiedener, mit der Stadtcasse nicht combinirter Specialcassen demnächst in's Leben trete,

sich damit einverstanden zu erklären, daß die jetzt neben ihren Hauptgeschäften mit der Führung von Specialcassen betrauten Beamten, soweit sie nicht etwa schon zur Cautionsleistung angehalten sind, von dieser befreit bleiben. In der Commission — fügte Referent hinzu — sei anerkannt, daß Beamte, welche unter zweckentsprechender Controle im Interesse des Dienstes, insbesondere in Rücksicht auf das Publikum, mit der vorläufigen Empfangnahme von, nach der betreffenden Cassenstelle später abzuführenden Einzahlungen, neben ihren Hauptgeschäften betraut sind, nicht unter den mehrfach citirten §. 15 fallen, mithin auch nicht cautionspflichtig seien.

Referent betonte ferner, daß man dem Magistrate nicht unbedingt die Verantwortlichkeit für die Cassenführung der oben bezeichneten Officianten übertragen könne; es sei vorausgesetzt, daß der Magistrat die zweckmäßigsten Einrichtungen zur Erhebung von öffentlichen Geldern getroffen haben werde.

Die Commissionsanträge wurden ohne Debatte angenommen.

Einem von dem Herrn Oberbürgermeister Pockels mündlich zur Kenntniß der Statutencommission gebrachten Antrage entsprechend erklärte sich ferner die Versammlung mit einer Aenderung des §. 17 des erwähnten Statuts einverstanden, wonach derselbe lauten wird

unter a.: »diejenigen Hilfsbeamten, welche einen Dienstzweig verantwortlich leiten (§§. 4 und 5) sowie die Baumeister u.«  
(f. Statut.)

unter b.: »Die übrigen Hilfsbeamten u.«  
(f. Statut.)

VIII. berichtete Herr Schwarzenberg über den Antrag der Herren Krampe u. Gen.:

»Die Versammlung wolle beschließen, dem Stadtmagistrate Ermächtigung zur Proceßführung in Fällen, in denen es sich um ein Object bis zu 100 M. handelt, ein für alle Mal bis auf Widerruf zu erteilen.«

Referent hob hervor, daß es sehr zweifelhaft sei, ob die Gerichte eine solche generelle Ermächtigung gegenüber der betreffenden Bestimmung der rev. St. O. anerkennen würde. Die Statutencommission beantrage deshalb, in Erwägung, daß dem gestellten Antrage nach §. 46 ad 12 der Städteordnung formelle, außerdem aber auch materielle Bedenken entgegenstehen, die in Aussicht stehende Revision der Städteordnung ohnehin aber die Gelegenheit biete, eine Beschränkung der erforderlichen Zustimmung der Stadtverordneten bei städtischen Processen, wenn solche für zweckmäßig erkannt würde, durch Abänderung der betreffenden Gesetzesbestimmung herbeizuführen;

über den Antrag von Krampe und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Herr Krampe erklärt hatte, daß er unter den angeführten Umständen mit dem Commissionsantrage einverstanden sei, wurde derselbe ohne Debatte genehmigt.

Sodann

IX. referirte Herr von Seckendorff über den Antrag des Herrn Hasenbalg: die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob nicht dem zeitweiligen zu großen Andrang bei der Stadt-Casse dadurch abzuhelpen sei:

daß an einem Tage bei einer Hebestelle nur die Einwohner eines Thorbistrichs behuf Leistung von Zahlungen zugelassen werden, so daß beispieisweise

der Wilhelmithor-District	am Montag und Donnerstag,
der Hohethor	» » Dinstag und Freitag,
der Petriithor	» » Mittwoch und Sonnabend,
der Wendenthor	» » Montag und Donnerstag,
der Steinthor	» » Dinstag und Freitag,
der Augustthor	» » Mittwoch und Sonnabend,

zu erscheinen haben,

und daß, wenn sich diese Einrichtung als zweckmäßig bewährte,

die in Aussicht genommene Anstellung eines dritten Cassirers entbehrlich wird.

Referent bemerkte, daß der Andrang bei der Stadtcasse sich meistens nur am Schlusse des Quartals einstelle, wo die meisten Einwohner Gelder zu holen oder zu zahlen pflegten. Derselbe sei zurückzuführen auf die jetzige mangelhafte Beschaffenheit der Lokalitäten, welche trotz der außer dem Cämmerer vorhandenen 6 Beamten nur die Einrichtung zweier Hebestellen ermöglicht habe. Es werde aber keine weitere Anstellung eines Cassirers nöthig werden, sobald 3 Hebestellen geschaffen werden und die 6 Beamten sich dann so arrangiren könnten, daß je 2 die Steuererhebungen vornehmen. An Kosten würden der Stadt nur eine Zulage von 150 bis 300 M. an einen Beamten erwachsen. Der vom Herrn Antragsteller vorgeschlagene Weg würde auch nach Ansicht des Stadtkämmerers keine großen Vortheile wohl aber große Unbequemlichkeiten für einen großen Theil des Publikums mit sich führen. Die Commission gebe anheim, den Antrag Hasenbalg abzulehnen.

Herr Hasenbalg: Sein Antrag habe zwei Gesichtspunkte. Der eine sei dadurch hervorgerufen, daß der Magistrat durch Einrichtung einer dritten Hebestelle und Anstellung noch eines Cassirers das Publikum schneller abzufertigen gedente, als bisher. Sein Antrag gebe die Mittel an die Hand, den zeitweiligen Andrang des Publikums auf den dritten Theil zu ermäßigen. Der andere Gesichtspunkt sei der, daß durch Ausführung seines Antrags die Kosten für einen dritten Cassirer erspart würden, der doch nur den jetzigen Andrang auf zwei Drittel herabmindern könne. Man habe aber bei der finanziellen Lage der Stadt alle Veranlassung zu sparen, was irgend möglich sei. Er bitte deshalb seinen Antrag anzunehmen.

Herr Schwarzenberg sprach sich gegen den Antrag aus, ebenfalls Herr Grote, dieser unter dem Bemerken, daß der Antrag unpractisch sei; nur durch Einrichtung noch einer Hebestelle könne dem Andrang vorgebeugt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilte diese Meinung. An einer Hebestelle würden in den vier Morgenstunden 200 Steuerzahler abgefertigt werden können, an dreien also 600; bei dieser Einrichtung würde das Publikum keinen Anlaß zu Klagen haben.

Herr Lösekrug: Durch Annahme des Antrags würde die Sache weit eher unbequemer als bequemer werden; ein Geschäftsinhaber, der für seine in verschiedenen Districten wohnenden Leute die Steuer zahlen wolle, müsse dann statt einmal vielleicht sechsmal nach der Stadtcasse schicken. Wenn aber Jemand Steuern bezahlen wolle, müsse man es ihm so bequem machen, wie irgend möglich.

Herr Hasenbalg zog darauf seinen Antrag zurück, wodurch auch der Commissionsantrag erledigt war.

#### Weiter

X. berichtete Herr von Seckendorff namens der Finanz-Commission über den Magistratsantrag vom 6. December c. den angestellten Magistratsdienern und städtischen Executoren für eigene Beschaffung ihrer Dienstkleidung vom 1. Januar 1880 an bis auf Weiteres eine halbjährlich postnumerando aus der Stadtcasse zahlbare Entschädigung im Jahresbetrage von je 90 *M.* zu bewilligen. Zur Deckung der pro 1880 mit überhaupt 720 *M.* erforderlichen Mittel würde auf diejenige Summe zu greifen sein, welche im Haushaltsetat zum Zwecke der Besoldung eines neuanzustellenden, aber einstweilen entbehrlichen Magistratsdieners mit 1050 *M.* ausgeworfen worden sei.

Ohne Debatte wurde der Antrag auf Empfehlung der Commission genehmigt.

XI. wurde nach einem Referate des Herrn Vorsitzenden einem Antrage des Magistrats vom 9. December c. gemäß die feste Anstellung des Magistratschreibers Robert Brenneke zum 1. Januar 1880 mit einem Gehaltsfaze von 1200 *M.* jährlich beschloffen.

#### Sodann

XII. ergriff Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zur Beantwortung der vom Stadtverordneten Wille bezüglich der Pferdeisenbahn an den Magistrat gerichteten Interpellation:

Der Magistrat ist dahin interpellirt, ob derselbe gestatten wolle, daß die hiesige Pferde-Eisenbahn nach dem bislang angewendeten Systeme weiter gebaut werde.

Zur Begründung dieser Interpellation ist geltend gemacht, daß das bis jetzt angewendete System einmal das Straßenpflaster ruinire, sodann aber eine Rentabilität

des Unternehmens unmöglich mache. Zugleich ist dann die Anwendung eines Spurrinnensystems mit Unterlage von Holzschwellen empfohlen.

Die Frage, ob überhaupt der Magistrat den weiteren Ausbau der Pferdebahn nach dem bisherigen Schienensysteme verbieten könne, hat der Herr Interpellant unberührt gelassen, und ist zunächst in dieser Beziehung zu constatiren, daß die Bahngesellschaft zur Verwendung der vorgängig von ihr in einem Probestücke vorgelegten Schienen die Erlaubniß der zuständigen Behörden erhalten hat, daß übrigens die Gesellschaft demungeachtet verpflichtet bleibt, hinsichtlich der Construction des Bahnkörpers und der Geleise, insbesondere also auch hinsichtlich der Art der Legung dieser Schienen die behördlichen Anordnungen zu befolgen.

Anlangend nun den ersten Punkt der Interpellation, die Nachtheile des gegenwärtigen Schienensystems für das Straßenpflaster, so ist es richtig, daß bei der Form der hier üblichen Pflastersteine zur Erzielung eines schönen Pflasters eine Kammung mindestens zweckmäßig ist, und daß, da das hiesige Schienensystem mit seiner gegenwärtigen Construction eine Kammung nicht zuläßt, dasselbe für die Intactheit des Pflasters nachtheilig ist. Es sind denn auch von zuständiger Seite bereits vor längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet wegen Veränderung der Construction in der Richtung, daß auf die Unterlage der Schienen zunächst eine Grandschicht gebracht werden kann.

Wenn übrigens das Pflaster zwischen und neben der Pferdebahn nicht das Aussehen eines intact gelassenen Pflasters besitzt, so fällt das keineswegs ausschließlich dem Systeme zur Last. Auch bei Verwendung von Schienen mit Hohlrinnen, wie überhaupt bei jeder Einführung eines fremden Körpers in die Straße wird das Pflaster ganz naturgemäß in Mitleidenschaft gezogen; wir erinnern lediglich an die keineswegs vereinzelt dastehenden Klagen über die Verschlechterung des hiesigen Pflasters durch die Röhrenanlagen der Gas- und Wasserwerke; einen solchen Uebelstand muß man eben hier wie anderwärts in den Kauf nehmen. Ueberdies liegen ja die Pflasterreparaturen auf dem Bahnkörper dem Unternehmer ob, und sie werden sich in der Regel ohne Beeinträchtigung des Straßenverkehrs ausführen lassen, so daß dadurch das öffentliche Interesse kaum beeinträchtigt werden dürfte.

Gegenüber diesen Nachtheilen des hiesigen Schienensystems für das Straßenpflaster, ist nun aber auch ein gewichtiger Vorzug desselben vor dem Hohlrinnensysteme namentlich in Betracht unserer zum Theil sehr engen Straßen hervorzuheben, darin bestehend, daß bei dem hiesigen Systeme die Schienenoberfläche weder den Passanten, noch den Fuhrwerken und Zugthieren irgend welche Schwierigkeiten bereitet, während die anderwärts beliebte Anwendung des Rinnensystems den Fuhrwerken das Ausweichen sehr erschwert und mit Nachtheilen für die Aren und Räder der Fuhrwerke verbunden ist. Auch kommt hinzu, daß Schienen mit Spurrinnen stets die Tendenz zu einer der Unfahrbarkeit der Bahn im Gefolge führenden Spurerweiterung haben, wodurch, wie auch bei eintretender Fäulniß der Holzschwellen, häufige Reparaturen an den Geleisen, zur Wiederherstellung des richtigen Spurmaßes, erforderlich

werden, die dann immer das Straßenpflaster und den Verkehr in Mitleidenschaft ziehen.

Was nun den zweiten Punkt, die durch das Schienensystem in Frage gestellte Rentabilität der Pferdebahn, anbelangt, so erfordert allerdings die gegenwärtige Construction einen größeren Aufwand an Zugkraft zur Bewegung der Wagen, als beim Rinnensysteme. Dieser Uebelstand ist aber durch nachträgliche Einrichtungsveränderungen bereits abgeschwächt und wird noch mehr abgeschwächt werden, wenn die scharfen Ränder der Schienenträger sich abgeschliffen haben werden. Es ist überdies die Rentabilität der Bahn vorwiegend ein finanzielles und deshalb die Stadt erst in zweiter Linie berührendes Moment.

Bei Einführung neuer technischer Erfindungen und Anlagen spielt eine sehr wichtige Rolle die Erfahrung; von Erfahrung aber kann in Bezug auf das hiesige Schienensystem, da dasselbe eben sich erst einzuarbeiten hat, noch keine Rede sein. Die von uns gehörten Sachverständigen erklären übereinstimmend, daß, bevor sie ein nach allen Richtungen festes und zuverlässiges Urtheil über die Zweckmäßigkeit des hiesigen Systems in seiner bisherigen Ausführung sich bilden könnten, sie dasselbe zunächst längerzeitig, namentlich auch in Bezug auf dessen Bewährung bei starkem Froste prüfen müßten.

Nachdem nun der Weiterbau der Pferdebahn seit Anfang November aus dem Grunde sistirt worden ist, weil die Bereitung der Betonbettung für die Schienen, sowie die Pflasterungsarbeit bei Frostwetter unzulässig erschien, und weil der Unternehmer selbst die Winterzeit zur Sammlung von Erfahrungen in den angedeuteten Richtungen zu benutzen wünschte, so wird man weitere Entschlüsse einstweilen sich vorzubehalten haben. — Sollte die Gesellschaft zu der Ueberzeugung gelangen, daß das angewendete System sich nicht bewähre, so wird sie wohl schon in ihrem eigenen Interesse, ohne behördlichen Druck, zu einem anderen Systeme übergehen.

Immerhin wird der Magistrat, was seine Stellung zu einem etwa von dritter Seite in Anregung gebrachten Wechsel in dem Systeme anlangt, stets vor Augen behalten, daß der Unternehmer das contractliche Recht in Anspruch nimmt, das bisherige System, wenngleich nöthigenfalls mit Constructionsänderungen, auch für die weiter auszuführenden Bahnlinien zur Anwendung zu bringen.

Inzwischen aber wird der Magistrat dem jungen Unternehmen, welches in neuester Zeit starken Schnee und starken Frost erfolgreich bekämpft hat, und dessen Lebensfähigkeit von Tage zu Tage an Wahrscheinlichkeit gewinnt, dasjenige Wohlwollen fernereit zuwenden, dessen dasselbe mit Rücksicht auf seine Gemeinnützigkeit würdig und mit Rücksicht auf die gegen dasselbe im Publikum hie und da erhobenen Angriffe zu unserm Bedauern bedürftig ist. (Bravo!)

XIII. motivirte Herr Rieke seine Eingangs bezeichnete Interpellation. Er würde diese Anfrage an den Magistrat nicht gerichtet haben, wenn die Direction der Gas- und Wasserwerke nicht Demjenigen, welcher diese Unregelmäßigkeiten veranlaßt



hätte, einen Nachruf unmittelbar nach seinem Tode gewidmet hätte; er würde dann die gerichtliche Entscheidung abgewartet haben. Gegen die der Versammlung regelmäßig zugehenden Berichte der Gas- und Wasserwerke lasse sich hinsichtlich der Sauberkeit und Ausführung der Details nichts einwenden, von etwa vorgekommenen Unregelmäßigkeiten sei aber nichts daraus zu entnehmen. Es stehe auch nicht anzu nehmen, daß bei gewissenhafter doppelter Buchführung, die von geschäftskundigen Leuten gehandhabt werde, sich ein Deficit auch nur einen Tag, viel weniger ein Vierteljahr versteckt halten könne. Nach Redners Meinung hätten diese Differenzen der Direction nicht verborgen bleiben dürfen. Er könne constatiren, daß das Verhalten der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke bei diesem Anlaß seitens vieler Bürger nicht mit Wohlgefallen aufgenommen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkte dazu, daß diese Angelegenheit zum Gegenstande einer gerichtlichen Untersuchung geworden sei, vor deren Austragung er nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten.

XIV. Eine Anfrage des Herrn von Seckendorff an den Magistrat, ob Maßregeln im Werke seien, die eine Besteuerung der Wanderläger herbeizuführen bezweckten,

beantwortete Herr Oberbürgermeister Pockels dahin, daß der Magistrat bereits vor längeren Monaten das Herzogliche Staatsministerium auf das Unwesen der Wanderläger und die damit verbundene auctionsmäßige Versteigerung von Waaren in hiesiger Stadt aufmerksam gemacht habe und der Magistrat in ganz jüngster Zeit durch eine Eingabe von Gewerbetreibenden veranlaßt worden sei, bei Herzoglichem Staatsministerium diese Angelegenheit in Erinnerung zu bringen, so daß eine Erledigung derselben, vielleicht im Sinne des Herrn Fragestellers, zu erwarten stehe.

Damit wurde die öffentliche Sitzung geschlossen;

ihr folgte noch eine längere vertrauliche zu Berathung über Ankauf eines Grundstücks zu Schulzwecken und zu Beamtenwahlen.